

Gemeinde Wagenfeld: 51. Änderung des Flächennutzungsplanes

Abwägung der Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB und zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 (1) BauGB

Anmerkung: Die Beschlussfassung über die in der nachstehenden Abwägungstabelle enthaltenen Stellungnahmen ist vorläufig. Die Stellungnahmen sind in den Entwurf des Planwerks eingeflossen. Der Entwurf des Planwerks wird öffentlich ausgelegt und den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange zur Stellungnahme zugestellt. Für die Abwägung vor dem Feststellungsbeschluss sind grundsätzlich nur die Stellungnahmen maßgeblich, die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung nach § 3 Abs. 1, § 4 Abs. 1 BauGB, der förmlichen Beteiligung nach § 3 Abs. 2, § 4 Abs. 2 BauGB und ggf. erneuten Beteiligung nach § 4a Abs. 3 BauGB eingehen. Änderungen der vorläufigen Abwägungsergebnisse zum Flächennutzungsplanbeschluss sind möglich.

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> Abwägung/Beschlussempfehlung
1	Landkreis Diepholz Postfach 1340 49343 Diepholz 20.04.2023 und 21.06.2023	<p>Aus der Sicht der von mir wahrzunehmenden öffentlichen Belange ist zu der von Ihnen beabsichtigten Planung Folgendes zu sagen:.</p> <p>Stellungnahme FD 67 -UNB-: Die vorliegende Bauleitplanung berührt naturschutzbehördliche Belange, so dass eine Beteiligung der UNB im weiteren Verfahren notwendig ist.</p> <p>Der Vorentwurf zur 51. Änderung des Flächennutzungsplanes beschreibt die Herleitung der Flächenvorschläge für die Konzentrationsplanung zur Windenergie. Bei der Flächenermittlung wurden u. a. naturschutzfachliche Aspekte in Form allgemeiner Umweltinformationen berücksichtigt. Aus naturschutzbehördlicher Sicht sind aufgrund der aktuellen (energie-)politischen Entwicklungen sowie den gesetzlichen Änderungen und Neuerungen jedoch Anpassungen der bisherigen Vorgehensweise geboten.</p> <p>Wie bisher sind die folgenden naturschutzfachlichen Unterlagen im weiteren Verfahren in die Planung einzustellen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Umweltbericht, • Erfassung und Bewertung der Avifauna • gem. Artenschutzleitfaden zum Windenergieerlass als Mindestanforderungen, • Bewertung hinsichtlich der Bedeutung für Fledermäuse, • Spezielle Artenschutzprüfung, • Aussagen zur FFH-Verträglichkeit. 	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Anregung wird nachgekommen.</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Landkreis Diepholz	<p>Es sollten außerdem bereits vorhandene Daten z. B. von Naturschutzverbänden, dem NLWKN etc. berücksichtigt werden. Brutvorkommen der genannten Arten im Einflussbereich möglicher Windenergieanlagenstandorte sind in hohem Maße planungsrelevant.</p> <p>Bzgl. der Artenschutzprüfung und der Aussagen zur FFH-Verträglichkeit sind aufgrund der gesetzlichen Neuregelungen ergänzend folgende Anforderungen zu beachten:</p> <p><u>Artenschutzprüfung:</u> Es wird darauf hingewiesen, dass die Übergangs- und Überleitungsregelungen gem. § 74 BNatSchG zu beachten sind. Es sind daher die Anforderungen gem. Artenschutzleitfaden zum Windenergieerlass vollumfänglich zu berücksichtigen und nicht nur die Maßgaben des § 45b Abs. 2 bis 5 BNatSchG. Zusätzlich setzt der niedersächsische Artenschutzleitfaden den Prüfradius 1 um Kranich Rastplätze und Schlafplätze nordischer Wildgänse auf 1.200 m im Zusammenhang mit dem Störungsverbot fest. Dieser Abstand ist somit für den Ausschluss von Störungen innerhalb der EU-Vogelschutzgebiete heranzuziehen. Dieses wurde für die Teilflächen 2, 3, 5 und 7 nicht berücksichtigt.</p> <p>Weiterhin ist gem. § 6 WindBG eine artenschutzrechtliche Prüfung nicht durchzuführen, wenn eine Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB stattgefunden hat. Aus Sicht der UNB ist es daher geboten die artenschutzrechtlichen Belange bereits auf der vorbereitenden Bauleitplanebene zu klären. Der Verlagerung der Thematik auf nachgeordneter Antrageebene, kann daher seitens der UNB nicht gefolgt werden. Aus diesem Grund wird die allgemeine Darstellung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände für die vorliegende Planung als unzureichend erachtet.</p>	<p>Der Anregung wird nachgekommen. Die Planunterlagen werden entsprechend ergänzt.</p> <p>Da gemäß § 74 Absatz 5 BNatSchG Vorhabenträger bereits vor dem 1. Februar 2024 eine Anwendung des § 45b Absatz 1 bis 6 verlangen können, werden die dortigen Maßgaben für die Prüfung des Kollisionsrisikos zugrunde gelegt. Die Vorgaben des Artenschutzleitfadens werden jedoch weiterhin angewendet im Hinblick auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> das betriebsbedingte Kollisionsrisiko für Rastvögel und Fledermäuse <input type="checkbox"/> den bauzeitlichen Individuenschutz für alle Artengruppen <input type="checkbox"/> das artenschutzrechtliche Störungsverbot für alle Artengruppen, sowohl betriebsbedingt als auch bauzeitlich <input type="checkbox"/> den artenschutzrechtlichen Schutz von Lebensstätten für alle Artengruppen (i.d.R. nur bauzeitlich von Belang) <p>Durch die neuen Regelungen des § 6 WindBG entfällt eine artenschutzrechtliche Prüfung im Genehmigungsverfahren, sofern bei der Ausweisung eines Windenergiegebietes eine Umweltprüfung nach § 8 des Raumordnungsgesetzes oder § 2 des Baugesetzbuchs durchgeführt wurde. Anforderungen an die Tiefe der Prüfung werden dabei jedoch nicht festgelegt.</p> <p>In Hinblick auf den § 6 und ein Entfallen der artenschutzrechtlichen Prüfung im Genehmigungsverfahren ist die Empfehlung einer möglichst abschließenden Abhandlung der artenschutzrechtlichen Belange auf Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung nachvollziehbar. Es ist jedoch zu beachten, dass auf Ebene des Flächennutzungsplanes - insbesondere ohne konkrete Kenntnis zu geplanten Anlagenstandorten und -typen - eine abschließende Prüfung der artenschutzrechtlichen Verträglichkeit nicht sinnvoll und auch nicht möglich ist. Die artenschutzrechtliche Prüfung wird zum Entwurf auf Basis der Brutvogelerfassungen sowie vorliegender Gastvogeldaten geschärft.</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Landkreis Diepholz	<p>Aussagen zur FFH-Verträglichkeit:</p> <p>Im Rahmen einer FFH-Vorprüfung sind erhebliche Beeinträchtigungen der EU-Vogelschutzgebiete (EU-VSG) V40 „Diepholzer Moomiederung“ und V74 „Oppenweher Moor“ auszuschließen. Die genannten Vogelschutzgebiete haben eine besondere Bedeutung für Brutvögel und für Rast- und Zugvögel. Letztere sind auf freie Flugkorridore zwischen den Schutzgebieten sowie in das Umland angewiesen. Die geplanten WEA wirken mit den bestehenden WEA-Standorten zusammen und können u. a. eine Barriere für Vögel (insbesondere den Kranich, welcher Zielart der Vogelschutzgebiete V40 und V74 ist) darstellen.</p> <p>Darüber hinaus handelt es sich bei den Teilflächen 2, 3, 5 und 7 um Rastgebiete insbesondere für Kraniche. Es ist davon auszugehen, dass es bei der Umsetzung des Vorhabens zu einem Verlust von Nahrungsflächen kommt und die täglichen Pendelflüge zwischen Schlafplätzen und Nahrungsflächen durch die geplanten Anlagen beeinträchtigt werden. Eine Verschlechterung der Erhaltungszustände des Kranichs kann daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht sicher ausgeschlossen werden. Zudem ist seitens der Unteren Naturschutzbehörde nicht erkennbar, dass ein wesentlicher Teil der Windkraftanlagen ohne Verstoß gegen § 34 BNatSchG errichtet und betrieben werden kann.</p> <p>Um erhebliche Beeinträchtigungen auf die Schutzziele der EU-Vogelschutzgebiete ausschließen zu können, sieht es die Untere Naturschutzbehörde aufgrund des strengen Vorsorgegrundsatzes als geboten an, 1.200 m Abstände um Kranich Rastplätze und Schlafplätze nordischer Wildgänse einzuhalten und ausreichend große Flugkorridore zwischen den Windparks einzuhalten. Für die Korridore ist davon auszugehen, dass eine Meidedistanz von ca. 1.000 m beidseitig zu Windenergieanlagen/Windparks zu berücksichtigen ist, entsprechend ist aus Sicht der UNB ein Vorsorgeabstand von 2.000 m einzuhalten. Nur so können die Erreichbarkeit der Schlafgewässer und der Nahrungsflächen für Rast- und Gastvögel als Schutzgüter des genannten EU-VSG sichergestellt werden.</p> <p>Alternativ können der UNB weitere Unterlagen bzw. fachgutachterliche Aussagen zur FFH- Verträglichkeit vorgelegt werden. Auf allgemeine Umweltinformationen zu verweisen reicht aus Sicht der UNB jedoch hierbei nicht aus.</p>	<p>Die Hinweise hinsichtlich der betroffenen FFH-Gebiete und EU-Vogelschutzgebiete werden zur Kenntnis und bei der weiteren Auswahl der Teilbereiche berücksichtigt (s.u.).</p> <p>Der Hinweis hinsichtlich der Bedeutung der Teilbereiche als Rastgebiet für insbesondere Kraniche sowie die häufig genutzten Flugwege werden zur Kenntnis genommen. Die genannten Teilbereiche 2, 3a und 3b, 5a-e und 7 werden aus den von der Fachbehörde genannten Gründen, insbesondere zur Sicherstellung der Verträglichkeit gemäß § 34 BNatSchG gegenüber Natura 2000-Gebieten, jedenfalls aber aus Gründen des vorsorgenden Gebietsschutzes, nicht mehr dargestellt. Eine weitere Abwägung ist damit entbehrlich.</p> <p>Dem Hinweis wird gefolgt. Um erhebliche Beeinträchtigungen auf die Schutzziele der EU-Vogelschutzgebiete von vornherein auszuschließen, wird auf die Darstellung der Sondergebiete für die Windenergienutzung in unmittelbarer Nähe zu den entsprechenden Gebieten (Teilbereiche 2, 3, 5a-e und 7) verzichtet. Teilbereich 2 entfällt zum Entwurfstand bereits im überarbeiteten Standortskonzept aufgrund einzuhalten der Abstände zu Leitungstrassen und der Gemeindegrenze. Auch ohne die Darstellung dieser Teilbereiche wird der Windenergie in substantieller Weise Raum gegeben. Ein entsprechender Nachweis wird in der Begründung erbracht.</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Landkreis Diepholz	<p>Zusätzlich zu den bereits genannten Punkten, möchte die UNB auf folgendes Hinweisen:</p> <p><u>Teilfläche 5:</u></p> <p>Das Neustädter Moor wurde über die Ramsar-Konvention zusammen mit weiteren Mooren als Feuchtgebiet internationaler Bedeutung geschützt. Darüber hinaus ist das Neustädter Moor als EU-Vogelschutzgebiet, FFH-Gebiet und Naturschutzgebiet ausgewiesen. Zur Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung wurden aus Bundes- und Landkreismitteln zwischen 1979 und 1992 ca. 13,2 Mio. DM im Neustädter Moor eingesetzt. Hierbei wurden ca. 12,7 Mio. DM der Bundes- und Landkreismittel für den Flächenerwerb verwendet. Bis heute hat der Landkreis Diepholz ca. 7,2 Mio. Euro aus Eigenmitteln für den Grunderwerb im Neustädter Moor eingesetzt. Weitere Gelder wurden für die Planung und Umsetzung von Renaturierungsmaßnahmen im Gebiet verwendet. So konnte ökologisch wertvollstes Hochmoor gesichert werden und die ursprüngliche Moorvegetation mit extrem seltenen und gefährdeten Tier- und Pflanzenarten bis heute erhalten werden. Zudem handelt es sich (gem. NLWKN) um einen wertvollen Bereich für Brut- und Gastvögel. Der geplante Teilbereich 5 grenzt unmittelbar an den Südrand des EU- Vogelschutzgebietes, daher können durch Bau und Betrieb von WEA erhebliche Beeinträchtigungen des Gebietes nicht ausgeschlossen werden.</p>	<p>Die Bedenken werden berücksichtigt. Aufgrund der hohen Bedeutung der Flächen für Natur und Landschaft, der Moornähe bzw. der Nähe zu den nebenstehend aufgeführten Schutzgebieten sowie der von der Unteren Naturschutzbehörde geäußerten Bedenken, wird auf die Darstellung des Teilbereichs 5 für die Windenergienutzung zur Entwurfsfassung verzichtet. Der Verzicht erfolgt aus Vorsorgegründen, um Konflikten vorzubeugen. Dabei wird auch in die Abwägung eingestellt, dass es sich um vier kleinere, in deutlichem Abstand zueinander befindlichen Sondergebiete handelt, die eher schlecht geeignet sind, eine Konzentrationswirkung zu erzielen und dabei vergleichsweise große Auswirkungen auf das Landschaftsbild haben. Daher wird trotz des im EEG verankerten überragenden öffentlichen Interesses der Nutzung der erneuerbaren Energien auf den Teilbereich 5 verzichtet. Auch ohne die Darstellung des Teilbereichs 5 wird der Windenergie in substanzieller Weise Raum gegeben. Ein entsprechender Nachweis wird in der Begründung erbracht. Eine weitere Abwägung wird damit entbehrlich.</p> <p>Unterstützt wird dieses Abwägungsergebnis durch die Ergebnisse des faunistischen Gutachtens (Brutvogeluntersuchungen 2023), wonach insbesondere hohe Betroffenheiten für Wiesenvögeln (Kiebitze, Wachtel) zu erwarten wären, die somit vermieden werden.</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
		<p><u>Teilfläche 7:</u></p> <p>Der Teilbereich 7 grenzt an das Landschaftsschutzgebiet „Großes Renzeler Moor und Schwarzes Moor“ an. Dieses Gebiet ist, wie das Neustädter Moor, Teil des EU-VSG „Diepholzer Moorniederung“. Zudem handelt es sich (gem. NLWKN) um einen wertvollen Bereich für Brut- und Gastvögel. Seit einigen Jahren besteht hier das Brutrevier eines Großen Brachvogels, der zwischen dem Teilbereich 7 und dem EU-VSG wechselt. Auch dieser geplante Teilbereich grenzt unmittelbar an das EU-VSG an, weshalb erhebliche Beeinträchtigungen des Gebietes nicht ausgeschlossen werden können.</p> <p>FACHDIENST KREISENTWICKLUNG - RAUMORDNUNG</p> <p>Das Kapitel Wind des RROP (2016) des Landkreises Diepholz wurde in dem Urteil des OVG Lüneburg vom 12.04.2021 für unwirksam erklärt. Die hierin enthaltenen Festlegungen zur Windenergie sind damit nicht mehr rechtswirksam. Darüber hinaus sind die Erfordernisse der Raumordnung gem. § 3 Abs. 1 ROG als öffentliche Belange im Sinne des § 35 BauGB zu beachten und zu berücksichtigen.</p> <p>In den Planunterlagen werden die Belange der Raumordnung bezogen auf die vorliegende 51. Änderung des Flächennutzungsplanes hinreichend beachtet und berücksichtigt, so dass aus raumordnerischer Sicht keine grundsätzlichen Bedenken gegenüber der Planung bestehen.</p>	<p>Die Bedenken werden berücksichtigt. Aufgrund der hohen Bedeutung der Flächen für Natur und Landschaft, der Moornähe bzw. der Nähe zu den nebenstehend aufgeführten Schutzgebieten sowie der von der Unteren Naturschutzbehörde geäußerten Bedenken, wird auf die Darstellung des Teilbereichs 7 für die Windenergienutzung zur Entwurfsfassung verzichtet. Der Verzicht erfolgt aus Vorsorgegründen, um Konflikte vorzubeugen. Dabei wird auch in die Abwägung eingestellt, dass der Teilbereich 7 sehr klein ist und daher eher schlecht geeignet ist, eine Konzentrationswirkung zu erzielen und dabei vergleichsweise große Auswirkungen auf das Landschaftsbild hat. Daher wird trotz des im EEG verankerten überragenden öffentlichen Interesses der Nutzung der erneuerbaren Energien auf den Teilbereich 7 verzichtet. Auch ohne die Darstellung des Teilbereiches 7 wird der Windenergie in substanzieller Weise Raum gegeben. Ein entsprechender Nachweis wird in der Begründung erbracht. Eine weitere Abwägung wird damit entbehrlich.</p> <p>Nach den Ergebnissen des faunistischen Gutachtens 2023 stehen auf Grund von kollisionsgefährdeten Arten im Nahbereich auch artenschutzrechtliche Verbotstatbestände der Umsetzung von Teilbereich 7 entgegen.</p> <p>Entsprechende Ausführungen waren in der Vorentwurfsbegründung bereits enthalten.</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Landkreis Diepholz	<p>Am 01.02.2023 ist das Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land vom 20. Juli 2022 in Kraft getreten. Es zielt darauf ab, dass bis 2032 2 % der Bundesfläche für die Windenergie an Land durch die Länder ausgewiesen werden. Für das Land Niedersachsen gibt das Bundesrecht ein Flächenziel von 1,7 % vor. Das auf Landesebene geplante Gesetz zur Umsetzung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (NWindG) wird die Träger der Regionalplanung als zuständige Stellen für die Ausweisung von Windenergiegebieten bestimmen. Grundlage für das NWindG ist u.a. die vom Land Niedersachsen in Auftrag gegebene Windpotenzialstudie, die im Entwurf vorliegt und für den Landkreis Diepholz ein Teilflächenziel von 1,78 % der Landkreisfläche benennt.</p> <p>Die 51. Flächennutzungsplanänderung stellt insgesamt 7 Teilbereiche als Sonstige Sondergebiete für die Windenergienutzung dar. Die 7 Teilbereiche sind zum Großteil auch in der Windflächenpotenzialanalyse des Landes dargestellt. Ihre Bewertungen umfassen nahezu die gesamte Spanne, vom Konfliktrisikowert KRW 2 (= gilt für Flächen, die annahmegemäß zu 80 Prozent für Windenergieflächen zur Verfügung stehen) bis KRW 5 (gilt für Flächen, die annahmegemäß zu 5 Prozent für Windenergieflächen zur Verfügung stehen.). Die Konfliktrisikowerte unterscheiden sich auch innerhalb der einzelnen Teilbereiche.</p> <p>Aus raumordnerischer Sicht ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar, ob und in welcher Größenordnung die in der vorliegenden Flächennutzungsplanung dargestellten 7 Teilbereiche künftig durch die Regionalplanung des Landkreises Diepholz als Windenergiegebiete ausgewiesen werden.</p> <p>FACH DIENST UMWELT UND STRASSE - WASSERWIRTSCHAFT</p> <p>Seitens der UWB ist zu den Inhalten der 51. FNP-Änderung Folgendes anzumerken:</p>	<p>Entsprechende Ausführungen waren in der Vorentwurfsbegründung bereits enthalten.</p> <p>Die Vorentwurfsunterlagen werden zur Entwurfsfassung überarbeitet. Zur Entwurfsfassung erfolgt eine Reduzierung auf 3 Teilbereiche (Teilbereich 1a, 1b, 1c, 4a und 6a, 6b, 6c).</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Landkreis Diepholz	<p>1. Im „Teilbereich 1“ liegt der nördliche Anteil der Teilfläche 1 b innerhalb des mit Verordnung vom 01.12.2006 neu festgesetzten Überschwemmungsgebietes der Wagenfelder Aue.</p> <p>Erstmals wurde hier im Zuge des planungsrechtlichen Verfahrens zur 8. FNP-Änderung aus dem Jahr 2001 eine Fläche für Windkraftanlagen ausgewiesen- die aktuelle Festsetzung im Zuge der 22. FNP-Änderung aus dem Jahr 2010 basiert hierauf.</p> <p>Seitens der UWB ist gegenüber den Inhalten der 22. FNP-Änderung seinerzeit keine Bedenken geäußert worden, weil diese auf der seit Dezember 2001 rechtswirksamen 8. FNP-Änderung basiert und mit den Festsetzungen der 22. FNP-Änderung keine Verschlechterung der Belange des vorbeugenden Hochwasserschutzes innerhalb des 2006 neu festgesetzten Überschwemmungsgebietes verbunden sind.</p> <p>Die im nördlichen Anteil der Teilfläche 1 b vorhandene Windkraftanlage ist auf der Grundlage einer im Jahr 2002 erteilten Genehmigung nach dem BImSchG außerhalb der festgesetzten Überschwemmungsgebietsfläche errichtet worden. Es ist davon auszugehen, dass im Falle eines späteren Repowerings der Ersatz der Windkraftanlage am selben Standort erfolgt- grundsätzlich stehen auch noch zusätzliche überbaubare Flächen außerhalb der festgesetzten Überschwemmungsgebietsfläche zur Verfügung.</p> <p>Aus Sicht der UWB stehen daher innerhalb des nördlichen Anteils der Teilfläche 1 b auch ohne die Überschwemmungsgebietsflächen ausreichend Flächen für Windenergieanlagen zur Verfügung, weshalb das festgesetzte Überschwemmungsgebiet im Zuge der aktuellen 51. FNP-Änderung nicht als Bestandteil des Sondergebiets mit ausgewiesen werden sollte.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Anregung wird nicht gefolgt. Die gesetzlich festgesetzten Überschwemmungsgebiete wurden im Standortkonzept als weiche Tabuzonen angesetzt. In der 51. Flächennutzungsplanänderung wurde jedoch bei den Teilbereichen 1 die Abgrenzung des Sondergebietes für die Windenergienutzung aus der wirksamen Flächennutzungsplandarstellung übernommen – soweit nicht von harten Tabuzonen überlagert. Dabei wird berücksichtigt, dass die Bestandinteressen einen abwägungsrelevanten Belang darstellen.</p> <p>Es sind jedoch nur Teilflächen von Teilbereich 1b vom Überschwemmungsgebiet überlagert. Durch den zur Entwurfsfassung berücksichtigten Abstand von 75 m zur Gemeindegrenze reduziert sich die Betroffenheit des Überschwemmungsgebietes am nördlichen Rand von Teilbereich 1b.</p> <p>Es verbleibt zur Entwurfsfassung bei der Darstellung in Teilbereich 1b von Sondergebieten für die Windenergie, am westlichen Rand tangiert der Teilbereich 1 b das Überschwemmungsgebiet. In festgesetzten Überschwemmungsgebieten können Windenergieanlagen unter den Voraussetzungen des § 78 Abs. 5 und 8 WHG als Ausnahmeentscheidung zulässig sein. Über den genauen Anlagenstandort wird auf nachfolgender Genehmigungsebene entschieden. Die Abgrenzung des Überschwemmungsgebietes wird nachrichtlich in die Planzeichnung übernommen.</p>

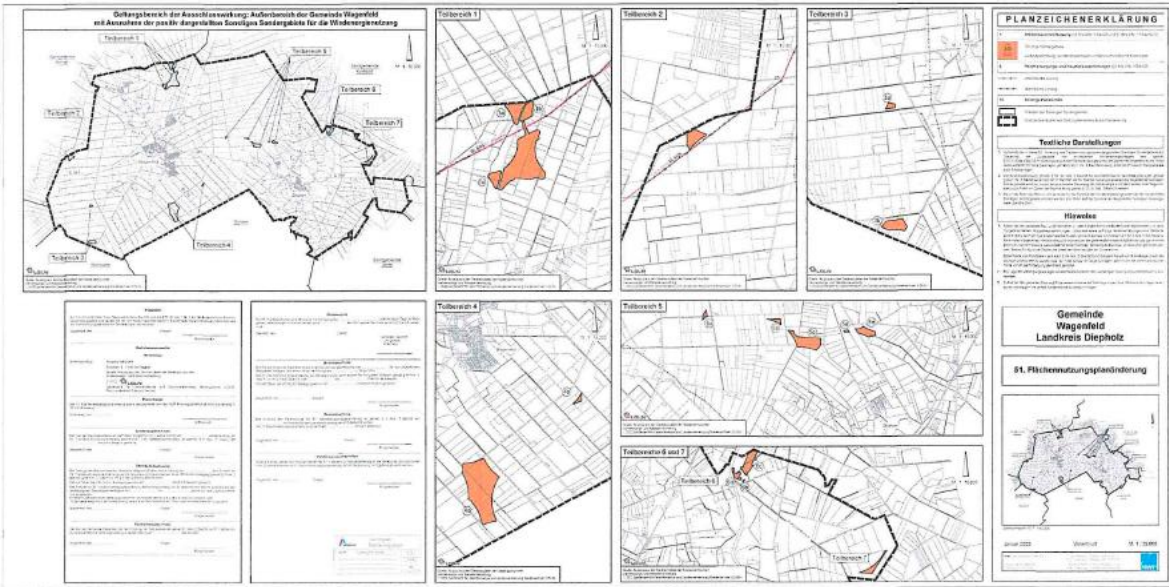
Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Landkreis Diepholz	<p>2. Die aktuelle Darstellung der Sondergebietsfläche „Teilbereich 2“ sollte vor dem Hintergrund geprüft werden, dass die (für den Bau von Windenergieanlagen de facto nicht nutzbaren) Flächen des Gewässers II. Ordnung „Nördlicher Hemsloher Bruchgraben“ großflächig innerhalb dieser SO-Fläche liegen. Ferner erscheint fraglich, ob auf der südlich zwischen dem EU-relevanten Gewässer II. Ordnung „Hemsloher Bruchgraben“ und der 380-kV-Leitung dargestellten SO-Teilfläche aufgrund der geringen Größe dieser „Inselteilfläche“ tatsächlich die Errichtung einer Windenergieanlage realistisch ist.</p> <p>3. Der geplanten Sondergebietsausweisung „Teilbereich“ stehen keine wasserwirtschaftlichen bzw. wasserrechtlichen Belange entgegen.</p> <p>4. Für die geplante Sondergebietsausweisung „Teilbereich 4“ muss für die Teilflächen 4a und 4b geprüft werden, ob diese innerhalb des mit Bekanntmachung des NLWKN vom 07.12.2022 (Nds. MBl. Nr. 49/2022) vorläufig festgesetzten Überschwemmungsgebietes der „Flöthe“ liegen. Es ist erforderlich, die Überschwemmungsgebietsflächen mit in die Zeichnerischen Darstellungen der Bauleitplanung mit aufzunehmen. Laut Ziffer 4.2.3 der Begründung werden gesetzlich festgesetzte (die vorläufige Festsetzung steht der „endgültigen“ Festsetzung per Verordnung gleich) Überschwemmungsgebiete als „weiche Tabuzone“ angesetzt. Aus Sicht der UWB sollte daher im Ergebnis der Abwägung wegen der Bedeutung festgesetzter Überschwemmungsgebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz keine Ausweisung von Flächen für Windenergieanlagen in (auch vorläufig) festgesetzten Überschwemmungsgebieten erfolgen.</p> <p>5. Die geplante Sondergebietsausweisung „Teilbereich 5“ stehen keine wasserwirtschaftlichen bzw. wasserrechtlichen Belange entgegen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Teilfläche 5c auf dem südöstlichen Flurstück 21/2, Flur 19, Gemarkung Ströhen (laut GeoWeb des LK OH) eine Altlast (Nr. 25104444004) beinhaltet (nähere Angaben hierzu durch die UAB/UBB).</p>	<p>Das Standortkonzept Windenergie wurde zur Entwurfsfassung überarbeitet. Aufgrund der überarbeiteten und nun vergrößerten Abstände zur 380 KV Freileitung und der zur Entwurfsfassung neu berücksichtigten Abstände zur Nachbargemeinde von 75 m sowie aufgrund des vorhandenen Gewässers, wurde die Potenzialfläche bereits auf Ebene des überarbeiteten Standortkonzeptes nicht mehr berücksichtigt. Der Teilbereich 2 wird entsprechend auch in der 51. Flächennutzungsplanänderung zur Entwurfsfassung nicht dargestellt. Eine weitere Abwägung wird damit entbehrlich.</p> <p>Die Stellungnahme zu Teilbereich 3 wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Das Standortkonzept Windenergie wurde zur Entwurfsfassung überarbeitet. Auch im überarbeiteten Standortkonzept wurden Potenzialflächen westlich und östlich der B 239 (Teilbereiche 4a und 4b der Vorentwurfsfassung) erkannt. Auf der sehr kleinen Potenzialfläche östlich der B 239 (Teilbereich 4b) wäre jedoch nur eine Windenergieanlage möglich. Die Wohnnutzungen an der B 239 wären aber zu zwei Seiten von Windenergieanlagen umgeben. Um diese Belastung für die Wohnnutzungen an der B 239 zu vermeiden, wird zur Entwurfsfassung auf den Teilbereich 4b verzichtet.</p> <p>Für den Teilbereich 4a wird der Anregung nicht gefolgt. Es verbleibt bei der bisherigen Darstellung in Teilbereich 4a von Sondergebietsflächen für die Windenergie auch innerhalb der vorläufig festgesetzten Überschwemmungsgebietsflächen. Die Sondergebietsfläche ist von einer sehr kleinteiligen Abgrenzung des Überschwemmungsgebietes teilweise betroffen. In festgesetzten Überschwemmungsgebieten können Windenergieanlagen unter den Voraussetzungen des § 78 Abs. 5 und 8 WHG als Ausnahmeentscheidung zulässig sein. Über den genauen Anlagenstandort wird auf nachfolgender Genehmigungsebene entschieden.</p> <p>Die Abgrenzung des vorläufig festgesetzten Überschwemmungsgebietes wird in die Begründung übernommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Auf die Teilbereiche 5 wird zur Entwurfsfassung verzichtet (s.o.). Eine weitere Abwägung ist damit entbehrlich.</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Landkreis Diepholz	<p>6. Für die geplante Sondergebietsausweisung „Teilbereich 6“ muss für die Teilflächen 6a, 6b und 6c geprüft werden, ob diese innerhalb des mit Verordnung vom 04.01.2007 (Nds. MBl. Nr. 2/2007 - Seite 53) neu festgesetzten Überschwemmungsgebietes der „Großen Aue“ liegen. Für den überwiegenden Teil der Teilfläche 6c einschließlich der darin nördlichen vorhandenen Windenergieanlage wird dies nach dem ersten Anschein zutreffen. Die beiden in der Teilfläche 6c vorhandenen Windenergieanlagen (die südliche liegt augenscheinlich außerhalb des 2006 festgesetzten Überschwemmungsgebietes) sind auf der Grundlage einer im Jahr 2003 erteilten Genehmigung nach dem BImSchG errichtet worden. Diese haben damit Bestandsschutz und, sofern im Falle eines späteren Repowering der Ersatz (auch) der nördlichen Windkraftanlage innerhalb des Überschwemmungsgebietes am selben Standort erfolgt, kann dies im Rahmen einer wasserrechtlichen Ausnahmegenehmigung nach § 78 WHG im Einzelfall geregelt werden. Aus Sicht der UWB sollte angesichts der 2 Bestands-Windenergieanlagen im Teilbereich 6c geprüft werden, ob hier tatsächlich eine Sondergebietsausweisung von Nöten ist, zumal beide Windenergieanlagen genehmigt sind und Bestandsschutz genießen und es angesichts der geringen Flächengröße fraglich erscheint, ob im Teilbereich 6c tatsächlich noch eine weitere Windenergieanlage realisiert werden kann. Sofern an der Ausweisung der Teilfläche 6c begründet grundsätzlich festgehalten werden soll, stehen innerhalb der jetzigen Teilfläche 6c aus Sicht der UWB auch ohne die Überschwemmungsgebietsflächen ausreichend Flächen für Windenergieanlagen zur Verfügung, weshalb das festgesetzte Überschwemmungsgebiet nicht als Bestandteil des Sondergebiets mit ausgewiesen werden sollte.</p> <p>7. Der geplanten Sondergebietsausweisung „Teilbereich 7“ stehen keine wasserwirtschaftlichen bzw. wasserrechtlichen Belange entgegen.</p>	<p>Die gesetzlich festgesetzten Überschwemmungsgebiete wurden im Standortkonzept als weiche Tabuzonen angesetzt. In der 51. Flächennutzungsplanänderung wurde jedoch bei den Teilbereichen 6 die Abgrenzung des Sondergebietes für die Windenergienutzung aus der wirksamen Flächennutzungsplandarstellung übernommen – soweit nicht von harten Tabuzonen überlagert.</p> <p>Die Teilbereiche 6a und 6b liegen außerhalb der festgesetzten Überschwemmungsgebiete, der Teilbereich 6c liegt jedoch zum Teil innerhalb des Überschwemmungsgebietes. An der Darstellung von Sondergebietsflächen für die Windenergie auch innerhalb der festgesetzten Überschwemmungsgebietsflächen (Teilbereich 6c) wird zur Entwurfsfassung festgehalten.</p> <p>In festgesetzten Überschwemmungsgebieten können Windenergieanlagen unter den Voraussetzungen des § 78 Abs. 5 und 8 WHG als Ausnahmeentscheidung zulässig sein. Über die genauen Anlagenstandorte wird auf nachfolgender Genehmigungsebene entschieden.</p> <p>Die Abgrenzung des festgesetzten Überschwemmungsgebietes wird in die Planzeichnung nachrichtlich übernommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Auf den Teilbereich 7 wird jedoch zur Entwurfsfassung verzichtet (s.o.).</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Landkreis Diepholz	<p>FACHDIENST BAUORDNUNG UND STÄDTEBAU - DENKMALSCHUTZ</p> <p>Im vorliegenden Vorentwurf wird bereits an mehreren Stellen auf die Nähe des Teilbereiches 1 zur Fundstelle Wagenfeld 42 hingewiesen. Aus dem näheren Umfeld der Teilbereiche 2-7 hingegen sind bislang keine Fundstellen oder Bodendenkmale bekannt. Die Belange der Bodendenkmalpflege werden somit ausreichend berücksichtigt, es bestehen keine Bedenken.</p> <p>FACHDIENST BAUORDNUNG UND STÄDTEBAU - STÄDTEBAU</p> <p>Es besteht eine Diskrepanz zwischen der Herleitung der bestehenden SO-Darstellungen der 8. und 33. Änderung und den hier geplanten SO-Darstellungen der 51. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Wagenfeld, so dass der F-Plan als Gesamtkonstrukt (teilweise) einen inhaltlichen Widerspruch beherbergt, wenn die Herleitung der SO-Darstellungen nicht im Einklang miteinander stehen.</p> <p>Insofern müsste entweder eine ‚Bereinigung‘ des F-Planes vorgenommen werden, wenn die Flächen der ursprünglichen Änderungen inhaltlich nicht mit der hier vorliegenden Planung, insbesondere vor dem Hintergrund der Wirkungen nach § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB, übereinstimmen oder die Tabuzonen sind anders zu definieren. Dies sollte dringend insbesondere aufgrund der Vermeidung von Unklarheiten erfolgen und um einer Funktionslosigkeit von textlichen und zeichnerischen Darstellungen im F-Plan der Gemeinde vorzubeugen.</p> <p>Die Anwendung des Rotor-out-Prinzips kann grundsätzlich nur im Rahmen der kommunalen Planungshoheit erfolgen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt erfolgt allerdings mehrfach eine Darstellung der SO-Gebiete bis an die Außengrenzen des Samtgemeindegebietes. Hierdurch wird suggeriert, dass die Rotorkreisflächen auch über die Samtgemeindegrenzen ragen dürfen. Dies wäre allerdings gleichzusetzen mit dem regelhaften Eingriff in die kommunale Planungshoheit der angrenzenden, kommunalen Planungsträger. Es wird daher dringend empfohlen, dass eine entsprechende Anpassung der Darstellung vorgenommen wird. Beispielsweise könnte der pauschale Abstand des Rotorkreises zu den Außengrenzen des Samtgemeindegebietes berücksichtigt und die SO-Gebiete entsprechend verkleinert werden.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es liegt Rechtsprechung vor, wonach errichtete Windenergieanlagen einen besonderen Abwägungsbelang darstellen, weshalb abwägungsfehlerfrei von den ansonsten im Plangebiet für die neu hinzukommenden Konzentrationsgebiete gewählten Schutzabstände (weiche Tabuzonen) gegenüber dem Altflächenbestand abgewichen werden kann.</p> <p>Das OVG hebt in einer Entscheidung die nicht einheitliche Anwendung von weichen Tabukriterien auf bestehende Standorte hervor (OVG Lüneburg, Urt. v. 7.2.2020 – 12 KN 75/18). Insbesondere das Interesse der Anlagenbetreiber an einem Repowering zusammen mit vorhandenen Gewöhnungseffekten bei Anwohnern und benachbarter Fauna sowie eine weiterverwendbare Infrastruktur (mit ihren vorhandenen Flächenversiegelungen) dürfte etwa als sachlicher Grund für eine Anlegung (gegenüber unbelasteten Flächen) unterschiedlicher weicher Tabukriterien in der Abwägung in Betracht kommen (Rn. 66 der o.g. Entscheidung). Das Interesse der Anlagenbetreiber an einem Repowering zusammen mit vorhandenen Gewöhnungseffekten begründen hier die Abweichung von den weichen Tabuzonen des Standortkonzeptes für die Teilbereiche 1 und 6.</p> <p>Die Anregung wird berücksichtigt. Es erfolgt bei Teilbereich 1 und 6 eine Rücknahme der Sondergebiete für die Windenergienutzung um einen Rotorradius von 75 m. Damit wird ein Überstreichen der Nachbargemeinde durch den Rotor der Anlage vermieden.</p>

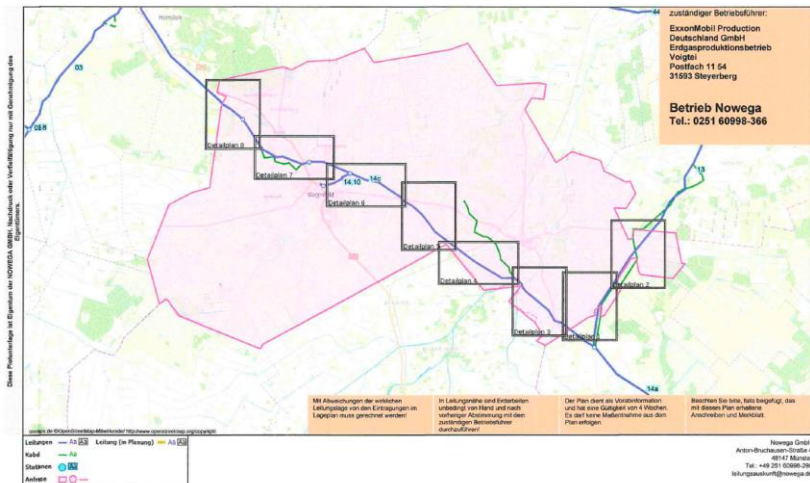
Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Landkreis Diepholz	<p>Die Samtgemeinde sollte sich grundsätzlich mit dem Umstand auseinandersetzen, ob für Kleinwindenergieanlagen eine Ausnahme der textlichen Festsetzung sinnvoll erscheinen kann.</p> <p>Beim gewählten Abstand zu Gewerbe- und Industriegebieten in B-Plänen sowie gewerblichen Bauflächen im F-Plan sollte die Samtgemeinde sich grundsätzlich noch damit auseinandersetzen, ob der gewählte Abstand städtebaulich zielführend ist, da hierdurch auch Schallkontingente für Gewerbebetriebe faktisch blockiert werden könnten und Gemenge!agen folglich entstehen.</p> <p>Es wird davon ausgegangen, dass der Schritt III der Methodik zur Herleitung der SO-Gebiete zur Beteiligung nach § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB. Hierbei sollte auch die Flächenkonzentration und größtmögliche Schonung des Außenbereiches in die Überlegungen einbezogen werden.</p>	<p>Der Anregung wird nicht entsprochen. Die Gemeinde möchte die Zulässigkeit von Windenergieanlagen insgesamt regeln, weil auch von kleineren Windenergieanlagen negative Auswirkungen auf die Schutzgüter Mensch sowie Natur und Landschaft in der Umgebung ausgehen können. Für eine Ausnahme von Kleinwindenergieanlagen wird kein Anlass und kein Erfordernis gesehen.</p> <p>Zu festgesetzten Gewerbegebieten wird zusätzlich zur Fläche eine harte Tabuzone von einem Rotorradius von 75 m vorgesehen, zu gewerblichen Bauflächen eine weiche Tabuzone von ebenfalls 75 m. Damit wird sichergestellt, dass die Gewerbegebiete/ gewerblichen Bauflächen nicht durch die Rotoren überstrichen werden. Die Gemeinde Wagenfeld erachtet diesen Abstand als ausreichend, zumal Gewerbegebiete einen relativ geringen Schutzanspruch haben und Windenergieanlagen auch in Gewerbegebieten zulässig sind. Die dargestellten Sondergebiete für die Windenergienutzung befinden sich jedoch nicht in räumlicher Nähe zu Gewerbegebieten. Eine genaue Analyse der Schallimmissionen erfolgt auf nachgelagerter Genehmigungsebene.</p> <p>Zur Entwurfsfassung wird auf die Teilbereiche 2, 3, 4b, 5a-e und 7 verzichtet. Dies trägt auch der Schonung des Außenbereiches Rechnung.</p>
2	<p>Amprion GmbH Robert-Shuman-Str. 7 44263 Dortmund</p> <p>14.04.2023</p>	<p>Über das Verwaltungsgebiet der Gemeinde Wagenfeld verläuft in Ihrem Schutzstreifen die im Betreff genannte Höchstspannungsfreileitung von Amprion.</p> <p>Im Rahmen der ersten Anfrage zur Steuerung der Windenergienutzung haben wir an das Planungsbüro NWP Planungsgesellschaft mbH mit Schreiben vom 12.05.2022 eine Stellungnahme bezüglich der einzuhaltenden Abstände zwischen Windenergieanlagen und Höchstspannungsfreileitungen abgegeben und Lagepläne mit dem Leitungsverlauf abgegeben.</p> <p>Wie wir den nun eingereichten Verfahrensunterlagen entnehmen können, werden die Hinweise nachrichtlich berücksichtigt und bei dem weiteren Bebauungsplanverfahren und der Festlegung der finalen Windenergieanlagenstandorte beachtet.</p> <p>1. Teilbereich 1 Hier liegen die Bereiche 1 a und 1 b nördlich der Leitungsachse und 1 c südlich der Leitungsachse.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Amprion	<p>2. Teilbereich 2 Diese Flächendarstellung reicht teilweise bis an die Leitungsmitellinie heran.</p> <p>Da aber - wie bereits in der Begründung zur Flächennutzungsplanänderung auf Seite 41 vorgetragen - die detaillierte Abstimmung im Rahmen der nachfolgenden Bebauungsplanebene erfolgt, kann an dieser Stelle auf die Anpassung der Abgrenzungen verzichtet werden.</p> <p>Im Bereich der weiteren Teilflächen verlaufen keine Höchstspannungsleitungen von Amprion.</p> <p>Zur besseren Übersicht haben wir den Leitungsverlauf mit Maststandorten in die Teilbereichskarte im Maßstab 1 : 15000 vom Januar 2023 eingetragen. Wir weisen noch einmal darauf hin, dass sich die tatsächliche Lage der Leitung ausschließlich aus der Örtlichkeit ergibt.</p> <p>Wir bitten Sie, die technischen Vorgaben der DIN EN 50341-2-4 aus unserer Stellungnahme vom 12.05.2022 weiterhin bei der Bauleitplanung zu berücksichtigen und Amprion weiter am Verfahren zu beteiligen.</p> <p>Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.</p>	<p>Auf den Teilbereich 2 wird zur Entwurfsfassung verzichtet. Aufgrund von erforderlichen Abständen sowohl mit den Rotoren zur 380 KV Freileitung als auch aufgrund des erforderlichen Abstandes zur Nachbargemeinde und aufgrund des vorhandenen Gewässers verbleiben keine ausreichenden sinnvoll zu nutzenden Flächen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die DIN Vorschriften werden auf nachgelagerter Genehmigungsebene und in dem zu überarbeitenden Standortkonzept berücksichtigt.</p>

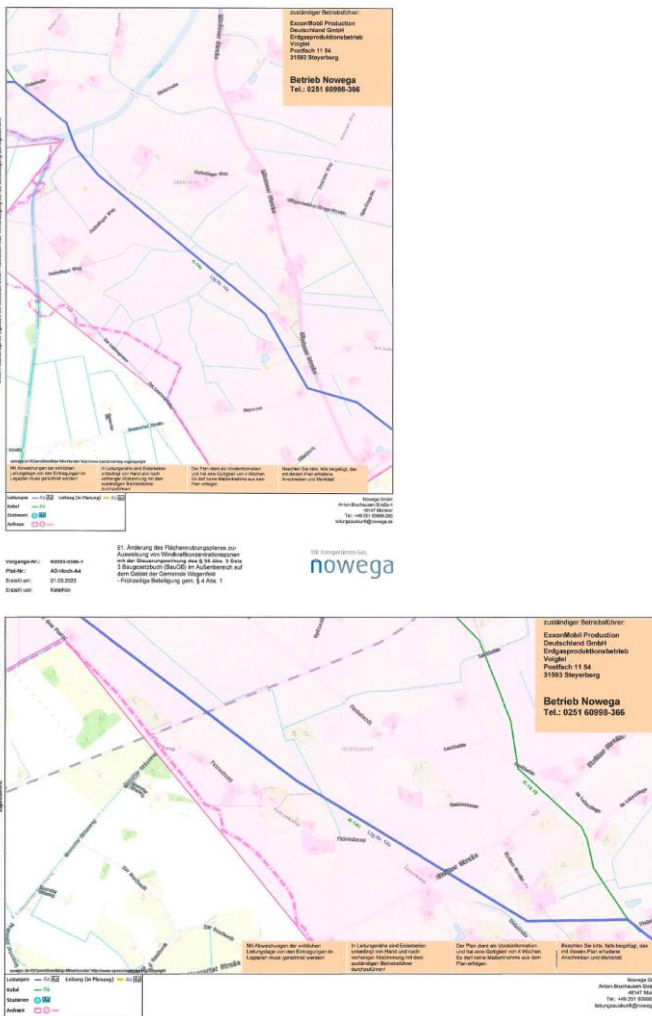
Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Amprion GmbH		
3	UHV Hunte 71 Nienburger Straße 44 49453 Rehden 21.03.2023	<p>Anliegenden Antrag sende ich mit meiner Stellungnahme zurück und bitte um Berücksichtigung folgender Auflagen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Einhaltung der Gewässerrandstreifen in einer Breite von mind. 5,00 Meter an Gewässern II. Ordnung. 2. Keine Bebauung und Auffüllung des Geländes innerhalb der Gewässerrandstreifen. 3. Keine Baustraßen sowie keine Zufahrten und Stellflächen innerhalb der Gewässerrandstreifen. 4. Evtl. erforderliche Grundwasserabsenkungen sind gesondert zu beantragen. 	<p>Über die konkreten Anlagenstandorte wird auf nachgelagerter Genehmigungsebene entschieden. Die erforderlichen Abstände zu Gewässern und die nebenstehenden Hinweise werden auf nachgelagerter Genehmigungsebene berücksichtigt.</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung UHV 71	5. Alle neu zu erstellenden Verrohrungen incl. der Unterhaltungspflicht bleiben im Eigentum des Antragstellers. 6. Im Bereich von zurückgebauten Verrohrungen sind ggfls. erforderliche Maßnahmen wie z.B. Schotterungen oder Fascinen einzubringen. 7. Einzelne Kreuzungen der Gewässer mit Kabeln o. ä. sind einzeln zu beantragen. 8. Beginn und Ende der einzelnen Arbeiten an den betreffenden Standorten sind dem Unterhaltungsverband Hunte Nr. 71 anzuzeigen. 9. Abnahmen der einzelnen Standorte haben stattzufinden.	Über die konkreten Anlagenstandorte wird auf nachgelagerter Genehmigungsebene entschieden. Die erforderlichen Abstände zu Gewässern und die nebenstehenden Hinweise werden auf nachgelagerter Genehmigungsebene berücksichtigt.
4a	Nowega GmbH Anton-Bruchhausen- Straße 4 48147 Münster 23.03.2023	<p><u>Von dem Vorhaben sind nachfolgende Anlagen der Nowega GmbH betroffen:</u></p> <p>Gashochdruckleitung 14c Rehden - Steinbrink, Schutzstreifenbreite 8,00 m Gashochdruckleitung 14.10 Wagenfeld II, Schutzstreifenbreite 8,00 m Gashochdruckleitung 13 Voigtei - Steinbrink II, Schutzstreifenbreite 8,00 m Station Wagenfeld Maschweg 1A24 Station Wagenfeld I IS10 Station Wagenfeld auf der Masch 1A98 Station Wagenfeld III 1SA6 Station Wagenfeld II 1502 Kabel K-720 Voigtei - Steinbrink Kabel K-14.10 Wagenfeld II Kabel K-14c Rehden - Steinbrink Kabel K-14.12 Anschluss EVB Wagenfeld</p> <p>Mit diesem Schreiben erhalten Sie einen Quickplot(s), in denen unsere im Planungsraum befindlichen Anlagen dargestellt sind. Diese dienen zur unverbindlichen Vorinformation und sind zeitlich nur begrenzt gültig. Die Angaben über Lage und Verlauf der Anlagen sind so lange als unverbindlich anzusehen, bis sie durch unseren nachfolgend genannten Betriebsführer bei einem Einweisungstermin in der Örtlichkeit bestätigt werden:</p> <p>Zuständiger Betriebsführer für die Gashochdruckleitungen Nr. 14c und 14.10 ist der</p> <p>Betrieb Nowega Tel.: 0251 60998-366.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

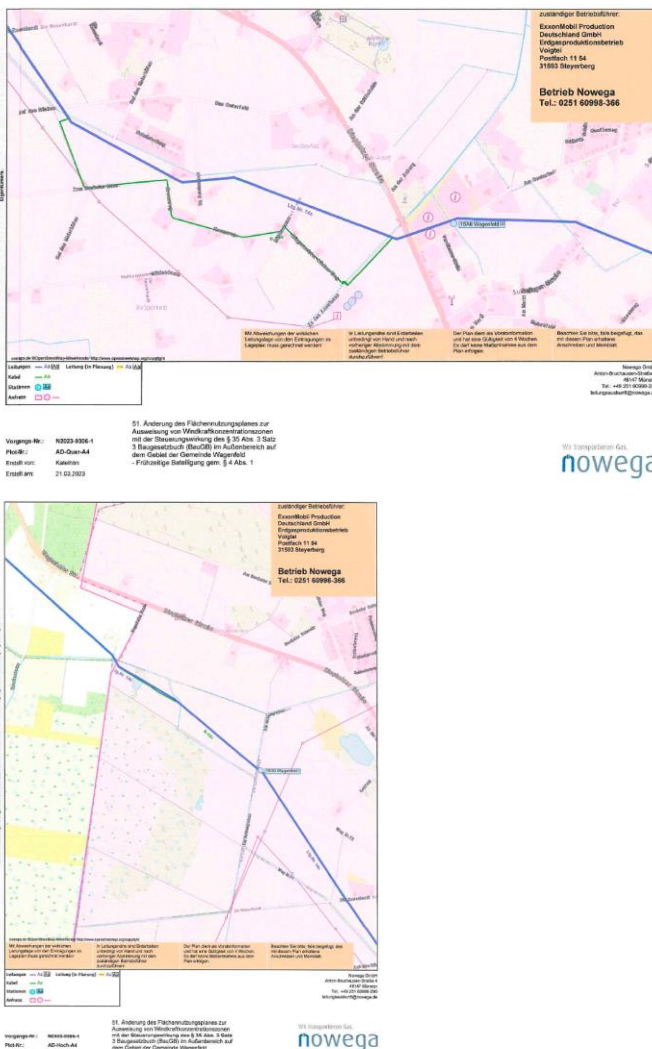
Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Nowega	<p>Die Betriebsführung der Gashochdruckleitung Nr. 13 ist die ExxonMobil Production Deutschland GmbH Erdgasproduktionsbetrieb Voigtei Postfach 11 54 31593 Steyerberg Tel.: 04435 / 9734 212.</p> <p>Alle übermittelten Unterlagen dienen nur zu Ihrer Information und dürfen nicht für eine Leitungsauskunft an Dritte verwendet werden.</p> <p>Sollten Sie detailliertere Planunterlagen benötigen, können wir Ihnen diese nach telefonischer Rücksprache gerne zur Verfügung stellen.</p> <p>Die Leitungen sind jeweils in einem Schutzstreifen verlegt (Breite s.o.), der durch beschränkte persönliche Dienstbarkeiten rechtlich gesichert ist. Nach dem Wortlaut der zur Leitungssicherheit eingetragenen beschränkten persönlichen Dienstbarkeiten sind innerhalb des Schutzstreifens die Errichtung von Gebäuden sowie leitungsgefährdende Einwirkungen untersagt.</p> <p>Bei der nachgeordneten Planung sind die Auflagen und Hinweise der beigefügten Richtlinie "Schutzanweisung Gashochdruckleitungen" zu berücksichtigen. Ergänzend hierzu haben wir die Richtlinie "Bauleitplanung" zur Berücksichtigung von unterirdischen Gashochdruckleitungen bei der Aufstellung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen beigefügt.</p> <p>Sollten Sie evtl. digitale Lageinformationen zu den Anlagen benötigen, wenden Sie sich bitte an dokumentation@nowega.de.</p> <p>Hinsichtlich der Planungsvorgaben für Vorrang- und Eignungsgebiete zur Windenergienutzung weisen wir darauf hin, dass bei der Standortwahl einzelner Windenergieanlagen (WEA) Sicherheitsabstände zu unseren Anlagen einzuhalten sind.</p> <p>Hierzu verweisen wir auf eine Rundverfügung 4.45 des Landesamts für Bergbau, Energie und Geologie - LBEG vom 17.10.2022, die wir diesem Schreiben beifügen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Zur Entwurfsfassung wird auf die Teilbereiche 2, 3, 4b, 5a-e und 7 verzichtet. Der dem Schreiben beigefügten Anlage ist zu entnehmen, dass sich die Gasleitung außerhalb der dargestellten Sondergebiete befindet. Im Zuge der Erstellung des Standortkonzeptes wurden die Gasleitungen berücksichtigt.</p> <p>Die Hinweise beziehen sich auf nachgelagerte Genehmigungsebenen.</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Nowega	<p>Bei der Standortwahl ist nachzuweisen, dass der geforderte Mindestabstand und die Kriterien, die sich aus der Rundverfügung ergeben, eingehalten werden. Zur Leitungsachse der Gashochdruckleitungen und obertägigen Anlagen beträgt der Mindestabstand 900 m. Bei einer Unterschreitung des geforderten Mindestabstands oder Nichteinhaltung der geforderten Kriterien ist eine Bewertung des Einzelfalls (Gutachten) erforderlich. Das Gutachten muss den Anforderungen der Rundverfügung entsprechen.</p> <p>Bei der weiteren Planung ist zudem sicherzustellen, dass auch durch den Bau von Nebenanlagen (z. B. Verlegen von Erdkabeln, Anlegen/Ausbau von Zuwegungen, Anpflanzungen von Bäumen oder Sträuchern, etc.) keine leitungsgefährdenden Einwirkungen resultieren.</p> <p>Anlage</p> <p>Quickplot(s) Fechter</p> <p>Richtlinie: - Schutzanweisung Gashochdruckleitungen - Richtlinie: - Bauleitplanung - Rundverfügung 4.45 des LBEG</p> <div data-bbox="548 911 1355 1396">  <p>51. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Ausweisung von Windkraftkonzentrationszonen mit der Steuerungswirkung des § 25 Abs. 3 Satz 3 Baugesetzbuch (BauGB) im Außenbereich auf dem Gebiet der Gemeinde Wagenfeld - Frühzeitige Beteiligung gem. § 4 Abs. 1</p> <p>Vorgangs-Nr.: N2023-0206-1 Post-Nr.: AD Übersicht-Quer Erstellt von: Kuhnrich Erstellt am: 21.03.2023</p> <p>Nowega GmbH Anton-Broschhausen-Strasse 4 48147 Münster Tel.: +49 251 50886-260 info@nowega.de</p> </div>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Zur Entwurfsfassung wird auf die Teilbereiche 2, 3, 4b, 5a-e und 7 verzichtet. Der dem Schreiben beigefügten Anlage ist zu entnehmen, dass sich die Gasleitung außerhalb der dargestellten Sondergebiete befindet.</p>

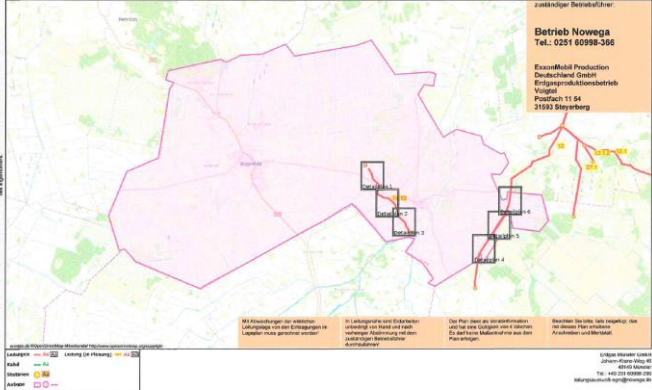
[illegible]


Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Nowega	 <p>51. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Ausweisung von Windkraftverordnungsgebieten mit der Bauveränderung des § 34 Abs. 3 Satz 3 Bauplanungs (BauGB) im Außenbereich auf dem Gebiet der Gemeinde Wagenfeld - Fürwärtige Beteiligung gem. § 4 Abs. 1</p> <p>51. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Ausweisung von Windkraftverordnungsgebieten mit der Bauveränderung des § 35 Abs. 3 Satz 3 Bauplanungs (BauGB) im Außenbereich auf dem Gebiet der Gemeinde Wagenfeld - Fürwärtige Beteiligung gem. § 4 Abs. 1</p>	

Nr.	Träger öffentlicher Be- lange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Nowega		


Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Nowega	 <p>51. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Ausweisung von Wirtschaftszonen (Industriezone) mit der Stützungsplanung des § 35 Abs. 3 Satz 3 Baugesetzbuch (BauGB) im Außenbereich auf dem Gebiet der Gemeinde Wagenfeld - Fristabgabe Beteiligung gem. § 4 Abs. 1</p> <p>Vorgangs-Nr.: N2023-0006-1 Plan-Nr.: AD-Quar-A4 Erstellt von: Kalkstein Erstellt am: 21.03.2023</p> <p>Betreiber Nowega Tel.: 0251 60998-366</p> <p>nowega</p>	

[illegible]

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Nowega	 <p>51. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Ausweisung von Windkraftenergieanlagen mit der Sicherung der Windkraftenergieanlagen im Außenbereich auf dem Gebiet der Gemeinde Wagenfeld</p> <p>Vorgabe Nr.: 0303-0168-1 Plan: AG-Übersicht-Plan Erstellt von: w. Kretschmer Erstellt am: 21.03.2023</p> <p>ExxonMobil Production Deutschland GmbH Erdgasproduktionsbetrieb Völgel Postfach 11 54 31593 Steyerberg</p> <p>ERDGAS MÜNSTER</p>	<p>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</p>


Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Nowega	 <p>Stellungnahme:</p> <p>Die Änderung des Flächennutzungsplanes zur Ausweisung von Wohnflächen ist mit der Gemeinde Wagenfeld abgestimmt. Die Änderung ist mit der Gemeinde Wagenfeld abgestimmt.</p> <p>Stellungnahme:</p> <p>Die Änderung des Flächennutzungsplanes zur Ausweisung von Wohnflächen ist mit der Gemeinde Wagenfeld abgestimmt. Die Änderung ist mit der Gemeinde Wagenfeld abgestimmt.</p>	

[illegible]

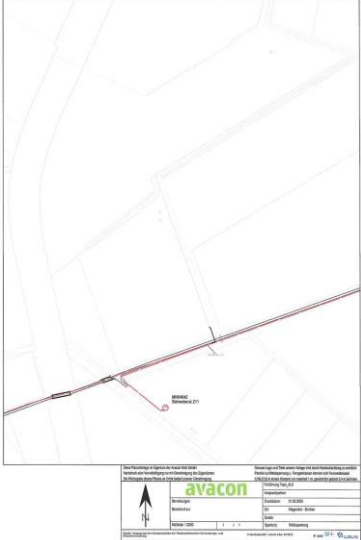
Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Nowega	 <p>ERGAS MÜNSTER</p>	
5	<p>Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Fontainengraben 200 • 53123 Bonn 23.03.2023</p>	<p>Im o. g. Verfahren gibt die Bundeswehr bei gleichbleibender Sach- und Rechtslage folgende Stellungnahme ab:</p> <p>Die Bundeswehr unterstützt den Ausbau erneuerbarer Energien, soweit militärische Belange dem nicht entgegenstehen. Windenergieanlagen können grundsätzlich militärische Interessen, zum Beispiel militärische Richtfunkstrecken oder den militärischen Luftverkehr, berühren oder beeinträchtigen.</p> <p>Die von Ihnen beabsichtigte Maßnahme befindet sich</p> <ul style="list-style-type: none"> • <u>Teilbereich 1:</u> im Hubschraubertiefflugkorridor sowie innerhalb des Zuständigkeitsbereiches für Flugplätze gem. § 14 Luftverkehrsgesetz • <u>Teilbereich 2-7:</u> innerhalb des Zuständigkeitsbereiches für Flugplätze gem. § 14 Luftverkehrsgesetz 	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. In der Begründung war bereits ausgeführt, dass die Gemeinde von militärischen Belangen betroffen ist. Eine erneute Anfrage der militärischen Belange hat im Mai 2023 durch die Gemeinde stattgefunden. Die neue Abfrage ist im Standortkonzept zur Entwurfsfassung berücksichtigt.</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Bundesamt für Infrastruktur. Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	<p>Die Belange der Bundeswehr werden somit berührt. Im Hubschraubertiefflugkorridor wird es zu Ablehnungen von Genehmigungsverfahren kommen.</p> <p>In welchem Umfange die Belange der Bundeswehr betroffen sind, kann ich erst feststellen, wenn mir die entsprechenden Daten über die Anzahl, den Typus, die Nabenhöhe, den Rotordurchmesser, die Höhe über Grund, die Höhe über NN und die genauen Koordinaten von Luftfahrthindernissen vorliegen. Nur dann kann ich im Rahmen einer Einzelfallbetrachtung, in Rücksprache mit meinen zu beteiligenden militärischen Fachdienststellen, eine dezidierte Stellungnahme abgeben.</p> <p>Bitte geben Sie im Genehmigungsverfahren des Bundesimmissionsschutzgesetz zwingend unser Aktenzeichen: II-0566-23-FNP an. Desweiteren werden die Anzahl, den Typus, die Nabenhöhe, den Rotordurchmesser, die Höhe über Grund, die Höhe über NN und die genauen Koordinaten von Luftfahrthindernissen benötigt.</p>	<p>Im Rahmen dieser 51. Flächennutzungsplanänderung werden die Standorte für die Windparks, aber keine konkreten Anlagenstandorte festgelegt. Über die konkreten Anlagenstandorte wird auf nachgelagerter Genehmigungsebene entschieden. Der Gemeinde Wagenfeld ist bewusst, dass es innerhalb des Teilbereiches 1 im Rahmen eines Repowerings möglicherweise zu Beschränkungen der Anlagenhöhe kommen kann.</p> <p>Die Hinweise beziehen sich auf das Genehmigungsverfahren.</p>
6a	Avacon Netz GmbH Watenstedter Weg 75 38229 Salzgitter 22.03.2023	<p>Gern beantworten wir Ihre Anfrage. Durch die im Betreff genannte Bauleitplanung ist/sind unsere Fernmeldeleitung/en betroffen. Bei Einhaltung der im Anhang aufgeführten Hinweise haben wir gegen das im Betreff genannte Vorhaben keine weiteren Einwände oder Bedenken. Änderungen der uns vorliegenden Planung bedürfen unserer erneuten Prüfung. Wir bitten Sie, uns am weiteren Verfahren zu beteiligen.</p> <p>Anlage: Planwerk der Sparte Fernmelde</p> <p><u>Teilbereich 6:</u></p> <p>Die Anzahl sowie Lage der betroffenen Fernmeldeleitung(en) entnehmen Sie bitte dem beigefügten Planwerk der Sparte Fernmelde.</p> <p>Bei Fernmeldeleitungen wird ein Schutzbereich von 3,00 m, d. h. 1,50 m zu jeder Seite der jeweiligen Leitungsachse benötigt. Über sowie unter einer betroffenen Fernmeldeleitung wird ein Schutzbereich von jeweils 1,00 m benötigt.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Im Rahmen dieser 51. Flächennutzungsplanänderung werden die Standorte für die Windparks, aber keine konkreten Anlagenstandorte festgelegt. Über die konkreten Anlagenstandorte wird auf nachgelagerter Genehmigungsebene entschieden.</p> <p>Der Schutzstreifenbereich ist im Zuge der Anlagenplanung zu berücksichtigen.</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Avacon Netz GmbH	<p>Innerhalb des Leitungsschutzstreifens von Fernmeldeleitungen dürfen ohne vorherige Abstimmung mit uns über dem vorhandenen Geländeniveau nichts aufgeschüttet oder abgestellt werden. Es dürfen keine Abgrabungen oder Erdarbeiten vorgenommen und keine Pfähle und Pfosten eingebracht werden.</p> <p>Maßnahmen, die den Bestand oder den Betrieb von Fernmeldeleitungen beeinträchtigen oder gefährden könnten, sind innerhalb des Leitungsschutzstreifens nicht gestattet.</p> <p>Die Versorgungssicherheit bzw. die Funktion von bestehenden Fernmeldeleitungen haben höchste Bedeutung und müssen deshalb auch zukünftig konsequent und ohne Einschränkungen in ihrem Bestand und Betrieb gewährleistet werden.</p> <p>Sollte es durch Ihre Maßnahme zu Leitungskreuzungen mit Fernmeldeleitungen der Avacon Netz GmbH kommen, so sind gegenseitige Beeinträchtigungen auszuschließen. Hierfür ist ein Gutachten auf Kosten des Verursachers zu erstellen das nachweisen muss, dass gegenseitige Beeinträchtigungen ausgeschlossen sind.</p> <p>Leitungskreuzungen sind 1,00 m unter betroffenen Fernmeldeleitungen vorzunehmen.</p> <p>Bauarbeiten im Bereich von Leitungskreuzungen sind nur im Beisein eines fachverantwortlichen Mitarbeiters der Avacon Netz GmbH durchzuführen.</p> <p>Nach Abschluss der Bauarbeiten im Kreuzungsbereich mit Fernmeldeleitungen ist der Avacon Netz GmbH ein Bohrprotokoll Lageplan der Leitungskreuzung auszuhändigen.</p> <p>Ferner dürfen innerhalb von Leitungsschutzbereichen betroffener Fernmeldeleitungen keine tiefwurzelnden Bäume und Sträucher angepflanzt werden.</p> <p>Für den Fall, dass Fernmeldeleitungen durch Ihre Maßnahme gesichert oder umgelegt werden müssen berücksichtigen Sie bitte, dass die Kosten hierfür durch den Verursacher zu tragen sind.</p>	Die nebenstehenden Hinweise beziehen sich auf nachgelagerte Genehmigungsebenen.

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Avacon Netz GmbH	<p>Erdarbeiten innerhalb von Leitungsschutzbereichen dürfen nur in vorsichtiger Handseachtung und nur nach Einweisung durch unseren Mitarbeiter ausgeführt werden. Hierfür setzen Sie sich bitte mindestens drei Wochen vor Beginn der geplanten Maßnahme mit uns unter dem Postfach einsatzplanung_uebertragungsnetze@avacon.de in Verbindung.</p> <p>Für die tatsächliche Lage der betroffenen Fernmeldeleitung(en) innerhalb des beigefügten Planwerkes kann keine Gewähr übernommen werden. Der Unternehmer hat sich durch eine geeignete Anzahl von Sicherheitsschachtungen über die Lage von Fernmeldeleitungen zu informieren.</p> <p>Teilbereiche 1-5 und 7:</p> <p>Innerhalb der Teilbereiche 1-5 und 7 befinden sich keine 110-kV-Hochspannungsfrei-, 110-kV-Hochspannungserd-, Gas-hochdruck- und Fernmeldeleitungen in den Rechtsträgerschaften der Avacon Netz GmbH, Avacon Hochdrucknetz GmbH und Avacon AG.</p> 	<p>Die nebenstehenden Hinweise beziehen sich auf nachgelagerte Genehmigungsebenen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Zur Entwurfsfassung wird auf die Teilbereiche 2, 3, 4b, 5a-e und 7 verzichtet.</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
6b	Avacon Netz GmbH Am Winklerfelde 1 28857 Syke 05.04.2023	<p>Gerne beantworten wir Ihre Anfrage.</p> <p>Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 20.03.2023 geben wir zu der oben genannten Flächennutzungsplanänderung grundsätzlich unsere Zustimmung.</p> <p>In Teilbereichen des Planungsgebietes, Gebiet der Gemeinde Ströhen, sind Verteilnetzanlagen im Eigentum der Avacon Netz GmbH vorhanden und die bestehenden Gebäude mit Energie versorgt. Eine Gefährdung der vorhandenen Versorgungsanlagen und eine Gefährdung der gesicherten Versorgung mit Energie muss ausgeschlossen sein. Bitte beachten Sie unsere Leitungsschutzanweisung.</p> <p>Bestandspläne und die Leitungsschutzanweisung werden Ihnen für Ihre Planungen über das Portal unserer Leitungsauskunft https://meine-planauskunft.de oder über die E-Mail: leitungsauskunft@avacon.de übersendet.</p> <p>Zur Vermeidung von Netzzrückwirkungen durch Eigenerzeugungsanlagen müssen letztere so betrieben werden, dass andere Kundenanlagen und Betriebsmittel des EVU nicht gestört werden.</p> <p>Die Höhe der möglichen Einspeiseleistung durch Windenergieanlagen ist in jedem Einzelfall gesondert mit netztechnischen Berechnungen zu ermitteln. Hierzu wird der Anlagenplaner bzw. Anlagenbetreiber gebeten, sich rechtzeitig mit uns in Verbindung zu setzen.</p> <p>Eine Stellungnahme zu unseren 110 kV-Leitungen, Gas-Hochdrucktrassen oder Fernmeldenetzen wird ggf. gesondert über die zuständigen Fachabteilungen erfolgen.</p> <p>Vor geplanten Bautätigkeiten sind Leitungsauskünfte bei uns einzuholen. Bitte beteiligen Sie uns weiterhin schriftlich an Ihrem Verfahren. Änderungen in der Planung bedürfen einer erneuten Prüfung.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die nebenstehenden Hinweise beziehen sich auf nachgelagerte Genehmigungsebenen.</p> <p>Eine Leitungsauskunft wurde durchgeführt.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Avacon Netz GmbH		
7	<p>ExxonMobil Production Deutschland GmbH Vahrenwalder Straße 238 30179 Hannover</p> <p>24.03.2023</p>	<p>Die ExxonMobil Production Deutschland GmbH (EMPG) nimmt die Betriebsführung für die Produktionsaktivitäten einschließlich des Betriebs des Produktionsleitungsnetzes der BEB Erdgas und Erdöl GmbH & Co. KG (BEB), der Mobil Erdgas-Erdöl GmbH (MEEG) und den Tochtergesellschaften wahr.</p> <p>Von dem hier angezeigten Vorhaben sind Betriebsanlagen der o.g. Gesellschaften betroffen. Details hierzu können Sie den beigefügten Planunterlagen entnehmen.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass unsere Angaben/Planeintragungen zur unverbindlichen Vorinformation erfolgen. Die Angaben über Lage, Deckung und Verlauf der u.g. BEB/MEEG-Anlage(n) sind so lange als unverbindlich anzusehen, bis sie in der Örtlichkeit durch einen Beauftragten der EMPG bestätigt werden.</p> <p>Der gesamte Schutzstreifen unserer Leitung(en) ist gem. dem geltenden technischen Regelwerk als Bauverbotszone definiert bzw. auszuweisen, so dass zur Gewährleistung der Sicherheit der Leitung(en) und zu eventuell erforderlichen Unterhaltungs- und Reparaturarbeiten eine jederzeitige Erreichbarkeit der Leitung(en), auch mit Maschineneinsatz, gewährleistet ist.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die nebenstehenden Hinweise beziehen sich auf nachgelagerte Genehmigungsebenen.</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung ExxonMobil Production Deutschland GmbH	<p>Bei Errichtung von Windenergieanlagen ist der Sicherheitsabstand zu Erdgas-/Erdöl-Anlagen (z.B. Erdgasleitungen und Betriebsplätze) so zu wählen, dass eine Gefährdung, zum Beispiel durch Umsturz, Gondelabwurf oder Abwurf von Rotorblättern, ausgeschlossen ist. Hierzu verweisen wir auf den Erlass des niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz „Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen an Land (Windenergieerlass)“ vom 01.09.2021 und die Rundverfügung Nr. 4.45 „Abstand von Windkraftanlagen (WEA) zu Einrichtungen des Bergbaus“ des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) vom 17.10. 2022, in der die Sicherheitsabstände für Windenergieanlagen zu Einrichtungen des Bergbaus behördlich festgelegt wurden (s. Anlage).</p> <p>Aus Sicherheitsgründen wird ein Abstand von größer 900 m zwischen Windenergieanlagen und bergbaulichen Anlagen als ausreichend angesehen. Für den Fall, dass die geplanten Windenergieanlagen diesen Mindestabstand unterschreiten, ist gemäß Ziffer 2 der Rundverfügung eine Bewertung des Einzelfalls notwendig. Im Rahmen der Einzelfallprüfung sind insbesondere die Nabenhöhe und die Gesamthöhe der neu zu errichtenden Windenergieanlage von Bedeutung. Sowohl aus der Gesamthöhe sowie der Nabenhöhe errechnet sich der einzuhaltende Mindestabstand zu obertägigen sowie untertägigen bergbaulichen Anlagen.</p> <p>Sollten aufgrund von Arbeiten auf bzw. an unseren bergbaulichen Anlagen Ausfallzeiten oder Trudelbetrieb an Windenergieanlagen entstehen, so bestehen aufgrund der Ausfallzeiten keine Ansprüche gegenüber EMPG.</p> <p>In der Gemeinde Wagenfeld befinden sich eine Vielzahl verfüllter Bohrungen. Die verfüllten Bohrungen haben einen Schutzbereich mit einem Radius von 5 m, der nicht überbaut oder abgegraben werden darf. Darüber hinaus müssen die Bohrungen jederzeit aus Sicherheitsgründen erreichbar bleiben. Die Koordinaten der verfüllten Bohrungen finden Sie auf dem Kartenserver des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (https://nibis.lbeg.de/cardomap3/).</p>	<p>Die Süßgasleitung liegt deutlich südlich außerhalb von Teilbereich 6. Außerdem bestehen in Teilbereich 6 bereits Windenergieanlagen. Auf Ebene des Flächennutzungsplanes werden keine Anlagentypen und keine Anlagenhöhen festgelegt, insofern sind konkrete Abstände auf dieser Planungsebene nicht ermittelbar. Eine Einzelfallprüfung erfolgt auf nachgelagerter Genehmigungsebene. Da die erforderlichen Abstände jeweils im Einzelfall konkret zu ermitteln sind, können keine pauschalen Abstände auf Flächennutzungsplanebene berücksichtigt werden.</p> <p>Die nebenstehenden Hinweise beziehen sich auf nachgelagerte Genehmigungsebenen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Bohrungen sind auf nachgelagerter Genehmigungsebene zu beachten.</p>

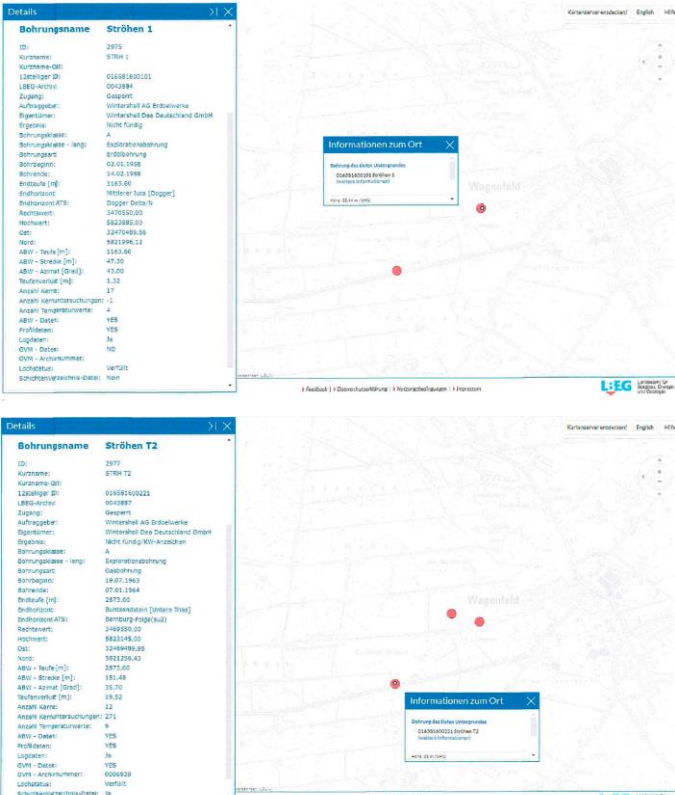
Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung ExxonMobil Production Deutschland GmbH	<p>Von der gepl. Errichtung von möglichen Windenergieanlagen im Gemeindegebiet ist die 5 km Schutzzone der SON-Station Wagenfeld (Seismische Messstation) betroffen. Den Standort, sowie die schraffiert gekennzeichnete Schutzzone entnehmen Sie bitte der beigefügten Übersichtskarte.</p> <p>Die SON-Station Wagenfeld ist Bestandteil eines weitmaschigen bergschadenkundlichen Beweissicherungssystems (BBS), welches die niedersächsische Erdgasindustrie errichtet hat. Es beruht auf behördlicher Anordnung (§ 125 BBergG) und steht unter Aufsicht des Landesamts für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) in Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Erdbebendienst (NEO) und der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR).</p> <p>Diese Anordnung ist erfolgt, da es durch die Erdgasförderung zu geringfügigen Spannungsveränderungen in unmittelbarer Umgebung der Erdgaslagerstätten kommen kann, die durch den Druckabbau in den Speichergesteinen entstehen. Das Messsystem soll neben der Beweissicherung die Zusammenhänge tektonischer Ereignisse im Umfeld von Erdgaslagerstätten erforschen und wichtige Daten wie Lage und Tiefe von Erschütterungsherden, sowie die für die Wahrnehmung an der Oberfläche relevanten Schwinggeschwindigkeiten erfassen und damit eine genaue Kategorisierung der auftretenden Seismizität ermöglichen. Die Messungen im Rahmen des BBS sind erforderlich zur Erleichterung der Feststellung von Art und Umfang zu erwartender Einwirkungen der Erdgasförderung auf bauliche Anlagen an der Oberfläche (geringfügige Bodenerschütterungen).</p>	<p>Die Exxon Mobil hat im Nachgang zur Beteiligung per Mail am 09.06 an die Gemeinde mitgeteilt, dass es sich um eine geplante Station handelt. Zwischenzeitlich wurde am 02.08.2023 ein Antrag zur Prüfung auf Zulassung eines Sonderbetriebsplanes zur Errichtung und Inbetriebnahme der SON-Station Wagenfeld eingereicht. Die Teilbereiche 3a und b werden zur Entwurfsfassung nicht mehr dargestellt.</p> <p>Seismologische Stationen werden abhängig von Ihrer Bedeutung mit unterschiedliche Schutzradien belegt. Um Stationen globaler Bedeutung werden Radien von 3 km, bei regionaler Bedeutung 2 km sowie bei lokaler Bedeutung 1 km als Schutzradius für einen Ausschluss von Windenergieanlagen berücksichtigt.</p> <p>Der Teilbereich 4a liegt außerhalb des relevanten 2 Kilometerradius. Die Begründung wird um diese Aussagen ergänzt.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>

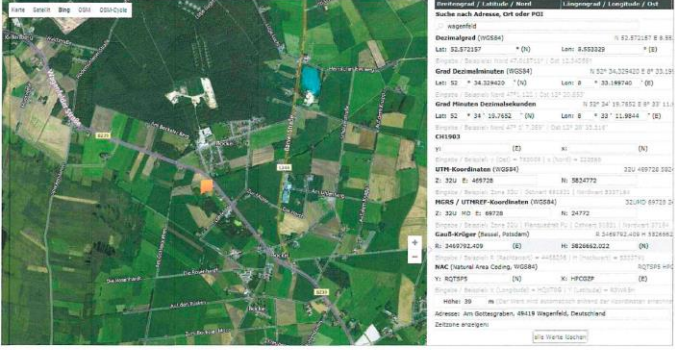

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung ExxonMobil Production Deutschland GmbH	<p>Obwohl die Funktionalität der seismischen Messstation in technischer Hinsicht nicht mit Radarstationen und Funkstationen voll vergleichbar ist, stellt ihr störungsfreier Betrieb, wie auch bei solchen Einrichtungen, aufgrund der damit verfolgten Überwachungsaufgaben einen öffentlichen Belang dar, der im Rahmen der Abwägung analog der in § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 8 BauGB genannten Einrichtungen zu berücksichtigen ist (vgl. OVG Münster Urteil vom 18.08.2009 Az. 8 A 613/08). Alternativ ergibt sich diese Vergleichbarkeit als ungeschriebener öffentlicher Belang aus § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB.</p> <p>Für die stationär errichtete seismische Messstation SON-Wagenfeld, die im Rahmen eines Betriebsplanverfahrens bergerechtlich zugelassen wurde und in deren Zusammenhang auch die betroffenen Landkreise informiert wurden, ergeben sich Mindestabstände von 5 km die bei der Neuerrichtung von Windenergieanlagen zu beachten sind.</p> <p>Ein möglicher Betrieb von Windenergieanlagen innerhalb eines Radius von 5 km und ein damit verbundener Eintrag von Vibrationen in den Boden stört den Betrieb der genannten seismischen Messstation in erheblichem Maße und kann damit den Betrieb des gesamten Überwachungsnetzes signifikant stören bzw. gänzlich unmöglich machen. Wir können daher dem Bau von neuen Windenergieanlagen innerhalb der Schutzzone nicht zustimmen.</p> <p>Wir bitten Sie, uns bei konkreten Planungen zu beteiligen und stehen Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.</p> <p>Unsere heutige Stellungnahme bezieht sich auf den derzeitigen Planungsstand. Laufende Baumaßnahmen sowie zukünftige Planungen sind in dieser Stellungnahme nicht enthalten.</p> <p>Bitte bestätigen Sie uns den Erhalt dieser Stellungnahme per Antwort auf diese Email. Sollten Sie Ihre Anfrage über BIL - Bundesweites Informationssystem zur Leitungsrecherche - gestellt haben, ist dies nicht notwendig.</p>	

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung																																													
	Fortsetzung ExxonMobil Production Deutschland GmbH	<div>Anlagen</div> <div>ExxonMobil</div> <div>Betroffene Betriebseinrichtungen</div> <table><tr><th>Station</th><th></th><th></th></tr><tr><td>Name</td><td>Schutzzone zu Windenergie (km)</td><td></td></tr><tr><td>SON-Wagenfeld</td><td>5</td><td></td></tr><tr><th>Bohrung</th><td></td><td></td></tr><tr><td>Name</td><td>Schutzabstände zu Windenergie (m)</td><td>Medium / Status</td></tr><tr><td>BAHRENBORSTEL Z2</td><td>s. Rundverfügung</td><td>Süßgas</td></tr><tr><td>BAHRENBORSTEL Z14</td><td>s. Rundverfügung</td><td>Süßgas</td></tr><tr><td>BAHRENBORSTEL Z11</td><td>s. Rundverfügung</td><td>Süßgas</td></tr><tr><td>BAHRENBORSTEL Z1</td><td>s. Rundverfügung</td><td>Süßgas</td></tr><tr><th>Leitungsabschnitt</th><td></td><td></td></tr><tr><td>Name</td><td>Schutzabstände zu Windenergie (m)</td><td>Medium / Status</td></tr><tr><td>E0410 BHBL Z01-EGM0012</td><td>s. Rundverfügung</td><td>Süßgas</td></tr><tr><td>E0411 BHBL Z02-EGM0012</td><td>s. Rundverfügung</td><td>Süßgas</td></tr><tr><td>E0452 BHBL Z09-BHBL Z11</td><td>s. Rundverfügung</td><td>Süßgas</td></tr><tr><td>L0511 BHBL Z11-BHBL Z09</td><td>s. Rundverfügung</td><td>Süßgas</td></tr></table> <div></div>	Station			Name	Schutzzone zu Windenergie (km)		SON-Wagenfeld	5		Bohrung			Name	Schutzabstände zu Windenergie (m)	Medium / Status	BAHRENBORSTEL Z2	s. Rundverfügung	Süßgas	BAHRENBORSTEL Z14	s. Rundverfügung	Süßgas	BAHRENBORSTEL Z11	s. Rundverfügung	Süßgas	BAHRENBORSTEL Z1	s. Rundverfügung	Süßgas	Leitungsabschnitt			Name	Schutzabstände zu Windenergie (m)	Medium / Status	E0410 BHBL Z01-EGM0012	s. Rundverfügung	Süßgas	E0411 BHBL Z02-EGM0012	s. Rundverfügung	Süßgas	E0452 BHBL Z09-BHBL Z11	s. Rundverfügung	Süßgas	L0511 BHBL Z11-BHBL Z09	s. Rundverfügung	Süßgas	
Station																																																
Name	Schutzzone zu Windenergie (km)																																															
SON-Wagenfeld	5																																															
Bohrung																																																
Name	Schutzabstände zu Windenergie (m)	Medium / Status																																														
BAHRENBORSTEL Z2	s. Rundverfügung	Süßgas																																														
BAHRENBORSTEL Z14	s. Rundverfügung	Süßgas																																														
BAHRENBORSTEL Z11	s. Rundverfügung	Süßgas																																														
BAHRENBORSTEL Z1	s. Rundverfügung	Süßgas																																														
Leitungsabschnitt																																																
Name	Schutzabstände zu Windenergie (m)	Medium / Status																																														
E0410 BHBL Z01-EGM0012	s. Rundverfügung	Süßgas																																														
E0411 BHBL Z02-EGM0012	s. Rundverfügung	Süßgas																																														
E0452 BHBL Z09-BHBL Z11	s. Rundverfügung	Süßgas																																														
L0511 BHBL Z11-BHBL Z09	s. Rundverfügung	Süßgas																																														

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung ExxonMobil Production Deutschland GmbH	<div><div><div><div><div>Leitungen</div><div>LO002 Ober</div><div><div><div></div><div>Leitungsbezeichnung</div></div><div><div></div><div>Ölleitung</div></div><div><div></div><div>Süßgasleitung</div></div><div><div></div><div>Sauer gasleitung</div></div><div><div></div><div>Lagerstättenwasserleitung</div></div><div><div></div><div>Wasser-/Abwasserleitung</div></div><div><div></div><div>Sonstige Leitungen</div></div><div><div></div><div>Leitungsschutzstreifen</div></div><div><div></div><div>HDS-Sicherheitsbereich (Sauer gas)</div></div></div></div><div><div>Kabel</div><div><div><div></div><div>Fernnetzkabel</div></div><div><div></div><div>Nieder spannung</div></div><div><div></div><div>Mittel spannung</div></div></div></div><div><div>Bohrungen</div><div><div>SURE 1</div><div><div><div></div><div>Kennzeichen Bohrung</div></div><div><div></div><div>Gasbohrung</div></div><div><div></div><div>Gasbohrung teilweise erfüllt</div></div><div><div></div><div>Gasbohrung erfüllt</div></div><div><div></div><div>Ölbohrung</div></div><div><div></div><div>Ölbohrung teilweise erfüllt</div></div><div><div></div><div>Ölbohrung erfüllt</div></div><div><div></div><div>Injektionsbohrung</div></div><div><div></div><div>Injektionsbohrung teilweise erfüllt</div></div><div><div></div><div>Injektionsbohrung erfüllt</div></div><div><div></div><div>Bohrung unbekannt</div></div><div><div></div><div>Bohrung teilweise erfüllt</div></div><div><div></div><div>Bohrung trocken und erfüllt</div></div><div><div></div><div>Bohrung erfüllt</div></div><div><div></div><div>Geplante Bohrung</div></div><div><div></div><div>Innerer Sicherheitskreis</div></div><div><div></div><div>Äußerer Sicherheitskreis</div></div></div></div><div><div>Stationen</div><div><div><div></div><div>Stationenname</div></div><div><div></div><div>Betriebsplatz</div></div><div><div></div><div>Stationfläche</div></div></div></div><div><div>Altlasten</div><div><div><div></div><div>Altlastenverdachtsfläche</div></div></div></div><div><div>ExxonMobil</div><div><div>Verantwortliche Stelle: O&E</div><div>0173 6410000</div><div>Tel.: 00510 641-0</div></div></div></div><div>LEGENDE</div></div></div><div><div><div>Rundverfügung</div><div>„Abstand von Windkraftanlagen (WEA) zu Einrichtungen des Bergbaus“</div><div>Hinweise des LBEG für die Bestimmung anlagenbezogener Sicherheitsabstände für einen sicheren Betrieb von bergbaulichen Einrichtungen und Transportfernleitungen</div><div>Gemäß Erlass des niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz</div><div>Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen an Land in Niedersachsen (Windenergieerlass)</div><div>vom 01.09.2021 (Nds. MBl. 2021 Nr.35, S. 1398)</div></div></div></div>	

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung									
9	Wintershall Dea Deutschland GmbH Schüllinger Straße 21, 27299 Langwedel 31.03.2023	<p>Wir bedanken uns für die Beteiligung an der o. g. Maßnahme und nehmen hierzu wie folgt Stellung:</p> <p>Eine Prüfung des Kartenausschnitts hat ergeben, dass im Planungsbereich folgende Anlagen von dem Vorhaben betroffen werden:</p> <table><tr><th>Anlagen/Bohrungen</th><th>Status</th><th>Zuständigkeit Betrieb</th></tr><tr><td>Bohrung Ströhen 1</td><td>Verfüllt</td><td>Abteilung Rückbau</td></tr><tr><td>Schlammgrube Wagenfeld, Am Lohfeld</td><td>Renaturiert</td><td>Dr. Nikolai Dellling (Tel. 040/6375-2133, nikolai.dellling@wintershalldea.com)</td></tr></table> <p>Die Lage der betroffenen Anlagen kann dem beiliegenden Planauszug entnommen werden.</p> <p>Um eine Beeinträchtigung beim Betrieb Ihrer WKAs im Falle von Arbeiten an den Bohrungen zu vermeiden, sollte ein entsprechender Sicherheitsabstand eingehalten werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass es bei eventuellen Folgearbeiten nicht zum Abschalten von WKAs kommt. Aus unserer Sicht sollte der Abstand mindestens 30 m betragen. Für zukünftige Arbeiten an den Bohrungen wird ausgeschlossen, dass die Wintershall Dea Deutschland GmbH für eventuelle Ausfälle Ihrer WKAs aufkommt. Ggf. muss eine privatrechtliche Vereinbarung getroffen werden, um Einschränkungen für uns auszuschließen.</p> <p>Im Planungsbereich liegt nach den uns vorliegenden Informationen im Bereich Bockei (siehe beigefügten Lageplan) eine inzwischen renaturierte Altablagerung (Schlammgrube). Wegen der historischen Vornutzung (1) ist der Standort dennoch als Altablagerung im Sinne des Bundesbodenschutzgesetzes anzusehen und (2) bestehen insoweit auch Anhaltspunkte für eine schädliche Bodenveränderung. Daher kann es bei Baumaßnahmen in diesem Bereich zu Zusatzkosten für die Entsorgung von Bodenaushub kommen.</p>	Anlagen/Bohrungen	Status	Zuständigkeit Betrieb	Bohrung Ströhen 1	Verfüllt	Abteilung Rückbau	Schlammgrube Wagenfeld, Am Lohfeld	Renaturiert	Dr. Nikolai Dellling (Tel. 040/6375-2133, nikolai.dellling@wintershalldea.com)	<p>Die in der Anlage dargestellte verfüllte Bohrung und die renaturierte Schlammgrube liegen deutlich außerhalb der für die Windenergienutzung dargestellten Sondergebiete. Eine weitere Abwägung ist damit entbehrlich.</p>
Anlagen/Bohrungen	Status	Zuständigkeit Betrieb										
Bohrung Ströhen 1	Verfüllt	Abteilung Rückbau										
Schlammgrube Wagenfeld, Am Lohfeld	Renaturiert	Dr. Nikolai Dellling (Tel. 040/6375-2133, nikolai.dellling@wintershalldea.com)										

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Wintershall Dea	<p>Hinweis</p> <p>Zum 01. Mai 2019 hat sich die Wintershall Holding GmbH (ehemals Wintershall AG) mit der DEA Deutsche Erdöl AG zusammengeschlossen. Alle deutschen Standorte und Aktivitäten werden nunmehr durch die Wintershall Dea Deutschland GmbH gebündelt betrieben und verwaltet. Leitungsentscheidungen werden gemeinsam erteilt, diese Stellungnahme gibt daher Auskunft über die gesamten Anlagen der Wintershall Dea Deutschland GmbH.</p>  <p>The screenshot displays two map views from the L:EG system. The top view shows 'Ströhen 1' with a detailed data table. The bottom view shows 'Ströhen T2' with another detailed data table. Both tables include fields such as ID, Kurzname, Längenangabe, UTM-Koordinaten, and various technical specifications related to the drilling locations.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Wintershall Dea	 <p>BSG Wagenfeld. Am Lohfeld</p> <p>Ausdruck vom: Freitag, 28. November 2014 13:49:17 PC-Name: W74C0C6S1 Benutzername: PARTMAB</p>  <p>Schlammgrube Wagenfeld Am Lohfeld</p>	


Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
10	<p>Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Geschäftsbereich Nienburg, Postfach 17 20, 31567 Nienburg/Weser</p> <p>27.03.2023</p>	<p>Grundsätzlich sind bei der Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen und Windparks an und im Bereich von überörtlichen Verkehrsstraßen (Bundes-, Landes- und Kreisstraßen) folgende Hinweise zu beachten:</p> <p>Dem Straßenbaulastträger obliegt die Verkehrssicherungspflicht auf öffentlichen Straßen. Alle Verkehrsteilnehmer, die diese zweckgebunden nutzen, sind vor Gefahren zu schützen. Steht eine Windenergieanlage (WEA) zu nah an einer Straße, so kann von ihr eine Gefahr für den öffentlichen Verkehr ausgehen. Die Gefahr kann z. B. durch Eisabwurf, durch Anlagenteile und/oder Objekte (Bruchstücke, Bauteile, Vögel etc.), durch mangelnde Standsicherheit, durch eine optisch bedrängende Wirkung (Drehbewegung des Rotors, Schattenwurf) oder durch ein erhöhtes Ablenkungspotenzial für die Verkehrsteilnehmer (Human Factors bezogen auf die Raumwahrnehmung) ausgelöst werden.</p> <p>Berücksichtigung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs:</p> <p>Nach Nummer 3.5.4.3 des Windenergieerlasses (Gern. RdErl. d. MU, d. ML, d. MI u. d. MW v. 20.07.2021 (Nds. MBI. Nr. 35 / 2021, S. 1398) - Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen an Land)) mit Verweis auf Nummer A 1.2.8. 7 der Anlage 1 der Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen (WTB) wonach die Richtlinie „Windenergieanlagen; Einwirkungen und Standsicherheitsnachweise für Turm und Gründung“ in Niedersachsen eingeführt ist (RdErl. d. MU vom 21.06.2021 (Nds. MBI. 2021 Nr. 23, S. 1030)) heißt es i. V. m. Nummer 2 der dazugehörigen Anlage A 1.2.8/6 zum Abstand zwischen Windenergieanlage (WEA) und Verkehrswegen: Abstände zu Verkehrswegen und Gebäuden sind unbeschadet der Anforderungen aus anderen Rechtsbereichen wegen der Gefahr des Eisabwurfs einzuhalten, soweit eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nicht auszuschließen ist. Abstände größer als 1,5 x (Rotordurchmesser plus Naben höhe) gelten im Allgemeinen in nicht besonders eisgefährdeten Regionen als ausreichend. In anderen Fällen ist die Stellungnahme eines Sachverständigen erforderlich.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Im Rahmen dieser 51. Flächennutzungsplanänderung werden die Standorte für die Windparks, aber keine konkreten Anlagenstandorte festgelegt. Über die konkreten Anlagenstandorte und die Abstände zu den Straßen wird auf nachgelagerter Genehmigungsebene in Kenntnis der dann vorliegenden Anlagenhöhe entschieden.</p>


Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr	<p>Anlagen oder Flächen, die diese Abstände nicht einhalten, kann seitens der Straßenbauverwaltung nicht zugestimmt werden. Soweit erforderliche Abstände wegen der Gefahr des Eisabwurfes nicht eingehalten werden, ist laut Anlage 1.2.8/6 Nr. 2 und Nr. 3.2 eine gutachterliche Stellungnahme erforderlich. Die Prüfung der Gutachten und die Formulierung von Auflagen, die ein Unterschreiten der o.g. Abstände ermöglichen, obliegen in der Regel nicht der Straßenbauverwaltung.</p> <p>Sollte der o.g. Abstand zur überörtlichen Verkehrsstraße unterschritten werden, behält sich die Straßenbauverwaltung im Rahmen der weiteren Genehmigungsplanung die Vorlage weiterer Nachweise zur Gewährleistung von Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs bezogen auf die oben genannten Aspekte vor.</p> <p>Bei der Festlegung von geeigneten Windenergiestandorten und dem Repowering sollte insbesondere auch auf die verkehrliche Erschließung geachtet werden. Für die Errichtung von Windenergieanlagen werden Sondertransporte mit Oberbreiten und -längen abgewickelt. Es wäre wünschenswert, wenn bereits bei der Planung der Windparks darauf geachtet wird, dass diese über das kommunale Straßennetz ausreichend erschlossen werden. Die Anlage von neuen Zufahrten oder die andersartige Nutzung vorhandener Zufahrten zu Bundes-, Landes- oder Kreisstraßen ist außerhalb der Ortsdurchfahrten im Einzelfall zu prüfen.</p> <p>Sofern betreffende Gemeindestraßen mit Anschluss an überörtliche Verkehrsstraßen ausgebaut werden sind für die Einmündungsbereiche im Zuge der überörtlichen Verkehrsstraßen vor Baubeginn entsprechende Vereinbarungen zwischen den betreffenden Gemeinden als Baulastträger der Gemeindestraßen und dem Geschäftsbereich Nienburg der Nieders. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr als Baulastträger der Bundes- und Landesstraßen bzw. dem Landkreis Nienburg/Weser als Baulastträger der Kreisstraßen abzuschließen.</p>	<p>Über die konkreten Anlagenstandorte und die Abstände zu den Straßen sowie die Einholung konkreter Gutachten wird auf nachgelagerter Genehmigungsebene in Kenntnis der dann vorliegenden Anlagenhöhe entschieden.</p> <p>Der Hinweis bezieht sich auf die Genehmigungsebene.</p> <p>Der Hinweis bezieht sich auf die Genehmigungsebene.</p> <p>Der Hinweis bezieht sich auf die Genehmigungsebene.</p>

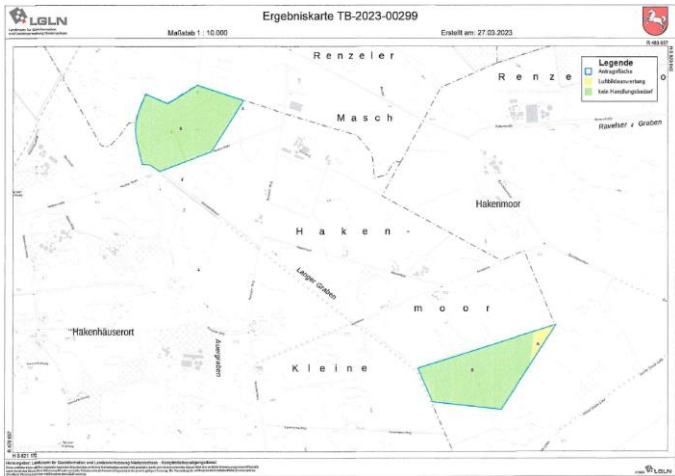
Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr	<p>Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass der Straßenverkehr auf den überörtlichen Verkehrsstraßen durch eventuell auftretenden Rotorschattenwurf der Windenergieanlagen nicht beeinträchtigt werden darf. Bei eventuell auftretenden Beeinträchtigungen sind die betreffenden Windenergieanlagen so anzupassen oder durch Zusatzgeräte auszustatten, dass bei Sonnenschein eine Abschaltung erfolgt.</p> <p>Berücksichtigung der Anbauverbots- und Anbaubeschränkungszone:</p> <p>Abstände von 100 m zu Bundesautobahnen und 40 m zu Bundes-, Landes- und Kreisstraßen beinhalten die vorgeschriebenen Zonen zu Bauverboten und Baubeschränkungen für klassifizierte Straßen gemäß § 9 des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) bzw. § 24 des Niedersächsischen Straßengesetzes (NStrG). Diese sich aufgrund straßenrechtlicher Gesetze ergebenden Abstandsmaße werden jedoch den tatsächlichen Gefährdungsverhältnissen von Windenergieanlagen nicht gerecht.</p> <p>Stehen WEA in einem geringen Abstand an Straßen oder ragen Teile von Rotoren in die Anbaubeschränkungszone dann können -auf den Einzelfall bezogen- besondere Gefahren auftreten (Mangelnde Standsicherheit, Abwurf von einzelnen Objekten und/oder Teilen, optisch bedrückende Wirkung durch die Drehbewegung des Rotors, Schattenwurf, erhöhtes Ablenkungspotenzial für die Verkehrsteilnehmer, Human Factors bezogen auf die Raumwahrnehmung), die zur Wahrung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs unzureichend sind.</p>	<p>Der Hinweis bezieht sich auf die Genehmigungsebene.</p> <p>Der Hinweis bezieht sich auf die Genehmigungsebene.</p>
11	LGLN, Regionaldirektion Hameln- Hannover Kampfmittelbeseitigungsdienst Dorfstraße 19 30519 Hannover 27.03.2023	<p>Sie haben das Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN), Regionaldirektion Hameln - Hannover (Dezernat 5 - Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD)) als Träger öffentlicher Belange gern. § 4 Baugesetzbuch (BauGB) beteiligt. Meine Ausführungen hierzu entnehmen Sie bitte der zweiten Seite; diese Stellungnahme ergeht kostenfrei.</p> <p>Sofern in meinen anliegenden Ausführungen eine weitere Gefahreneerforschung empfohlen wird, mache ich darauf aufmerksam, dass die Gemeinden als Behörden der Gefahrenabwehr auch für die Maßnahmen der Gefahreneerforschung zuständig sind.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung LGLN	<p>Eine Maßnahme der Gefahrenerforschung kann eine historische Erkundung sein, bei der alliierte Krieglufbilder für die Ermittlung von Kriegseinwirkungen durch Abwurfmunition ausgewertet werden (Luftbildauswertung). Der KBD hat nicht die Aufgabe, alliierte Luftbilder zu Zwecken der Bauleitplanung oder des Bauordnungsrechts kostenfrei auszuwerten. Die Luftbildauswertung ist vielmehr gern. § 6 Niedersächsisches Umweltinformationsgesetz (NUIG) in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) auch für Behörden kostenpflichtig.</p> <p>Die Bearbeitungszeit für Luftbildauswertungen beträgt derzeit beim KBD ca. 16 Wochen ab Antragstellung. Da diese Zeitspanne zwischen Erteilung einer Baugenehmigung und dem Baubeginn erfahrungsgemäß nicht verfügbar ist, empfehlen wir den Kommunen eine rechtzeitige Antragstellung.</p> <p>Sofern eine solche kostenpflichtige Luftbildauswertung durchgeführt werden soll, bitte ich um entsprechende schriftliche Auftragserteilung unter Verwendung des Antragsformulars und der Rahmenbedingungen, die Sie über folgenden Link abrufen können: http://www.lqln.niedersachsen.de/startseite/kampfmittelbeseitigung/luftbildauswertung/kampfmittelbeseitigungsdienst-niedersachsen-163427.html</p> <p>Stellungnahme zum öffentlichen Belang: Kampfmittelbeseitigung Betreff: Wagenfeld, 51. F-Planänderung "Windkraftkonzentrationszonen" Antragsteller: Gemeinde Wagenfeld Für die Planfläche liegen dem Kampfmittelbeseitigungsdienst Niedersachsen die folgenden Erkenntnisse vor (siehe beigegefügte Kartenunterlage) :</p>	<p>Über die konkreten Anlagenstandorte und die Einholung einer Luftbildauswertung wird auf nachgelagerter Genehmigungsebene entschieden. Die Begründung wird um diese Aussagen ergänzt.</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung LGLN	<p><u>Empfehlung: Luftbildauswertung</u></p> <p><u>Fläche A</u></p> <p>Luftbilder: Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden nicht vollständig ausgewertet.</p> <p>Luftbildauswertung: Es wurde keine Luftbildauswertung durchgeführt.</p> <p>Sondierung: Es wurde keine Sondierung durchgeführt.</p> <p>Räumung: Die Fläche wurde nicht geräumt.</p> <p>Belastung: Es besteht der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel</p> <p><u>Empfehlung: Kein Handlungsbedarf</u></p> <p><u>Fläche B</u></p> <p>Luftbilder: Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden vollständig ausgewertet.</p> <p>Luftbildauswertung: Nach durchgeführter Luftbildauswertung wird keine Kampfmittelbelastung vermutet.</p> <p>Sondierung: Es wurde keine Sondierung durchgeführt.</p> <p>Räumung: Die Fläche wurde nicht geräumt.</p> <p>Belastung: Ein Kampfmittelverdacht hat sich nicht bestätigt.</p> <p><u>Hinweise</u></p> <p>Die vorliegenden Luftbilder können nur auf Schäden durch Abwurfkampfmittel überprüft werden. Sollten bei Erdarbeiten andere Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Brandmunition, Minen etc.) gefunden werden, benachrichtigen Sie bitte umgehend die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder den Kampfmittelbeseitigungsdienst des Landes Niedersachsen bei der RD Hameln-Hannover des LGLN.</p> <p>In der vorstehenden Empfehlung sind die Erkenntnisse aus der Zeit vor der Einführung des Kampfmittelinformationssystems Niedersachsen (KISNi), dem 11.06.2018, nicht eingeflossen, da sie nicht dem Qualitätsstand von KISNi entsprechen. Sie können natürlich trotzdem von den Kommunen in eigener Zuständigkeit berücksichtigt werden.</p>	

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung LGLN	<p>Bitte senden Sie uns, nach Übernahme unserer Stellungnahme, zur Arbeitserleichterung keine weiteren Schreiben in dieser Angelegenheit zu.</p> 	

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung LGLN		

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung LGLN		
12	<p>GASCADE Gastransport GmbH, Kölnische Straße 106-112 34119 Kassel</p> <p>28.03.2023</p>	<p>Wir danken für die Übersendung der Unterlagen zu o. g. Vorhaben. Wir, die GASCADE Gastransport GmbH, antworten Ihnen zugleich auch im Namen und Auftrag der Anlagenbetreiber WINGAS GmbH, NEL Gastransport GmbH sowie OPAL Gastransport GmbH & Co. KG. Die vorgenannten Anlagenbetreiber, deren Anlagen von Ihrer Maßnahme zum gegenwärtigen Zeitpunkt betroffen sind, werden in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt.</p> <p>Zur Vereinfachung benennen wir unsere nachfolgend genannten Anlagen so weit möglich im weiteren Schreiben nicht einzeln, sondern allgemein als Anlagen. Als unsere Anlagen bezeichnen wir die Gesamtheit der zu schützenden Erdgashochdruckleitungen, LWL-Kabel und Begleitkabel.</p> <p>Nach Prüfung des Vorhabens im Hinblick auf eine Beeinträchtigung unserer Anlagen teilen wir Ihnen mit, dass von der o. g. Maßnahme unsere nachfolgend aufgeführten Anlagen betroffen sind:</p>	

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung																					
	Fortsetzung GASCADE Gastransport GmbH	<table><tr><th>lfd. Nr.</th><th>Typ</th><th>Name</th><th>DN</th><th>MOP (bar)</th><th>Schutzstreifen in m (Anlage mittig)</th><th>Netzbetreiber</th></tr><tr><td>1</td><td>Erdgasleitung</td><td>Fernleitung MIDAL</td><td>1000</td><td>90,00</td><td>8,00</td><td>GASCADE Gastransport GmbH</td></tr><tr><td>2</td><td>LWL Trasse</td><td>LWL-Kabel</td><td></td><td></td><td></td><td>WINGAS GmbH</td></tr></table> <p>Zuständiger Pipelineservice: PLS Rehden, Telefon: +49 5446 206040-2011, Mobil: +49 152 09377178</p> <p>Die Lage unserer Anlagen ist der beigefügten Übersichtskarte M 1 : 50000 zu entnehmen. Zwischen der örtlichen Lage der Anlagen und der Darstellung in der Übersichtskarte können Abweichungen bestehen. In Absprache mit unserem Pipeline-Service ist die Lage unserer Anlagen durch Suchschachtungen zu prüfen. Die Kosten gehen zu Lasten des Verursachers.</p> <p>Unsere Anlagen befinden sich in der Mitte eines dinglich gesicherten Schutzstreifens. Die Verlegung erfolgte i. d. R. mit einer Erdüberdeckung von mind. 1,0 m. Unmittelbar neben der Erdgashochdruckleitung, welche kathodisch gegen Korrosion geschützt ist, befinden sich Fernmeldekabel in Rohrscheitelhöhe.</p> <p>Zu Ihrer Information fügen wir unsere „Auflagen und Hinweise zum Schutz unserer Erdgashochdruckleitungen“ bei. Dieses Merkheft findet auch bei unseren v. g. Anlagen Anwendung.</p> <ul style="list-style-type: none">Grundsätzlich müssen Windenergieanlagen (WEA) mindestens folgende lichte Abstände zu unseren Anlagen einhalten: vom Mastfuß mind. 35 m und vom Fundament mind. 10 m. Die Erdungseinrichtungen von WEA müssen einen lichten Abstand von mind. 2,0 m zu unseren Anlagen einhalten, dürfen aber nicht innerhalb des Schutzstreifens angelegt werden. Eine Überbauung des Schutzstreifens ist grundsätzlich nicht zulässig. <p>Im Bereich unserer Absperrstationen sind zwischen WEA und der Außenkante unserer Stationsflächen mind. 240 m Abstand einzuhalten.</p>	lfd. Nr.	Typ	Name	DN	MOP (bar)	Schutzstreifen in m (Anlage mittig)	Netzbetreiber	1	Erdgasleitung	Fernleitung MIDAL	1000	90,00	8,00	GASCADE Gastransport GmbH	2	LWL Trasse	LWL-Kabel				WINGAS GmbH	<p>Nach der BIL Leitungsauskunft liegt die angesprochene Gasleitung der Gascade im westlichen Teil der Gemeinde, deutlich außerhalb der dargestellten Sondergebiete für die Windenergienutzung. Diesem Schreiben war allerdings keine Anlage/ Übersichtskarte beigefügt. Im Rahmen der 51. Flächennutzungsplanänderung werden keine konkreten Anlagenstandorte festgelegt. Über die konkreten Abstände ist auf nachgelagerter Genehmigungsebene zu befinden.</p>
lfd. Nr.	Typ	Name	DN	MOP (bar)	Schutzstreifen in m (Anlage mittig)	Netzbetreiber																		
1	Erdgasleitung	Fernleitung MIDAL	1000	90,00	8,00	GASCADE Gastransport GmbH																		
2	LWL Trasse	LWL-Kabel				WINGAS GmbH																		

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung GASCADE Gastransport GmbH	<p>Bezüglich unserer Abstandsforderungen verweisen wir auf das Generalgutachten „Windgutachten in Nähe von Schutzobjekten - Bestimmung von Mindestabständen“ von Dr.Ing. Veenker GmbH, welches unter https://www.veenkerghmbh.de/projekte/windenergieanlagen-generalgutachten/ als Download zur Verfügung steht.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Es unbedingt erforderlich, dass wir an den genehmigungsrechtlichen Verfahren (z. B. gemäß Bundes-Immissionsschutzgesetz) für die Errichtung und den Betrieb von WEA beteiligt werden. • Zur Errichtung der WEA müssen die jeweiligen Krananlagen außerhalb unseres Schutzstreifens positioniert werden. Dies gilt entsprechend bei Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten sowie bei einer Demontage der WEA. • Zusätzlich sind wir bei den Planungen und Bauausführungen zur Verlegung von Erdkabel zu beteiligen. • Im Bereich unserer Anlagen ist die Errichtung jeglicher Schächte und Armaturen grundsätzlich außerhalb unserer Schutzstreifen auszuführen. • Im Bereich einer Parallelführung, bei offener Bauweise, ist eine Kabelverlegung grundsätzlich außerhalb unseres Schutzstreifens vorzunehmen. Bei einer sich ergebenden Überlappung der Schutzstreifen kann ein gesonderter Interessenabgrenzungsvertrag verlangt werden. • Im Kreuzungsbereich unserer Anlagen sind Kabel in offener Bauweise zu verlegen, wobei der Einsatz einer Grabenfräse oder eines Kabelpfluges nicht zulässig ist. Ein lichter Abstand zu unseren Anlagen von mind. 0,40 m ist einzuhalten. Die Kreuzung sollte möglichst rechtwinklig erfolgen. Die vorgefundene Lage des rohrbegleitenden Fernmeldekabels darf ohne unsere Zustimmung nicht verändert werden. <p>Kreuzende Kabel sind in einem Schutzrohr zu verlegen. Diese Schutzmaßnahme muss mind. 1,0 m rechts und links über unser Leitungsrohr hinausragen.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass Erdungsbänder nicht über unsere Anlagen verlegt werden dürfen.</p>	Die nebenstehenden Hinweise beziehen sich auf nachgelagerte Genehmigungsebenen.

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung GASCADE Gastransport GmbH	<p>Wird unser Leitungsrohr im Bereich Ihrer Baumaßnahme freigelegt, sind unser Fernmeldekabel und unser Leitungsrohr wie auch die Rohrisolierung vor Beeinträchtigungen und Beschädigungen durch entsprechende Maßnahmen zu schützen. Die Art der Sicherungsmaßnahmen hat in Abstimmung mit unserem GASCADE-Verantwortlichen vor Ort zu erfolgen.</p> <p>Bei einer Unterquerung unserer Anlagen ist zu beachten, dass das Erdreich unter unseren Anlagen bei der Verfüllung des Rohrgrabens in Handarbeit verdichtet wird. Dabei ist darauf zu achten, dass die Bodenfestigkeit den alten Zustand wieder erhält, welchen sie vor Ihrer Baumaßnahme hatte.</p> <p>Direkt über unseren Anlagen darf nur statisch verdichtet werden. Verdichtungsarbeiten dürfen nur dann maschinell erfolgen, wenn über dem Leitungsrohr ein Erdpolster von 0,3 m eingebracht worden ist. Die Weiterverdichtung hat lagenweise zu erfolgen. In Abhängigkeit von der Leitungsüberdeckung können Vibrationsplatten zur Bodenverdichtung eingebracht werden, wenn deren Erregerkraft pro Aufstandsfläche (N/cm²) folgende Werte nicht überschreitet: ab 0,3 m Leitungsüberdeckung 8,5 N/cm² ab 0,6 m Leitungsüberdeckung 13,5 N/cm²</p> <ul style="list-style-type: none"> Bei einer grabenlosen Verlegung von Ver- und Entsorgungsleitungen sowie Kabeln ist ein lichter Abstand von mind. 5,0 m zu unseren Anlagen einzuhalten. Dies gilt für Kreuzungen und Parallelführungen. <p>Dem GASCADE-Verantwortlichen ist vor Ort das vorgesehene Verfahren vor Durchführung rechtzeitig vorzustellen. Vorzugsweise ist die Bohrung mit dem Bohrverfahren Para Track 1 oder 2 bzw. mit Kreiselkompass durchzuführen.</p> <p>Grundsätzlich sind Start- und Zielgruben außerhalb unseres Schutzstreifens anzulegen. Die Startgrube muss die sein, welche unseren Anlagen am nächsten ist. Die Grubenwände müssen im Nahbereich zum Schutzstreifen gegen Abrutschen etc. durch entsprechende Maßnahmen gesichert werden. Die Art dieser Sicherungsmaßnahmen hat in Abstimmung mit unserem GASCADE-Verantwortlichen vor Ort zu erfolgen.</p>	Die nebenstehenden Hinweise beziehen sich auf nachgelagerte Genehmigungsebenen.

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung GASCADE Gastransport GmbH	<p>Unser Pipeline-Service wird während der gesamten Bau- maßnahme die Betriebssicherheit unserer Anlagen überwachen. Zusätzlich müssen Sie uns durch ein Messprotokoll nachweisen, dass Sie während des Bohrvorgangs eine ständige Kontrolle über den Bohrkopf und dessen Verlauf haben. Eine Kopie des Messprotokolls ist unserem GASCADE Verantwortlichen vor Ort auszuhändigen.</p> <ul style="list-style-type: none"> Wir weisen Sie an dieser Stelle bereits auf Folgendes hin: Wenn der kathodische Korrosionsschutz unserer Anlagen durch die Verlegung des Kabels beeinträchtigt wird, so behalten wir uns vor, die Kosten für nachträgliche Schutz- maßnahmen an unseren Anlagen dem Verursacher in Rechnung zu stellen. Nach Beendigung der Bauarbeiten Ihres Projektes sind uns unaufgefordert Einmessungsunterlagen für die Kreuzungs- und Parallelbereiche zur Verfügung zu stellen. Aus diesen müssen genaue Angaben zur Lage und Höhe (Verlegetiefe) sowie die technischen Daten zu Ihrem Projekt zu entnehmen sein. Ein lichter Mindestabstand von 1,50 m zwischen Oberkante Rohrscheitel und Oberkante Fahrbahn darf nicht unter- schritten werden. Für den Aufbau ist unser Merkblatt „Straßenaufbau für SLW 60“ als Mindestanforderung zu berücksichtigen. <p>Im Parallelverlauf zu unseren Anlagen müssen Straßen und Zufahrten außerhalb unserer Schutzstreifen angelegt werden.</p> <p>Im Bereich unserer Anlagen ist grundsätzlich unter die Tragschicht aus gebrochenem Material ein Geotextil GRK 4 (Vliesstoffe - mind. 250 g/m²) in ausreichenden Abmes- sungen einzubringen.</p> <p>Erforderlichenfalls müssen Messschächte im Bereich der geschlossenen Fahrbahndecke installiert werden. Die An- zahl und Position ist mit einem GASCADE-Verantwortlichen vor Ort abzustimmen.</p>	Die nebenstehenden Hinweise beziehen sich auf nachgelagerte Genehmigungsebenen.

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung GASCADE Gastransport GmbH	<ul style="list-style-type: none"> Die erforderliche Zuwegung kann sich erfahrungsgemäß auch außerhalb von Änderungsbereichen für die Windenergiegewinnung befinden. Dadurch kann eine Betroffenheit unserer Anlagen entstehen. Eine Abstimmung ist unbedingt erforderlich. <p>Eine konkrete Auskunft über die Art und Größe der zum Einsatz kommenden Bau- und Transportfahrzeuge, die über unsere Anlagen auch im Bereich der vorhandenen Wege fahren werden, sind uns zur Stellungnahme vorzulegen.</p> <ul style="list-style-type: none"> Der Schutzstreifen ist grundsätzlich von Pflanzenwuchs, der die Sicherheit der Anlagen beeinträchtigen kann, freizuhalten. Dazu zählen Bäume, Hecken sowie Sträucher. <p>Für externe Kompensationsmaßnahmen muss sichergestellt sein, dass diese unsere Anlagen nicht beeinträchtigen und nicht im Schutzstreifen unserer Anlagen stattfinden werden. Sollten externe Flächen zur Deckung des Kompensationsbedarfs erforderlich sein, sind uns diese ebenfalls mit entsprechenden Planunterlagen zur Stellungnahme vorzulegen.</p> <ul style="list-style-type: none"> Zum Zwecke von behördlich vorgeschriebenen Kontrollen sowie für Instandhaltungsmaßnahmen, Intensivmessungen etc. muss die Zugänglichkeit unserer Anlagen für GASCADE auch für die Zukunft jederzeit gewährleistet bleiben. <p>Dies gilt entsprechend für die notwendige Beseitigung des Bewuchses mit Maschineneinsatz innerhalb unseres Schutzstreifens. Zum Schutz unserer Anlagen führen wir im mehrjährigen Abstand turnusmäßig eine entsprechende Pflege des Schutzstreifens durch, da Baum- und Gehölzbewuchs die Anlagen beschädigen kann.</p> <ul style="list-style-type: none"> Im Bereich zu Ihrer Maßnahme können sich Markierungspfähle (tlw. mit Messeinrichtung) der GASCADE befinden. Diese sind vor Beginn der Maßnahme unter Aufsicht unseres PipelineService zu sichern. 	Die nebenstehenden Hinweise beziehen sich auf nachgelagerte Genehmigungsebenen.

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung GASCADE Gastransport GmbH	<ul style="list-style-type: none"> • Das Befahren und Überqueren unseres Schutzstreifens mit schweren Baufahrzeugen außerhalb der Verkehrsflächen ist nur an besonders geschützten Stellen (z. B. mit Baggermatten) und in Abstimmung mit einem GASCADE-Verantwortlichen vor Ort erlaubt. • Eine zwischenzeitliche Ablagerung von Erdmassen bzw. die Einrichtung von Lagerflächen dürfen nur nach Rücksprache mit einem GASCADE-Verantwortlichen vor Ort im Bereich unserer Anlagen erfolgen. Hierbei sollten Sie berücksichtigen, dass GASCADE im Bedarfsfall die umgehende Räumung des Schutzstreifens verlangen kann. • Wir weisen Sie darauf hin, dass entlang unserer Anlagen teilweise Drainagen verlegt wurden. Diese Drainagen und deren Funktion müssen erhalten bleiben. <p>Dies ist keine Zustimmung zu Baumaßnahmen oder anderen Veränderungen im Bereich unserer Anlagen. Solche Maßnahmen sind der GASCADE Gastransport GmbH, Abt. GNL, durch eine gesonderte Anfrage zur Stellungnahme vorzustellen.</p> <p>Wir bitten um Beteiligung am weiteren Verfahren.</p> <p>Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass sich Kabel und Leitungen anderer Betreiber in diesem Gebiet befinden können. Diese Betreiber sind gesondert von Ihnen zur Ermittlung der genauen Lage der Anlagen und eventuellen Auflagen anzufragen.</p>	Die nebenstehenden Hinweise beziehen sich auf nachgelagerte Genehmigungsebenen.
13	Landkreis Nienburg/Weser 54 Regionalentwicklung Kreishaus am Schloßplatz 31582 Nienburg 13.04.2023	<p>Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung zu Ihrer o.g. Bauleitplanung gebe ich aus Sicht des Landkreises Nienburg/Weser folgende Anregungen:</p> <p>Aus naturschutzfachlicher Sicht können zu den Auswirkungen auf die Avifauna keine Aussagen getroffen werden, da offenbar die Einarbeitung von avifaunistischen Untersuchungen zum Entwurfstand noch aussteht.</p> <p>Inhaltlich sollte insbesondere auf das z.T. landkreisübergreifend ausgewiesene Vogelschutzgebiet V-40 (Diepholzer Moorniederung) in unmittelbarer Nachbarschaft zu Teilbereich 7 reflektiert werden.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Anregung wird berücksichtigt.</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Landkreis Nienburg/Weser	<p>Es soll laut Umweltbericht auf die Erfassung von Gastvögeln verzichtet werden. Es handelt sich hier aber in weiten Teilen um einen Bereich, der stark frequentiert ist z.B. von durchziehenden Kranichen. Auch hinsichtlich der ansonsten vorgesehenen Kartierungen ist zu berücksichtigen, dass voraussichtlich in sog. „go-to-Areas“ künftig auf Ebene des Genehmigungsverfahrens keine artenschutzrechtliche Prüfung mehr stattfindet. Es ist daher im Rahmen der Bauleitplanung bei Ausweisung dieser Windenergiegebiete größere Sorgfalt bei der Erfassung insbesondere der Avifauna, ggf. auch der Fledermäuse und Bewertung der Auswirkungen auf diese Tierartengruppen bzw. einzelne Arten walten zu lassen.</p> <p>Ich bitte um Beteiligung im weiteren Verfahren.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zum Entwurf werden neben den erhobenen Brutvogel-Daten auch bestehende Daten zu Kranichvorkommen im Gemeindegebiet und umliegend ausgewertet.</p> <p>Auf eine Kartierung von Fledermäusen wird verzichtet, da sich gemäß Artenschutzleitfaden die artenschutzrechtlichen Belange durch Abschaltszenarien regeln lassen. Nach § 6 WindBG hat die Genehmigungsbehörde grundsätzlich Schutzmaßnahmen in Form von Abregelungen anzuordnen, auch wenn keine Daten über Vorkommen bekannt sind. Die Abregelungen sind dann auf Grundlage einer zweijährigen akustischen Erfassung der Fledermausaktivitäten im Gondelbereich anzupassen.</p>
14	<p>Stadwerke Huntetal Amelogenstraße 1-3 49356 Diepholz</p> <p>12.04.2023</p>	<p>Wir kommen zurück auf Ihr Schreiben vom 20.03.2023 in o. g. Angelegenheit.</p> <p>In der Vergangenheit sind eine Vielzahl von Eigenerzeugungsanlagen (EEGANlagen) an unser Versorgungsnetz angeschlossen worden.</p> <p>In der Zwischenzeit ist die Leistungsgröße der verfügbaren Anlagen weiter angestiegen.</p> <p>Gemäß EEG ist für jede einzelne Anlage oder ggf. für einen Windpark mit mehreren Anlagen von uns zu prüfen, inwieweit der Anschluss dieser EEG-Anlagen an unser Netz rückwirkungsfrei möglich ist und wo der jeweilige Netzverknüpfungspunkt liegt .</p> <p>In vielen Fällen ist auch ein Ausbau des Versorgungsnetzes notwendig. Aus den nun vorliegenden Unterlagen lassen sich aktuell allerdings noch keine Einspeiseleistungen in den jeweils untersuchten Flächen ableiten. Wir benötigen aber detaillierte Daten zu den Einspeiseleistungen der Windkraftanlagen.</p> <p>Daher ist es für uns derzeit nicht möglich, den Ausbaubedarf unseres Versorgungsnetzes abzuschätzen.</p> <p>Aufgrund der in der Vergangenheit gehäuft an unser Versorgungsnetz angeschlossenen EEG-Anlagen ist jedoch schon jetzt festzustellen, dass ggf. eine gravierende Änderung der bestehenden Netzstruktur notwendig wird.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Detaillierte Daten zu den Einspeiseleistungen der Windkraftanlagen liegen für die Flächennutzungsplanebene nicht vor. Die Hinweise beziehen sich daher auf nachgelagerte Genehmigungsebenen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Träger öffentlicher Be- lange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung								
	Fortsetzung Stadtwerke Huntetal	<p>Ggf. ist für den Anschluss von EEG-Anlagen auch die Änderung des Netzkonzeptes und der Wechsel in eine höhere Spannungsebene notwendig. Dieses erscheint aufgrund der Ausführungen in der Bauleitplanung als sehr wahrscheinlich.</p> <p>Aufgrund der Planungs- und Lieferzeiten für die notwendigen Komponenten, der Genehmigungszeiten für Kreuzungsanträge und der notwendigen Bauzeit kann der Ausbau einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen.</p> <p>Zudem würde dieses erhebliche Kosten mit sich bringen, die dann auch Auswirkungen auf die von der Allgemeinheit zu zahlenden Netzentgelte haben.</p> <p>Wir dürfen Sie bitten, bei der Auswahl der Flächen die vorgenannten Gesichtspunkte zu berücksichtigen und uns weiter am Verfahren zu beteiligen.</p>									
15	ULV Große Aue - Dorfstr. 11 27249 Mellinqhausen 19.04.2023	<p>Gemeinschaftlich mit dem betroffenen Wasser- und Bodenverband (WaBo) „Renzel“ möchten wir zur o. a. Bauleitplanung wie folgt Stellung nehmen:</p> <p>In den Teilbereichen 5 und 6 verlaufen verschiedene Oberflächengewässer II. und III. Ordnung bzw. grenzen an die Teilbereiche an. Die Verbände sind wie folgt betroffen:</p> <table><tr><td>Teilbereich 5e: WaBo „Renzel“</td><td>265_WL 9.0 (Gewässer III. O., verläuft im Teilbereich)</td></tr><tr><td>Teilbereich 6 a) ULV Große Aue</td><td>01.00 Große Aue (Gewässer II. O., Teilbereich grenzt an)</td></tr><tr><td>Teilbereich 6 c: ULV Große Aue</td><td>14.00 Renzeler Maschgraben (Gewässer II. O., Teilbereich grenzt an)</td></tr><tr><td>WaBo „Renzel“</td><td>262 Ao 19 (Gewässer III. O., verläuft im Teilbereich)</td></tr></table> <p>Im Rahmen der Planung ist darauf zu achten, dass ein satzungsgemäßer Unterhaltungstreifen entlang der Gewässer II. und III. Ordnung mit einer Breite von 5,00 m einzuhalten ist. Dieser 5,00 m breite Bereich, gemessen ab der oberen Böschungskante, ist von Bebauung, Bepflanzung jeglicher Art und dauerhaften An- bzw. Auffüllungen freizuhalten. Zaunanlagen und Bauwerksgründungen fallen unter den Punkt „Bebauung“. Somit gelten hierfür dieselben Abstandsregelungen.</p>	Teilbereich 5e: WaBo „Renzel“	265_WL 9.0 (Gewässer III. O., verläuft im Teilbereich)	Teilbereich 6 a) ULV Große Aue	01.00 Große Aue (Gewässer II. O., Teilbereich grenzt an)	Teilbereich 6 c: ULV Große Aue	14.00 Renzeler Maschgraben (Gewässer II. O., Teilbereich grenzt an)	WaBo „Renzel“	262 Ao 19 (Gewässer III. O., verläuft im Teilbereich)	<p>Die Hinweise beziehen sich auf nachgelagerte Genehmigungsebenen. Im Zuge der Anlagenplanung sind die Unterhaltungstreifen zu beachten.</p>
Teilbereich 5e: WaBo „Renzel“	265_WL 9.0 (Gewässer III. O., verläuft im Teilbereich)										
Teilbereich 6 a) ULV Große Aue	01.00 Große Aue (Gewässer II. O., Teilbereich grenzt an)										
Teilbereich 6 c: ULV Große Aue	14.00 Renzeler Maschgraben (Gewässer II. O., Teilbereich grenzt an)										
WaBo „Renzel“	262 Ao 19 (Gewässer III. O., verläuft im Teilbereich)										

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung ULV Große Aue	<p>Wir gehen davon aus, dass für die Herstellung des Wegesystems zur Montage von WEA ggf. Querungen einzelner Gewässer (Verrohrungen I Durchlässe) notwendig sein werden. Weiterhin ist davon auszugehen, dass einzelne Gewässer mit Kabeln für den Stromtransport gekreuzt werden müssen. Für die Verrohrungen und/oder Kabel sind im Zuge der nachfolgenden Planungen wasserrechtliche Genehmigungen beim Landkreis Diepholz - Fachdienst Umwelt und Straße zu beantragen. An den für die Errichtung von Anlagen im und am Gewässer notwendigen wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren erwarten wir eine Beteiligung.</p> <p>In diesem Zuge möchten wir noch einmal darauf hinweisen, dass Kompensations- bzw. Ausgleichsmaßnahmen auch an unseren Gewässern durchgeführt werden können. Für Informationen und/oder Abstimmungsgespräche zur Durchführung solcher Maßnahmen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.</p> <p>Bei Beachtung der o. a. Punkte bestehen seitens des Wasser- und Bodenverbandes „Renzel“ und unsererseits keine Bedenken gegen die 51. Flächennutzungsplanänderung.</p>	<p>Die Hinweise beziehen sich auf nachgelagerte Genehmigungsebenen.</p> <p>Die Anregung wird zur Kenntnis genommen.</p>
16	Gemeinde Stewede Buchhofstr. 17 32351 Stewede-Levern 20.04.2023	Der Ausschuss für Bauen, Planen und Umwelt der Gemeinde Stewede hat in seiner Sitzung am 19.04.2023 über Ihre o. g. Planung beraten und folgenden Beschluss gefasst: „Seitens der Gemeinde Stewede werden gegen die 51. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Wagenfeld (Ausweisung von Windkraftkonzentrationszonen) keine Bedenken vorgebracht. Es wird angeregt, Belange des Vogelschutzes besonders zu beachten.“	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
17	Niedersächsische Landesforsten, Forstamt Nienburg, Kl. Drakenburger Straße 19 31582 Nienburg 20.04.2023	<p>Gegen die o.a. Planung bestehen aus Sicht der von mir zu vertretenden Waldbelange keine grundsätzlichen Bedenken. Es wird begrüßt, dass Waldflächen zuzüglich einer Rotorblattlänge von 75 m für die Errichtung von Windenergieanlagen als weiche Tabuzonen ausgeschlossen werden.</p> <p>In der Umgebung des Teilbereichs 5 befinden sich einige kleinere Waldflächen. Ob hier aus Gründen der Gefahrenabwehr (Waldbrand) ein größerer Abstand als eine Rotorblattlänge von 75 m erforderlich ist, kann im weiteren Verfahren geprüft werden.</p>	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Auf den Teilbereich 5 wird zur Entwurfsfassung verzichtet. Eine weitere Abwägung ist daher entbehrlich.

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
18	Landwirtschaftskammer Niedersachsen Vor dem Zoll 2 31582 Nienburg 19.04.2023	<p>Hiermit nehmen wir zu der 51. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Ausweisung von Windkraftkonzentrationszonen mit der Steuerungswirkung des § 35 Abs. 3 Satz 3 Baugesetzbuch (BauGB) im Außenbereich auf dem Gebiet der Gemeinde Wagenfeld Stellung:</p> <p>Der planerische Entwurf sieht eine Ausweisung der Teilflächen als Sondergebiet „Windenergieanlagen und landwirtschaftliche Nutzung“ vor. In der Peripherie und in den Planungsgebieten sind Tierhaltungsanlagen und landwirtschaftliche Betriebe vorhanden. Zur frühzeitigen Vermeidung planerischer Konflikte sehen wir es als erforderlich an, dass die landwirtschaftliche Nutzung auch eine planungsrechtliche Erweiterung von landwirtschaftlichen Standorten in den Bereichen nicht ausschließt.</p> <p>Aufgrund der verursachten Geruchs- und Ammoniak-Emissionen sind landwirtschaftliche Tierhaltungsanlagen und die angeschlossenen Einrichtungen auf Standorte im Außenbereich angewiesen. Das Plangebiet umfasst dabei überwiegend derartige Standorte.</p> <p>Um den landwirtschaftlichen Betrieben auch zukünftig eine Entwicklung zu ermöglichen, muss sowohl im Plangebiet, als auch in den definierten Tabu-Zonen eine weitere Zulässigkeit landwirtschaftlicher Bauvorhaben im Rahmen des § 35 Abs. 1 Nr. 1 und 4 BauGB sichergestellt sein, wenn diese die Windenergienutzung nicht beeinträchtigen, oder selbst durch diese beeinträchtigt werden.</p> <p>Andernfalls sind die gewählten Abstände zu landwirtschaftlichen Betrieben und Einrichtungen deutlich zu gering gewählt, da bereits in diesen Zonen eine Erweiterung der jeweiligen Standorte hohes Konfliktpotential aufweist.</p>	<p>Die landwirtschaftliche Nutzung innerhalb der dargestellten Sondergebiete für die Windenergienutzung ist zulässig, soweit die Windenergienutzung nicht in unzulässiger Weise eingeschränkt wird. Dies ist im konkreten Einzelfall auf nachfolgender Genehmigungsebene zu entscheiden. Die Teilbereiche 1 und 6 sind zudem bereits durch Windenergieanlagen genutzt. Innerhalb der Sondergebiete für die Windenergienutzung sind keine Tierhaltungsanlagen und landwirtschaftlichen Betriebe vorhanden. Die 51. Änderung hat außerhalb der dargestellten Sondergebiete in Bezug auf die Zulässigkeit von landwirtschaftlichen Nutzungen keine Auswirkungen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Anregung ist berücksichtigt.</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Landwirtschaftskammer	<p>Des Weiteren weisen wir auf die Notwendigkeit umfangreicherer Vorkehrungen und Monitoringmaßnahmen im Rahmen der Errichtung und des Rückbaus von temporären Wegeflächen hin, als Ergänzung des Kapitels 2.3.1 des Umweltberichtes. Im Rahmen der Bauarbeiten werden diese Flächen mit hohen Lasten beauftragt, welche deutlich über die Belastung durch landwirtschaftliche Fahrzeuge hinaus gehen. Dementsprechend sind deutliche Verdichtungen des Ober-, aber auch des Unterbodens zu befürchten, welche sich negativ auf die natürlichen Bodenfunktionen und somit auch auf das Ertragspotenzial der Flächen auswirken.</p> <p>Um dem entgegen zu wirken und die spätere uneingeschränkte Nutzbarkeit der temporär überbauten Flächen zu gewährleisten, erachten wir eine bodenkundliche Baubegleitung in Verbindung mit einer Zustandserhebung der Flächen vor und nach der Baumaßnahme für notwendig.</p> <p>In Fällen, in denen bei den Bauarbeiten Drainagen auf landwirtschaftlichen Flächen beschädigt werden, ist ebenfalls darauf hinzuweisen, dass die Instandsetzungsmaßnahmen von Fachfirmen vorzunehmen sind, oder die dafür anfallenden Kosten durch den Träger des Bauvorhabens auszugleichen sind.</p> <p>Außerdem weisen wir darauf hin, dass landwirtschaftliche Belange im Rahmen der Realisierung von Windenergieprojekten in aller Regel deutlich stärker betroffen sind, als in der Begründung dargestellt:</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Er bezieht sich auf die nachgelagerte Umsetzungsebene. Durch temporäre Zuwegungen sowie bauzeitlich temporäre Flächeninanspruchnahmen sowie Bodenbewegungen können Veränderungen des Bodenprofils, Bodenverdichtungen, u.ä. entstehen. Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass temporär in Anspruch genommene Flächen rekultiviert und weiter landwirtschaftlich genutzt werden können. Eine mögliche Betroffenheit empfindlicher Böden mit einer besonderen Schutzwürdigkeit kann im Detail erst im nachgelagerten Planverfahren abschließend festgestellt werden. Daraus abzuleitende Vermeidungs-, Minimierungs- oder Ausgleichsmaßnahmen sind dann im Rahmen des Bebauungsplanes oder des immissionsschutzrechtlichen Zulassungsverfahrens zu regeln.</p> <p>Der nebenstehende Hinweis bezieht sich auf die Genehmigungsebene.</p> <p>Der nebenstehende Hinweis bezieht sich auf die Genehmigungsebene.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Landwirtschaftskammer	<p>Zu 6.3 Belange der Landwirtschaft</p> <p>Einzelbetriebliche und agrarstrukturelle Wirkungen des Flächenverlustes</p> <p>Eine fehlende Auseinandersetzung mit der Thematik ist häufig auf die Argumentation zurückzuführen, Flächenverbräuche würden der Landwirtschaft durch Pachtzahlungen aus der Windenergieerzeugung kompensiert.</p> <p>Dies beinhaltet leider die unkorrekte Annahme, dass der oder die Bewirtschafter betroffener Flächen auch gleichzeitig die Flächen-eigentümer und damit Empfänger von Pachtzahlungen sind. Zugrunde legend, dass sich in Deutschland über 60 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche in außerlandwirtschaftlichem Eigentum befindet, fließen Pacht- oder Entschädigungszahlungen nur zu einem geringen Anteil tatsächlich der Landwirtschaft zu, so dass sie tatsächlich nicht als Kompensation gewertet werden könnten.</p> <p>Des Weiteren wäre die Argumentation, dass über Pachtzahlungen der Verlust an einkommenswirksamer Produktionsfläche finanziell substituierbar sei, nicht nur vor dem Hintergrund der stets aktuellen Forderung nach Reduzierung des Flächenverbrauches, sondern auch faktisch nicht haltbar. Fläche bleibt ein nicht vermehrbare Gut und ein für die Landwirtschaft essentieller Produktionsfaktor.</p> <p>Verbrauch landwirtschaftlicher Nutzfläche im Rahmen von Windparkplanungen</p> <p>Bei der Bewertung der Wirkung eines durch ein Windenergie-Vorhaben ausgelösten Flächenverlustes oder von daraus abgeleiteten Bewirtschaftungerschwernissen muss deutlich differenziert werden zwischen einzelbetrieblichen und agrarstrukturellen Wirkungen / Dimensionen. Während der Entzug von Flächen innerhalb einer Windparkplanung sicherlich zunächst nur einzelbetriebliche Auswirkungen entfaltet, wachsen sämtliche durch Windenergievorhaben verursachten Flächenverbräuche im Außenbereich in Summe in eine agrarstrukturell bedeutsame Dimension.</p>	<p>Die nebenstehend skizzierte Abwägung hat die Gemeinde Wagenfeld nicht vorgenommen. Die Gemeinde Wagenfeld hat bei der Abwägung der landwirtschaftlichen Belange vielmehr auf die geringe Anzahl an zusätzlich möglichen Windenergieanlagen abgestellt und daher die Belange der Windenergienutzung höher gewichtet als die Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen auf relativ geringer Fläche. Dabei ist zusätzlich auch das überragende öffentliche Interesse i.S. d. § 2 Satz 1 und 2 EEG an der Förderung und dem Ausbau der Windenergie zu berücksichtigen.</p> <p>Zur Entwurfsfassung wird die Darstellung von Sondergebieten für die Windenergienutzung auf drei Teilbereiche reduziert. In zwei der drei Teilbereiche sind bereits Windenergieanlagen vorhanden. Mit der Reduzierung zur Entwurfsfassung reduzieren sich auch deutlich die landwirtschaftlichen Auswirkungen durch die Planung. Innerhalb des Gemeindegebietes sind nur in relativ geringem Umfang zusätzliche Windenergieanlagen möglich. Soweit ein Repowering der Bestandsanlagen vorgenommen wird, sind die Altanlagen einschließlich der Fundamente zurückzubauen, so dass sich auch hier die landwirtschaftlichen Auswirkungen relativ gering sind. Die Gemeinde Wagenfeld geht daher davon aus, dass die Planung keine negativen agrarstrukturellen Auswirkungen hat.</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Landwirtschaftskammer	<p>Pro heutiger Windenergieanlage in der Megawattklasse gehen pauschal etwa 4.000 - 5.000 m² als nutzbare landwirtschaftliche Fläche für die Dauer des Anlagenbetriebes von bis zu 30 Jahren verloren. Diese Zahl setzt sich aus der mit ca. 2.500 m² zu veranschlagenden Kranstell- und Montagefläche, der Fläche für den Fundamentkörper von 1000 m² einschließlich nicht nutzbarer eingegrünter Bereiche und einer je nach bestehender Wegestruktur durchaus stark variierenden neu anzulegenden Zuwegungsfläche und Verbreiterung bestehender Wege von pauschal 500 m² (100m * 5m) zusammen.</p> <p>Erweitert man diese Fläche um 1,0 - 1,5 ha / WEA, die durch Maßnahmen aus der Eingriffsregelung (einschließlich Kompensation von Eingriffen i. d. Landschaftsbild) verursacht werden, ergeben sich Größenordnungen von bis zu 2 ha / WEA, die bis zu 30 Jahren der Landwirtschaft entzogen werden. In diesem Zusammenhang steht zudem in Frage, ob Flächen aus Kompensationsmaßnahmen nach Entfallen des Eingriffs tatsächlich in vollem Umfang wieder ihrer ursprünglich landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>
19	<p>BUND-Kreisgruppe Diepholz Friedhelm Niemeyer – Kreisnaturschutzbeauftragter f.d. „Südkreis“ Langer Berg 10 49419 Wagenfeld 19.04.2023</p>	<p>Zu dem o.g. Entwurf nehmen ich als Naturschutzbeauftragter im südlichen Landkreis Diepholz und Stellvertretender Vorsitzende der BUND-Kreisgruppe Diepholz wie folgt Stellung.</p> <p>Die Übersicht des Vorentwurfes umfasst 7 Teilbereiche mit kleineren Unterteilungen und insgesamt 108,2 ha Gesamtfläche (S. 46). Das entspricht etwa 0,92 % Anteil an der Gemeindefläche von etwa 11.747 ha Größe.</p> <p>Der relativ geringe Flächenpotenzialanteil ist auf die am Rand gelegenen großflächigen Hochmoore mit ihrem hohen internationalen und nationalen Naturschutzwert (Natura 2000 - und Naturschutzgebiete, NSG), wie im Vorentwurf angeführt, aber vor allem der kulturhistorisch bedingten Siedlungsstruktur (Streusiedlung) geschuldet. Dadurch überwiegen die harten Tabuzonen in hohem Maße und engen Planungsspielräume entsprechend stark ein.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung BUND	<p>Auf die <u>überregionale ökologische Bedeutung der Hochmoore in der Diepholzer Moorniederung</u> muss hier zunächst eingegangen werden, da sie in den folgenden Ausführungen noch große Relevanz haben. Wegen ihrer Unzugänglichkeit bildeten Hochmoore natürliche Grenzen zwischen machen Dörfern und Siedlungen, was noch heute an Grenzverläufen sichtbar ist. Die Gemeinde Wagenfeld ist im Südwesten durch das Oppenweher Moor nach Stemwede (NRW) und Lemförde abgegrenzt, nach Westen durch das Rehdener Geestmoor zur Samtgemeinde Rehden, nach Nordosten durch das Neustädter Moor (= Südliches Wietingsmoor) und die Bleckriede (Niedermoor) zur SG Kirchdorf und im Osten durch das Große Moor bei Uchte zur SG Uchte im LK Nienburg. Das Neustädter Moor bildete für die Ortschaften/Gemeinden Wagenfeld und (Hannoversch)-Ströhen die Grenze bevor in den 1970er Jahren Ströhen zu Wagenfeld kam.</p> <p>Die geschützten Hochmoore oder Teile davon haben sich nach Abschluss der industriellen Abtorfung und sukzessiver Wiedervernässungen durch den Naturschutz u.a. dahin entwickelt, dass sie von durchziehenden rastenden Kranichen zunehmend als sichere Schlafplätze genutzt werden. Tagsüber nehmen Kraniche auf umgebenden i. d. R. abgeernteten Feldern Nahrung auf z.B. Getreide- und Maiskörner. Der morgendliche Flug aus den nassen Moorflächen auf Felder und Grünland und abends wieder zurück, also <u>2 Flüge täglich, werden Pendelflüge genannt. Die landschaftlich offenen Verbindungen zwischen Moor und Nahrungsflächen sind wertgebend und unerlässlich</u> für das wochenlange Rastgeschehen bei Kranichen. Ein Teil der Kraniche überwintert inzwischen in der Diepholzer Moorniederung, auch im Bereich der vier großen wiedervernässten Hochmoore in/um der/die Gemeinde Wagenfeld, wie jahrelange Rastbestandszählungen ergeben haben.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

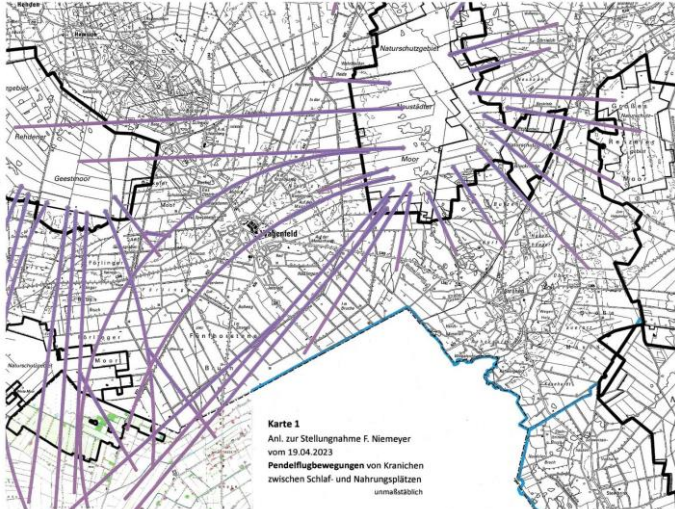
Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung BUND	<p><u>In beiliegender Karte 1 (unmaßstäblich) sind die Pendelflugbewegungen rastender Kraniche dargestellt</u>, wie sie der Unterzeichner und viele KranichzählerInnen des BUND Diepholzer Moorniederung seit 2001 (22 Jahre lang) beobachtet hat. Die Flugbewegungen haben sich in den vergangenen 5 Jahren insofern geändert, als Nahrung suchende Kraniche im Kulturland südlich des Oppenweher Moores (NRW) nicht nur Richtung Schlafplätze im Rehdeener Geestmoor, sondern den längeren Weg Richtung Neustädter Moor genommen haben. Das Oppenweher Moor wird bei Pendelflügen regelmäßig überflogen und bei normal feuchten Bedingungen als Schlafplatz bzw. Versammlungsort genutzt, besonders in Frühjahr beim Heimzug, da dann die im Winterhalbjahr aufsummierten Niederschläge günstige Verhältnisse in der Moorlandschaft bieten.</p> <p>Aus vorgenannten Gründen müssen wir WEA-Planungen ablehnen, die quer zu den Mooren (=Schlafplätze) den Pendelflug der Kraniche zu ihren Nahrungsflächen abriegeln und näher als 500m an den EU-Vogelschutz- und Naturschutzgebieten stehen.</p> <p>Um einen Mindest-Eindruck von der Raumnutzung von Kranichen in der Landschaft zu geben sind (nicht systematisch) persönlich erhobene Kranich-Beobachtungsdaten des Unterzeichners ausgewertet und kartographisch dargestellt worden (Karte 2, unmaßstäblich, als Anlage). Sie entstammen der Datenbank ornitho.de (Punkte orange), die ornithologische Meldedaten aufnimmt und der Datenbank ICORA.de (Punkte blau) von Kranichschutz Deutschland, bei der farbberingte und besenderte Kraniche gemeldet werden können. Der gezeigte <u>Datenumfang dokumentiert lediglich jeweils einen Koordinatenpunkt, ohne weitere Angaben, wie viele Kraniche dort beobachtet wurden.</u></p> <p>Die Pfeil- und Punktdarstellungen machen ohne Anspruch auf systematische Methodik und Vollständigkeit deutlich, wie <u>als Beispiel die Vogelart Kranich</u> Raumaktivitäten zwischen den Mooren/Schutzgebieten und dem umgebenen Kulturland zeigt, hier überwiegend in der Rast-, Zug- und Überwinterungszeit. Kraniche brüten auch in den vernässten Mooren und suchen im Umfeld nach Nahrung.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

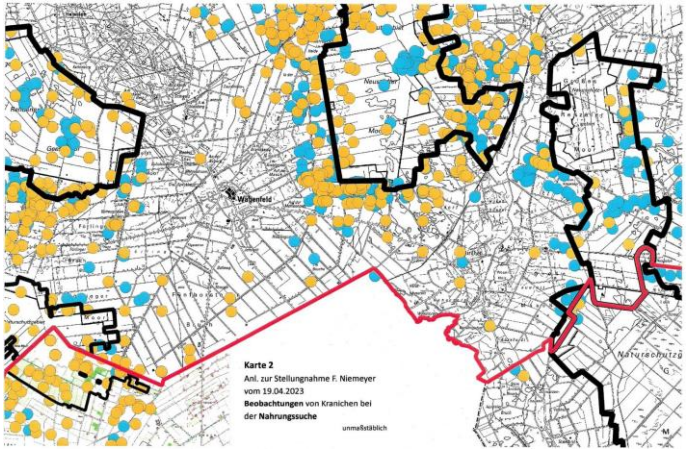
Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung BUND	<p>Regelmäßige Kranichrast im Herbst mit Höchstzahlen Anfang November von mehreren Zehntausend Kranichen, im Herbst 2022 maximal gut 81.000 Kraniche im Naturraum, veranlassen jedes Jahr tausende von Besuchern den abendlichen Einflug der Kraniche zu ihren Schlafplätzen zu bestaunen. Der Tourismus der Region wirbt damit, nicht zuletzt die Kranichgemeinden des Landkreises Diepholz wie die Gemeinde Wagenfeld eine ist.</p> <p><u>Zu den einzelnen Teilbereichen (TB)</u> kann nach derzeitiger Kenntnis folgendes mitgeteilt werden:</p> <p><u>TB 1</u> 43,6 ha. Der in 1a, 1b und 1c aufgeteilte Bereich ist bereits mit WKA bestanden. Eine gewisse Stör-/Scheuchwirkung auf Wasservogelarten auf und an der Wagenfelder Aue ist „spürbar“. Größere Kranichtrupps sind nur außerhalb des derzeitigen Windparks im nördlichen Teil des Tales der Wagenfelder Aue feststellbar. Keine Einwände zur Planung. Ggf. randlich erweitern und repowern.</p> <p><u>TB 2</u> 4,8 ha. Der kleine Bereich liegt zwischen der Höchstspannungsleitung und einer Erlenbaumreihe auf der Grenze zur SG Rehden, daher von ausgesprochenen Offenlandvogelarten wie Kranich, div. Gänse- und Schwanenarten selten bis gar nicht zur Nahrungssuche genutzt. Jedoch hat in den letzten 4 Jahren zweimal ein <u>Wiesenweihenpaar</u> - mit Nestschutzmaßnahmen des BUND DHM und dem bewirtschaftenden Landwirt gestützt - einige 100m nordöstlich in Wintergetreide jeweils erfolgreich gebrütet. Außerdem liegt in dem Bereich seit mehr als 5 Jahren ein <u>Wanderfalkenrevier</u>. Das Revierpaar brütete in (alten) Rabenkrähennestern auf den Traversen der Höchstspannungsleitungsmasten, mindestens zweimal erfolgreich. Da sich die Altnester schnell organisch zersetzen wechseln die Falken notwendigerweise in andere Nester. Falken bauen bekanntlich selbst keine Nester. Auch Turm- und Baumfalken nutzen Altnester auf Leitungsmasten. Wenn der Abstand von 500m zum Rehdener Geestmoor (EU-Vogelschutz- und Naturschutzgebiet) eingehalten werden kann, gibt es u.E. keine Gründe der Ablehnung an dieser Stelle. Allerdings ist mindestens die Betroffenheit der genannten Brutvogelarten im Falle eines WKA-Baues in nächster Nähe im Rehdener Geestmoor auszugleichen solange die WKA steht.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Teilbereich 1 wird mit geringfügig geändertem Flächenzuschnitt auch zum Entwurf weiter dargestellt.</p> <p>Der Hinweis bezüglich der vorkommenden Brutvogelarten wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Teilbereich 2 als Sondergebiet für die Windenergienutzung entfällt zum Entwurfstand der 51. Flächennutzungsplanänderung. Bereits im Rahmen der Überarbeitung des Standortkonzeptes zur Entwurfsfassung entfällt der Teilbereich 2 aufgrund vergrößerter, einzuhaltender Abstände zu Leitungstrassen und aufgrund eines erforderlichen Abstandes zur Gemeindegrenze (Rotorblattlänge).</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung BUND	<p><u>TB 3</u> 6,3 ha. Das größere Tg. 3b mit 5,3 ha Größe darf u.E. grundsätzlich nicht näher als 500m am EU-Vogelschutzgebiet Oppenweher Moor (Gemeinde Stemwede, Kreis Minden-Lübbecke, NRW) geplant werden. Außerdem liegt die Planfläche wie ein Keil zwischen dem langgestreckten NSG auf NRW-Seite und dem niedersächsischen NSG. Seit Jahren besteht hier mit kurzen Unterbrechungen ein Brutrevier des Großen Brachvogels, der öfter zwischen dem genannten Bereich von Plangebiet 3b und dem NSG auf NRW-Seite (nördlich des Restaurants Moorhof, H. Huck) wechselt. Die beliebte Gaststätte Moorhof mit Naturpark-Dümmer-Infokarte am Parkplatz führt Gruppenfahrten mit Gästen, häufig aus Ostwestfalen, am Oppenweher Moor durch. Das Oppenweher Moor ist überregional bekannt und auf den gekennzeichneten Wanderwegen stark frequentiert. Der Bau einer WKA direkt nördlich der Landesgrenze wäre keinem Besucher zu vermitteln. Naturschutzfachliche Gründe wie oben schon angedeutet gibt es genug, um das Tg 3b abzulehnen. Auf die Relevanz für den Kranichschutz im Hinblick auf die freizuhaltenden Pendelflüge und NahrungsflächenOp sh. Kartendarstellungen sei nochmals hingewiesen. Auf NRW-Seite hat die Bezirksregierung Detmold den Bereich Oppendorfer Fledder auf 540 ha von Windkraftplanungen freigehalten.</p> <p>Das Tg 3a muss grundsätzlich ebenfalls den 500m Abstand zum EU-Vogelschutzgebiet und NSG Oppenweher Moor einhalten. Aus landschaftsökologischen Gründen und weil das anmoorige schnell nasse Kulturland im Winterhalbjahr stark von Kranichen, Gänsen und Schwänen genutzt wird, sollte es hier planerisch komplett wegfallen.</p>	<p>Der Hinweis bezüglich der Nähe des Teilbereiches zum EU-VSG Oppenweher Moor wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Aufgrund der hohen Bedeutung der Flächen für Natur und Landschaft, der Moornähe bzw. der Nähe zu den Schutzgebieten, wird auf die Darstellung der Teilbereiche 3a und 3b für die Windenergienutzung zur Entwurfsfassung verzichtet. Der Verzicht erfolgt aus Vorsorgegründen, um Konflikten vorzubeugen. Dabei wird auch in die Abwägung eingestellt, dass es sich um zwei kleinere, in deutlichem Abstand zueinander befindliche Sondergebiete handelt, die eher schlecht geeignet sind, eine Konzentrationswirkung zu erzielen und dabei vergleichsweise große Auswirkungen auf das Landschaftsbild und das Landschaftserleben haben. Voraussichtlich wäre in den beiden Teilbereichen 3a und 3b nur jeweils eine Windenergieanlage zu errichten. Daher wird trotz des im EEG verankerten überragenden öffentlichen Interesses der Nutzung der erneuerbaren Energien auf die Teilbereiche 3a und 3b verzichtet. Auch ohne die Darstellung der Teilbereiche 3a und 3b wird der Windenergie in substantieller Weise Raum gegeben. Ein entsprechender Nachweis wird in der Begründung erbracht.</p> <p>Unterstützt wird dieses Abwägungsergebnis durch die Ergebnisse des faunistischen Gutachtens (Brutvogeluntersuchungen 2023), wonach für den Teilbereich Konflikte sowohl gegenüber kollisionsgefährdeten Arten als auch gegenüber störempfindlichen Wiesenvögel vermieden werden.</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung BUND	<p><u>TB 4</u> 34,8 ha. Bestehend aus Tg 4a mit 34,0 ha und Tg 4b mit 0,8 ha. Der gesamte Raum wird im Winterhalbjahr bei der Rast und Überwinterung von Nahrung suchenden Kranichen, Gänsen, Schwänen, Kornweihen u.a. genutzt, zur Brutzeit höchstwahrscheinlich mindestens von Kiebitzen, Rebhühnern, Feldlerchen, Schwarzkehlchen, Schafstelzen und möglicherweise Großer Brachvogel und Wachtel. Zur Nahrungssuche während der Brutzeit kommen diverse Greifvogelarten hinzu wie Mäusebussard, Rotmilan, Turmfalke, Baumfalke u.a.. Auf die Minipotenzialfläche 4b mit 0,8 ha sollte aus landschaftsökologischen Gründen (kleine Ursache - große Wirkung) verzichtet werden. Tg 4a ist trotz nachteiliger naturschutzfachlicher Wirkung akzeptabel, zumal der erwartbare Windpark kompakt bleibt mit sich überlagernden Eingriffen der einzelnen WKA. Der Eingriff bliebe nach den üblichen Regeln/Ansätzen auszugleichen.</p> <p><u>TB 5</u> 11,0 ha. Der TB 5 besteht aus den fünf Tg a bis e. Es liegt unmittelbar am Südrand des Neustädter Moores (NM), das ökologisch Wertvollste, was die Gemeinde Wagenfeld auf ihren 11.747 ha zu bieten hat. Hochmoorökologisch und naturschutzfachlich hat das NM in Niedersachsen mit die höchste Bewertung von allen Hochmooren erhalten (Nds. Moorschutzprogramm Teil 1). Es hat den Schutzstatus des Feuchtgebietes internationaler Bedeutung (FIB) Diepholzer Moorniederung nach der RAMSAR Konvention (zusammen mit weiteren Mooren des Naturraumes) und ist nachfolgend als EU-Vogelschutzgebiet, FFH-Gebiet und Naturschutzgebiet auf verschiedenen Ebenen geschützt worden. Vom Landkreis Diepholz als Projektträger und der damaligen Bundesrepublik Deutschland mit Parlaments- und Regierungssitz in Bonn in mehreren Tranchen gefördert (>13 Mio. DM) wurden Flächenkäufe, Renaturierungsmaßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt.</p>	<p>Der Teilbereich 4a wird weiterhin als Fläche für die Windenergienutzung dargestellt. Die durch die Umsetzung von WEA und ihren Erschließungswegen ausgelösten erheblichen Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft werden im nachgelagerten Planverfahren quantifiziert und der Ausgleich nach den Maßgaben der Eingriffsregelung sichergestellt. Der Teilbereich 4a ist mit gut 41 ha relativ groß, so dass hier eine voraussichtlich mehrere Windenergieanlagen errichtet werden können.</p> <p>Der Teilbereich 4b ist im Vergleich zu Teilbereich 4a klein und würde nur eine Windenergieanlagen ermöglichen und ist daher vergleichsweise weniger geeignet eine Konzentrationswirkung zu erzielen. Daher wird dem Teilbereich 4a gegenüber dem Teilbereich 4b Priorität eingeräumt. Auf den Teilbereich 4b wird zur Entwurfsfassung verzichtet, um die Wohnnutzungen an der Bundesstraße 239 nicht von zwei Seiten durch Windenergieanlagen zu belasten. Bei Realisierung der Teilbereiche 4a und 4b würden sich sowohl nordöstlich als auch südwestlich der Wohnnutzungen an der Bundesstraße Windenergieanlagen befinden. Der Teilbereich 4b befindet sich zudem südöstlich der Siedlungslage von Wagenfeld. Die Siedlungsentwicklung der Gemeinde hat in den letzten Jahren am südöstlichen Rand der Gemeinde stattgefunden. In diesem Bereich wurden die Wohngebiete Jettsfeld entwickelt. Eine Darstellung des Teilbereiches 4 b würde perspektivisch eine weitere Siedlungsentwicklung in diesem Bereich erschweren.</p> <p>Die Bedenken werden berücksichtigt. Aufgrund der hohen Bedeutung der Flächen für Natur und Landschaft, der Moornähe bzw. der Nähe zu den nebenstehend aufgeführten Schutzgebieten sowie der von der Unteren Naturschutzbehörde geäußerten Bedenken, wird auf die Darstellung des Teilbereichs 5 für die Windenergienutzung zur Entwurfsfassung verzichtet. Der Verzicht erfolgt aus Vorsorgegründen, um Konflikten vorzubeugen. Dabei wird auch in die Abwägung eingestellt, dass es sich um vier kleinere, in deutlichem Abstand zueinander befindliche Sondergebiete handelt, die eher schlecht geeignet sind, eine Konzentrationswirkung zu erzielen und dabei vergleichsweise große Auswirkungen auf das Landschaftsbild haben. Daher wird trotz des im EEG verankerten überragenden öffentlichen Interesses der Nutzung der erneuerbaren Energien auf den Teilbereich 5 verzichtet. Eine weitere Abwägung wird damit entbehrlich.</p> <p>Unterstützt wird dieses Abwägungsergebnis durch die Ergebnisse des faunistischen Gutachtens (Brutvogeluntersuchungen 2023), wonach für den Teilbereich Konflikte sowohl gegenüber kollisionsgefährdeten Arten als auch gegenüber stöempfindlichen Wiesenvögel vermieden werden.</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung BUND	<p>Das NM ist damit als „Gebiet von gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung“ anerkannt und gefördert worden. Am Südostrand des NM entwickelten sich die Landschaftspflegeschäferei (früher Teerling ab 1976) und seit 1983 der BUND Diepholzer Moorniederung. Dies in Kooperation mit dem Landkreis Diepholz und zunehmend in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Wagenfeld vor Ort. Die Kooperationen erbrachten Projekte wie Konzeptionen für Naturerleben entwickeln, die Torfbahn vom alten Torfwerk in Ströhen bis zur Schäferei am Langen Berg für den Personenverkehr aktivieren und betreiben (Ströher Dorfleben), den Moorpadd anlegen und schließlich den Bau des Moorwelten EFMK als Einrichtung für die Besucherinformation, Umweltbildung, Wissenschaft und BUND Schutzgebietsbetreuung.</p> <p>Der Bereich vom Moorbahnbahnhof in Ströhen über das Moorwelten EFMK, die Moorbahn bis zum Moorpadd, dem Moorerlebnispfad am Rand des NM mit Kleinem Aussichtsturm und Wanderweg zum Großen Aussichtsturm bilden in Wagenfeld die wichtigsten Besucher-Erlebnispunkte in der freien Moor-, Heide- und Kulturlandschaft. Dabei übt der Kranich zur Hauptzug- bzw. -rastzeit im Oktober und November jeden Jahres die größte Faszination auf Menschen aus.</p> <p>Dies vorausgeschickt und unter Einbezug der Ausführungen im Vorentwurfstext fordern wir zunächst grundsätzlich den Abstand geplanter WKN zu den EU-Vogelschutz- und Naturschutzgebietsgrenzen vom mindestens 500m einzuhalten. Sonst ist der günstige ökologische Erhaltungszustand des Natura 2000 Gebietes NM entgegen der EU-Bestimmungen nicht mehr aufrecht zu erhalten (es gilt das Verschlechterungsverbot).</p> <p>In der Nähe von Tg 5a befindet sich am Moorkanalweg ein Wohnhaus, zu dem der 600m Abstand nicht eingehalten wurde.</p> <p>Die Tg 5d und 5e liegen zwischen dem Moorwelten EFMK als Besucherzentrum und dem Neustädter Moor in unmittelbarer Nähe zu der Besucher-Moorbahn. Der laufende Naherholungs- und Umweltbildungsbetrieb ist uneingeschränkt aufrecht zu erhalten d.h. ohne nachteiligen Einfluß durch WKA in der Nähe. Tg. 5e umfasst im übrigen landschaftsökologisch kulturhistorisch wertvolles Extensivgrünland mit Mutterkuhhaltung als Standweide, auch eine Augenweide für die Besucher auf der Moorbahnfahrt.</p>	

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung BUND	<p><u>TB 6</u> 5,5 ha. Der TB 6 setzt sich aus drei Tg 6a bis c zusammen. Dort besteht bereits ein Windpark mit 3 WKA. Eine Betroffenheit der Vogelwelt (Vorbelastung) hier im Talbereich der Großen Aue ist vorhanden.</p> <p><u>TB 7</u> 2,2 ha. Der 500m Abstand zum EU-Vogelschutzgebiet V40 ist einzuhalten.</p> 	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Nach den Ergebnissen des faunistischen Gutachtens 2023 ist im Teilbereich 6 mit den vergleichsweise geringsten Konflikten gegenüber vorkommenden Brutvögeln zu rechnen.</p> <p>Aufgrund der hohen Bedeutung der Flächen für Natur und Landschaft, der Moornähe bzw. der Nähe zu den nebenstehend aufgeführten Schutzgebieten sowie der von der Unteren Naturschutzbehörde geäußerten Bedenken, wird auf die Darstellung des Teilbereichs 7 für die Windenergienutzung zur Entwurfsfassung verzichtet. Der Verzicht erfolgt aus Vorsorgegründen, um Konflikten vorzubeugen. Dabei wird auch in die Abwägung eingestellt, dass der Teilbereich 7 sehr klein ist und daher eher schlecht geeignet ist, eine Konzentrationswirkung zu erzielen und dabei vergleichsweise große Auswirkungen auf das Landschaftsbild hat. Daher wird trotz des im EEG verankerten überragenden öffentlichen Interesses der Nutzung der erneuerbaren Energien auf den Teilbereich 7 verzichtet. Eine weitere Abwägung wird damit entbehrlich.</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung BUND	 <p>Karte 2 Ant. zur Stellungnahme F. Niemeyer vom 19.04.2023 Beobachtungen von Kranichen bei der Nahrungssuche unmaßstäblich</p>	
20	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie Stilleweg 2 30655 Hannover 21.04.2023	<p>In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir folgende Hinweise:</p> <p>Bergbau: West</p> <p>Sofern Ihr Planungsvorhaben Windenergieanlagen betrifft, wird auf die Rundverfügung „Abstand von Windkraftanlagen (WEA) zu Einrichtungen des Bergbaus“ verwiesen, zu finden als Download auf der Webseite des LBEG.</p> <p>Wir bitten darum, sich mit den u. g. betroffenen Unternehmen in Verbindung zu setzen und die ggf. zu treffenden Schutzmaßnahmen abzustimmen.</p> <p>ExxonMobil Production Deutschland GmbH, Vahrenwalder Str. 238, 30179 Hannover;</p> <p>Erdgas Münster GmbH, Johann-Krane-Weg 46, 48149 Münster;</p> <p>Wintershall Dea Deutschland GmbH, Überseering 40, 22297 Hamburg.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die genannten Unternehmen wurden am Verfahren beteiligt.</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung																																																		
	Fortsetzung LBEG	<p>Nachbergbau</p> <p>Das Vorhaben befindet sich nach den dem LBEG vorliegenden, ausgewerteten Unterlagen im Bereich von Tiefbohrungen mit folgenden UTM Koordinaten:</p> <table><tr><th>Bohrungsname</th><th>Bodenschatz</th><th>Bergbauunternehmen</th><th>Ostwert</th><th>Nordwert</th></tr><tr><td>Bahrenborstel Z12</td><td>Erdgas</td><td>Preussag Energie GmbH (TUI AG Karl-Wiechert-Allee 4 D-30625 Hannover)</td><td>32476939,9</td><td>5821906,26</td></tr><tr><td>Wagenfeld 1</td><td>Erdgas</td><td>Elwerath Erdgas und Erdöl GmbH (ExxonMobil Production Deutschland GmbH, Vahrenwalder Straße 238, 30179</td><td>32469178,12</td><td>5824648,08</td></tr></table> <table><tr><th>Bohrungsname</th><th>Bodenschatz</th><th>Bergbauunternehmen</th><th>Ostwert</th><th>Nordwert</th></tr><tr><td></td><td></td><td>Hannover)</td><td></td><td></td></tr><tr><td>Ströhen 1</td><td>Erdöl</td><td>Wintershall AG Erdoelwerke (Wintershall DEA Deutschland GmbH, Schülinger Straße 21, 27299 Langwedel)</td><td>32470489,56</td><td>5821996,12</td></tr><tr><td>Ströhen Z1</td><td>Erdgas</td><td>Preussag AG Erdöl und Erdgas (TUI AG Karl-Wiechert-Allee 4 D-30625 Hannover)</td><td>32470159,69</td><td>5822091,08</td></tr><tr><td>Ströhen T2</td><td>Erdgas</td><td>Wintershall AG Erdoelwerke ((Wintershall DEA Deutschland GmbH, Schülinger Straße 21, 27299 Langwedel)</td><td>32469489,95</td><td>5821256,43</td></tr><tr><td>Bahrenborstel T7</td><td>Erdgas</td><td>BEB Erdgas und Erdöl GmbH (ExxonMobil Production Deutschland GmbH, Vahrenwalder Straße 238, 30179 Hannover)</td><td>32481237,28</td><td>5821271,25</td></tr><tr><td>Bahrenborstel Z14</td><td>Erdgas</td><td>Wintershall AG Erdoelwerke (Wintershall DEA Deutschland GmbH, Schülinger Straße 21, 27299 Langwedel)</td><td>32482309,07</td><td>5820932,32</td></tr></table> <p>Bezüglich des Verfüllungszustandes der Bohrungen liegen möglicherweise unvollständige Informationen vor. Wir bitten Sie daher, die genannten Unternehmen oder deren Rechtsnachfolger zwecks Rückfragen zum Verwahrungszustand wie auch zur Bestimmung der genauen Lage der Bohrung(en) am Verfahren zu beteiligen.</p> <p>Verfüllte Förderbohrungen dürfen grundsätzlich nach den bergrechtlichen Vorschriften nicht überbaut und nicht abgegraben werden. Es ist eine Kreisfläche mit einem Radius von 5 m freizuhalten, welche aus einer Himmelsrichtung auch mit schwerem Gerät zugänglich sein muss. Falls von diesem Grundsatz abgewichen werden soll, ist das LBEG erneut zu beteiligen.</p>	Bohrungsname	Bodenschatz	Bergbauunternehmen	Ostwert	Nordwert	Bahrenborstel Z12	Erdgas	Preussag Energie GmbH (TUI AG Karl-Wiechert-Allee 4 D-30625 Hannover)	32476939,9	5821906,26	Wagenfeld 1	Erdgas	Elwerath Erdgas und Erdöl GmbH (ExxonMobil Production Deutschland GmbH, Vahrenwalder Straße 238, 30179	32469178,12	5824648,08	Bohrungsname	Bodenschatz	Bergbauunternehmen	Ostwert	Nordwert			Hannover)			Ströhen 1	Erdöl	Wintershall AG Erdoelwerke (Wintershall DEA Deutschland GmbH, Schülinger Straße 21, 27299 Langwedel)	32470489,56	5821996,12	Ströhen Z1	Erdgas	Preussag AG Erdöl und Erdgas (TUI AG Karl-Wiechert-Allee 4 D-30625 Hannover)	32470159,69	5822091,08	Ströhen T2	Erdgas	Wintershall AG Erdoelwerke ((Wintershall DEA Deutschland GmbH, Schülinger Straße 21, 27299 Langwedel)	32469489,95	5821256,43	Bahrenborstel T7	Erdgas	BEB Erdgas und Erdöl GmbH (ExxonMobil Production Deutschland GmbH, Vahrenwalder Straße 238, 30179 Hannover)	32481237,28	5821271,25	Bahrenborstel Z14	Erdgas	Wintershall AG Erdoelwerke (Wintershall DEA Deutschland GmbH, Schülinger Straße 21, 27299 Langwedel)	32482309,07	5820932,32	<p>Die genannten Unternehmen werden im Zuge der Genehmigungsverfahren beteiligt und damit eine mögliche Betroffenheit auf nachgelagerter Genehmigungsebene festgestellt. Die Bohrungen nehmen nur wenig Fläche in Anspruch und stehen daher der Darstellung der Sondergebiete nicht grundsätzlich entgegen. Auf nachgelagerter Genehmigungsebene sind die Bohrpunkte bei der konkreten Wahl der Anlagenstandorte zu berücksichtigen.</p>
Bohrungsname	Bodenschatz	Bergbauunternehmen	Ostwert	Nordwert																																																	
Bahrenborstel Z12	Erdgas	Preussag Energie GmbH (TUI AG Karl-Wiechert-Allee 4 D-30625 Hannover)	32476939,9	5821906,26																																																	
Wagenfeld 1	Erdgas	Elwerath Erdgas und Erdöl GmbH (ExxonMobil Production Deutschland GmbH, Vahrenwalder Straße 238, 30179	32469178,12	5824648,08																																																	
Bohrungsname	Bodenschatz	Bergbauunternehmen	Ostwert	Nordwert																																																	
		Hannover)																																																			
Ströhen 1	Erdöl	Wintershall AG Erdoelwerke (Wintershall DEA Deutschland GmbH, Schülinger Straße 21, 27299 Langwedel)	32470489,56	5821996,12																																																	
Ströhen Z1	Erdgas	Preussag AG Erdöl und Erdgas (TUI AG Karl-Wiechert-Allee 4 D-30625 Hannover)	32470159,69	5822091,08																																																	
Ströhen T2	Erdgas	Wintershall AG Erdoelwerke ((Wintershall DEA Deutschland GmbH, Schülinger Straße 21, 27299 Langwedel)	32469489,95	5821256,43																																																	
Bahrenborstel T7	Erdgas	BEB Erdgas und Erdöl GmbH (ExxonMobil Production Deutschland GmbH, Vahrenwalder Straße 238, 30179 Hannover)	32481237,28	5821271,25																																																	
Bahrenborstel Z14	Erdgas	Wintershall AG Erdoelwerke (Wintershall DEA Deutschland GmbH, Schülinger Straße 21, 27299 Langwedel)	32482309,07	5820932,32																																																	

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung LBEG	<p>Außerdem sollte das Vermischen von Böden verschiedener Herkunft oder mit unterschiedlichen Eigenschaften vermieden werden. Auf verdichtungsempfindlichen Flächen sollten Stahlplatten oder Baggermatten zum Schutz vor mechanischen Belastungen ausgelegt werden. Besonders bei diesen Böden sollte auf die Witterung und den Feuchtegehalt im Boden geachtet werden, um Strukturschäden zu vermeiden.</p> <p>Bei Rückbaumaßnahmen ist sicherzustellen, dass die natürlichen Bodenfunktionen wiederhergestellt werden. Mit dem niedersächsischen Windenergieerlass (gem. RdErl. d. MU, d. ML, d. MI u. d. MW vom 20.07.2021) wird die Rückbauverpflichtung dahingehend konkretisiert, dass „(...) grundsätzlich alle ober- und unterirdischen Anlagen und Anlagenteile sowie die zugehörigen Nebenanlagen wie Leitungen, Wege und Plätze und sonstige versiegelte Flächen (zurückzubauen sind)“. Ein Verbleib der Fundamente im Boden sollte somit ausgeschlossen werden.</p> <p>Beim Rückbau sind zudem bodenschutzfachliche Anforderungen zu beachten. Wir weisen hierzu neben den Ausführungen in Kap. 4.4 des Windenergieerlasses auf den <u>Leitfaden der Bund/Länder Arbeitsgemeinschaft Bodenschutz (LABO)</u> hin.</p> <p>Eine eingriffs- und funktionsbezogene Kompensation verbleibender Bodenfunktionsbeeinträchtigungen sollte durch geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Bodenfunktionen durchgeführt werden (z.B. Entsiegelung, Renaturierung, Wiedervernäsung). Dementsprechend empfehlen wir Bodenabtrag im Zuge dieser Maßnahmen zu vermeiden und Maßnahmen zu wählen, die den natürlichen Standortbedingungen entsprechen. Wir weisen in diesem Kontext auf die LBEG Veröffentlichung Erhalt und Wiederherstellung von Bodenfunktionen in der Planungspraxis hin.</p> <p>Gashochdruckleitungen, Rohrfernleitungen</p> <p>Durch das Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe dazu verlaufen erdverlegte Gashochdruckleitungen bzw. Rohrfernleitungen. Bei diesen Leitungen sind Schutzstreifen zu beachten, die von jeglicher Bebauung und von tiefwurzelndem Pflanzenbewuchs frei zu halten sind.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Er bezieht sich auf die nachgelagerte Genehmigungsebene.</p> <p>Die Schutzstreifen werden auf nachgelagerter Ebene im Zuge der konkreten Planung der Anlagenstandorte berücksichtigt.</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung																																																												
	Fortsetzung LBEG	<p>Bitte beteiligen Sie den aktuellen Leitungsbetreiber direkt am Verfahren, damit ggf. erforderliche Abstimmungsmaßnahmen (genauer Leitungsverlauf, Breite des Schutzstreifens etc.) eingeleitet werden können. Der Leitungsbetreiber kann sich ändern, ohne dass es eine gesetzliche Mitteilungspflicht gegenüber dem LBEG gibt. Wenn Ihnen aktuelle Informationen zum Betreiber bekannt sind, melden Sie diese bitte an Leitungskataster@lbeg.niedersachsen.de. Weitere Informationen erhalten Sie hier. Die beim LBEG vorliegenden Daten zu den betroffenen Leitungen entnehmen Sie bitte der nachfolgenden Tabelle:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Objektname</th><th>Betreiber</th><th>Leitungstyp</th><th>Leistungsstatus</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>180 PE (100)</td><td>Stadtwerke EVB Huntetal GmbH</td><td>Gashochdruckleitung</td><td>betriebsbereit / in Betrieb</td></tr> <tr> <td>315 PE (100)</td><td>Stadtwerke EVB</td><td>Gashochdruckleitung</td><td>betriebsbereit / in</td></tr> </tbody> </table> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Objektname</th><th>Betreiber</th><th>Leitungstyp</th><th>Leistungsstatus</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td><td>Huntetal GmbH</td><td></td><td>Betrieb</td></tr> <tr> <td>MIDAL - Fernleitung</td><td>WINGAS GmbH</td><td>Gashochdruckleitung</td><td>betriebsbereit / in Betrieb</td></tr> <tr> <td>Anschlußleitung Kalksandsteinwerk/ Wagenfeld / DN 114,3x5,16 mm</td><td>EGM Erdgas Münster GmbH</td><td>Energetische oder nicht-energetische Leitung</td><td>(nicht angegeben)</td></tr> <tr> <td>Anschlußleitung Wagenfelder Wollwerk / DN 60,3x4 mm</td><td>EGM Erdgas Münster GmbH</td><td>Energetische oder nicht-energetische Leitung</td><td>(nicht angegeben)</td></tr> <tr> <td>Rehden - Steinbrink</td><td>EGM Erdgas Münster GmbH</td><td>Bergbauliche Leitung / Feldleitung</td><td>betriebsbereit / in Betrieb</td></tr> <tr> <td>Wagenfeld II</td><td>EGM Erdgas Münster GmbH</td><td>Bergbauliche Leitung / Feldleitung</td><td>betriebsbereit / in Betrieb</td></tr> <tr> <td>Bahrenborstel Z12</td><td>EGM Erdgas Münster GmbH</td><td>Bergbauliche Leitung / Feldleitung</td><td>Stilllegung - vorübergehend</td></tr> <tr> <td>Voigtei - Steinbrink I</td><td>EGM Erdgas Münster GmbH</td><td>Bergbauliche Leitung / Feldleitung</td><td>betriebsbereit / in Betrieb</td></tr> <tr> <td>Voigtei - Steinbrink II</td><td>EGM Erdgas Münster GmbH</td><td>Bergbauliche Leitung / Feldleitung</td><td>betriebsbereit / in Betrieb</td></tr> <tr> <td>Erdgasfeldleitung Bahrenborstel Z2 - EGM 0012</td><td>EMPG ExxonMobil Production Deutschland GmbH</td><td>Bergbauliche Leitung / Feldleitung</td><td>betriebsbereit / in Betrieb</td></tr> <tr> <td>Anschlußleitung Bahrenborstel Z2 (T)</td><td>EMPG ExxonMobil Production Deutschland GmbH</td><td>Bergbauliche Leitung / Feldleitung</td><td>betriebsbereit / in Betrieb</td></tr> </tbody> </table>	Objektname	Betreiber	Leitungstyp	Leistungsstatus	180 PE (100)	Stadtwerke EVB Huntetal GmbH	Gashochdruckleitung	betriebsbereit / in Betrieb	315 PE (100)	Stadtwerke EVB	Gashochdruckleitung	betriebsbereit / in	Objektname	Betreiber	Leitungstyp	Leistungsstatus		Huntetal GmbH		Betrieb	MIDAL - Fernleitung	WINGAS GmbH	Gashochdruckleitung	betriebsbereit / in Betrieb	Anschlußleitung Kalksandsteinwerk/ Wagenfeld / DN 114,3x5,16 mm	EGM Erdgas Münster GmbH	Energetische oder nicht-energetische Leitung	(nicht angegeben)	Anschlußleitung Wagenfelder Wollwerk / DN 60,3x4 mm	EGM Erdgas Münster GmbH	Energetische oder nicht-energetische Leitung	(nicht angegeben)	Rehden - Steinbrink	EGM Erdgas Münster GmbH	Bergbauliche Leitung / Feldleitung	betriebsbereit / in Betrieb	Wagenfeld II	EGM Erdgas Münster GmbH	Bergbauliche Leitung / Feldleitung	betriebsbereit / in Betrieb	Bahrenborstel Z12	EGM Erdgas Münster GmbH	Bergbauliche Leitung / Feldleitung	Stilllegung - vorübergehend	Voigtei - Steinbrink I	EGM Erdgas Münster GmbH	Bergbauliche Leitung / Feldleitung	betriebsbereit / in Betrieb	Voigtei - Steinbrink II	EGM Erdgas Münster GmbH	Bergbauliche Leitung / Feldleitung	betriebsbereit / in Betrieb	Erdgasfeldleitung Bahrenborstel Z2 - EGM 0012	EMPG ExxonMobil Production Deutschland GmbH	Bergbauliche Leitung / Feldleitung	betriebsbereit / in Betrieb	Anschlußleitung Bahrenborstel Z2 (T)	EMPG ExxonMobil Production Deutschland GmbH	Bergbauliche Leitung / Feldleitung	betriebsbereit / in Betrieb	<p>Die Wingas wurde über die Gascade, die Erdgas Münster über die Nowega am Verfahren beteiligt. Die Stadtwerke Huntetal und die Exxon Mobil sind ebenfalls am Verfahren beteiligt worden.</p>
Objektname	Betreiber	Leitungstyp	Leistungsstatus																																																												
180 PE (100)	Stadtwerke EVB Huntetal GmbH	Gashochdruckleitung	betriebsbereit / in Betrieb																																																												
315 PE (100)	Stadtwerke EVB	Gashochdruckleitung	betriebsbereit / in																																																												
Objektname	Betreiber	Leitungstyp	Leistungsstatus																																																												
	Huntetal GmbH		Betrieb																																																												
MIDAL - Fernleitung	WINGAS GmbH	Gashochdruckleitung	betriebsbereit / in Betrieb																																																												
Anschlußleitung Kalksandsteinwerk/ Wagenfeld / DN 114,3x5,16 mm	EGM Erdgas Münster GmbH	Energetische oder nicht-energetische Leitung	(nicht angegeben)																																																												
Anschlußleitung Wagenfelder Wollwerk / DN 60,3x4 mm	EGM Erdgas Münster GmbH	Energetische oder nicht-energetische Leitung	(nicht angegeben)																																																												
Rehden - Steinbrink	EGM Erdgas Münster GmbH	Bergbauliche Leitung / Feldleitung	betriebsbereit / in Betrieb																																																												
Wagenfeld II	EGM Erdgas Münster GmbH	Bergbauliche Leitung / Feldleitung	betriebsbereit / in Betrieb																																																												
Bahrenborstel Z12	EGM Erdgas Münster GmbH	Bergbauliche Leitung / Feldleitung	Stilllegung - vorübergehend																																																												
Voigtei - Steinbrink I	EGM Erdgas Münster GmbH	Bergbauliche Leitung / Feldleitung	betriebsbereit / in Betrieb																																																												
Voigtei - Steinbrink II	EGM Erdgas Münster GmbH	Bergbauliche Leitung / Feldleitung	betriebsbereit / in Betrieb																																																												
Erdgasfeldleitung Bahrenborstel Z2 - EGM 0012	EMPG ExxonMobil Production Deutschland GmbH	Bergbauliche Leitung / Feldleitung	betriebsbereit / in Betrieb																																																												
Anschlußleitung Bahrenborstel Z2 (T)	EMPG ExxonMobil Production Deutschland GmbH	Bergbauliche Leitung / Feldleitung	betriebsbereit / in Betrieb																																																												

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung LBEG	<p>Wenn die Beteiligung der Leitungsbetreiber bereits im Rahmen früherer Planungsverfahren durchgeführt wurde und zwischenzeitlich keine Veränderung des Leitungsverlaufs erfolgte, ist die Erfordernis einer erneuten Beteiligung der genannten Unternehmen durch die verfahrensführende Behörde abzuwägen.</p> <p>Altbergbau</p> <p>Laut den hier vorliegenden, ausgewerteten Unterlagen liegt das genannte Verfahrensgebiet nicht im Bereich von historischem Bergbau.</p> <p>Baugrund</p> <p>Im Untergrund des Planungsgebietes stehen keine löslichen Gesteine an oder sie liegen in so großer Tiefe, dass bisher keine Erdfälle bekannt geworden sind. Eine Gefährdung durch Erdfälle ist daher nicht gegeben. Formal ist dem Planungsgebiet die Erdfallgefährdungskategorie < 1 zuzuordnen (gem. Erlass des Niedersächsischen Sozialministers "Baumaßnahmen in erdfallgefährdeten Gebieten" vom 23.2.1987, Az. 305.4 - 24 110/2 -). Im Rahmen von Baumaßnahmen im Planungsgebiet sind bezüglich der Erdfallgefährdung keine besonderen konstruktiven Sicherungsmaßnahmen notwendig.</p> <p>Im Zuge der Planung von Baumaßnahmen verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen im Planungsgebiet auf den <u>NIBIS-Kartenserver</u>. Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen/-untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.</p> <p>Hinweise</p> <p>Ob im Vorhabensgebiet eine Erlaubnis gem. § 7 BBergG oder eine Bewilligung gem. § 8 BBergG erteilt und/oder ein Bergwerkseigentum gem. §§ 9 und 149 BBergG verliehen bzw. aufrechterhalten wurde, können Sie dem <u>NIBIS® Kartenserver</u> entnehmen. Wir bitten Sie, den dort genannten Berechtigungsinhaber ggf. am Verfahren zu beteiligen.</p>	<p>Die genannten Leitungsbetreiber wurden im Rahmen der Beteiligung nach § 4 (1) BauGB angeschrieben.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Baugrundverhältnisse sind auf Genehmigungsebene zu betrachten. Die Begründung zur 51. Änderung des Flächennutzungsplans wird um die nebenstehenden Informationen ergänzt.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Nach dem NIBIS Kartenserver liegen die Teilbereiche 6 im Erlaubnisfeld Bahrenborstel mit dem Bodenschutz Kohlenwasserstoffe und im Bewilligungsfeld Uchte ebenfalls mit dem Bodenschutz Kohlenwasserstoffe. Die Teilbereiche 1 und der Teilbereich 4a liegt im Erlaubnisfeld Bahrenborstel mit dem Bodenschutz Kohlenwasserstoffe. Die Belange des Bergbaus stehen der Errichtung von Windenergieanlagen nicht entgegen.</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung LBEG	<p>Informationen über möglicherweise vorhandene Salzabbauge-rechtigkeiten finden Sie unter www.lbeg.niedersachsen.de/Bergbau/Bergbauberechtigungen/Alte Rechte.</p> <p>In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.</p> <p>Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>
21	Kreis Minden-Lübbecke Portastraße 13 32423 Minden 21.04.2023	<p>Im Zuge der 51. Änderung Ihres Flächennutzungsplans ist eine mögliche Betroffenheit von Belangen des Kreises Minden-Lübbecke nur bei den südlichen Teilflächen der Teilbereiche 3 und 4 aufgrund ihrer Nähe zum Kreisgebiet und damit dem Gemeindegebiet von Stemwede und dem Stadtgebiet von Rahden gegeben.</p> <p>Eine größere geplante Konzentrationszone von 34 ha liegt in der Nähe der Stadtgebietsgrenze von Rahden und eine kleinere Konzentrationszone von 5,3 ha liegt nahe der Grenze zum Natura 2000- Gebiet „Oppenweher Moorlandschaft“ in Stemwede. In beiden Fällen sind negative Auswirkungen auf das Landschaftsbild im Kreis Minden-Lübbecke anzunehmen. Jedoch sind diese Auswirkungen nach § 26 BNatSchG im Rahmen der Abwägung hinzunehmen, so lange die Flächenziele nach dem Windenergieflächen-Bedarfsgesetz (WindBG) nicht erreicht sind.</p> <p>Bedenken bestehen aus Sicht des Kreises Minden-Lübbecke aus naturschutzfachlichen Gründen gegen die südliche Teilfläche des Teilbereichs Nr. 3.</p> <p>Problematisch ist der vorgesehene Schutzabstand der Zone von nur 75 m zur Grenze des Natura 2000-Gebietes DE-3417-301 „Oppenweher Moorlandschaft.“</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Kreis Minden-Lübbecke	<p>Nach § 33 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG sind alle Veränderungen und Störungen, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung eines Natura 2000-Gebietes in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen führen können, unzulässig. Nach der Verwaltungsvorschrift: zur Anwendung der nationalen Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinien 92/43/EWG (FFH-RL) und 2009/147/EG (V-RL) zum Habitatschutz (VV-Habitatschutz), Rd.Erl. d. Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW v. 06.06.2016, gilt für Natura-2000 Gebiete ein allgemeines Verschlechterungsverbot. Da der Runderlass EU-Recht umsetzt, hat er Gültigkeit über die Landesgrenze von NRW hinaus.</p> <p>„Von einer erheblichen Beeinträchtigung von Natura 2000-Gebieten durch in Flächennutzungsplänen darzustellende Bauflächen im Sinne des § 1 Abs. 1 BauNVO/§ 5 Abs. 2 BauGB kann bei Einhaltung eines Mindestabstands von 300 m zu den Gebieten in der Regel nicht ausgegangen werden“. Um eine Beeinträchtigung zunächst einmal ausschließen zu können, ist ein Mindestabstand von 300 m erforderlich.</p> <p>Diesen Schutzabstand von 300 m gegenüber EU-Vogelschutzgebieten fordert auch der Windenergieerlass NRW vom 08.05.2018: „Sofern ein Gebiet (Natura-2000-Gebiet) dem Schutz von windenergieempfindlichen Fledermausarten oder windenergieempfindlichen europäischen Vogelarten dient, sowie bei Europäischen Vogelschutzgebieten ist aus Vorsorgegründen in der Regel eine Pufferzone von 300 m naturschutzfachlich begründet.... Im Einzelfall kann in Abhängigkeit vom Schutzzweck und den Erhaltungszielen des Gebiets ein niedriger oder höherer Abstandswert festgesetzt werden“.</p> <p>Die Vogel-Arten von gemeinschaftlichem Interesse im Bereich des Oppenweher Moores auf dem Kreisgebiet Minden-Lübbecke und zugleich WEA-empfindliche Vogelarten sind:</p>	<p>Aufgrund der hohen Bedeutung der Flächen für Natur und Landschaft, der Moornähe bzw. der Nähe zu den Schutzgebieten, wird auf die Darstellung der Teilbereiche 3a und 3b für die Windenergienutzung zur Entwurfsfassung verzichtet. Der Verzicht erfolgt aus Vorsorgegründen, um Konflikten vorzubeugen. Dabei wird auch in die Abwägung eingestellt, dass es sich um zwei kleinere, in deutlichem Abstand zueinander befindliche Sondergebiete handelt, die eher schlecht geeignet sind, eine Konzentrationswirkung zu erzielen und dabei vergleichsweise große Auswirkungen auf das Landschaftsbild und das Landschaftserleben haben. Voraussichtlich wäre in den beiden Teilbereichen 3a und 3b nur jeweils eine Windenergieanlage zu errichten. Daher wird trotz des im EEG verankerten überragenden öffentlichen Interesses der Nutzung der erneuerbaren Energien auf die Teilbereiche 3a und 3b verzichtet. Auch ohne die Darstellung der Teilbereiche 3a und 3b wird der Windenergie in substantieller Weise Raum gegeben. Ein entsprechender Nachweis wird in der Begründung erbracht.</p> <p>Eine weitere Abwägung ist somit an dieser Stelle nicht erforderlich.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Teilbereiche halten Abstände zu den nächsten Natura 2000- Gebieten von 650 m (Teilbereich 6), 2.000 m (Teilbereich 1) und 3,6 km (Teilbereich 4) ein.</p>

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Kreis Minden-Lübbecke	<ol style="list-style-type: none"> 1. Baumfalke (Brut/Fortpflanzung), 450 2. Bekassine (Brut/Fortpflanzung), 500 3. Großer Brachvogel (Brut/Fortpflanzung), 500 4. Kiebitz (Brut/Fortpflanzung), 100, Verdrängung von BP durch Windparke 5. Kranich (auf dem Durchzug), 1500 6. Rotschenkel (Brut/Fortpflanzung), 500 7. Wachtelkönig (Brut/Fortpflanzung), 500 8. Weißstorch (Brut/Fortpflanzung), 1000 <p>Die Ziffern nach dem Komma geben jeweils die individuellen Meide-Distanzen bzw. die zentralen Prüfbereiche nach BNatschG-Änderung vom 22.07.2022 an, innerhalb derer in der Regel von einem signifikant erhöhten Tötungsrisiko auszugehen ist. Da diese Bereiche meist oberhalb von 300 m liegen, ist ein Schutzabstand der geplanten Konzentrationszone von 300 m vom Nordrand des Oppenweher Moores geboten. Zudem befinden sich sämtliche genannten Wiesenvögel aktuell in einem schlechten bis ungünstigen Erhaltungszustand.</p> <p>Der artenschutzfachliche Untersuchungs-Umfang für die geplanten WEA-Konzentrationszonen sollte umfassen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Artenschutz-Prüfung mit besonderem Schwerpunkt auf den Brut-, Rast- und Zugvögeln • Kartierung der Rast- und Zugvögel mit Raumnutzungsanalyse • FFH-Verträglichkeitsprüfung mit Summationsbetrachtung der Auswirkungen bisheriger Windparke und Planungen im Umfeld des Oppenweher Moores <p>Die nächsten nennenswerten immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftigen Betriebe auf dem Kreisgebiet Minden-Lübbecke liegen in einem Abstand von mehr als 3 km zu den beiden, dem Kreisgebiet am nächsten liegenden Windkraftkonzentrationszonen. Eine „Vorbelastungsrelevanz“ kann demnach ausgeschlossen werden.</p>	Auf die Darstellung der Teilbereiche 3a und 3b wird zum Entwurf verzichtet. Eine weitere Abwägung ist somit an dieser Stelle nicht erforderlich.

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Kreis Minden-Lübbecke	Grundsätzlich sind die nächstgelegenen Wohnhäuser mit den entsprechenden Schutzansprüchen zu berücksichtigen und in einem späteren Anlagengenehmigungsverfahren ist der Nachweis zu führen, dass die geltenden Immissionsrichtwerte nach TA Lärm eingehalten werden.	Auf die Darstellung der Teilbereiche 3a und 3b wird zum Entwurf verzichtet. Eine weitere Abwägung ist somit an dieser Stelle nicht erforderlich.

Keine Anregungen und Bedenken hatten:

1. Samtgemeinde „Altes Amt Lernförde“, Schreiben vom 21.03.2023
2. Samtgemeinde Rehden, Schreiben vom 22.03.2023
3. Pledoc, Schreiben vom 20.03.2023 (mit Anlage Karte)
4. Vodafone, Schreiben vom 12.04.2023 (alle Teilbereiche)
5. Stadt Rahden, Schreiben vom 12.04.2023
6. Telekom Technik GmbH, Schreiben vom 13.04.2023, Telekom: Verweis auf Richtfunk-Trassenauskunft
7. Samtgemeinde Kirchdorf, Schreiben vom 18.04.2023
8. Ericsson Services GmbH (von der Deutschen Telekom Technik GmbH beauftragt) mit Schreiben vom 22.05.2023

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
1	<p>Anlieger des Teilbereichs 4B</p> <p>06.04.2023</p> <p>12 Einwender</p> <p>alle 49419 Wagenfeld</p>	<p>Als Anlieger des in der 51. Änderung des Flächennutzungsplans ausgewiesenen Teilbereichs 4b (Windkraftkonzentrationszone), möchten wir nach §3 Abs. I BauGB unserem Recht auf öffentliche Beteiligung und Stellungnahme im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung nutzen.</p> <p>Wir erkennen die Notwendigkeit des Ausbaus und der Investition in erneuerbare Energien an und sehen hier auch in der Gemeinde Wagenfeld Handlungsoptionen. Der für diese Zwecke angestrebten 51. Änderung des Flächennutzungsplans stehen wir folglich primär positiv entgegen. Nichtsdestotrotz möchten wir zu der als Teilbereich 4b gekennzeichneten Windkraftkonzentrationszone unsere Einwände und Bedenken zum Ausdruck bringen.</p> <p>Das Energiemonitoring der Stadtwerke Diepholz für die Gemeinde Wagenfeld zeigt, dass es mit 272 % (Stand 26.03.23; rückwirkend auf 30 Tage) zu einer deutlichen Überproduktion des Stroms kommt. Dies besteht aktuell aus 100 % erneuerbaren Energien, zu über 50 % bereits aus Windkraft. Zu 100 % kann Wagenfeld den eigenen Strombedarf abdecken. Aufgrund dessen möchten wir die Notwendigkeit zusätzlicher Stromproduktion in Frage stellen, da Wagenfeld bereits einen beeindruckenden Anteil des im Landkreis Diepholz benötigten Stroms produziert.</p> <p>Die vorgesehene Fläche befindet sich in der unmittelbaren Nähe zu einer potenziell möglichen Erweiterungsfläche des Neubaugebietes „Jettfeld“. Die Festsetzung des Teilbereichs 4b würde bedeuten, dass eine Erweiterung des Wohngebiets langfristig nur eingeschränkt bzw. mit erheblichen Wertverlust möglich wäre.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Auf den Teilbereich 4b wird zur Entwurfsfassung verzichtet. Der Teilbereich 4a wird weiterhin als Fläche für die Windenergienutzung dargestellt. Der Teilbereich 4a ist mit gut 41 ha relativ groß, so dass hier voraussichtlich mehrere Windenergieanlagen errichtet werden können.</p> <p>Der Teilbereich 4b ist im Vergleich zu Teilbereich 4a klein und würde nur eine Windenergieanlagen ermöglichen und ist daher vergleichsweise weniger geeignet eine Konzentrationswirkung zu erzielen. Daher wird dem Teilbereich 4a gegenüber dem Teilbereich 4b Priorität eingeräumt. Auf den Teilbereich 4b wird zur Entwurfsfassung verzichtet, um die Wohnnutzungen an der Bundesstraße 239 nicht von zwei Seiten durch Windenergieanlagen zu belasten. Bei Realisierung der Teilbereiche 4a und 4b würden sich sowohl nordöstlich als auch südwestlich der Wohnnutzungen an der Bundesstraße Windenergieanlagen befinden. Der Teilbereich 4b befindet sich zudem südöstlich der Siedlungslage von Wagenfeld. Die Siedlungsentwicklung der Gemeinde hat in den letzten Jahren am südöstlichen Rand der Gemeinde stattgefunden. In diesem Bereich wurden die Wohngebiete Jettfeld entwickelt. Eine Darstellung des Teilbereiches 4b würde perspektivisch eine weitere Siedlungsentwicklung in diesem Bereich erschweren. Eine weitere Abwägung der vorgebrachten Bedenken zu Teilbereich 4b ist damit entbehrlich.</p> <p>Mit der 51. Änderung des Flächennutzungsplans möchte die Gemeinde Wagenfeld die Voraussetzungen für eine gezielte Errichtung von Windenergieanlagen auf verträglichen Standorten schaffen, Nachbarschaftskonflikten vorbeugen und damit ihren kommunalen Beitrag zur Energiewende auch vor dem Hintergrund der aktuellen bundes- und landespolitischen Ziele und der neuen Gesetzesgrundlagen, insbesondere des Wind-an-Land Gesetzes erhöhen. Mit der 51. Änderung macht sie von ihren kommunalen Einflussmöglichkeiten auf die Windenergiestandorte Gebrauch. Der Anteil einzelner Gemeinden an der Stromproduktion im Landkreis ist kein Kriterium, dass für oder gegen die zusätzliche Ausweisung von Sondergebieten spricht. Die Gemeinde ist vielmehr verpflichtet, der Windenergie in substanzieller Weise Raum zu geben – siehe dazu die Ausführungen in der Begründung. Einen entsprechenden Nachweis hat die Gemeinde erbracht.</p> <p>Auf den Teilbereich 4b wird zur Entwurfsfassung verzichtet (s.o.). Eine weitere Abwägung der vorgebrachten Bedenken zu Teilbereich 4b ist damit entbehrlich.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Anlieger des Teilbereichs 4B	<p>Der Gemeinde ist es im Rahmen der Überplanung des Gemeindegebietes möglich, Wohngebietserweiterungsflächen sowie entsprechende Abstände als Tabuzonen vorzusehen, um sich ins Auge gefasste Entwicklungsmöglichkeiten nicht von vorneherein abzuschneiden.</p> <p>Das zulässigerweise verfolgbare Ziel, einen vorhandenen Ortsteil fortzuentwickeln (§ 1 Abs. 5 S. 2 Nr. 4 BauGB), kann es rechtfertigen, sich bei der Planung nicht am überkommenen, sondern an dem Baubestand auszurichten, der sich für die Zukunft abzeichnet. Eine Grenze ist einer derartigen Zukunftsprojektion lediglich durch das Verbot des „Etikettenschwindels“ gezogen, nach dem Veränderungen der baulichen Struktur, die nicht ernsthaft beabsichtigt, sondern nur vorgeschoben sind, nicht als entgegenstehende Belange herhalten dürfen.</p> <p>Darüber hinaus betrifft der Wertverlust auch insbesondere unsere Bestandsimmobilien und Grundstücke in unmittelbarer Nähe. Da diese Immobilien und Grundstücke auch als unsere Existenzsicherung und Vorsorge dienen, sehen wir hier deutliche finanzielle Einschränkungen bedingt durch diese Windkraftkonzentrationszone.</p> <p>Neben dem Wertverlust unserer Immobilien haben wir auch gesundheitliche Bedenken. Die erhöhten Emissionen, insbesondere bedingt durch Lärm und den Schattenschlag, führt zu einer erheblichen Einschränkung und Minderung, wenn nicht Gefährdung unserer Lebensqualität und Gesundheit.</p> <p>Zusätzlich beobachten wir täglich viele Fußgänger, Radfahrer und Freizeitsportler, die die umliegenden Flächen und Wege als Naherholungsgebiet nutzen. Die Errichtung von Windkraftanlagen würde dies durch eine Lärmentwicklung und den Schattenschlag deutlich einschränken. Da es sich bei den angesprochenen Personengruppen vorrangig um Wagenfelder Bürger handelt, würde sich dies auf die Bewohner der Gemeinde über unsere Flächen und Immobilien hinaus auswirken.</p>	<p>Die Gemeinde hat die im wirksamen Flächennutzungsplan dargestellten Wohnbauflächen zuzüglich einem Abstand von 600 m als weiche Tabuzone in ihrem Standortkonzept angesetzt. Auf den Teilbereich 4b wird zur Entwurfsfassung aus den oben genannten Gründen verzichtet. Eine weitere Abwägung der vorgebrachten Bedenken zu Teilbereich 4b ist damit entbehrlich.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Anlieger des Teilbereichs 4B	<p>Der Bau und die Instandhaltung von vorgesehenen Windkraftanlagen in den Windkraftkonzentrationszonen erfordert eine ausreichende Verkehrsinfrastruktur. Für den Teilbereich 4b bedeutet dies, dass die Zufahrtswege/die für die Anfahrt in Betracht kommenden Straßen eine zusätzliche Versiegelung erfordern sowie die Erweiterung der bestehenden Straßen. Darüber hinaus sind die Zufahrtswege nicht für entsprechend schwerer Kräne und Gerätschaften ausgelegt. Die zukünftig benötigten Instandsetzungen der Straßen müssten durch uns als Steuerzahler mitgetragen werden. Da es sich bei dem Teilbereich nur um eine Fläche von 0,8 ha handelt, bedeutet dies zukünftig eine zusätzliche finanzielle Belastung der Allgemeinheit für ein einzelnes Windkraftträd.</p> <p>Die vergleichsweise kleine Fläche des Teilbereichs 4b ist räumlich deutlich vom größeren Teilbereich 4a getrennt. Der Teilbereich 4b bietet bedingt durch die kleine Fläche nur Raum für eine Windkraftanlage. Durch die deutliche räumliche Entfernung des Bereichs 4a zu 4b, würde die Errichtung einer Anlage in 4b zu einem Eingriff in das Landschaftsbild durch die Errichtung hoher Bauwerke führen.</p> <p>Eine Konzentrierung auf die Fläche 4a würde dies zentrieren und eine verminderte „Verspargelung“ bedeuten. Die benachbarten Kommunen Barnstorf und Lernförde definieren ein Windkraftkonzentrationsgebiet bereits als ein Gebiet mit mindestens 3 beieinanderliegenden Windkraftanlagen. Eine Verspargelung der Landschaft zu verhindern, ist ein städtebaulicher Belang, welcher zulässiger Weise mit einer Konzentrationsplanung verfolgt werden kann. Dieser sollte insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Windenergie auch ohne die kleineren, vorgesehenen Zonen substanzieller Raum verschafft wird und eine Erreichung der Flächenbeitragswerte ist, nochmals Berücksichtigung finden.</p>	<p>Auf den Teilbereich 4b wird zur Entwurfsfassung aus den oben genannten Gründen verzichtet. Eine weitere Abwägung der vorgebrachten Bedenken zu Teilbereich 4b ist damit entbehrlich.</p> <p>Der Anregung wird entsprochen.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Anlieger des Teilbereichs 4B	<p>Eine Herausnahme der Teilfläche 4 b sollte zudem aufgrund der Ausweisung als Fläche der Zielkategorie S/V im Landschaftsrahmenplan erfolgen (Sicherung und Verbesserung von Gebieten mit überwiegend hoher Bedeutung für Arten und Biotope und hoher bis sehr hoher Bedeutung für Landschaftsbild, Boden/Wasser, Klima/Luft). Flächen dieser Zielkategorie beschreibt der Landschaftsrahmenplan als überwiegend wenig beeinträchtigt und schreibt ihnen daher eine hohe Bedeutung für Naturschutz und Landschaftspflege zu. Die mit der Errichtung von Windenergieanlagen innerhalb derartiger Flächen verbundenen Beeinträchtigungen lassen sich im Rahmen der erforderlichen Abwägung mit dem Interesse am Ausbau der erneuerbaren Energien überzeugender begründen, sofern die Realisierung einer Mehrzahl an Windenergieanlagen ermöglicht wird.</p> <p>Unserer Meinung nach, steht die Festsetzung des kleinen Teilbereichs 4b nicht im Verhältnis zu den von uns oben aufgeführten Punkten. Die Errichtung einer einzelnen Windkraftanlage, die von den größeren Potenzialgebieten räumlich deutlich getrennt ist, betrifft nicht nur uns als unmittelbar betroffene Anlieger, sondern die Gemeinde Wagenfeld im Allgemeinen. Die Folgen wären sowohl wirtschaftlich, als auch hinsichtlich des Gemeinwohls gravierend. Wir bitten daher die aufgeführten Punkte bei der Entscheidungsfindung/Festsetzung zur 51. Änderung des Flächennutzungsplans zu berücksichtigen und die Verhältnismäßigkeit einer Ausweisung des kleinen Teilbereichs 4b auf den Prüfstand zu stellen.</p> <p>Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme im weiterführenden Prozess und hoffen auf Ihr Verständnis unserer Situation.</p>	Auf den Teilbereich 4b wird zur Entwurfsfassung aus den oben genannten Gründen verzichtet. Eine weitere Abwägung der vorgebrachten Bedenken zu Teilbereich 4b ist damit entbehrlich.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
2	<p>Einwender 2 aus Bramsche Pente und Belm</p> <p>16.04.2023</p>	<p>Im Rahmen des Anhörungsverfahrens möchten wir nachstehende Bedenken und Anregungen vortragen: Wir, die Absender dieses Schreibens, sind seit Jahrzehnten im Bereich der Gemeinde Wagenfeld sowie der Diepholzer Moorniederung im Kranich- und Wiesenvogelschutz ehrenamtlich tätig.</p> <p>Bekanntlich befinden sich in der Gemeinde Wagenfeld verschiedene Kranichrast- und Nahrungsbiotope. Beispielhaft möchten wir das Oppenweher Moor, die Randgebiete des Moores sowie den Großraum „Oppendorfer Fladder“ als sehr wichtige Kranichschutzgebiete nennen. Der Schutz, die Erhaltung und die Optimierung dieser Kranichbiotope ist ein wichtiges Ziel im Rahmen der Naturschutzarbeit.</p> <p>Jegliche Einschränkungen oder Verschlechterungen dieser Rastbiotope ist nicht mit den europäischen Naturschutzziele bzw. den Naturschutzgesetzen vereinbar. Eine Errichtung von Windenergieanlagen auf den Rast- und Schlafplätzen der Kraniche sowie im Bereich der teils täglichen Zugrouten ist unbedingt zu verhindern. Bekanntlich ziehen die im Oppenweher Fladder und im Oppenweher Moor während des Tages nahrungssuchenden Kraniche abends weitgehend in Richtung Geestmoor, Neustädter Moor, Wietungsmoor und in weitere Moore der Diepholzer Moorniederung. Diese Flugschneisen der Kraniche sind weiträumig von Windenergieanlagen auszuschließen.</p> <p>Außerdem kommen im genannten Kranichgebiet weitere schutzwürdige Arten vor, die durch eine Errichtung von Windenergieanlagen äußerst gefährdet würden. Beispielhaft möchten wir hier nur den Rotmilan, den Seeadler, Wanderfalken, Kornweihen, den Weißstorch usw. erwähnen. Der genannte Großraum ist zudem ein überregional bedeutender Rast- und Überwinterungsplatz für Saat- und Blässgänse.</p> <p>Aus diesen Gründen ist bei den Planungen u. a. auch folgender Grundsatz festzuschreiben:</p> <p><i>Für die Ausweisung von neuen Windkraftkonzentrationszonen stellt die Gemeinde Wagenfeld ausschließlich Flächen bereit, die eine Gesamtgröße von über 30 ha aufweisen und der Anlagenstandort Platz für mindestens 3 WEA (Referenzanlagen) bereitstellt. Vereinzelte sog. Splitterflächen werden nur zu der Konzentrationsfläche hinzugerechnet, wenn deren Abstand zueinander keine 500 m überschreitet.</i></p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Zum Entwurfstand entfallen die Darstellungen der Teilbereiche 2, 3, 5a-e und 7, welche sich alle in geringer Entfernung zu EU-Vogelschutzgebieten bzw. Naturschutzgebieten befinden. Hierdurch wird auch der hohen Bedeutung der umliegenden Flächen als Nahrungs- und Rastbiotop insbesondere für Kraniche Rechnung getragen.</p> <p>Es wird ein mindestens einzuhaltender Abstand zum Oppenweher Moor von 3,6 km (Teilbereich 4) eingehalten. Durch den großen Abstand keine eine Beeinträchtigung der Schutzziele hinreichend sicher ausgeschlossen werden.</p> <p>Durch die Lage und räumliche Verteilung der verbleibenden Teilbereiche 1,4 und 6 in den Randlagen des Gemeindegebietes wird sichergestellt, dass es nicht zu einer Zerschneidung häufig genutzter Flugrouten zwischen dem Oppenweher Moor und den umliegenden Schutzgebieten kommt.</p> <p>Die Hinweise bezüglich der weiteren Vogelarten werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. So genannte „Splitterflächen“ werden zum Entwurfstand nicht mehr als Sondergebiete für die Windenergienutzung dargestellt.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 2	<p>Wir bitten Sie, unsere Anliegen im Rahmen der weiteren Planungen zu berücksichtigen und bitten Sie, die sog. „harten Tabuzonen“ großzügig zu bemessen, damit die Gefährdungen für die Vogelwelt weitgehend minimiert werden.</p> <p>Gern würden wir von Ihnen über das weitere Planungsverfahren informiert werden.</p> <p>Zu weiteren Auskünften stehen wir Ihnen zur Verfügung.</p>	
3	Einwender 3 49419 Wagenfeld 16.04.2023	<p>Ich bin Pächter des Flurstückes X aus Flur 9 und werde im Rahmen der Hofnachfolge auch Besitzer der Flurstücke und Hofstelle werden. Wir bewirtschaften auf der landwirtschaftlichen Hofstelle am Birkenweg X in 49419 Wagenfeld einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb. Wir halten aktuell X Rinder und bewirtschaften X ha landwirtschaftliche Nutzfläche.</p> <p>Um dem Tierwohl und besseren Haltungsbedingungen für Rinder gerecht zu werden, haben wir einen Stallneubau geplant und auch durch die zuständige Behörde genehmigt bekommen.</p> <p>Unabhängig von den Planungen der Windkraft in unserer Gemarkung werden wir unseren Betrieb weiterhin als Vollerwerbsbetrieb führen. Nehmen Sie im Rahmen der Planungen Rücksicht auf uns und unsere Existenzgrundlage.</p> <p>Der Einfluss durch Lärm und Schattenwurf auf uns und unsere Rinder und Tiere ist so gering wie möglich zu halten.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Im Rahmen der 51. Änderung werden keine konkreten Standorte für einzelne Windenergieanlagen festgelegt. Im Rahmen der konkreten Standortplanung auf Genehmigungsebene ist auf die genehmigten Neubauten Rücksicht zu nehmen.</p> <p>Die vorhandenen Wohnnutzungen wurden im Zuge des Standortkonzeptes berücksichtigt. Die Gemeinde Wagenfeld hat in ihrem Standortkonzept eine harte Tabuzone von 400 m und eine zusätzliche weiche Tabuzone von 200 m (Gesamt-tabuzone 600 m) zu Wohnnutzungen berücksichtigt. Auf Genehmigungsebene ist der Nachweis zu erbringen, dass von den geplanten Windenergieanlagen keine unzulässigen Emissionen auftreten. Zur Entwurfsfassung wird auf die Teilbereiche 5a-e und 4b verzichtet. Dadurch vergrößert sich der Abstand der dargestellten Sondergebiete zum Wohnhaus des Einwenders sehr deutlich.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
4	Einwender 4 49419 Wagenfeld 18.04.2023	<p>Zu der o. a. Thema möchten wir die bis zum 20.04.2023 bestehende Öffentlichkeitsbeteiligung nutzen, um in ein paar Punkten unsere Bedenken darzulegen mit der Bitte dieses zu berücksichtigen.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Abstandsregelung 3H bzw. 2H (weiche und harte Grenzen): Wir stehen der allgemeinen Errichtung von Windkraftanlagen (WA) nicht grundsätzlich entgegen nur sollte bei der Abstandsregelung der von der Gemeinde Wagenfeld genannte 3H Abstand eingehalten werden, welche bei einer Anlagenhöhe von z.B. 200 meinen min. Abstand von 600 m zu den nächsten Wohnhäusern zulässt. Dieser 3H Abstand allein ist schon eine sehr starke Belastung für alle betroffenen Anwohner (Schattenwurf, Geräuschbildung, optische Beeinträchtigung, Wertminderung des Grundstückes, usw.) und sollte als min. Richtwert nicht noch weiter unterschritten werden. (2H Abstand) 2. Festlegung weicher und harter Grenzen-Flächen nach dem Beispiel von einer 200 m hohen Anlage: In den öffentlich gemachten Plänen sind die harten Grenzen (2H grün) und weichen Grenzen (3H gelb) nach dem Beispiel von einer 200 m hohen WA ausgelegt worden. Nun ist es aber so das u. W. vom Betreiber WA geplant sind, welche die 200 m klar überschreiten würden. Daher bitten wir zu beachten, dass sich die harten Grenzen (2H grün) und weichen Grenzen (3H gelb) verkleinern würden, also sich somit der Abstand zu Wohngebäuden entsprechend vergrößern bzw. manch einer der aufgezeigten gelben und grünen Flächen ggf. verschwindet. 3. Einzelstehende Anlage in Bereich Straße „Im Bruche“ (Teilbereich 4): Die geplanten WA wurden von der Gemeinde in 7 Teilbereiche eingeteilt. Man kann die Aufteilung der WA in drei Schwerpunkte einteilen. Schwerpunkt 1, Wgf. Neustadt mit 5 Flächen. (Teilbereich 5) Hier würden die geplanten WA einen einigermaßen zusammenhängenden Bereich bilden. Schwerpunkt 2, Wgf. Hasslingen um die Str. „Im Strange“. (Teilbereich 4) Hier würden es einen größeren Bereich für mehrere WA bilden. Schwerpunkt 3, diverse Flächen direkt an den Gemeindeaußengrenzen. (Teilbereiche 1, 2, 3, 6 und 7) 	<p>Die Gemeinde Wagenfeld hat in ihrem Standortkonzept eine harte Tabuzone von 400 m und eine zusätzliche weiche Tabuzone von 200 m (Gesamttabuzone 600 m) berücksichtigt. Auf den Teilbereich 4b wird zur Entwurfsfassung verzichtet. Der Abstand vom Grundstück des Einwenders zum Teilbereich 4 a beträgt deutlich mehr als 600 m. Das Wohnhaus des Einwenders liegt in einem Abstand von knapp 2 Kilometern.</p> <p>Im Rahmen der 51. Änderung werden keine konkreten Windenergieanlagenhöhen festgelegt. Die Referenzanlage von 200 m hat Bedeutung für die Begründung der harten und weichen Tabuzonen. Da die Referenzanlage (lediglich) dem Zuschnitt der Konzentrationszonen durch Anwendung der harten und weichen Tabukriterien dient, ist die Verwirklichung sowohl niedrigerer als auch höherer Anlagen nicht ausgeschlossen, sondern dem jeweiligen Zulassungsverfahren unter Berücksichtigung der konkreten Standortbegebenheiten überlassen.</p> <p>Erste Vorabberechnungen hatten gezeigt, dass bei Referenzanlagen mit mehr als 200 m kaum Potenzialflächen verbleiben. Auf Genehmigungsebene ist in Kenntnis der dann geplanten Anlagenhöhe der Nachweis zu erbringen, dass von den geplanten Windenergieanlagen keine unzulässigen Emissionen auftreten.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der Vorentwurfsfassung waren umfangreichere Sondergebiete für die Windenergienutzung dargestellt worden als erforderlich, um der Windenergienutzung in substanzieller Weise Raum zu geben, auch um zusätzliche Informationen zu den einzelnen Teilbereichen im Zuge der Beteiligungsverfahren nach § 3 (1) BauGB und § 4 (1) BauGB zu gewinnen. Zur Entwurfsfassung erfolgt eine Reduzierung auf die für die Windenergienutzung geeignetsten Bereiche bzw. auf die Teilbereiche 1a bis 1d, 4a und 6a bis 6c. Bei den Teilbereichen 1 und 6 handelt es sich um Bestandsstandorte (nördlich Wagenfeld und nördlich Ströhen), auf denen bereits Windenergieanlagen vorhanden sind. Auf die Teilbereiche 2, 3, 4b, 5a bis 5e und 7 wird zur Entwurfsfassung verzichtet. Es wurde der Nachweis erbracht, dass der Windenergienutzung mit den zur Entwurfsfassung getroffenen Darstellungen in substanzieller Weise Raum gegeben wird.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 4	<p>Nur eine der geplanten WA weicht hier deutlich von den Bereichen ab, und zwar die WA an der Straße „Im Bruche“ welche dem Teilbereich 4 zugerechnet ist. Daher empfehlen wir den Standort dieser einzelnstehende WA nicht in den Bebauungsplan aufzunehmen, also diese WA zu verhindern und bitten folgende Argumente zu beachten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die bereits bestehenden und geplanten WA tragen ohnehin erheblich zu einer sogenannten Verspargelung der Landschaft und eines negativen Gemeindebildes bei. Dieses kann man sich auch in genügender Form als negative Beispiele bei anderen Gemeinden anschauen. Dieser Verspargelung kann nur in eingeschränkter Form entgegengewirkt werde, in dem man zusammenstehende WA bildet, diese im Randbereichen platziert und einzelnstehende WA mitten in der Gemeinde verhindert was u. A. auf die einzelnstehende WA an der Straße „Im Bruche“ zutrifft. 	<p>Der Teilbereich 4a wird weiterhin als Fläche für die Windenergienutzung dargestellt. Der Teilbereich 4a ist mit gut 41 ha relativ groß, so dass hier voraussichtlich mehrere Windenergieanlagen errichtet werden können.</p> <p>Der Teilbereich 4b ist im Vergleich zu Teilbereich 4a klein und würde nur eine Windenergieanlagen ermöglichen und ist daher vergleichsweise weniger geeignet eine Konzentrationswirkung zu erzielen. Daher wird dem Teilbereich 4a gegenüber dem Teilbereich 4b Priorität eingeräumt. Auf den Teilbereich 4b wird zur Entwurfsfassung verzichtet, um die Wohnnutzungen an der Bundesstraße 239 nicht von zwei Seiten durch Windenergieanlagen zu belasten. Bei Realisierung der Teilbereiche 4a und 4b würden sich sowohl nordöstlich als auch südwestlich der Wohnnutzungen an der Bundesstraße Windenergieanlagen befinden. Der Teilbereich 4b befindet sich zudem südöstlich der Siedlungslage von Wagenfeld. Die Siedlungsentwicklung der Gemeinde hat in den letzten Jahren am südöstlichen Rand der Gemeinde stattgefunden. In diesem Bereich wurden die Wohngebiete Jettsfeld entwickelt. Eine Darstellung des Teilbereiches 4 b würde perspektivisch eine weitere Siedlungsentwicklung in diesem Bereich erschweren.</p> <p>Mit der Reduzierung auf 3 Teilbereiche zur Entwurfsfassung wird auch einer Verspargelung der Landschaft vorgebeugt. In 2 der 3 Teilbereiche sind zudem bereits Windenergieanlagen vorhanden.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 4	<p>2. Diese geplante WA an der Straße „Im Bruche“ ist in allen Richtungen von nah und mittelweit stehenden Gemeindebewohnern umgeben (ca. 1,5 km Grenze Pr. Ströhen) und trägt daher für eine einzelne WA überproportional zur Beeinträchtigung vieler Gemeindebewohner bei.</p> <p>3. Der Standort der WA zum Baugebiet Jetzfeld ist zwar nicht in unmittelbarer Nähe aber mit einem Abstand ca. 1.200 m mittelweit entfernt und steht zudem noch in östlicher Richtung und somit im Bericht des Sonnenaufgangs. Eine morgendliche Schattenwurfbildung der Siedlung ist daher unvermeidlich.</p> <p>4. Der Ausbau der Zufahrtswege und Stromtrasse nur für diese einzelstehende WA würde überproportional viel Aufwand, Kosten, Beeinträchtigungen hervorrufen. Die Straße „Im Bruche“ ist überwiegend nur ein geschotterter Land- und Forstweg und die Zufahrtsbrücke am Flöthweg ist absolut ungeeignet. Ein massiver, bleibender Eingriff in die Infrastruktur und Wegenetz ist unvermeidbar.</p> <p>5. Der Abstand zum seit vielen Jahren stehenden und jährlich belegten Storchennest am Standort „Im Sumpfe“ (Wiese XX) beträgt nur ca. 300 – 400 m.</p> <p>Wir, die betroffenen Bewohner der Gemeinde sowie alle nahen und mittelweit betroffenen Anlieger der geplanten WA am Standort „Im Bruche“ möchten Sie daher bitten unseren Bedenken und Argumente zu berücksichtigen.</p> <p>Wir hoffen auch, dass sich der Gemeinderat nicht nur von den vehementen Befürworteten (innerhalb und außerhalb des Gemeinderates) zu allen möglichen WA-Standorten „treiben und drängen“ lässt und auch in genügender Form das Wohl aller Bewohner ausreichend berücksichtigt. Der Gemeindefrieden ist bereits in diversen Bereichen massiv und nachhaltig beeinträchtigt, was sich wohl auch mit Geld nicht „kitten“ lässt.</p> <p>Die Beeinträchtigung durch WA ist massiv und dauert über viele Jahrzehnte und mehrere Generationen der Betroffenen Anwohner denn auch wenn älter WA nach Jahren rückgebaut werden, werden danach an den gleichen Standorten meist noch größere WA gebaut.</p>	<p>Auf den Teilbereich 4b wird zur Entwurfsfassung verzichtet (s.o.). Eine weitere Abwägung ist damit entbehrlich.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Standort 4 b wird nicht weiterverfolgt.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
5	Einwender 5 49419 Wagenfeld 16.04.2023	<p>Im Rahmen des Klimaschutzes ist Windenergie unverzichtbar. Da aber neben der Klimakrise auch eine Biodiversitätskrise besteht, muss Klima- und Artenschutz zusammen gedacht werden.</p> <p>Die im Standortkonzept vorgesehenen Standorte für Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe zum Neustädter Moor sind ungeeignet. Das Neustädter Moor ist unter anderem ein Kranichrastgebiet von europäischem Rang. Außerdem ist es ein Brutgebiet für viele windenergiesensible Vogelarten. Graureiher und Kraniche nutzen die Mooregebiete als Brutgebiet und Nahrungsraum. Ich kann außerdem zum Beispiel auf den Flächen am Moorkanal regelmäßig Kiebitze und Große Brachvögel beobachten. Auch ein Rotmilan und mindestens zwei Turmfalken sowie mehrere Feldlerchen haben dort ihre Reviere.</p> <p>Aus diesen Gründen fordere ich die Gemeinde Wagenfeld auf, keine Standorte für Windkraftanlagen auf den Flächen in unmittelbarer Nähe zum Neustädter Moor zuzulassen. Es gibt ausreichend für Windkraftanlagen sinnvollere Flächen auf Gemeindegebiet.</p>	<p>Die Hinweise bezüglich des Kranichrastgebietes sowie der vorkommenden Brutvogelarten werden zur Kenntnis genommen. Aufgrund der hohen Bedeutung der Flächen für Natur und Landschaft, der Moornähe bzw. der Nähe zu den nebenstehend aufgeführten Schutzgebieten sowie der von der Unteren Naturschutzbehörde geäußerten Bedenken, wird auf die Darstellung des Teilbereichs 5 für die Windenergienutzung zur Entwurfsfassung verzichtet. Der Verzicht erfolgt aus Vorsorgegründen, um Konflikten vorzubeugen. Dabei wird auch in die Abwägung eingestellt, dass es sich um vier kleinere, in deutlichem Abstand zueinander befindliche Sondergebiete handelt, die eher schlecht geeignet sind, eine Konzentrationswirkung zu erzielen und dabei vergleichsweise große Auswirkungen auf das Landschaftsbild haben. Daher wird trotz des im EEG verankerten überragenden öffentlichen Interesses der Nutzung der erneuerbaren Energien auf den Teilbereich 5 verzichtet. Auch ohne die Darstellung des Teilbereichs 5 wird der Windenergie in substantieller Weise Raum gegeben. Ein entsprechender Nachweis wird in der Begründung erbracht.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt.</p>
6	<p>AnwohnerInnen und Anwohner</p> <p>Anmerkung: Vor jeder Unterschriftenliste gleichlautender Text wie vor.</p>	<p>Als Anwohnerinnen und Anwohner von potentiellen Vorrangflächen für die Windenergienutzung im Rahmen der 51. Flächennutzungsplanänderung bitten wir die Gemeinde Wagenfeld und den Rat der Gemeinde den zur Zeit geltenden Ratsbeschluss von 3H (z. B. 600 m Abstand zu Wohngebäuden bei einer Windkraftanlage von 200 m Höhe) im Rahmen des Planungsverfahrens und des Feststellungsbeschlusses beizubehalten. Wir haben mit den größten Einschränkungen durch Windkraftanlagen (u. a. Schall- u. Schattenimmissionen, Beeinträchtigung des Landschaftsbildes, mögliche Einschränkungen u. Schäden im Rahmen der Bautätigkeiten) zu leben.</p> <p>Anlage: Unterschriftenlisten (4 Seiten) mit insgesamt 61 Unterschriften</p>	<p>Die Anregung wird berücksichtigt.</p> <p>Die Gemeinde Wagenfeld hat in ihrem Standortkonzept eine harte Tabuzone von 400 m und eine zusätzliche weiche Tabuzone von 200 m (Gesamttabuzone 600 m) berücksichtigt.</p>
7	Einwender 7 49419 Wagenfeld-Ströhen 19.04.2023	<p>In der Anlage überreiche ich die Stellungnahme vom 18.04.2023 von sieben im Gemeindegebiet ansässigen Unternehmen in der im Betreff bezeichneten Angelegenheit (51. Änderung des Flächennutzungsplanes).</p> <p>Wir, die Unterzeichner dieser Stellungnahme, betreiben in der Gemeinde Wagenfeld überwiegend energieintensive Unternehmen. Wir sind fest in der Gemeinde verwurzelt und bekennen uns zu einer werteorientierten Gestaltung des Zusammenlebens.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 7	<p>In den letzten Wochen haben wir uns intensiv mit den Planungen zur Ausweitung der Windenergieerzeugung auf dem Gebiet der Gemeinde Wagenfeld auseinandergesetzt, um eine möglichst objektive Einschätzung zu den Vorhaben der Projektierer und zu der aktuellen Bauleitplanung der Gemeinde zu gewinnen.</p> <p>Wir begrüßen die Stärkung der Erzeugung regenerativer Energie in unserer Gemeinde, möchten dabei aber die Interessen sowohl der Bürger als auch der Unternehmen gut mit den legitimen Interessen möglicher Anlagenbetreiber abgewogen wissen. Wir sehen die große Chance, im Rahmen der anstehenden Erweiterung der Windenergieerzeugung, die verlässliche Versorgung aller Bürger und der Unternehmen der Gemeinde Wagenfeld mit ausreichender, überwiegend regenerativ erzeugter und kostengünstiger Elektroenergie, sicher zu stellen. Gleichzeitig sollten die Eingriffe in das Landschaftsbild und die Natur so gering als möglich gehalten werden.</p> <p>In sorgsamer Abwägung der ausgetauschten Informationen und Argumente, unterstützen die Unterzeichner ausdrücklich den vorgelegten Entwurf der Gemeindeverwaltung Wagenfeld. Wir sehen insbesondere in den festgelegten Planungskriterien und der sich daraus ergebenden Begrenzung der Flächen auf die in der Planung genannten sieben potentiellen Standorte, eine gelungene Abwägung der Interessen aller Beteiligten und der gesetzlichen Vorgaben.</p> <p>Die auf den in der Planung ausgewiesenen Potentialflächen realisierbaren Anlagen reichen nach unserer Einschätzung sicher aus, die Versorgungssicherheit mit günstigem und regenerierbarem Strom sicherzustellen, so dass eine durch die Herabsetzung der Planungsprämissen, sei es durch eine Verringerung der Abstandsvorgaben oder durch die Veränderung der Abwägungskriterien, darüber hinausgehende Beeinträchtigung des Landschaftsbildes oder einzelner Bürgerinteressen, nicht notwendig oder sinnvoll erscheint.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Im Rahmen der Vorentwurfsfassung waren umfangreichere Sondergebiete für die Windenergienutzung dargestellt worden als erforderlich, um der Windenergienutzung in substanzieller Weise Raum zu geben, auch um zusätzliche Informationen zu den einzelnen Teilbereichen im Zuge der Beteiligungsverfahren nach § 3 (1) BauGB und § 4 (1) BauGB zu gewinnen. Zur Entwurfsfassung erfolgt eine Reduzierung auf die für die Windenergienutzung geeignetsten Bereiche bzw. auf die Teilbereiche 1a bis 1d, 4a und 6a bis 6c. Bei den Teilbereichen 1 und 6 handelt es sich um Bestandsstandorte (nördlich Wagenfeld und nördlich Ströhen), auf denen bereits Windenergieanlagen vorhanden sind. Auf die Teilbereiche 2, 3, 4b, 5a bis 5e und 7 wird zur Entwurfsfassung verzichtet. Es wurde der Nachweis erbracht, dass der Windenergienutzung mit den zur Entwurfsfassung getroffenen Darstellungen in substanzieller Weise Raum gegeben wird.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 7	<p>Die in der Gemeinde zukünftig erzeugte Windenergie soll einen maßgeblichen Anteil der regionalen Energieversorgung der unterzeichnenden Unternehmen leisten. Die Unterzeichner erklären daher ihre Bereitschaft, durch eine direkte Versorgungsbeziehung mit den möglichen Anlagenbetreibern, zum Gelingen des Ausbaus der Windenergie am Standort Wagenfeld beizutragen und wünschen sich gleichzeitig, dass sich durch eine intelligente Realisierung der angedachten Windenergieanlagen und des Betreiberkonzeptes, auch die Möglichkeit einer günstigen Stromversorgung aller Bewohner der Gemeinde ergibt.</p> <p>Anlage: Unterschriften</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
8	<p>Einwender 8 49419 Wagenfeld 18.04.2023</p>	<p>In Wahrnehmung meiner Beteiligungsrechte im o.g. Verfahren und um später mein Klagerecht ausüben zu können, erhebe ich als persönlich Betroffener folgende Einwände gegen die Ausweisung von Vorrangflächen für die Windenergienutzung im Rahmen der 51. Flächennutzungsplanänderung.</p> <p>Durch die von Ihnen ausgewiesenen Vorrangflächen, insbesondere die des Teilbereichs 3a/3b, fühle ich mich persönlich betroffen. Bei der Abwägung der möglichen Windenergiestandorte sind sowohl öffentliche als auch private Belange zu berücksichtigen. Eine Berücksichtigung privater Belange kann ich für mich aus dem veröffentlichten Vorentwurf und der persönlichen Unterrichtung bei der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 14.02.2023 nicht erkennen.</p> <p>Wir haben vor über 20 Jahren ein Niederdeutsches Hallenhaus an der Förlinger Bruchstraße aus dem Jahr 1783 aufwendig saniert und die zahlreichen Vorgaben der Unteren Denkmalschutzbehörde bei der Sanierung umgesetzt.</p> <p>Das Gebäude ist als Kulturlandschaft prägendes Gebäude eingestuft und ist nach seinem äußeren Erscheinungsbild für die Baugestaltung und Baukultur einer Epoche aussagekräftig und für den Charakter der es umgebenden Kulturlandschaft typisch.</p> <p>Diese Eigenschaften sind mittlerweile durch die intensive Ausweitung des landwirtschaftlichen Betriebes „XX“ stark dezimiert und werden zudem durch die von Ihnen geplante Änderung des Bebauungsplanes Wagenfeld Nr. 34 „Biogasanlagen“ noch weiter eingeschränkt.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Aufgrund der hohen Bedeutung der Flächen für Natur und Landschaft, der Moornähe bzw. der Nähe zu den Schutzgebieten, wird auf die Darstellung der Teilbereiche 3a und 3b für die Windenergienutzung zur Entwurfsfassung verzichtet. Der Verzicht erfolgt aus Vorsorgegründen, um Konflikten vorzubeugen. Dabei wird auch in die Abwägung eingestellt, dass es sich um zwei kleinere, in deutlichem Abstand zueinander befindliche Sondergebiete handelt, die eher schlecht geeignet sind, eine Konzentrationswirkung zu erzielen und dabei vergleichsweise große Auswirkungen auf das Landschaftsbild und das Landschaftserleben haben. Voraussichtlich wäre in den beiden Teilbereichen 3a und 3b nur jeweils eine Windenergieanlage zu errichten.</p> <p>Daher wird trotz des im EEG verankerten überragenden öffentlichen Interesses der Nutzung der erneuerbaren Energien auf die Teilbereiche 3a und 3b verzichtet. Auch ohne die Darstellung der Teilbereiche 3a und 3b wird der Windenergie in substantieller Weise Raum gegeben. Ein entsprechender Nachweis wird in der Begründung erbracht.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 8	<p>Durch die zusätzlich geplante Ausweisung der Vorrangflächen für Windkraftanlagen im Teilbereich 3a/3b wird die vor Jahren noch existente Kulturlandschaft im dem o.g. Bereich dann in Gänze zerstört.</p> <p>Letztendlich wird die geplante Errichtung der Windkraftanlagen in dem Teilbereich 3a/3b unweigerlich zur Wertminderung meiner Immobilie bis hin zur Unverkäuflichkeit führen.</p> <p>Zusätzlich zu den v. g. Gründen, bitte ich Sie bei der weiteren Entscheidungsfindung den nicht unerheblichen Eingriff in die noch intakte Fauna und Flora bzw. das ökologische System in diesem Landschaftsbereich entlang des Gottesgraben zu betrachten. Die Bruchlandschaft wird in seiner Funktion durch die Errichtung der WKA massiv beeinträchtigt und verliert seine ökologische Funktion.</p> <p>Insbesondere die in den letzten Jahren vermehrt zu beobachtenden Kranichpopulationen in diesem Landschaftsabschnitt, die während der Zugsaison im Herbst und Frühjahr beim Einflug in die Vorsammel- und Schlafplätze zu beobachten sind, hat die Gemeinde Wagenfeld über die Landesgrenzen hinaus bekannt gemacht und dies gilt es zu erhalten.</p> <p>Ich bitte Sie daher das geplante Vorhaben nochmals kritisch zu hinterfragen. Es ist unbestritten, dass wir für das Erreichen der gesetzten Klimaziele auch einen Ausbau der Windkraft an Land benötigen, jedoch sollten auch private und naturschutzrechtliche Aspekte hinlänglich betrachtet und bewertet werden.</p>	Der Hinweis bezüglich des Kranichs wird zur Kenntnis genommen.
9	RAe und Notare Lippstadt 18.04.2023	<p>Wie Ihnen aus mehreren Gesprächen bekannt ist, plant unsere Mandantin - die XX den Bau mehrerer Windenergieanlagen auf dem Gebiet der Gemeinde Wagenfeld.</p> <p>Leider musste unsere Mandantin feststellen, dass der am 18.03.2023 bekannt gemachte und mit Ausschlusswirkung nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB versehene Planentwurf Gemeinde Wagenfeld, Landkreis Diepholz, 51. Änderung des Flächennutzungsplanes, Begründung: Stand: Januar 2023, und dass diesem zu Grunde liegende Standortkonzept die Realisierung des geplanten Vorhabens weitgehend verhindern.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung RAe und Notare	<p>Der Planentwurf wird unserer Auffassung nach nicht den Anforderungen der höchstrichterlichen und obergerichtlichen Rechtsprechung an den Abwägungsvorgang gerecht, da er in mehrfacher Hinsicht nicht eindeutig und rechtsfehlerfrei zwischen harten und weichen Tabuzonen unterscheidet und im Rahmen der Abwägung nicht das „überragende öffentliche Interesse“ i.S. d. § 2 Satz 1 und 2 EEG an der Förderung und dem Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Windenergie, ausreichend berücksichtigt.</p> <p>Diese Abwägungsfehler schlagen auch auf das Abwägungsergebnis durch, weil durch die im Planentwurf für die Windenergienutzung vorgesehenen Potenzialflächen der Windenergie im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts - kein "substantieller Raum" eröffnet wird. Namens und kraft anliegender Vollmacht unserer Mandantin erheben wir folgende Einwände gegen den Planentwurf und dem diesem zu Grunde liegenden Standortkonzept, wobei wir uns weiteren Vortrag im Rahmen der noch durchzuführenden Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB vorbehalten.</p>	Zu den einzelnen Punkten siehe nachstehend.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung RAe und Notare	<p>I. Ausschluss militärisch genutzter Flächen (Seite 28 und 31)</p> <p>Der Planentwurf führt zur Nichtberücksichtigung bestimmter Flächen aufgrund eines Widerspruches zu bestehenden militärischen Nutzungen in der Begründung auf Seite 28 aus: „Die nach den harten und weichen Tabuzonen (Schritt 1 + II) ermittelten Flächen wurden der weiteren Einzelfallprüfung zugeführt und auf weitere Restriktionen hin untersucht (Schritt III). Diese Restriktionen sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Militärische Belange <p>Die nach Abzug von harten und weichen Tabuzonen verbliebenen Flächen wurden dem Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz übermittelt. Das Ministerium hat nur diejenigen Potenzialflächen zurückgeschickt, die nicht in militärischen Korridoren liegen. Auf die Flächen innerhalb der Korridore ist zu verzichten. Diese militärischen Informationen sind nicht allgemein zugänglich und dürfen nicht öffentlich gemacht werden.“</p> <p>Auf Seite 31 der Begründung heißt es dann:</p> <p>„Die zuvor genannten Potenzialflächen werden in der Vorentwurfsfassung zuzüglich der bereits im wirksamen Flächennutzungsplan getroffenen Sondergebietsdarstellung dargestellt: Das gilt auch für den Bestandwindpark nördlich von Wagenfeld, auch wenn dieser zum Teil von entgegenstehenden militärischen Belangen betroffen ist. In diesem Bereich bestehen bereits Windenergieanlagen, so dass eine grundsätzliche Unvereinbarkeit mit den militärischen Belangen nicht erkennbar ist. Bei dem Bestandwindpark Nördlich Ströhen wird auf die im wirksamen Flächennutzungsplan dargestellte östliche Teilfläche verzichtet, da diese von harten Tabuzonen (400 m harte Tabuzone zu Siedlungsnutzungen) überlagert ist.“</p> <p>Die Begründung auf Seite 28 verdeutlicht, dass der Plangeber die „militärischen Belange“ weder den harten noch weichen Tabuzonen zurechnet, sondern dies als eigenständigen Prüfungsschritt ("Restriktionsflächen") betrachtet.</p> <p>Bei den nach Ausschluss der harten und weichen Tabuzonen verbleibenden Flächen (Potenzialflächen) muss nach der Rechtsprechung aber eine Abwägung zwischen den verbleibenden Potenzialflächen stattfinden, wobei die für und gegen die Nutzung der jeweiligen Fläche durch die Windenergie sprechenden Argumente gegeneinander zu gewichten sind.</p>	<p>In methodischer Hinsicht ist Folgendes voranzuschieken: Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts muss sich die Ausarbeitung des Planungskonzepts im Bereich der Windkraftkonzentrationsplanung abschnittsweise vollziehen. In einem ersten Arbeitsschritt sind diejenigen Bereiche als "Tabuzonen" zu ermitteln, die für die Nutzung der Windenergie nicht zur Verfügung stehen. Die Tabuzonen lassen sich in "harte" und "weiche" untergliedern. Der Begriff der harten Tabuzonen dient der Kennzeichnung von Gemeindegebietsteilen, die für eine Windenergienutzung, aus welchen Gründen immer, nicht in Betracht kommen, mithin für eine Windenergienutzung "schlechthin" ungeeignet sind, mit dem Begriff der weichen Tabuzonen werden Bereiche des Gemeindegebiets erfasst, in denen nach dem Willen der Gemeinde aus unterschiedlichen Gründen die Errichtung von Windenergieanlagen "von vornherein" ausgeschlossen werden "soll". Die Potenzialflächen, die nach Abzug der harten und weichen Tabuzonen übrig bleiben, sind in einem weiteren Arbeitsschritt zu den auf ihnen konkurrierenden Nutzungen in Beziehung zu setzen, d.h. die öffentlichen Belange, die gegen die Ausweisung eines Landschaftsraums als Konzentrationszone sprechen, sind mit dem Anliegen abzuwägen, der Windenergienutzung an geeigneten Standorten eine Chance zu geben, die ihrer Privilegierung nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB gerecht wird.</p> <p>Vgl. BVerwG, Urteil vom 13. Dezember 2012 – 4 CN 1/11.</p> <p>Die beschriebenen Anforderungen hat die Gemeinde Wagenfeld in ihrem Planungskonzept – auch bezogen auf die angesprochenen militärischen Belange – erfüllt: Die Gemeinde hat dem Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz zweimal die Potentialflächen übermittelt und jeweils die Information eingeholt, ob sich diese Flächen in Hubschraubertiefflugkorridoren der Bundeswehr befinden. Das Ministerium hat die Informationen über die Lage der betroffenen Tiefflugkorridore, die nicht allgemein zugänglich sind und auch nicht öffentlich gemacht werden dürfen, wiederum an die Gemeinde übermittelt. Die Gemeinde hat außerdem die Bundeswehr selbst (in Gestalt des Bundesamts für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr) beteiligt und auch dort die Information eingeholt, auf welchen der Potentialflächen Konflikte mit militärischen Nutzungen bestehen. Das Bundesamt hat in seiner Stellungnahme vom 21.03.2023 mitgeteilt, dass sich der Teilbereich 1 der Potentialflächen im Hubschraubertiefflugkorridor befindet und dass sich alle Teilbereiche innerhalb des Zuständigkeitsbereiches für Flugplätze gem. § 14 LuftVG befinden. Das Bundesamt teilte mit, dass die Belange der Bundeswehr somit berührt werden und dass es im Hubschraubertiefflugkorridor zu Ablehnungen von Genehmigungsverfahren kommen wird.</p> <p>Die Gemeinde ist aufgrund der Mitteilungen des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz in Kenntnis, wo sich in ihrem Gebiet Hubschraubertiefflugkorridore befinden.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung RAe und Notare	<p>Vgl. BVerwG, Urteil vom 17.12.2002 - 4 C 15.01 - ZNER 2003, 37-43 = juris.</p> <p>Eine derartige Abwägung hat hier offensichtlich nicht stattgefunden, weil der Plangeber sich an das Urteil des Ministeriums gebunden fühlt („ist zu verzichten“). Rechtlich wurden die militärischen Belange deshalb wie eine „harte Tabuzone“ behandelt und hätten deshalb der ersten Ebene zugeordnet werden müssen (was für das Abwägungsergebnis - Schaffung eines substantiellen Raumes für WEA - erheblich ist und das Berechnungsergebnis in Frage stellen kann, siehe hierzu unter XIII .)</p>	<p>Sie weiß außerdem aufgrund der Stellungnahme des Bundesamts für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, dass Windenergieanlagen, deren Errichtung für Flächen, die sich in Hubschraubertiefflugkorridoren befinden, beantragt wird, in der Regel so sehr mit militärischen Belangen konfliktieren, dass es zu Ablehnungen von Genehmigungsverfahren kommen wird.</p> <p>Die ursprüngliche Potenzialfläche nordöstlich von Wagenfeld mit einer Größe von 1,4 ha war bisher im Rahmen der Einzelfallbetrachtung ausgeschieden worden. Angesichts dessen, dass Hubschraubertiefflugkorridore - soweit sich in ihnen keine Bestandsanlagen befinden - aber nicht nur in Bezug auf diese ursprüngliche Potentialfläche, sondern generell in einem erheblichen Nutzungskonflikt mit einer potentiellen Windenergienutzung stehen, und es sich daher um einen allgemeinen, abwägungsrelevanten städtebaulichen Gesichtspunkt handelt, wertet die Gemeinde nunmehr alle in ihrem Gebiet befindlichen Hubschraubertiefflugkorridore, soweit sich in ihnen keine Bestandsanlagen befinden, als weiches Tabukriterium.</p> <p>Die Einstufung der militärischen Belange als weiche Tabuzone wird durch vom Land Niedersachsen in Auftrag gegebene Windpotenzialstudie, die im Entwurf (Stand Ende Mai 2023) vorliegt, untermauert: Sie stuft Flächen, die von militärischen Belangen betroffen sind und auf denen bisher keine Windenergieanlagen stehen, ebenfalls als Ausschlussflächen für die Windenergienutzung ein (siehe auch S. 6 der erläuternden Präsentation zur Flächenpotenzialanalyse Windenergie an Land in NI (WinNiePot) des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz).</p> <p>Ohnehin ist die Frage nach der Zuordnung eines Abwägungsbelangs zu den weichen Tabukriterien oder den Kriterien der Einzelflächenabwägung praktisch weniger bedeutsam, weil die Gemeinde in beiden Fällen planerisch abwägen muss.</p> <p>Der Einwand, dass die Gemeinde die militärischen Belange faktisch als hartes Tabukriterium bewertet habe, ist zurückzuweisen. Vorliegend entscheidet die Gemeinde durchaus auf Grundlage einer umfassenden Abwägung der konfliktierenden Belange:</p> <p>Die militärischen Belange können nach Auffassung der Gemeinde Wagenfeld nicht den harten Tabuzonen zugerechnet werden, da innerhalb der Korridore in Teilen bereits Windenergieanlagen vorhanden sind und von daher nicht von einer zwingenden Unvereinbarkeit ausgegangen werden kann. Zudem ist der Gemeinde Wagenfeld aus anderen Gemeinden bekannt, dass die Bundeswehr auch einem Repowering von Anlagen auf Flächen zugestimmt hat, die von militärischen Belangen betroffen sind.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung RAe und Notare	<p>Nach der Rechtsprechung dürfen entgegenstehende Belange als harte Tabuzonen auch nur berücksichtigt werden, wenn die Errichtung von WEA dort aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich ist. Die Errichtung von WEA in militärisch genutzten Zonen ist nur dann rechtlich unmöglich und als „harte Tabuzone“ zu bewerten, wenn es sich um militärische Sperrgebiete handelt, bei denen schon das Betreten gesetzlich verboten ist.</p> <p>Vgl. OVG Lüneburg, Urteil vom 23.05.2019 - OVG 2 A 4.19 - juris Rn 88.</p>	<p>Im Windenergieerlass Niedersachsen 2021 ist ausgeführt, dass für den Fall, dass die Beteiligung ergibt, dass aus Sicht des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr die Errichtung von WEA unter keinen Umständen in Betracht kommt, der Plangeber von einer harten Tabuzone aus-zugehen hat (vgl. OVG Lüneburg, Urteil vom 13. 11. 2019 — 12 LB123/19). Das ist hier nicht der Fall. Das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr hat mit Schreiben vom 23.03.2023 mitgeteilt, dass erst festgestellt werden könne, in welchem Umfange die Belange der Bundeswehr betroffen sind, wenn die entsprechenden Daten über die Anzahl, den Typus, die Nabenhöhe, den Rotordurchmesser, die Höhe über Grund, die Höhe über NN und die genauen Koordinaten von Luftfahrthindernissen vorliegen (s. Punkt 5 dieser Synopse).</p> <p>Hätte die Gemeinde die militärischen Belange als harte Tabuzone dargestellt, wäre die Berechnung zum substanziellen Raum noch deutlich positiver, da die nach Abzug der harten Tabuzone verbleibende Fläche deutlich kleiner wäre und der Anteil der dargestellten Flächen daran entsprechend deutlich größer.</p> <p>Der Ausschluss von Flächen aufgrund ihrer Lage in der Hubschraubertiefenflugzone führt nur zu einer relativ geringfügigen Verkleinerung der zur Verfügung stehenden Potentialflächen: Lediglich die ursprüngliche Potenzialfläche nordöstlich von Wagenfeld mit einer Größe von 1,4 ha sowie der südliche Teil des Bestandwindparks nördlich von Wagenfeld sind deswegen ausgeschieden. Der weit überwiegende Flächenanteil der Gemeinde ist schon von anderen harten und weichen Tabuzonen überlagert und wurde daher bereits deswegen ausgeschieden. Durch die Berücksichtigung der militärischen Belange entfiel in der Vorentwurfsfassung zusätzlich nur diese Fläche von 1,4 ha.</p> <p>Der Windpark nördlich Wagenfeld wird auch in der Entwurfsfassung weiterhin als Sondergebiet für die Windenergienutzung dargestellt. Neue Sondergebiete innerhalb der von militärischen Belangen betroffenen Flächen, werden zur Entwurfsfassung jedoch nach wie vor nicht dargestellt. Die Berechnungen zum substanziellen Raum werden zur Entwurfsfassung entsprechend unter Berücksichtigung der Veränderungen in den Flächenzuschnitten aktualisiert und ein entsprechender Nachweis erbracht.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung RAe und Notare	<p>Soweit es die Nutzung des Luftraumes aus militärischen Gründen betrifft - um die es hier offensichtlich geht - lässt sich aber erst im Genehmigungsverfahren nach Festlegung der konkreten Standorte der WEA und nach Abschluss des Zustimmungsverfahrens (§ § 12, 14 LuftVG) beurteilen, ob dem Vorhaben wegen einer Gefährdung der Luftsicherheit zwingende rechtliche Hinderungsgründe in Form von „militärischen Belangen“ entgegenstehen.</p> <p>Nach dem Windenergieerlass für das Land Niedersachsen, vgl. Ministerium für Klimaschutz, Planung Umwelt, und Energie, Bauen Genehmigung und von Windenergieanlagen an Land Niedersachsen, Gemeinsame Runderlass vom 20.07.2021, Anlage 2 Nr. 4 (im Folgenden: WEA-Erlass 2021), können statische Hubschraubertiefflugstrecken zwar als „harte Tabuzonen“ betrachtet werden, wenn die Beteiligung nach § 14 LuftVG ergeben hat, dass in einem bestimmten Gebiet aus Sicht des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw) die Errichtung von WEA unter keinen Umständen in Betracht kommt. Vgl. OVG Lüneburg, Urteil vom 13. 11. 2019 - 12 LB 123/19 - juris.</p> <p>Das genannte Urteil erging aber nicht zu einem im Normenkontrollverfahren streitigen Flächennutzungsplan, sondern zu einem Genehmigungsverfahren, in dem in der ersten Instanz (VG Hannover) durch das BAIUDBw auch konkret dargelegt wurde, in welchen Bereichen Tiefflüge stattfinden. Das ist hier gerade nicht erfolgt. Weder ist hier eine Beteiligung im Sinne des § 14 LuftVG erfolgt noch ist von der Luftverkehrsbehörde unter Berufung auf eine angebliche Geheimhaltungsbedürftigkeit gegenüber dem Plangeber dargelegt worden, in welchem Bereich überhaupt Tiefflüge stattfinden.</p>	<p>Die Gemeinde bewertet die Hubschraubertiefflugkorridore, insoweit sich in ihnen keine Bestandsanlagen befinden, als weiches Tabukriterium (s.o.). Eine Bewertung jeder einzelnen Teilfläche innerhalb der Korridore bezüglich ihrer Verfügbarkeit für die Windenergienutzung erfolgt nicht. Dies ist auch nicht erforderlich. Es ist insbesondere nicht erforderlich, dass die Nutzung der Fläche für die Windenergie in allen Teilbereichen unmöglich ist. Das würde den Schritt der abwägenden Einzelfallprüfung in der Bauleitplanung mit dem späteren Genehmigungsverfahren unzulässigerweise gleichsetzen. Stattdessen hat die Gemeinde die Annahme eines weichen Tabukriteriums nachvollziehbar und aus einem legitimen städtebaulichen Grund zu begründen. Der legitime Grund für den generellen Ausschluss der Flächen, die sich in Hubschraubertiefflugkorridoren befinden, liegt darin, dass es in einem solchen Korridor zu einem erheblichen Nutzungskonflikt mit der Windenergie kommen würde. Des Weiteren möchte die Gemeinde auch nur Raum für die Errichtung von solchen Windenergieanlagen schaffen, die substantiell zur Energieversorgung beitragen können. Sie möchte gerade nicht, dass nur kleine – im Einzelfall möglicherweise genehmigungsfähige – Windenergieanlagen entstehen.</p> <p>Eine Stellungnahme, wonach die Errichtung einer WEA unter keinen Umständen in Betracht käme, liegt im vorliegenden Verfahren nicht vor, so dass die Hubschraubertiefflugkorridore hier – konsequenter Weise – auch nicht als hartes Tabukriterium gewertet wurden. Vielmehr bewertet sie die Korridore, insoweit sich in ihnen keine Bestandsanlagen befinden, als weiches Tabukriterium (s.o.). Eine Bewertung jeder einzelnen Teilfläche innerhalb der Korridore bezüglich ihrer Verfügbarkeit für die Windenergienutzung ist dabei weder möglich noch erforderlich. Die Gemeinde hat die Annahme eines weichen Tabukriteriums nachvollziehbar und mit legitimen städtebaulichen Gründen dargelegt: In einem solchen Korridor würde es regelmäßig zu erheblichen Nutzungskonflikten mit der Windenergie kommen. Des Weiteren möchte die Gemeinde dort Raum für die Errichtung von Windenergieanlagen schaffen, wo die Anlagen substantiell zur Energieversorgung beitragen können. Sie möchte gerade nicht, dass nur kleine – im Einzelfall möglicherweise genehmigungsfähige – Windenergieanlagen mit geringer Energieausbeute errichtet werden können.</p> <p>Gegen die Zugrundelegung eines weichen Tabukriteriums kann das Urteil des OVG Lüneburg vom 13.11.2019 (a.a.O.) nicht angeführt werden. Zutreffend weist die Einwenderin darauf hin, dass es in dem zugrundeliegenden Fall um ein Genehmigungsverfahren mit konkretem Anlagen- und Standortbezug ging. Im vorliegenden Fall einer gesamtträumlichen Flächenplanung kann mit diesem Detaillierungsgrad von vornherein nicht gearbeitet werden. Zum einen, weil auf Ebene keine konkreten Anlagenkonfigurationen bekannt sind, zum anderen, weil pauschale Vorsorgeanforderungen für den Flächenausschluss als weiches Tabukriterium eine zentrale Rolle spielen. Für die Frage der Berücksichtigung militärischer Belange auf Ebene gibt das OVG-Urteil insoweit nichts her.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung RAe und Notare	<p>Nach WEA-Erlass 2021 Nr. 4.7.1 unterliegen Tiefflugstrecken für Hubschrauber zwar der militärischen Geheimhaltung und werden nicht bekannt gegeben. Die zuständigen Planungs- und Genehmigungsbehörden erhalten bei Bedarf aber die sie betreffenden Ausschnitte. Es ist nicht ersichtlich, dass ein derartiger Antrag seitens des Plangebers auf Bekanntgabe dieser Informationen bisher gestellt worden ist und vom BAIUDBw Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden, die eine Einstufung als „harte Tabuzone“ rechtfertigen könnten.</p> <p>Der Plangeber ist deshalb aufgrund dieser unzureichenden Angaben zur Lage der Tiefflugstrecken in einem Aufstellungsverfahren betreffend den Flächennutzungsplan nicht gehindert, auch Flächen zunächst für die Windkraftnutzung auszuweisen, die von den Luftsicherheitsbehörden als bedenklich eingestuft werden. Ob Gefahren für den Luftverkehr entstehen, ist dann erst im Genehmigungsverfahren zu klären. Davon scheint auch der WEA Erlass 2021 auszugehen, wenn er in der Anlage 2 unter dem Stichwort „statische Hubschraubertiefflugstrecken“ auf das Beteiligungsverfahren nach § 14 LuftVG verweist. Denn § 14 LuftVG betrifft die erforderliche Beteiligung der Luftverkehrsbehörde im Genehmigungsverfahren. Wie oben bereits ausgeführt, erging auch das im WEA-Erlass 2021 zitierte Urteil des OVG Lüneburg nicht zu einem Planaufstellungsverfahren, sondern zu einer im Genehmigungsverfahren versagten Zustimmung nach § 14 LuftVG.</p> <p>Die vom Plangeber genannten militärischen Belange sind auch deshalb abwägungsfehlerhaft gewichtet worden, weil zwischen den Bestandsanlagen und den Neuanlagen eine nicht nachvollziehbare Unterscheidung getroffen wird. So wird auf Seite 31 ausgeführt, der Bestandwindpark nördlich von Wagenfeld sei ebenfalls von entgegenstehenden militärischen Belangen betroffen, hier sei aber „eine grundsätzliche Unvereinbarkeit mit den militärischen Belangen nicht erkennbar“. Bei den Bestandsanlagen geht der Plangeber also ersichtlich davon aus, dass entgegenstehende militärischen Belange erst im Einzelfall zu prüfen und hier einer Abwägung zugänglich sind, während er bei den geplanten Anlagen schon im Planaufstellungsverfahren pauschal und ungeachtet bisher nicht feststehender Standorte von einer „harten Tabuzone“ ausgeht, die ihm keinen Entscheidungsspielraum eröffnet.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Hubschraubertiefflugstrecke wurde nicht als hartes, sondern als weiches Tabukriterium gewertet. Zugleich beruht diese Bewertung auf einer umfassenden und aktuellen Informationsgrundlage. Es erfolgten zum einen zwei Abfragen beim niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz hinsichtlich der militärischen Belange, die letzte im Mai 2023. Zum anderen wurde das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr beteiligt. Das Bundesamt hat dann mit Schreiben vom 21.03.2023 Stellung genommen.</p> <p>Der Gemeinde Wagenfeld liegen die militärischen Korridore als Shapes vor. Diese Daten sind sehr genau. Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zu dieser 51. Änderung nach § 4 (1) BauGB hat das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr mit Schreiben vom 23.03.2023 mitgeteilt, dass es im Hubschraubertiefflugkorridor zu Ablehnungen von Genehmigungsverfahren kommen wird. Die Gemeinde Wagenfeld sieht sich damit mit der Einstufung der militärischen Belange als weiche Tabuzone aus Vorsorgegründen richtig aufgestellt.</p> <p>Der Einwand, dass die militärischen Belange auch deshalb abwägungsfehlerhaft gewichtet worden seien, weil zwischen den Bestandsanlagen und den Neuanlagen nicht nachvollziehbar differenziert worden sei, ist zurückzuweisen. In der Vorentwurfs-Begründung wird ausgeführt, dass Potenzialflächen zuzüglich der bereits im wirksamen Flächennutzungsplan getroffenen Sondergebietsdarstellung dargestellt werden. Es wird darauf hingewiesen, dass dies auch für den Bestandwindpark nördlich von Wagenfeld gilt, auch wenn dieser zum Teil von entgegenstehenden militärischen Belangen betroffen ist. Der legitime Grund für den generellen Ausschluss der Flächen, die sich in Hubschraubertiefflugkorridoren befinden, liegt darin, dass es in einem solchen Korridor zu einem erheblichen Nutzungskonflikt mit der Windenergie kommen würde. Des Weiteren möchte die Gemeinde auch nur Raum für die Errichtung von solchen Windenergieanlagen schaffen, die substantiell zur Energieversorgung beitragen können. Sie möchte gerade nicht, dass nur kleine – im Einzelfall möglicherweise genehmigungsfähige – Windenergieanlagen entstehen.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung RAe und Notare	<p>II. Harte Tabuzone Gewerbe- und Industriegebiete nach § 30 BauGB</p> <p>Zum Ausschluss der Gewerbe- und Industriegebiete wird in der Begründung des Planentwurfes ausgeführt (Seite 21):</p> <p>„Gewerbegebiete und Industriegebiete nach § 30 BauGB sind einschließlich eines Abstands von 75 m (Rotorblattlänge) als harte Tabuzone für die Windenergie ausgeschlossen. Hier sind rechtliche und/oder tatsächliche Hinderungsgründe für eine Errichtung von Windenergieanlagen ergeben. Darüber hinaus werden keine Abstände vorgesehen. Dabei stellt die Gemeinde Wagenfeld in ihre Überlegungen ein, dass die oben angeführte Rechtsprechung zur optisch bedrängenden Wirkung auf Wohnnutzungen Bezug nimmt und keine entsprechenden Vorgaben z.B. für Arbeitsstätten o.a. formuliert.“</p> <p>Das ist unzutreffend und deshalb abwägungsfehlerhaft. Der WEA-Erlass Niedersachsen 2021 führt hierzu unter Nr. 2. 1.2 aus, dass Windenergieanlagen in Gewerbe- oder Industriegebieten (§§ 8,9 BauNVO) oder in Gebieten, die nach § 34 Abs. 2 BauGB als solche zu beurteilen sind als Gewerbebetriebe oder als Nebenanlagen (§ 14 BauNVO) zulässig sind. Insoweit erschließt sich nicht, warum der Plangeber davon ausgeht, in diesen Gebieten sei eine Nutzung mit Windenergieanlagen bauplanungsrechtlich unzulässig.</p>	<p>Dass dem Bestandswindpark nördlich von Wagenfeld ein besonderes Gewicht beigemessen wird, entspricht auch der Rechtsprechung des OVG Lüneburg, wonach errichtete Windenergieanlagen einen besonderen Abwägungsbelang darstellen (OVG Lüneburg, Urt. v. 7.2.2020 – 12 KN 75/18). Grund dafür sind insbesondere das Interesse der Anlagenbetreiber an einem Repowering sowie eine weiterverwendbare Infrastruktur (mit ihren vorhandenen Flächenversiegelungen) (Rn. 66 der o.g. Entscheidung). Schließlich entspricht dieses Vorgehen auch der Windpotenzialstudie, die im Entwurf (Stand Ende Mai 2023) vorliegt: Diese verlangt ausdrücklich, dass zwischen Flächen, auf denen sich Bestandsanlagen befinden, und Flächen, auf denen das nicht der Fall ist, differenziert wird. Nur für Flächen, auf denen sich keine Bestandsanlagen befinden, sieht die Windpotenzialstudie einen Ausschluss von der Windenergienutzung vor (siehe auch S. 6 der erläuternden Präsentation zur Flächenpotenzialanalyse Windenergie an Land in NI (WinNiePot) des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz). Das „überragende öffentliche Interesse“ i.S. d. § 2 Satz 1 und 2 EEG an der Förderung und dem Ausbau der Windenergie wird in der Abwägung zur Entwurfsfassung ausführlicher thematisiert.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die nebenstehenden Ausführungen verkennen, dass die 51. Änderung des Flächennutzungsplanes die Nutzung der Windenergie im Außenbereich gemäß § 35 BauGB steuert. Insofern stehen der Gemeinde Industrie- und Gewerbegebiete, die planungsrechtlich den §§ 30 und 34 BauGB zuzuordnen sind, der Windenergie im Zuge dieser Planung von vornherein nicht zur Verfügung. Die Gemeinde hat diese Flächen daher zulässig als harte Tabuzone bewertet.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung RAe und Notare	<p>III. Harte Tabuzone Naturschutzgebiete § 23 BNatSchG</p> <p>Als „harte Tabuzone“ wurden vom Plangeber ebenfalls die im Gemeindegebiet gelegenen Naturschutzgebiete betrachtet und aus dem weiteren Planungsprozess ausgeschieden.</p> <p>Zur Begründung wird hierzu im Planentwurf (Seite 24) ausgeführt:</p> <p>„Naturschutzgebiete unterliegen gemäß § 23 BNatSchG einem grundsätzlichen Veränderungsverbot, welches durch die jeweiligen Schutzgebietsverordnungen näher ausgestaltet wird. Regelmäßig sind alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können, untersagt. Die Naturschutzgebiete werden zuzüglich einer Rotorblattlänge von 75 m daher als harte Tabuzone berücksichtigt. Das OVG Lüneburg hat die Einstufung von Naturschutzgebieten als harte Tabuzone bestätigt (OVG Lüneburg Urteil vom 07.02.2020 - 12 KN 75/ 18).“</p> <p>In der zitierten Entscheidung führt das OVG hierzu aus, dass es angesichts des in § 23 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG für Naturschutzgebiete normierten „absoluten Veränderungsverbots“ und des für die Errichtung und den Betrieb schon einer aktuellen Windenergieanlage erforderlichen Eingriffs in den Naturhaushalt nicht ersichtlich sei, dass dort außer in „allenfalls theoretisch denkbaren Ausnahmen“ die Errichtung von Windenergieanlagen genehmigt werden könne. Deshalb sei die Einstufung von Naturschutzgebieten als harte Tabuzone „zwingend“.</p>	<p>Die allgemeinen Aussagen zur Zulässigkeit von Windenergieanlagen als Gewerbebetrieb oder Nebenanlage in Gewerbe- oder Industriegebieten wird geteilt. Die 51. Flächennutzungsplanänderung und damit die Ausschlusswirkung bezieht sich aber nur auf den Außenbereich der Gemeinde und damit nicht auf die ausgewiesenen Gewerbe- und Industriegebiete. Über die Zulässigkeit von Windenergieanlagen in diesen Gebieten wäre im Rahmen eines konkreten Zulassungsverfahrens zu entscheiden.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die nebenstehende Auffassung wird nicht geteilt. Zwar besteht nach dem § 2 Satz 1 EEG ein überragendes öffentliches Interesse am beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien, das bedeutet nach Auffassung der Gemeinde Wagenfeld aber nicht, dass die Naturschutzgebiete keine harten Tabuzonen mehr sind, weil Ausnahmen und Befreiungen häufiger als nur in absoluten Ausnahmefällen möglich wären. Dies stellt nach Auffassung der Gemeinde eine These dar, die derzeit nicht durch die Praxis verifizierbar ist. Die Gemeinde sieht sich nach wie vor an das nebenstehende Urteil des OVG Lüneburg gebunden, wonach die Einstufung von NSG als harte Tabuzone zwingend ist. Naturschutzgebieten wird im deutschen Naturschutzrecht der höchste Schutzstatus beigemessen.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung RAe und Notare	<p>Wie das OVG Lüneburg richtig erkennt, können Bauverbote in Naturschutzgebieten also grundsätzlich durch in der Verordnung selbst enthaltenen Ausnahmen oder Befreiungen nach § 67 BNatSchG überwunden werden. Die Auffassung, dies komme nur in absoluten Ausnahmefällen in Betracht, ist vor dem Hintergrund des § 2 EEG nicht mehr haltbar. Diese Auffassung verkennt die Bedeutung des § 2 EEG, die dieser für alle zutreffenden Abwägungsentscheidungen - mithin auch für die Erteilung von naturschutzrechtlichen Ausnahmen und Befreiungen - hat.</p> <p>Am beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor besteht ein überragendes öffentliches Interesse (§ 2 Satz 1 EEG), das bei allen durchzuführenden Schutzgüterabwägungen zu berücksichtigen ist, bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist (§ 2 Satz 2 EEG).</p> <p>In der Gesetzesbegründung zur Änderung des EEG (BR-Drs, 162/22, S. 176 ff) wird hierzu ausgeführt, dass das überragende öffentliche Interesse am beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien bei jeder einzelnen Anlage, insbesondere bei Windenergieanlagen an Land zu berücksichtigen ist, weil hier die Ausbauziele derzeit wegen knapper Flächen nicht erreicht werden. Öffentliche Interessen können deshalb im Rahmen der anzustellenden Abwägung den erneuerbaren Energien als wesentlicher Teil des Klimaschutzgebotes nur dann entgegenstehen, wenn sie mit einem dem Art. 20a GG vergleichbaren verfassungsrechtlichen Rang gesetzlich verankert bzw. gesetzlich geschützt sind oder einen gleichwertigen Rang besitzen. Vgl. OVG NRW, Urteil vom 27.10.2022 - 22 0243/ 21 AK -, juris Rn. 182.</p>	<p>In der Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Juli 2022 findet eine Neuregelung zur Zulässigkeit von Windenergieanlagen in Bezug auf Landschaftsschutzgebiete, nicht aber in Bezug auf Naturschutzgebiete statt (vgl. § 26 Abs. 3 BNatSchG). Nur in Landschaftsschutzgebieten ist die Errichtung von WEA nicht verboten, auch wenn die Erklärung zur Unterschutzstellung entgegenstehende Bestimmungen enthält. Hätte der Bundesgesetzgeber auch die Zulässigkeit von Windenergieanlagen in Naturschutzgebieten erweitern wollen, würde die Gemeinde Wagenfeld auch eine entsprechende neue gesetzliche Regelung erwarten. Dies ist aber erkennbar nicht der Fall, im Gegenteil, werden Naturschutzgebiete beispielsweise auch bei der Beschleunigung der Genehmigungsverfahren durch einen Verzicht auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung und einen Verzicht auf eine artenschutzrechtliche Prüfung befristet bis zum 30.06.2024 explizit ausgenommen (vgl. § 6 WindBG).</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung RAe und Notare	<p>Dieser durch § EEG bundesrechtlich begründete allgemeine Vorrang am beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien gegenüber anderen entgegenstehenden öffentlichen Interessen ist auch mit Europarecht vereinbar. Wir verweisen insoweit auf die am 30.12.2022 in Kraft getretene sog. EU-Notfallverordnung, vgl. Verordnung (EU) 2022/2577 des Rates vom 22.12.2022 zur Festlegung eines Rahmens für einen beschleunigten Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien, die ebenfalls bestimmt, dass Planung, der Bau und der Betrieb von Anlagen und Einrichtungen zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen sowie ihr Netzanschluss, das betreffende Netz selbst und die Speichereinrichtungen im überwiegenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit dienen (Art. 3 Abs. 2 Satz 1). Bei Projekten, die als Projekte von überwiegendem öffentlichen Interesse anerkannt wurden, stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass im Verfahren zur Planung und Genehmigungserteilung der Bau und Betrieb von Anlagen und Einrichtungen zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen und der damit verbundene Ausbau der Netzinfrastruktur bei der fallweisen Abwägung der Rechtsinteressen Priorität erhalten (Art. 3 Abs. 2 Satz 1).</p> <p>Die Einstufung von Naturschutzgebieten als „harte Tabuzone“ im Rahmen der Aufstellung eines Flächennutzungsplanes wäre deshalb allenfalls dann gerechtfertigt, wenn der Nutzung dort ein mit § 2 Satz 1 EEG vergleichbares, anderes „überragenden öffentlichen Interesse“ entgegenstände.</p> <p>Dem Planentwurf lässt sich aber nicht entnehmen, dass eine detaillierte und vertiefte Auseinandersetzung mit den Schutzzwecken der einzelnen betroffenen Naturschutzgebiete stattgefunden hat und mögliche Beeinträchtigungen der in diesen Gebieten vorkommenden Fauna und Flora bereits ausreichend geprüft worden. Im Abschnitt „Naturschutzgebiete“ erfolgt lediglich ein Hinweis auf die oben genannte Entscheidung des OVG Lüneburg, im Abschnitt „Natura 2000 Gebiete“ lediglich ein Verweis auf die laut Standarddatenbogen in den FFH- bzw. Naturschutzgebieten vorkommenden windenergiesensiblen Vogelarten (Seite 21).</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Eine detaillierte und vertiefte Auseinandersetzung mit den Schutzzwecken der einzelnen betroffenen Naturschutzgebiete ist aus Sicht der Gemeinde Wagenfeld nicht sinnvoll und nicht zielführend, weil sie sich an die Entscheidung des OVG Lüneburg gebunden sieht.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung RAe und Notare	<p>Die Rechtsauffassung des OVG Lüneburg wird im Übrigen von anderen Obergerichten auch nicht geteilt. Das OVG NRW hat schon vor Inkrafttreten des § 2 EEG n. F. in mehreren Entscheidungen hierzu ausgeführt, dass das Bauverbot in Naturschutzgebieten grundsätzlich durch Ausnahme- und Befreiungstatbestände überwunden werden kann und diese deshalb keine harten Tabuzonen darstellen.</p> <p>Vgl. OVG NRW, Urteile vom 01.07.2013 - 2 D 46/12.NE -, ZNER 2013, 443- 449 = juris und vom 14.03.2019 - 2 D71/17.NE -, BauR 2019, 1418-1432 = juris</p> <p>IV. Harte Tabuzone Abstände zur Wohnnutzung in Wohngebieten (WA), Kleinsiedlungsgebieten (WS), Mischgebieten (MI) und Dorfgebieten (MD) nach § 30 BauGB</p> <p>Der Planentwurf weiterhin geht davon aus, dass zu den Wohnnutzungen in den vorgenannten Gebieten eines Bebauungsplanes im Sinne des § 30 BauGB ein Mindestabstand von 400 m als „harte Tabuzone“ einzuhalten ist und führt zur Begründung hierzu aus (Seite 20):</p> <p>In Niedersachsen bestehen keine direkten, rechtsverbindlich festgelegten Abstandsmaße zwischen Wohnnutzungen und Windenergieanlagen. Nach der Rechtsprechung zur optisch bedrängenden Wirkung wird bei einem Abstand von weniger als der 2-fachen Anlagenhöhe (2 H) i.d.R. gegen das Gebot der nachbarschaftlichen Rücksichtnahme verstoßen. Der Bundestag hat am 01.12.2022 das Gesetz zur sofortigen Verbesserung der Rahmenbedingungen für die erneuerbaren Energien im Städtebaurecht verabschiedet. Der darin enthaltene § 249 Abs. 10 BauGB enthält eine Regelvermutung dahingehend, dass der öffentliche Belang der optisch bedrängenden Wirkung einem Vorhaben nicht entgegengehalten werden kann, wenn der Abstand von der Mitte des Mastfußes der Windenergieanlage bis zu einer zulässigen baulichen Nutzung zu Wohnzwecken mindestens der zweifachen Höhe der Windenergieanlage entspricht.“</p>	<p>Die Gemeinde Wagenfeld sieht sich an die Entscheidung des für sie zuständigen Oberverwaltungsgerichts gebunden. Eine neuere Rechtsprechung nach Inkrafttreten des § 2 EEG liegt nicht vor. Des Weiteren wird diese Rechtsauffassung sehr wohl auch von anderen Obergerichten geteilt: So hat der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg (Urteil vom 13. Oktober 2020 – 3 S 526/20) noch 2020 festgehalten, dass die Festlegung von Naturschutzgebieten als harte Tabuzonen in der obergerichtlichen Rechtsprechung überwiegend gebilligt wird.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Inhalte der Begründung sind richtig wiedergegeben.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung RAe und Notare	<p>Soweit in der Fn. 3 unter Bezugnahme auf die Rechtsprechung des OVG NRW und des OVG Lüneburg darauf verwiesen wird, dass bei einem Abstand von weniger als dem 2-fachen der Anlagenhöhe zwingend von einer Verletzung des Gebots der Rücksichtnahme und damit einer „harten Tabuzone“ auszugehen ist, ist dies unzutreffend.</p> <p>Das OVG NRW hat in der zitierten Entscheidung (Urteil vom 09.08.2006 - 8 A 3726/05 -, juris Rn.) ausgeführt, dass die Frage, ob von einer WEA eine optisch bedrängende Wirkung ausgeht, immer im Einzelfall zu entscheiden ist und die gebildeten Abstandskriterien sich nur als „grobe Anhaltswerte“ verstehen. Auch bei einem Abstand, der geringer als das 2-fache der Gesamthöhe der Anlage ist, ist eine Einzelfallprüfung durchzuführen. Sie dürfte nach Auffassung des OVG NRW anhand der Einzelfallprüfung zwar „überwiegend“ zu einer dominanten und optisch bedrängenden Wirkung der Anlage führen. Ohne Prüfung kann das Gegenteil aber auch nicht ausgeschlossen werden. Auch das OVG Lüneburg betont in der zitierten Entscheidung,</p> <p>Vgl. OVG Lüneburg, Urteil vom 13.07.2017- 12 KN 206/15-, juris, dass der Plangeber nicht berechtigt ist, den Bereich, für den eine Einzelfallprüfung notwendig ist, pauschal als „harte Tabuzone“ zu bewerten. Harte Tabuzonen seien grundsätzlich nur solche, die kraft Gesetzes als Konzentrationsflächen für die Windenergienutzung ausscheiden (juris Rn. 42).</p> <p>Davon geht auch der WEA-Erlass Niedersachsen 2021 aus, wenn dort ausgeführt wird, dass eine optisch bedrängende Wirkung für eine Wohnbebauung stets anhand der Umstände des Einzelfalles zu prüfen ist (Nr. 3.5.1.5). Soweit in der Anlage 2 ein Abstand von 400 m zur Wohnbebauung als „harte Tabuzone“ bezeichnet wird, handelt es sich lediglich um eine „Hilfestellung“ für Plangeber und Genehmigungsbehörden (Nr. 2.6), aber um keine verbindliche Handlungsanweisungen.</p>	<p>Die Berücksichtigung einer zweifachen Anlagenhöhe als harte Tabuzone mit Bezug auf die nebenstehend genannten Urteile des OVG NRW und des OVG Lüneburg ist inzwischen gängige Planungspraxis. In der zitierten Fußnote 3 wird auch nicht ausgeführt, dass zwingend von einer Verletzung des Gebots der Rücksichtnahme einzugehen sei, sondern dass dies in der Regel der Fall sei. Zwischenzeitlich hat sich der Gesetzgeber mit der Regelung in § 249 Abs. 10 BauGB eine gesetzliche Regelung geschaffen, mit der er erklärtermaßen an die bisherige Rechtsprechung zur optisch bedrängenden Wirkung anknüpfen möchte, so dass weiterhin davon auszugehen ist, dass unterhalb des zweifachen Abstandes der Anlagenhöhe im Regelfall eine optisch bedrängende Wirkung vorliegt. Dies spricht dafür, dass die Rechtsprechung des OVG Lüneburg sich für die Ableitung des entsprechenden harten Tabukriteriums auch zukünftig am zweifachen Abstand der Anlagenhöhe orientieren wird. Diese Rechtsprechung beruht zudem auf der Annahme, dass sich der Rotor einer Windenergieanlage vollständig in der für die Errichtung vorgesehenen Zone befinden muss. Da § 249 Abs. 10 BauGB - und damit auch das Plankonzept - den Abstand nunmehr aber auf die Mitte des Mastfußes bezieht, fällt die harte Tabuzone abgeleitet aus der zweifachen Anlagenhöhe faktisch sogar kleiner aus als die bisher vom OVG Lüneburg für die harte Tabuzone anerkannten 400 m bezogen auf die Rotorblattspitzen einer 200 m hohen Referenzanlage</p> <p>Wie der Einwender selber ausführt, stützt auch der Windenergieerlass 2021 das Vorgehen der Gemeinde. Im Windenergieerlass heißt es: In der Rechtsprechung ist ein derartig pauschaler Abstand der zweifachen Anlagenhöhe als harte Tabuzone anerkannt.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung RAe und Notare	<p>Ob der Plangeber berechtigt wäre, einen Abstand von 400 m zu den oben genannten Wohnnutzungen aus immissionsschutzrechtlichen Gründen als „harte Tabuzone“ festzulegen, kann dahingestellt bleiben, weil er hiervon ausdrücklich abgesehen und die Festlegung des Abstandes nur mit dem Gebot der Rücksichtnahme begründet hat (Seite 21). Im Übrigen wäre eine aus immissionsschutzrechtlichen Gründen erfolgte Festlegung eines allgemeinen Abstandes von 400 m als „harte Tabuzone“ wohl auch abwägungsfehlerhaft, wenn nicht nach dem Gebietscharakter (WA, MI, MD) entsprechend dem sich aus der TA Lärm ergebenden gebietsbezogenen Schutzanspruch differenziert würde, was hier ausdrücklich nicht erfolgt ist.</p> <p>Sofern man davon ausgeht, dass der Abstand von 400 m zu den vorgenannten Wohnnutzungen nicht als „harte“ Tabuzone bewertet werden kann, würde dieser Abwägungsfehler auch automatisch die zusätzlich gebildeten „Vorsorgeabstände“ von 200 m (hierzu unter VI.) erfassen. Denn weichen Tabuzonen, die als Schutzabstand um eine fälschlicherweise als harte Tabuzone bewertete Fläche definiert werden, fehlt eine tragfähige Begründung und somit die planerische Rechtfertigung.</p> <p>Vgl. OVG NRW, Urteil vom 06.03. 2018 - 2 D 95/ 15.NE - und OVG Lüneburg, Urteil vom 23. Juni 2016 - 12 KN 64/14 -, jeweils juris.</p> <p>V. harte Tabuzone - Abstände zu Sondergebieten i.S. d. § 10 BauNVO</p> <p>Nach dem Planentwurf (Seite 22) ist der vorgenannte Abstand von 400 m als „harte Tabuzone“ auch zu Sondergebieten im Sinne des § 10 BauNVO einzuhalten, wenn auf ihnen eine „vergleichbare schutzwürdige Nutzung in Bezug auf den Schattentwurf oder die Schallimmissionen“ stattfindet (Seite 21). Eine nähere Bestimmung der Nutzungen enthält der Planentwurf nicht. In der nachfolgenden Tabelle werden diese beschrieben mit „Sondergebiet (SO) Zweckbestimmung vergleichbar Wohnen nach § 30 BauGB“. Bei den in § 10 Abs. 1 BauNVO genannten Sondergebieten handelt es sich aber gerade um solche, die nicht dauerhaft dem Wohnen dienen und hierzu bestimmt sind. Insofern ist nicht ersichtlich, dass hier eine Gleichsetzung mit einer Wohnnutzung in den anderen Gebieten der BauNVO geboten ist.</p>	<p>Die Begründung der harten Tabuzone ergibt sich – wie nebenstehend ausgeführt – aus der optisch bedrängenden Wirkung und nicht aus dem Immissionsschutz bzw. aus dem Lärmschutz. Durch die technische Möglichkeit, die Anlagen im schallreduzierten Modus zu fahren, können aus dem Immissionsschutz keine harten Tabuzonen abgeleitet werden.</p> <p>Die Gemeinde Wagenfeld sieht den 400 m Abstand zu Wohnnutzungen – begründet aus der optisch bedrängenden Wirkung – als gerechtfertigt an. Eine weitere Abwägung ist daher aus gemeindlicher Sicht nicht erforderlich.</p> <p>Es handelt sich dabei um Sondergebiete, in denen gewohnt werden darf, bzw. in denen Wohnnutzungen zulässig sind. Dies Aussagen in der Begründung werden zur Entwurfsfassung präzisiert. Die o.g. Urteile zur optisch bedrängenden Wirkung des OVG Lüneburg, (Urteil vom 13.07.2017- 12 KN 206/15) und des OVG NRW (Urteil vom 09.08.2006 - 8 A 3726/05) nehmen ausdrücklich Bezug auf das „Wohnen“ selber.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung RAe und Notare	<p>VI. Weiche Tabuzone - Vorsorgeabstände zur Wohnnutzung in Wohngebieten (WA), Kleinsiedlungsgebieten (WS), Mischgebieten (MI) und Dorfgebieten (MD) nach § 30 BauGB</p> <p>Der Plangeber geht im Entwurf davon aus, dass neben der „harten“ Tabuzone von 400 m zu den vorgenannten Nutzungen ein zusätzlicher Abstand von jeweils 200 m als Vorsorgeabstand einzuhalten ist und führt zur Begründung hierfür auf Seite 21 aus:</p> <p>„Die Nutzung der freien Landschaft zur Erzeugung von Windstrom führt zu einer weithin sichtbaren technischen Überformung und damit einer Veränderung des Landschaftsbildes. Im Umfeld von wohngenutzten Bereichen bzw. Gebäuden bedeutet dies angesichts des Anlagenwachstums eine Qualitätsänderung, die von Einzelnen auch als Belästigung empfunden wird. <u>Um dem entgegenzuwirken und ein übermäßiges Heranrücken an Wohnnutzungen zu vermeiden, wird in der Vorsorge gegenüber optischen Beeinträchtigungen zugunsten von Wohnnutzungen zusätzlich zu den harten Tabuzonen ein Vorsorgeabstand berücksichtigt, der einer Anlagenhöhe entspricht (weiche Tabuzone 200 m + 400 m harte Tabuzone= 600 m Tabuzone gesamt) ...</u></p> <p><u>Bei Entfernungen der dreifachen Anlagengesamthöhe ist in der Regel keine unzumutbare, optisch bedrängende Wirkung gegeben.</u> Mit dem Schutzabstand von 600 m wird sichergestellt, dass der besonders sensible Übergangsbereich zwischen Siedlung und Landschaft, der gemeinhin zum Wohnumfeld zählt (optisches Erleben, Möglichkeit der Naherholung) nicht durch Windenergieanlagen unmittelbar technisch überprägt wird.“</p> <p>Auch hier wird zur Begründung des „Vorsorgeabstandes“ auf mögliche optisch bedrängende Wirkungen für die Nachbarschaft Bezug genommen. Soweit ausgeführt wird, dass beim Abstand der WEA, der dem 3-fachen der Anlagenhöhe entspricht, „in der Regel“ keine optisch bedrängende Wirkung vorliegen, wird verkannt, dass der zum 01.02.2023 in Kraft getretene § 249 Abs. 10 BauGB davon ausgeht, dass bereits bei der Einhaltung eines Abstandes von 2H im Regelfall davon auszugehen ist, dass eine unzumutbare optisch bedrängende Wirkung für die Nachbarschaft gerade nicht besteht.</p>	<p>Die Inhalte sind richtig wiedergegeben.</p> <p>Zwar steht nach dem neu eingefügten § 249 Abs. 10 BauGB der öffentliche Belang der optisch bedrängenden Wirkung einem Vorhaben in der Regel nicht entgegen, wenn der Abstand von der Mitte des Mastfußes der Windenergieanlage bis zu einer zulässigen baulichen Nutzung zu Wohnzwecken mindestens der zweifachen Höhe der Windenergieanlage entspricht. Eine darüberhinausgehende Berücksichtigung des Belangs der optisch bedrängenden Wirkung als weiche Tabuzone ist auf Genehmigungsebene aber immer noch möglich. Denn zum einen handelt es sich bei § 249 Abs. 10 BauGB lediglich um eine Vermutungsregelung (im Einzelfall kann also über dem Zweifachen der Anlagenhöhe weiterhin eine optisch bedrängende Wirkung gegeben sein). Zum anderen ist die Gemeinde im Rahmen der Konzentrationsplanung befugt, vor-sorgenden Anwohnerschutz jenseits der gesetzlichen Mindestvorgaben zu betreiben.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung RAe und Notare	<p>Insoweit kann bei eine die gesetzliche Wertung des § 2 Satz 1 und 2 EEG berücksichtigende Abwägung im Planaufstellungsverfahren keine hiervon abweichende allgemeine Feststellung getroffen werden. Ein „Vorsorgeabstand“ von > 2 H ist nach dem Willen des Gesetzgebers - entgegen der Auffassung des Plangebers- eben nicht mehr „im Regelfall“ erforderlich, sondern nur, wenn dieser unter Berücksichtigung der besonderen örtlichen Verhältnisse im Ausnahmefall (Blickrichtung, Lage der geschützten Räume, Windrichtungsverteilung etc.) geboten ist. Derartige Feststellungen können aber erst im Einzelfall aufgrund einer Berücksichtigung und Bewertung der besonderen örtlichen Verhältnisse getroffen werden. Eine derartige Prüfung ist aber dem Genehmigungsverfahren vorbehalten, eine generelle „weiche“ Tabuzone von 200 m als „Vorsorgeabstand“ zzgl. der angenommenen harten Tabuzone von 400 m zu den o.g. Wohnnutzungen deshalb planungsrechtlich unzulässig.</p> <p>Außerdem ist darauf hinzuweisen, dass nach Auffassung des 7. Senates OVG NRW die vom 8. Senat d OVG NRW entwickelten Maßstäbe zur Beurteilung des Gebots der Rücksichtnahme mit Blick auf den neugefassten § 2 Satz 1 EEG möglicherweise ohnehin einer Neubewertung bedürfen.</p> <p>Vgl. OVG NRW, Urteil vom 15.12.2022-7 D 301 /21.AK-, juris Rn. 85</p>	<p>Zudem wird die weiche Tabuzone in dreifacher Anlagenhöhe wie folgt begründet:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Mit der weichen Tabuzone wird sichergestellt, dass der besonders sensible Übergangsbereich zwischen Siedlung und Landschaft, der gemeinhin zum Wohnumfeld zählt und sowohl dem optischen Erleben als auch der Möglichkeit der Naherholung dient, nicht durch Windenergieanlagen unmittelbar technisch überprägt wird. - Die Nutzung der freien Landschaft zur Erzeugung von Windstrom führt zu einer weithin sichtbaren technischen Überformung und damit einer Veränderung des Landschaftsbildes. Im Umfeld von wohngenutzten Bereichen bzw. Gebäuden bedeutet dies angesichts des Anlagenwachstums eine Qualitätsänderung, die von Einzelnen auch als Belästigung empfunden wird. Um dem entgegenzuwirken und ein übermäßiges Heranrücken an Wohnnutzungen zu vermeiden, wird in der Vorsorge gegenüber optischen Beeinträchtigungen zugunsten von Wohnnutzungen zusätzlich zu den harten Tabuzonen ein Vorsorgeabstand berücksichtigt, der einer Anlagenhöhe entspricht. - Erhebliche Schallbelastungen im offenen Betriebsmodus sind auch oberhalb des zweifachen Anlagenabstandes nicht auszuschließen. Gemäß LROP sollen Nachteile und Belästigungen für die Bevölkerung u.a. durch Lärm durch vorsorgende räumliche Trennung nicht zu vereinbarender Nutzungen und durch hinreichende räumliche Abstände zu störenden Nutzungen vermieden werden (LROP Abschnitt 2.1 Ziffer 09 Satz 1). Wohnen stellt eine empfindliche Nutzung dar. <p>Um das Konfliktpotenzial zwischen Siedlungsbereichen und der Windenergienutzung möglichst gering zu halten, sollen diese Nutzungen vorsorgend Abstände zueinander einhalten. Dementsprechend wird aus Gründen des vorsorgenden Immissionsschutzes und zur Minderung von Konfliktpotenzialen zwischen Windenergiegebieten und der Siedlungsentwicklung bzw. solchen Siedlungsbereichen ein Vorsorgeabstand eingestellt. Die weichen Tabuzonen werden damit aus immissionsschutzrechtlichen Gründen auch aus dem vorbeugenden Immissionsschutz heraus begründet und nicht aus dem absolut Notwendigen der gesetzlichen Vorgaben.</p> <p>Aus diesen Gründen ist es auch Sicht der Gemeinde möglich, es nicht bei dem normativ verbindlichen Mindestschutz (zweifacher Anlagenabstand) zu belassen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Zum planerischen Umgang mit der optisch bedrängenden Wirkung unter Geltung des neuen § 249 Abs. 10 BauGB liegt noch keine Rechtsprechung vor.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung RAe und Notare	<p>VII. Weiche Tabuzone - Abstände zur Wohnnutzung außerhalb von B-Plan Gebieten (§§ 34, 35 BauGB und zu Sondergebieten (§ 10 BauNVO)</p> <p>Der Planentwurf sieht als weiche Tabuzone Abstände von 200 m nicht nur zu Wohnnutzungen innerhalb von Bauplangebieten, sondern auch zur Wohnnutzung außerhalb von Bauplangebieten und zu Sondergebieten vor und führt hierzu zur Begründung aus (Seite 21):</p> <p>„Dabei werden die Wohnnutzungen im beplanten Bereich bzw. im Innenbereich nach § 34 BauGB den Wohnnutzungen im Außenbereich gleichgestellt. Der verminderte Schutzanspruch von Außenbereichsgrundstücken muss sich nicht zwingend in den Abständen widerspiegeln (s. Urteil des OVG Berlin-Brandenburg Az. 2 A 4.19). Neben den schutzwürdigen Wohn- und Mischnutzungen gilt der Abstand von insgesamt 600 m auch für vergleichbar schutzwürdige Nutzungen wie Sondergebiete“.</p> <p>Eine derartige pauschale Gleichsetzung des „Vorsorgeabstandes“ für Grundstücke außerhalb von Baugebieten ungeachtet des Gebietscharakters und der Eigenart der Bebauung, ist abwägungsfehlerhaft. In der Rechtsprechung ist auch unter dem Gesichtspunkt des Gebots der Rücksichtnahme anerkannt, dass Wohngrundstücken im Außenbereich i.S. d. § 35 BauGB gegenüber privilegierten anderen Außenbereichsnutzungen - wie der Nutzung der Windenergie - ein erhöhtes Maß an Rücksichtnahme abverlangt werden kann. Hinsichtlich des immissionsrechtlichen Schutzanspruches ergibt sich dies bereits daraus, dass Wohngrundstücke im Bauplanungsgebiet, die unmittelbar an den baulichen Außenbereich i.S. d. § 35 BauGB angrenzen, nicht mehr die Einhaltung der für das Gebiet geltenden Immissionsrichtwerte beanspruchen können, sondern dieser Anspruch herabzusetzen ist.</p>	<p>Die nebenstehende Auffassung wird nicht geteilt. Die Gleichsetzung erfolgte, da die Begründung der weichen Tabuzonen auf den vorstehend genannten Urteilen des OVG Lüneburg, (Urteil vom 13.07.2017- 12 KN 206/15) und des OVG NRW (Urteil vom 09.08.2006 - 8 A 3726/05) zur optisch bedrängenden Wirkung sowie dem Gesichtspunkt der wohnortnahen Erholung basiert. In den Urteilen wird auf die „Wohnnutzung“ als solche abgestellt, unabhängig davon, ob sie sich in einem Baugebiet oder im Außenbereich befindet.</p>



Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung RAe und Notare	<p>Soweit der Plangeber unter Bezugnahme auf die Rechtsprechung des OVG Berlin-Brandenburg meint,</p> <p>vgl. OVG Berlin- Brandenburg, Urteil vom 23.05.2019 - 2 A 4.19 - juris,</p> <p>eine Differenzierung nach dem Gebietscharakter sei nicht geboten, beziehen sich diese Aussagen darauf, dass eine trennscharfe Abgrenzung des <u>immissionsschutzrechtlich</u> gebotenen Abstandes in der Regionalplanung mit Schwierigkeiten verbunden ist, weil dies nach Auffassung des OVG regelmäßig von einer Anzahl noch nicht bekannter Daten (Leistung, Konstruktion, Anzahl und Anordnung der WEA) abhängt. Eine Pauschalierung kann mit diesem Argument aber hier schon deshalb nicht gerechtfertigt werden, weil es zum einen nicht um „harte Tabuzonen“ geht und zum anderen die mit Blick auf das Gebot der Rücksichtnahme gebildeten „Vorsorgeabstände“ anders als immissionsschutzrechtlich begründete Abstände durchaus eine trennscharfe Abgrenzung erlauben.</p> <p>VIII. Substantieller Raum für WEA</p> <p>Zur Begründung dafür, dass der vorliegende Planentwurf der Windenergie im Sinne der Rechtsprechung des BVerwG „substantiellen“ Raum eröffnet, wird auf Seite 33 Folgendes ausgeführt:</p> <p>„Nach Abzug der harten Tabuzonen ergeben sich Potenzialflächen in einer Größenordnung von ca. 654, 1 ha. Die dargestellten Sondergebiete für die Windenergienutzung in einer Größe 108,2 ha ergeben daran einen prozentualen Anteil von 16,5 %.</p> <p>Nach Abzug der harten Tabuzonen <u>und der durch militärische Belange</u> belegten Flächen ergeben sich Potenzialflächen in einer Größenordnung von ca. 489,9 ha. Die dargestellten Sondergebiete für die Windenergienutzung in einer Größe 108,2 ha ergeben daran einen prozentualen Anteil von 22,1 %“.</p> <p>Als Potenzialflächen ausgeschlossen wurden damit allein aufgrund angeblich entgegenstehender militärischer Belange 174,2 ha (!), was den Anteil der insgesamt ausgewiesenen Potenzialflächen deutlich übersteigt.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Berechnung ist korrekt, aufgrund von militärischen Belangen wurden nur sehr wenige Flächen zusätzlich ausgeschieden. Die Berechnungen werden -zur Entwurfssfassung aktualisiert.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung RAe und Notare	<p>Da die militärischen Belange meiner Auffassung nach unserer Auffassung nach nicht als harte Tabuzonen bewertet werden durften, wäre von einem prozentualen Anteil der ausgewiesenen Potenzialflächen von maximal 16,5 % auszugehen sei. Wenn mehr als 10 % der ermittelten Potenzialflächen als Konzentrationsfläche ausgewiesen werden, dürfte nach der Rechtsprechung des OVG NRW,</p> <p>vgl. OVG NRW, Urteil vom 22.09.2015 - 10 D 82/13.NE - juris</p> <p>der Windenergie zwar „substantieller Raum“ i.S. d. der Rechtsprechung des BVerwG eröffnet werden. Die Berechnung des Plangebers ist allerdings nur dann korrekt, wenn bei der Ermittlung der Potenzialflächen nicht zu Unrecht Flächen als „harte“ Tabuzonen ausgeschlossen wurden, die allenfalls als „weiche“ Tabuzonen hätten berücksichtigt werden dürfen. Ist dies dagegen der Fall, erhöht sich die Gesamtzahl der Potenzialflächen und verringert sich gleichzeitig der auf die Konzentrationsflächen anfallende Anteil.</p> <p>Wie oben bereits ausgeführt, ist der Plangeber zu Unrecht davon ausgegangen, dass Mindestabstände zur Wohnbebauung von 400 m als „harte“ Tabuzone zu berücksichtigen sind. Ebenso ist zweifelhaft, ob die Naturschutzgebiete und die zu diesen gebildeten Abständen als „harte“ Tabuzonen bewertet werden konnten. Damit würde sich der Anteil der auszuweisenden Konzentrationsflächen an den Potenzialflächen erheblich verringern, vermutlich weit unter 10 % liegen.</p> <p>Ungeachtet dessen ist fraglich, ob ein Anteil von 10 % an den ausgewiesenen Potenzialflächen vor dem Hintergrund des Windflächenbedarfsgesetz (WindBG) vom 20.07.2022 noch ausreicht, um die mit diesem Gesetz verfolgten energiepolitischer Zielsetzungen zu erfüllen zu erfüllen. Nach § 3 Abs. 1 WindBG i.V. m. der Anlage 1 hat das Land Niedersachsen einen prozentualen Anteil von 1,7 % der Landesfläche bis zum 31.12.2027 und von 2,2 % der Landesfläche bis zum 31.12.2032 für die Windkraftnutzung ausweisen. Dem Ratsinformationssystem der Gemeinde, vgl. Protokoll zur Sitzung des Rates der Gemeinde Wagenfeld vom 14.02.2023, Seite 7, ist zu entnehmen, dass das Land Niedersachsen inzwischen dem Landkreis Diepholz mitgeteilt habe, dass voraussichtlich 1,78 % der Fläche im Landkreis ausgewiesen werden müssten.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Auffassung zur nicht rechtmäßigen Einstufung der Naturschutzgebiete als harte Tabuzone und zum 400 m Abstand als harte Tabuzone zu Wohnnutzungen wird aus den oben stehenden Gründen nicht geteilt. Daher ist auch die Berechnung des substantiellen Raumes aus Sicht der Gemeinde nicht in Zweifel zu ziehen.</p> <p>Für die Gemeindeebene liegen keine heruntergebrochenen Flächenbeitragswerte vor. Die Flächenbeitragsziele für das Land Niedersachsen sind der Gemeinde bekannt, haben aber für die Gemeinde wenig Aussagekraft.</p> <p>Das auf Landesebene geplante Gesetz zur Umsetzung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (NWindG) wird die Träger der Regionalplanung als zuständige Stellen für die Ausweisung von Windenergiegebieten bestimmen. Grundlage für das NWindG ist u.a. die vom Land Niedersachsen in Auftrag gegebene Windpotenzialstudie, die im Entwurf (Stand Ende Mai 2023) vorliegt und für den Landkreis Diepholz ein Teilflächenziel von 2,20 % der Landkreisfläche benennt.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung RAe und Notare	<p>Überträgt man diese Vorgaben als Verpflichtung zur Ausweisung von Flächen auch auf die Gemeinde Wagenfeld, kann es mit der Ausweisung der bisher im Entwurf vorgesehenen Potenzialflächen nicht sein Bewenden haben. Bei der Größe des Gemeindegebietes von 117,36 km² = 11.736 ha machen die ausgewiesenen Potenzialflächen von 108,1 ha nicht einmal 1 % des Gemeindegebietes aus. Überträgt man die Vorgaben für den Landkreis Diepholz auf das Gemeindegebiet, müssten nicht 108,1 ha, sondern 209,3 ha, mithin fast das Doppelte der bisher im Entwurf ermittelten Potenzialflächen, ausgewiesen werden.</p> <p>Soweit vom Planungsbüro in der Sitzung geltend gemacht wurde, dass wegen des „ausgeschlossenen hohen Flächenanteils“ keine weiteren Flächen ausgewiesen werden konnten, hatten wir oben bereits dargelegt, dass diese Annahme auf einer fehlerhaften Ermittlung der sogenannten „harten“ Tabuzonen keine rechtliche Überprüfung standhalten wird.</p> <p>IX. Wirksamkeit des F-Planes bis 01.02.2024</p> <p>Nach § 245e BauGB kann die beabsichtigte Flächennutzungsplanung mit Ausschlusswirkung nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BGB nur Wirkung entfalten, wenn der Plan vor dem 01.02.2024 wirksam wird.</p> <p>In der Sitzung des Bau-Wege-Verkehrs- und Umweltausschusses der Gemeinde Wagenfeld vom 31.01.2023 erklärte der Bürgermeister zum weiteren geplanten Ablauf des Verfahrens:</p> <p>„Die erste Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung wird mit den noch einzufügenden Umweltuntersuchungen im 2. Quartal durchgeführt, sodass im Juli/August 2023 die Abwägung der Stellungnahmen vorliegt. Zum 3. Quartal wird der Entwurf vorbereitet und ausgelegt, damit im November die Planung zum Abschluss gebracht werden kann und dem Landkreis Diepholz zur Genehmigung vorgelegt wird. Bis zum 01.02.2024 muss der Flächennutzungsplan rechtskräftig geworden sein, ansonsten entfaltet die Planung keine Wirkung zur Steuerung der Windkraft.“</p> <p>Bei diesen straffen Zeitprogramm dürfte ohnehin fraglich sein, ob der Flächennutzungsplan rechtzeitig vom 01.02.2014 in Kraft treten kann.</p>	<p>Eine gleichmäßige Übertragung des für den Landkreis geplanten Teilflächenziels auf alle Gemeinden nach dem Gießkannenprinzip ist realitätsfremd, weil es die konkreten Standortbedingungen der Gemeinden außer Acht lässt. Auf Landkreisebene wird derzeit ein eigenes Standortkonzept erarbeitet. Den Ergebnissen kann nicht vorgegriffen werden.</p> <p>Die Gemeinde sieht sich daher bei der Beurteilung, ob mit ihren Flächenausweisungen der Windenergienutzung in substantieller Weise Raum gegeben wird, an die bisherige Rechtsprechung gebunden.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Zeitpunkt ist der Gemeinde bekannt.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung RAe und Notare	<p>2.</p> <p>Der Planentwurf sieht eine Positivausweisung mit der Einschränkung „Sondergebiete für die Windenergienutzung“ vor (Seite 1). Freiflächen- PV-Anlagen wären deshalb gemäß § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB von der Ausschlusswirkung umfasst und könnten auf den ausgewiesenen Flächen nicht errichtet werden.</p> <p>Die Mandanten beabsichtigen, auf den für WEA geplanten Flächen alternativ Freiflächen-PV-Anlagen zu errichten. Es wird deshalb beantragt, den Planentwurf insoweit zu ändern, dass auf den ausgewiesenen Flächen auch landwirtschaftliche Freiflächen-PV-Anlagen errichtet werden können.</p> <p>Eine derartige - alternative - Nutzung war bereits für die bestehenden Windparks Wagenfeld I und II durch Bebauungsplan zugelassen worden (Seite 14), sodass öffentliche Belange dem auch in den anderen, ausgewiesenen Bereichen nicht entgegenstehen dürften.</p> <p>Anlage: Prozessvollmacht</p>	<p>Für PV-Freiflächenanlagen ermöglicht eine neue Änderung im Baugesetzbuch vereinfachte Genehmigungsverfahren entlang von Autobahnen und mehrgleisigen Schienenstrecken (punktuelle Privilegierung entlang von Autobahnen und bestimmter Schienenwege). Diese Voraussetzungen sind hier nicht gegeben. Für alle anderen Flächen ist nach wie vor keine Privilegierung nach § 35 BauGB gegeben, so dass die Gemeinde aktiv in die Bauleitplanung einsteigen müsste, um Freiflächenphotovoltaikanlagen - außerhalb der Flächen mit punktueller Privilegierung - zu ermöglichen.</p> <p>Die Gemeinde Wagenfeld hat sich mit Freiflächenphotovoltaiksteuerung bereits befasst, hat aber bislang noch kein gesamträumliches Konzept dazu erstellt. Insofern wird der Anregung zur Aufnahme von Freiflächenphotovoltaik in den Zulässigkeitskatalog nicht nachgekommen. Sofern für die in der 51. Änderung dargestellten Sondergebiete für die Windenergienutzung zukünftig auch eine Eignung für Freiflächenphotovoltaik erkannt werden sollte, müsste die Gemeinde Wagenfeld erneut in die Planung einsteigen.</p> <p>Nicht korrekt ist der Einwand, dass sich die durch die 51. Änderung erwirkte Ausschlusswirkung auch auf Freiflächenphotovoltaik auswirken würden. Die 51. Änderung befasst sich nicht mit Freiflächenphotovoltaik.</p> <p>Der Einwand ist nicht korrekt. Im Bebauungsplan Nr. 31 sind Sondergebiete Windenergieanlagen ausgewiesen. Innerhalb der Sondergebiete ist die Errichtung von Windenergieanlagen mit einer jeweiligen Nennleistung von mindestens 1,5 MW zulässig. Zulässig sind Nebenanlagen der Windenergieanlagen sowie Zufahrten und Aufstellflächen und außerdem die landwirtschaftliche Freiflächenutzung. Freiflächenphotovoltaikanlagen sind weder in den textlichen Festsetzungen noch in der Zweckbestimmung auf dem Planteil des Bebauungsplanes Nr. 31 genannt.</p>
10	Einwender 10 19.04.2023	<p>Hiermit möchten wir Einwände zu der Planung zum Standortkonzept im Teilbereich 2 erheben, da wir diese als nicht zielführend erachten.</p> <p>Durch die vorhandene Stromtrasse würde das kleine Potenzialgebiet 2 noch weiter verkleinert werden, sodass dies keine Windkraftkonzentrationszonen forcieren würde. Darüber hinaus befindet sich über der ausgewiesenen Fläche ein Hauptflugkorridor von Kranichen und Wildgänsen, welcher zu der überregional bedeutsamen Diepholzer Moorniederung führt.</p>	<p>Der Teilbereich 2 als Sondergebiet für die Windenergienutzung entfällt zum Entwurfstand der 51. Flächennutzungsplanänderung. Bereits im Rahmen der Überarbeitung des Standortkonzeptes zur Entwurfsfassung entfällt der Teilbereich 2 aufgrund vergrößerter, einzuhaltender Abstände zu Leitungstrassen und aufgrund eines erforderlichen Abstandes zur Gemeindegrenze (Rotorblattlänge).</p> <p>Eine weitere Abwägung ist damit entbehrlich.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 10	<p>Wir bitten daher die vorgenannten Argumente im Flächennutzungsplan zu berücksichtigen und ihre anfängliche Politik der Windkraftkonzentrationszonen zu beherzigen z.B. durch Maßnahmen wie min. Gesamtgröße 30 ha, nicht weniger als 3 WEA, keine Splitterflächen.</p> <p>Die 3-H Regelung begrüßen wir ausdrücklich und schlagen der Gemeinde vor, die später noch zu schaffenden Ausgleichsflächen in Richtung der Naturschutzflächen/Moorflächen zu bilden und diese durch Maßnahmen wie Vernässung und Aufforstung zu verbessern.</p> <p>Ich bitte um eine Eingangsbestätigung per E-Mail. Vielen Dank vorab.</p>	<p>Der Hinweis bezüglich potenzieller Ausgleichsflächen wird zur Kenntnis genommen. Die Bewältigung der Eingriffsfolgen ist im nachgelagerten Verfahren zu klären.</p>
11	Einwender 11 49419 Wagenfeld 19.04.2023	<p>Im Anhang übersenden wir Ihnen unser Schreiben bezüglich der Änderung des Flächennutzungsplans mit der Bitte um Berücksichtigung.</p> <p>Bitte bestätigen Sie uns den Erhalt.</p> <p>Zu der Änderung des Flächennutzungsplans zur Ausweisung für Windkraftkonzentrationszonen haben wir zum Teilbereich 2 des Standortkonzepts folgende Einwände:</p> <p>Entlang das ausgewiesene Potenzialgebiet 2 führt eine Stromtrasse. Wegen der vorgeschriebenen Abstandsregelung verkleinert sich das vorgesehene Gebiet und die Voraussetzungen für eine Windkraftkonzentrationszone sind nicht in optimalem Umfang gegeben.</p> <p>In unmittelbarer Nähe des Teilbereichs 2 befindet sich zudem das Rehdener Geestmoor welches Teil der bedeutenden Diepholzer Moorniederung ist. Dieses Gebiet ist Lebensraum für vom Aussterben bedrohte Vogelarten und dient den Kranichen und Graugänsen als Ruheplatz. Ein Hauptflugkorridor der Kraniche führt zudem unmittelbar am ausgewiesenen Teilbereich 2 entlang.</p> <p>Die Gemeindestraße „In den Hundlosen“ dient zukünftig als Zufahrtsstraße zum neu errichteten Fahrradweg an der Burlager Straße zum Dümmer See. Diese idyllische Route soll die Gemeinde Wagenfeld für Touristen und Naturliebhaber attraktiver machen.</p> <p>Bitte berücksichtigen Sie unsere Argumente im Flächennutzungsplan und verwirklichen Sie das angestrebte Ziel Windkraftkonzentrationszonen zu schaffen und keine Splitterflächen.</p>	<p>Der Teilbereich 2 als Sondergebiet für die Windenergienutzung entfällt zum Entwurfstand der 51. Flächennutzungsplanänderung. Bereits im Rahmen der Überarbeitung des Standortkonzeptes zur Entwurfsfassung entfällt der Teilbereich 2 aufgrund vergrößerter, einzuhaltender Abstände zu Leitungstrassen und aufgrund eines erforderlichen Abstandes zur Gemeindegrenze (Rotorblattlänge). Eine weitere Abwägung zu den vorgebrachten Anmerkungen ist damit entbehrlich.</p> <p>Der Hinweis bezüglich des Hauptflugkorridors der Kraniche wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
12	Einwender 12 49419 Wagenfeld 17.04.2023	<p>Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit bzgl. der Planung und Errichtung von Windkraftanlagen in der Gemeinde Wagenfeld möchten wir mit diesem Schreiben als direkte Anlieger einer potentiellen Vorrangfläche unsere Eingaben mitteilen.</p> <p>1. Persönliche Belange</p> <p>In unserer Eingabe möchten wir unsere ganz persönlichen Belange vorbringen. Nach der aktuellen Gesetzeslage können Windkraftanlagen in einem Abstand von 2H zum nächsten Wohngebäude errichtet werden. Wir empfinden diese geringe Entfernung als eine Bedrängnis und Beeinträchtigung des Landschaftsbildes. Daraus folgt eine Verschlechterung der Lebens- und Wohnqualität.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Terrasse und Fenster vom Wohnzimmer und Esszimmer liegen Richtung Windkraftanlagen. • Einige Windräder liegen in einer Freifläche (Wiesen, Felder) ohne optische Unterbrechungen in freier Sichtachse vor unserem Haus. • Ein Wertverlust unserer Immobilie ist unvermeidbar. Wie sieht ein finanzieller Ausgleich dafür aus? • Während der Bauphase befürchten wir eventuell auftretende Bauschäden (u. a. Absenkungen und Risse) am Haus. Wie ist ein möglicher Schadensersatz geregelt? 	<p>Die Gemeinde Wagenfeld hat in ihrem Standortkonzept unter Zugrundelegung einer Referenzanlage von 200 m eine harte Tabuzone von 400 m (2H) und eine zusätzliche weiche Tabuzone von 200 m (Gesamttabuzone 600 m) berücksichtigt. Die Abstände der Wohnnutzungen zu Teilbereich 4a betragen daher mindestens 600 m.</p> <p>Im Rahmen der 51. Änderung werden keine konkreten Anlagenstandorte und keine konkreten Anlagenhöhen festgelegt. Auf nachfolgender Genehmigungsebene ist in Kenntnis der konkreten Anlagenkonstellation der Nachweis zu erbringen, dass von den geplanten Anlagen keine unzulässigen Emissionen ausgehen und keine optisch erdrückende Wirkung entsteht. Die konkreten örtlichen Verhältnisse sind dabei zu berücksichtigen.</p> <p>Die Beurteilung, ob eine Windkraftanlage als wertmindernder Faktor gesehen wird, hängt vom Einzelfall ab und beruht sowohl auf objektiven als auch auf subjektiven Kriterien. Bei der objektiven Betrachtungsweise steht die klare Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben im Mittelpunkt. Auf Genehmigungsebene ist gutachterlich nachzuweisen, dass die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden. Dann werden die Windenergieanlagen objektiv keinen wertmindernden Einfluss auf Immobilien haben. Bei subjektiver Betrachtungsweise spielt das persönliche Empfinden des Einzelnen eine Rolle. Dies ist jedoch kein Belang, der in die Bauleitplanung einzustellen wäre.</p> <p>Haftungsfragen durch eventuell auftretende Bauschäden sind auf nachgelagerter Genehmigungsebene zu thematisieren. Sie sind nicht Gegenstand dieser Flächennutzungsplanänderung.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Einwender 12	<ul style="list-style-type: none"> Bei einem geringeren Abstand als 3H haben wir Angst und Sorge um unsere Gesundheit. Trotz der gesetzlich ausreichenden Abstandsregel von 2H empfinden wir persönlich die Windräder als Bedrohung und Einschränkung unserer Lebensqualität. Trotz unterschiedlicher Untersuchungen in Bezug auf Schall- u. Schattenwirkung befürchten wir trotzdem auch gesundheitliche Gefahren. Auf unserem Grundstück befindet sich Richtung eventueller Windkraftanlagen ein seit Jahrzehnten bestehender Fischteich von ca. 1300 qm. Darin leben zahlreiche Karpfen, Zander, Hechte und verschiedene kleine Fischarten sowie Frösche. Wir sind besorgt um das Fortbestehen dieses Tierbestandes, wenn es z.B. durch den Bau der Windkraftanlagen zu Grundwasserabsenkungen kommt Auf unserem Grundstück befindet sich ein umfangreicher Baum- und Strauchbestand unterschiedlicher Arten. Dazu gehören Eichen, die z. T. über 100 Jahre alt sind, verschiedene Baumarten im Alter zwischen 10 und 50 Jahren sowie unterschiedliche Obstbäume. Dieser Bestand ist nicht nur für uns Lebensqualität, sondern auch Lebensraum für viele Tierarten (u.a. Insekten, Vögel, Säugetiere). Wenn es - wie oben dargestellt - zu einer Grundwasserabsenkung im Rahmen der Bautätigkeiten kommen kann, ist nach unserer Auffassung dieser Bestand gefährdet. Bäume und Sträucher sind nicht nur Lebensräume, sondern auch wichtige Pflanzen zur Bekämpfung des Klimawandels. 	<p>Die Nutzung der Windenergie birgt keine elementaren Gefahren für den Menschen (im Gegensatz beispielsweise zur Atomkraft) und für die Umwelt (im Gegensatz beispielsweise zur Verbrennung von Kohle oder Gas) und sie kann so betrieben werden, dass die Auswirkungen auf den Menschen deutlich minimiert werden können</p> <p>Die Bundesimmissionsschutzrechtlichen Vorgaben sowie die Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) tragen maßgeblich dazu bei, dass sich die Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch in einem angemessenen Rahmen halten lassen. Nach Stand der aktuell am Markt verfügbaren Anlagentechnik gibt es für die Minderung der Immissionen (zur Hinderniskennzeichnung, Abschaltautomatik Schattenwurf, drehzahlvariable Anlagen mit schalloptimiertem Betrieb) mittlerweile bewährte Lösungen, die in der Summe dazu beitragen, dass eine Gesundheitsgefährdung nicht zu befürchten ist. Der Schutz vor und die Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen beim Betrieb von Windenergieanlagen wird zudem durch ein Genehmigungsverfahren gemäß Bundes-Immissionsschutzgesetz geprüft und sichergestellt.</p> <p>Temporäre Grundwasserabsenkungen können auf Umsetzungsebene beim Bau von Windenergieanlagen ggf. erforderlich werden. Diesbezügliche Einflüsse auf den Wasserhaushalt sind dann zu prüfen.</p> <p>Bei der Umsetzung von WEA werden möglicherweise temporäre Maßnahmen zur Grundwasserrückhaltung im Baufeld erforderlich. Erhebliche Beeinträchtigungen des Grundwasserhaushaltes, insbesondere durch großräumige dauerhafte Absenkungen sind jedoch nicht zu erwarten.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 12	<ul style="list-style-type: none"> Vor 20 Jahren haben wir uns entschlossen im Außenbereich zu Bauen und zu Wohnen, weil wir die Natur schätzen. Die Einschneidungen in unserer Lebenszufriedenheit werden uns hart treffen. Der Abstand der Windräder mag den gesetzlichen Anforderungen genügen, für uns ganz subjektiv sieht das jedoch anders aus. Wir fühlen uns bedroht und machtlos angesichts dieser harten Einschneidungen in unserem Lebensumfeld. Falls der Abstand <u>nicht</u> bei 3H bleiben sollte, erbitten wir eine Einzelfallprüfung für unser Wohnhaus. <p>2. Naturschutz und Ökologie (→ siehe auch Eingabe „Auf der XX“)</p> <p>Neben der Erstellung der faunistischen Gutachten bitten wir um Kenntnisnahme unserer eigenen Beobachtungen zur Tierwelt in den letzten Jahrzehnten.</p> <p>Seit über 20 Jahren beobachten wir die Tierwelt in unserer Umgebung und sind in großer Sorge, dass die Windkraftalgen die Lebensräume und somit auch folglich die Anzahl der Tiere negativ beeinflussen. In diesem Zusammenhang möchten wir verweisen auf die Studie eines Teams um den Biologen Stefan Garthe von der Universität Kiel, wie Vogelarten auf Windräder reagieren. „Windräder auf dem Meer haben laut einer Studie negativen Einfluss auf die Bestände von Seetauchern. Dazu zählen die fischfressenden Wasservögel Stern- und Prachtaucher. Seetaucher meiden OffshoreWindparks sowie direkt angrenzende Bereiche fast vollständig“ (Quelle: Zeitschrift „Scientific Reports“ in der Frankfurter Rundschau vom 13.04.2023). Diese Beobachtungen treffen mit Sicherheit auch auf unsere Vogelwelt zu. Besonders gefährdet sind Bodenbrüter sowie die in den Bäumen und den Sträuchern brütenden Vögel. Die von uns erstellten Nistmöglichkeiten werden dann voraussichtlich nicht mehr so angenommen wie es bislang war.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Schutz vor und die Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen beim Betrieb von Windenergieanlagen wird im Genehmigungsverfahren gemäß Bundes-Immissionsschutzgesetz geprüft und sichergestellt.</p> <p>Die nachfolgenden Hinweise zur Avifauna werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung																																																									
	Fortsetzung Einwender 12	<p>Vögel und deren Nistmöglichkeiten in unserem Bereich</p> <table><tr><td>Bodenbrüter</td><td>Baum- u. Strauchnistmöglich- keiten</td><td>Vorbereitet Brutmöglichkeiten Nistkästen, Bruthilfen</td></tr><tr><td>Feldlerche</td><td>Pirol</td><td>Kolmeise, Blaumeise</td></tr><tr><td>Rebhuhn</td><td>Mäusebussard</td><td>Haussperling, Feldsperling</td></tr><tr><td>Fasan</td><td>Habicht</td><td>Star</td></tr><tr><td>Kiebitz</td><td>Kuckuck</td><td>Zaunkönig</td></tr><tr><td>Brachvogel</td><td>Waldohreule</td><td>Bachstelze</td></tr><tr><td></td><td>Ringeltaube</td><td>Schafstelze</td></tr><tr><td></td><td>Aaskrähe</td><td>Rotkehlchen</td></tr><tr><td></td><td>Elster</td><td>Steinkauz</td></tr><tr><td></td><td>Eichelhäher</td><td>Teichhuhn</td></tr><tr><td></td><td>Kohlmeise, Blaumeise</td><td>Stockente</td></tr><tr><td></td><td>Buntspecht, Grünspecht</td><td>Graugans</td></tr><tr><td></td><td>Buchfink, Grünfink</td><td>Turmfalke</td></tr><tr><td></td><td>Gartengrasmücke</td><td>Schleiereule (in 43 Jahren 39 erfolgreiche Bruten)</td></tr><tr><td></td><td>Rotkehlchen</td><td>Storchennest (Nachbargrund- stück Auf der Tangel 40, regel- mäßig genutzt, mehrere Jahre mit Erfolg gebrütet)</td></tr><tr><td></td><td>Steinkauz</td><td></td></tr><tr><td></td><td>Neuntöter</td><td></td></tr><tr><td></td><td>Baumläufer</td><td></td></tr><tr><td></td><td>Kleiber</td><td></td></tr></table> <p>Auch hier werden sich nach der Errichtung von Windkraftanlagen bestimmte Tiere nicht mehr einfinden.</p> <p>Ein extrem scheuer Vogel ist der Pirol, der in sehr hohen Bäumen sein Brutgeschäft durchführt (u. a. in den hohen Pappeln an den Wegen „Im Strange“ und „Im Herrenholz“ sowie in den hohen Erlen auf unserem Grundstück und in den hohen Erlen „Auf der Dalge“). Diese Wege liegen in bzw. an den potentiellen Vorrangflächen in unserer Wohnumgebung.</p> <p>Um einen gesamten Überblick über die Vogelwelt zu erhalten, müssen Beobachtungen gemacht werden, wenn sich Zugvögel versammeln. Im Frühjahr, wenn sie ihre Brutgebiete wieder aufsuchen und im Herbst, wenn sie auf dem Weg in ihre Winterquartiere sind.</p>	Bodenbrüter	Baum- u. Strauchnistmöglich- keiten	Vorbereitet Brutmöglichkeiten Nistkästen, Bruthilfen	Feldlerche	Pirol	Kolmeise, Blaumeise	Rebhuhn	Mäusebussard	Haussperling, Feldsperling	Fasan	Habicht	Star	Kiebitz	Kuckuck	Zaunkönig	Brachvogel	Waldohreule	Bachstelze		Ringeltaube	Schafstelze		Aaskrähe	Rotkehlchen		Elster	Steinkauz		Eichelhäher	Teichhuhn		Kohlmeise, Blaumeise	Stockente		Buntspecht, Grünspecht	Graugans		Buchfink, Grünfink	Turmfalke		Gartengrasmücke	Schleiereule (in 43 Jahren 39 erfolgreiche Bruten)		Rotkehlchen	Storchennest (Nachbargrund- stück Auf der Tangel 40, regel- mäßig genutzt, mehrere Jahre mit Erfolg gebrütet)		Steinkauz			Neuntöter			Baumläufer			Kleiber		<p>Die Hinweise auf die Vorkommen der nebenstehenden Brutvogelarten werden zur Kenntnis genommen. Überwiegend handelt es sich hierbei um häufige gehölz- und gebäudebewohnende Singvögel, bei denen keine Beeinträchtigung zu erwarten ist, sofern es nicht zu einer direkten Lebensrauminanspruchnahme kommt.</p> <p>Im Zuge der Windenergieplanung liegt der Fokus insbesondere auf den gegenüber von WEA ausgehenden Störwirkungen empfindlichen Wiesenbrütern wie Kiebitz oder Großem Brachvogel.</p> <p>Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Erfassung kollisionsgefährdeter Groß- und Greifvogelarten. Von den nebenstehenden Arten gehört hierzu lediglich der Weißstorch.</p> <p>Avifaunistische Erfassungen nach den Maßgaben des Niedersächsischen Artenschutzleitfadens wurden durchgeführt. Es wurden Brutvogelerfassungen 2023 durchgeführt. Die Ergebnisse sind im Umweltbericht dokumentiert. Artenschutzrechtliche Verbotstatbestände stehen den Darstellungen nicht entgegen.</p> <p>Der Hinweis bezüglich des Pirols wird zur Kenntnis genommen. Gemäß der Anlage I zu § 45b Absatz 1 bis 5 BNatSchG bzw. den Angaben des Niedersächsischen Artenschutzleitfadens handelt es sich hierbei weder um eine kollisionsgefährdete, noch gegenüber den von WEA ausgehenden Störwirkungen empfindliche Vogelart.</p> <p>Zu einer möglichen Beeinträchtigung der Habitatqualitäten kann es kommen, wenn im Zuge des nachfolgenden Planverfahrens Gehölze beseitigt werden. Diese Lebensraumbeeinträchtigungen sind dann im nachgelagerten Planverfahren nach den Maßgaben der Eingriffsregelung auszugleichen.</p> <p>In Einklang mit den Anforderungen des Niedersächsischen Artenschutzleitfadens findet auf Flächennutzungsplanebene keine Kartierung von Rastvögeln statt. Dies ist insbesondere aus dem Grund nicht sinnvoll, da es noch keine konkrete Kenntnis zu Anlagenanzahl, -typen und -standorten gibt. Stattdessen findet eine Auswertung vorhandener Daten zu bedeutsamen Gastvogelvorkommen statt. Vorliegend bezieht sich das insbesondere auf den Kranich.</p>
Bodenbrüter	Baum- u. Strauchnistmöglich- keiten	Vorbereitet Brutmöglichkeiten Nistkästen, Bruthilfen																																																										
Feldlerche	Pirol	Kolmeise, Blaumeise																																																										
Rebhuhn	Mäusebussard	Haussperling, Feldsperling																																																										
Fasan	Habicht	Star																																																										
Kiebitz	Kuckuck	Zaunkönig																																																										
Brachvogel	Waldohreule	Bachstelze																																																										
	Ringeltaube	Schafstelze																																																										
	Aaskrähe	Rotkehlchen																																																										
	Elster	Steinkauz																																																										
	Eichelhäher	Teichhuhn																																																										
	Kohlmeise, Blaumeise	Stockente																																																										
	Buntspecht, Grünspecht	Graugans																																																										
	Buchfink, Grünfink	Turmfalke																																																										
	Gartengrasmücke	Schleiereule (in 43 Jahren 39 erfolgreiche Bruten)																																																										
	Rotkehlchen	Storchennest (Nachbargrund- stück Auf der Tangel 40, regel- mäßig genutzt, mehrere Jahre mit Erfolg gebrütet)																																																										
	Steinkauz																																																											
	Neuntöter																																																											
	Baumläufer																																																											
	Kleiber																																																											

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 12	<p>Kraniche und Gänsearten kommen in Schwärmen in drei- bis vierstelliger Anzahl vor. Wir beobachten u.a. Rot- und Schwarzmilane. Sie sind Einzelzieher und fliegen in der Regel nachts. Außerdem nutzen sie die potentiellen Vorrangflächen zur Nahrungsaufnahme. Schwarzstörche, Graureiher, Kormorane und Eisvögel wurden in der Vergangenheit von uns auch bei der Nahrungsaufnahme auf den genannten Flächen beobachtet. Invasivsvögel wie Raufußbussard und Silberreiher sind jedes Jahr Wintergäste. Andere Zugvögel wie Stare und Schwalben sind ebenfalls auf Grund ihrer Flughöhen durch die Windräder gefährdet.</p> <p>Die Auswirkungen von Windkraftanlagen auf das Verhalten von Säugetieren (z. B. Reh, Hase, Fuchs, Marder usw.) können noch nicht getroffen werden. Sind hier ebenfalls starke Beeinträchtigungen in deren Lebensweise zu erwarten?</p> <p>Unsere Ausführungen verstehen sich als Ergänzung der durchgeführten faunistischen Gutachten. Als Anwohner in dieser Region seit über 20 Jahren und aufmerksame Beobachter der Natur, haben wir einen ständigen Blick auf die oben dargestellte Tierwelt. Diese Beobachtungen decken viele Jahrzehnte ab und haben mit Sicherheit eine große Aussagekraft. Deshalb stehen wir gerne für ein Gespräch mit den Verfassern der faunistischen Gutachten zur Verfügung. So kann ein Austausch der Beobachtungen durchgeführt werden.</p> <p>3. Abschlussbemerkungen</p> <p>Als Anwohnerinnen und Anwohner von potentiellen Vorrangflächen für die Windenergienutzung im Rahmen der 51. Flächennutzungsplanänderung bitten wir die Gemeinde Wagenfeld und den Rat der Gemeinde den zur Zeit geltenden Ratsbeschluss von 3H (z. B. 600 m Abstand zu Wohngebäuden bei einer Windkraftanlage von 200 m Höhe) im Rahmen des Planungsverfahrens und des Feststellungsbeschlusses beizubehalten.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Eine Beeinträchtigung des großräumigen Vogelzuges ist aufgrund der im Regelfall hohen Flughöhen nicht zu erwarten.</p> <p>Kranich, Gänse, Schwarzstorch, Graureiher, Kormoran, Eisvogel, Raufußbussard, Silberreiher, Stare und Schwalben gelten gemäß Anlage 1 zu § 45b BNatSchG nicht als kollisionsgefährdete Arten.</p> <p>Der Schwarzmilan wurden nach den vorliegenden Untersuchungen nicht als Brutvogel festgestellt. Der Rotmilan wurde beim Teilbereich 1 im 1.200 m Radius nachgewiesen. Zur Einhaltung des Artenschutzrechtes können hier auf der nachgeordneten Genehmigungsplanung Abschaltzeiten notwendig werden.</p> <p>Eine Unzulässigkeit des Vorhabens gegenüber den genannten Vorkommen ist nicht ableitbar.</p> <p>Die derzeitige Studienlage deutet darauf hin, dass sich für Landsäugetiere überwiegend keine erheblichen Beeinträchtigungen durch Windenergieanlagen ergeben. Meidungseffekte entstehen dabei überwiegend durch bauzeitlich bedingte Störungen. Gemäß einer Studie der Tierärztlichen Hochschule Hannover (2001), bei der die Raumnutzung von Reh, Feldhase und Rotfuchs untersucht wurden, konnte keine grundsätzliche Meidung von Windparks (auch nicht innerhalb des Nahbereichs) festgestellt werden.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Gemeinde Wagenfeld berücksichtigt in ihrem Standortkonzept eine Referenzanlage von 200 m und eine harte Tabuzone von 400 m (2H) und eine zusätzliche weiche Tabuzone von 200 m (Gesamttabuzone 600 m – 3H).</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 12	Wir haben - wie oben dargestellt - mit den größten Einschränkungen durch Windkraftanlagen (u. a. Schall- u. Schattenimmissionen, Beeinträchtigung des Landschaftsbildes, mögliche Einschränkungen u. Schäden im Rahmen der Bautätigkeiten) zu leben. Deshalb bitten wir eindringlich darum, unsere ganz persönlichen Belange zur Kenntnis zu nehmen und zu berücksichtigen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
13	Einwender 13 49419 Wagenfeld 17.04.2023	<p>Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit bzgl. der Planung und Errichtung von Windkraftanlagen in der Gemeinde Wagenfeld möchten wir mit diesem Schreiben als direkte Anlieger einer potentiellen Vorrangfläche unsere Eingaben mitteilen.</p> <p>1. Persönliche Belange</p> <p>In unserer Eingabe möchten wir unsere ganz persönlichen Belange vorbringen. Nach der aktuellen Gesetzeslage können Windkraftanlagen in einem Abstand von 2H zum nächsten Wohngebäude errichtet werden. Wir empfinden diese geringe Entfernung als eine Bedrängnis und Beeinträchtigung des Landschaftsbildes. Daraus folgt eine Verschlechterung der Lebens- und Wohnqualität.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Fenster vom Wohnzimmer und der Küche liegen Richtung Windkraftanlagen. - Einige Windräder liegen in einer Freifläche (Wiesen, Felder) ohne optische Unterbrechungen in freier Sichtachse vor unserem Haus. - Ein Wertverlust unserer Immobilie ist unvermeidbar. Wie sieht ein finanzieller Ausgleich dafür aus? - Während der Bauphase befürchten wir eventuell auftretende Bauschäden (u. a. Absenkungen und Risse) am Haus. Wie ist ein möglicher Schadensersatz geregelt? 	<p>Die Gemeinde Wagenfeld hat in ihrem Standortkonzept unter Zugrundelegung einer Referenzanlage von 200 m eine harte Tabuzone von 400 m (2H) und eine zusätzliche weiche Tabuzone von 200 m (Gesamttabuzone 600 m) berücksichtigt. Die Abstände der Wohnnutzungen zu Teilbereich 4a betragen daher mindestens 600 m.</p> <p>Im Rahmen der 51. Änderung werden keine konkreten Anlagenstandorte und keine konkreten Anlagenhöhen festgelegt. Auf nachfolgender Genehmigungsebene ist in Kenntnis der konkreten Anlagenkonstellation der Nachweis zu erbringen, dass von den geplanten Anlagen keine unzulässigen Emissionen ausgehen und keine optisch erdrückende Wirkung entsteht. Die konkreten örtlichen Verhältnisse sind dabei zu berücksichtigen.</p> <p>Die Beurteilung, ob eine Windkraftanlage als wertmindernder Faktor gesehen wird, hängt vom Einzelfall ab und beruht sowohl auf objektiven als auch auf subjektiven Kriterien. Bei der objektiven Betrachtungsweise steht die klare Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben im Mittelpunkt. Auf Genehmigungsebene ist gutachterlich nachzuweisen, dass die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden. Dann werden die Windenergieanlagen objektiv keinen wertmindernden Einfluss auf Immobilien haben. Bei subjektiver Betrachtungsweise spielt das persönliche Empfinden des Einzelnen eine Rolle. Dies ist jedoch kein Belang der in die Bauleitplanung einzustellen wäre.</p> <p>Haftungsfragen durch eventuell auftretende Bauschäden sind auf nachgelagerter Genehmigungsebene zu thematisieren. Sie sind nicht Gegenstand dieser Flächennutzungsplanänderung.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Bürger 13	<ul style="list-style-type: none"> - Bei einem geringeren Abstand als 3H haben wir Angst und Sorge um unsere Gesundheit. Trotz der gesetzlich ausreichenden Abstandsregel von 2H empfinden wir persönlich die Windräder als Bedrohung und Einschränkung unserer Lebensqualität. Trotz unterschiedlicher Untersuchungen in Bezug auf Schall- u. Schatten Wirkung befürchten wir trotzdem auch gesundheitliche Gefahren. - Auf unserem Grundstück befindet sich Richtung eventueller Windkraftanlagen ein seit Jahrzehnten bestehender Fischteich von ca. 1300 qm. Darin leben zahlreiche Karpfen, Zander, Hechte und verschiedene kleine Fischarten sowie Frösche. Wir sind besorgt um das Fortbestehen dieses Tierbestandes, wenn es z.B. durch den Bau der Windkraftanlagen zu Grundwasserabsenkungen kommt. - Auf unserem Grundstück befindet sich ein umfangreicher Baum- und Strauchbestand unterschiedlicher Arten. Dazu gehören Eichen, die z. T. über 100 Jahre alt sind, verschiedene Baumarten im Alter zwischen 10 und 50 Jahren sowie unterschiedliche Obstbäume. Dieser Bestand ist nicht nur für uns Lebensqualität, sondern auch Lebensraum für viele Tierarten (u. a. Insekten, Vögel, Säugetiere). Wenn es - wie oben dargestellt - zu einer Grundwasserabsenkung im Rahmen der Bautätigkeiten kommen kann, ist nach unserer Auffassung dieser Bestand gefährdet. Bäume und Sträucher sind nicht nur Lebensräume, sondern auch wichtige Pflanzen zur Bekämpfung des Klimawandels. - In vier Jahrzehnten haben wir uns hier eine kleine Idylle aufgebaut. Die Einschnidungen in unserer Lebenszufriedenheit werden uns hart treffen. Der Abstand der Windräder mag den gesetzlichen Anforderungen genügen, für uns ganz subjektiv sieht das jedoch anders aus. Wir fühlen uns bedroht und machtlos angesichts dieser harten Einschnidungen in unserem Lebensumfeld. 	<p>Die Nutzung der Windenergie birgt keine elementaren Gefahren für den Menschen (im Gegensatz beispielsweise zur Atomkraft) und für die Umwelt (im Gegensatz beispielsweise zur Verbrennung von Kohle oder Gas) und sie kann so betrieben werden, dass die Auswirkungen auf den Menschen deutlich minimiert werden können</p> <p>Die Bundesimmissionsschutzrechtlichen Vorgaben sowie die Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) tragen maßgeblich dazu bei, dass sich die Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch in einem angemessenen Rahmen halten lassen. Nach Stand der aktuell am Markt verfügbaren Anlagentechnik gibt es für die Minderung der Immissionen (zur Hinderniskennzeichnung, Abschaltautomatik Schattenwurf, drehzahlvariable Anlagen mit schalloptimiertem Betrieb) mittlerweile bewährte Lösungen, die in der Summe dazu beitragen, dass eine Gesundheitsgefährdung nicht zu befürchten ist. Der Schutz vor und die Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen beim Betrieb von Windenergieanlagen wird zudem durch ein Genehmigungsverfahren gemäß Bundes-Immissionsschutzgesetz geprüft und sichergestellt.</p> <p>Temporäre Grundwasserabsenkungen können auf Umsetzungsebene beim Bau von Windenergieanlagen ggf. erforderlich werden. Diesbezügliche Einflüsse auf den Wasserhaushalt sind dann zu prüfen.</p> <p>Bei der Umsetzung von WEA werden möglicherweise temporäre Maßnahmen zur Grundwasserrückhaltung im Baufeld erforderlich. Erhebliche Beeinträchtigungen des Grundwasserhaushaltes, insbesondere durch großräumige dauerhafte Absenkungen sind jedoch nicht zu erwarten.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Bürger 13	<ul style="list-style-type: none"> - Unsere Tochter XX hat sich mit ihrer Familie entschieden wieder in ihr Elternhaus zu ziehen, weil sie die Ruhe und Natur schätzen. Der Bau von Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe zum Wohnhaus beeinträchtigt dieses Vorhaben. Es ist zu befürchten, dass sich der naturnahe Wohnraum des elterlichen Grundstücks soweit negativ verändert, dass die Attraktivität stark gemindert wird. Für die junge Familie kann das unter Umständen zu einem erneuten Wohnortwechsel führen. - Falls der Abstand <u>nicht</u> bei 3H bleiben sollte, erbitten wir eine Einzelfallprüfung für unser Wohnhaus. <p>2. Naturschutz und Ökologie</p> <p>Neben der Erstellung der faunistischen Gutachten bitten wir um Kenntnisnahme unserer eigenen Beobachtungen zur Tierwelt in den letzten Jahrzehnten.</p> <p>Seit über 40 Jahren beobachten wir die Tierwelt in unserer Umgebung und sind in großer Sorge, dass die Windkraftalgen die Lebensräume und somit auch folglich die Anzahl der Tiere negativ beeinflussen. In diesem Zusammenhang möchten wir verweisen auf die Studie eines Teams um den Biologen Stefan Garthe von der Universität Kiel, wie Vogelarten auf Windräder reagieren. „Windräder auf dem Meer haben laut einer Studie negativen Einfluss auf die Bestände von Seetauchen.</p> <p>Dazu zählen die fischfressenden Wasservögel Stern- und Prachtaucher. Seetaucher meiden Offshore Windparks sowie direkt angrenzende Bereiche fast vollständig.“ (Quelle: Zeitschrift „Scientific Reports“ in der Frankfurter Rundschau vom 13.04.2023) Diese Beobachtungen treffen mit Sicherheit auch auf unsere Vogelwelt zu.</p> <p>Besonders gefährdet sind Bodenbrüter sowie die in den Bäumen und den Sträuchern brütenden Vögel. Die von uns erstellten Nistmöglichkeiten werden dann voraussichtlich nicht mehr so angenommen wie es bislang war.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Schutz vor und die Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen beim Betrieb von Windenergieanlagen wird im Genehmigungsverfahren gemäß Bundes-Immissionsschutzgesetz geprüft und sichergestellt.</p> <p>Die nachfolgenden Hinweise zur Avifauna werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung																																																									
	Fortsetzung Bürger 13	<p>Vögel und deren Nistmöglichkeiten in unserem Bereich:</p> <table><tr><td>Bodenbrüter</td><td>Baum- u. Strauchnistmöglich- keiten</td><td>Vorbereitet Brutmöglichkeiten Nistkästen, Bruthilfen</td></tr><tr><td>Feldlerche</td><td>Pirol</td><td>Kolmeise, Blaumeise</td></tr><tr><td>Rebhuhn</td><td>Mäusebussard</td><td>Haussperling, Feldsperling</td></tr><tr><td>Fasan</td><td>Habicht</td><td>Star</td></tr><tr><td>Kiebitz</td><td>Kuckuck</td><td>Zaunkönig</td></tr><tr><td>Brachvogel</td><td>Waldohreule</td><td>Bachstelze</td></tr><tr><td></td><td>Ringeltaube</td><td>Schafstelze</td></tr><tr><td></td><td>Aaskrähe</td><td>Rotkehlchen</td></tr><tr><td></td><td>Elster</td><td>Steinkauz</td></tr><tr><td></td><td>Eichelhäher</td><td>Teichhuhn</td></tr><tr><td></td><td>Kohlmeise, Blaumeise</td><td>Stockente</td></tr><tr><td></td><td>Buntspecht, Grünspecht</td><td>Graugans</td></tr></table> <table><tr><td></td><td>Buchfink, Grünfink</td><td>Turmfalke</td></tr><tr><td></td><td>Gartengrasmücke</td><td>Schleiereule (in 43 Jahren 39 erfolgreiche Bruten)</td></tr><tr><td></td><td>Rotkehlchen</td><td>Storchennest (Nachbargrund- stück Auf der Tangel 40, regel- mäßig genutzt, mehrere Jahre mit Erfolg gebrütet)</td></tr><tr><td></td><td>Steinkauz</td><td></td></tr><tr><td></td><td>Neuntöter</td><td></td></tr><tr><td></td><td>Baumläufer</td><td></td></tr><tr><td></td><td>Kleiber</td><td></td></tr></table> <p>Auch hier werden sich nach der Errichtung von Windkraftanlagen bestimmte Tiere nicht mehr einfinden.</p> <p>Ein extrem scheuer Vogel ist der Pirol, der in sehr hohen Bäumen sein Brutgeschäft durchführt (u. a. in den hohen Pappeln an den Wegen „Im Strange“ und „Im Herrenholz“ sowie in den hohen Erlen auf unserem Grundstück und in den hohen Erlen „Auf der Dalge“), Diese Wege liegen in bzw. an den potentiellen Vorrangflächen in unserer Wohnumgebung.</p>	Bodenbrüter	Baum- u. Strauchnistmöglich- keiten	Vorbereitet Brutmöglichkeiten Nistkästen, Bruthilfen	Feldlerche	Pirol	Kolmeise, Blaumeise	Rebhuhn	Mäusebussard	Haussperling, Feldsperling	Fasan	Habicht	Star	Kiebitz	Kuckuck	Zaunkönig	Brachvogel	Waldohreule	Bachstelze		Ringeltaube	Schafstelze		Aaskrähe	Rotkehlchen		Elster	Steinkauz		Eichelhäher	Teichhuhn		Kohlmeise, Blaumeise	Stockente		Buntspecht, Grünspecht	Graugans		Buchfink, Grünfink	Turmfalke		Gartengrasmücke	Schleiereule (in 43 Jahren 39 erfolgreiche Bruten)		Rotkehlchen	Storchennest (Nachbargrund- stück Auf der Tangel 40, regel- mäßig genutzt, mehrere Jahre mit Erfolg gebrütet)		Steinkauz			Neuntöter			Baumläufer			Kleiber		<p>Die Hinweise auf die Vorkommen der nebenstehenden Brutvogelarten werden zur Kenntnis genommen. Überwiegend handelt es sich hierbei um häufige gehölz- und gebäudebewohnende Singvögel, bei denen keine Beeinträchtigung zu erwarten ist, sofern es nicht zu einer direkten Lebensrauminanspruchnahme kommt.</p> <p>Im Zuge der Windenergieplanung liegt der Fokus insbesondere auf den gegenüber von WEA ausgehenden Störwirkungen empfindlichen Wiesenbrütern wie Kiebitz oder Großem Brachvogel.</p> <p>Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Erfassung kollisionsgefährdeter Groß- und Greifvogelarten. Von den nebenstehenden Arten gehört hierzu lediglich der Weißstorch.</p> <p>Die Ergebnisse des faunistischen Gutachtens werden im Umweltbericht dokumentiert.</p> <p>Avifaunistische Erfassungen nach den Maßgaben des Niedersächsischen Artenschutzleitfadens finden derzeit statt. Die Ergebnisse sowie die sich daraus ergebenden artenschutzrechtlichen Vorgaben werden zum Entwurf ergänzt.</p> <p>Im Teilbereich 4a und der näheren Umgebung wurden als Rote Liste Arten Feldlerche (3/3)¹, Goldammer (V/-) und Kiebitz (3/2), Wachtel (V/V) nachgewiesen.</p> <p>Der Weißstorch brütete mit einem Paar im 1.000 m Radius.</p> <p>Als weitere Großvögel wurden in der weiteren Umgebung Mäusebussard (3 Brutpaare) und Turmfalke (1 Brutpaar) Waldohreule, Schleiereule und des Steinkauzes erfasst.</p> <p>Unter Beachtung möglicher Abschaltzeiten für den Weißstorch sind keine erheblichen Beeinträchtigungen für Brutvögel ersichtlich.</p> <p>Der Hinweis bezüglich des Pirols wird zur Kenntnis genommen. Gemäß der Anlage I zu § 45b Absatz 1 bis 5 BNatSchG bzw. den Angaben des Niedersächsischen Artenschutzleitfadens handelt es sich hierbei weder um eine kollisionsgefährdete, noch gegenüber den von WEA ausgehenden Störwirkungen empfindliche Vogelart.</p> <p>Zu einer möglichen Beeinträchtigung der Habitatqualitäten kann es kommen, wenn im Zuge des nachfolgenden Planverfahrens Gehölze beseitigt werden. Diese Lebensraumbeeinträchtigungen sind dann im nachgelagerten Planverfahren nach den Maßgaben der Eingriffsregelung auszugleichen.</p>
Bodenbrüter	Baum- u. Strauchnistmöglich- keiten	Vorbereitet Brutmöglichkeiten Nistkästen, Bruthilfen																																																										
Feldlerche	Pirol	Kolmeise, Blaumeise																																																										
Rebhuhn	Mäusebussard	Haussperling, Feldsperling																																																										
Fasan	Habicht	Star																																																										
Kiebitz	Kuckuck	Zaunkönig																																																										
Brachvogel	Waldohreule	Bachstelze																																																										
	Ringeltaube	Schafstelze																																																										
	Aaskrähe	Rotkehlchen																																																										
	Elster	Steinkauz																																																										
	Eichelhäher	Teichhuhn																																																										
	Kohlmeise, Blaumeise	Stockente																																																										
	Buntspecht, Grünspecht	Graugans																																																										
	Buchfink, Grünfink	Turmfalke																																																										
	Gartengrasmücke	Schleiereule (in 43 Jahren 39 erfolgreiche Bruten)																																																										
	Rotkehlchen	Storchennest (Nachbargrund- stück Auf der Tangel 40, regel- mäßig genutzt, mehrere Jahre mit Erfolg gebrütet)																																																										
	Steinkauz																																																											
	Neuntöter																																																											
	Baumläufer																																																											
	Kleiber																																																											

¹ RL-Status NDS/D; V=Vorwarnliste, 3=gefährdet, 2=stark gefährdet

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Bürger 13	<p>Um einen gesamten Überblick über die Vogelwelt zu erhalten, müssen Beobachtungen gemacht werden, wenn sich Zugvögel versammeln. Im Frühjahr, wenn sie ihre Brutgebiete wieder aufsuchen und im Herbst, wenn sie auf dem Weg in ihre Winterquartiere sind.</p> <p>Kraniche und Gänsearten kommen in Schwärmen in drei- bis vierstelliger Anzahl vor.</p> <p>Wir beobachten u. a. Rot- und Schwarzmilane. Sie sind Einzelzieher und fliegen in der Regel nachts. Außerdem nutzen sie die potentiellen Vorrangflächen zur Nahrungsaufnahme. Schwarzschorle, Graureiher, Kormorane und Eisvögel wurden in der Vergangenheit von uns auch bei der Nahrungsaufnahme auf den genannten Flächen beobachtet.</p> <p>Invasionsvögel wie Rauhfußbussard und Silberreiher sind jedes Jahr Wintergäste.</p> <p>Andere Zugvögel wie Stare und Schwalben sind ebenfalls auf Grund ihrer Flughöhen durch die Windräder gefährdet.</p> <p>Die Auswirkungen von Windkraftanlagen auf das Verhalten von Säugetieren (z. B. Reh, Hase, Fuchs, Marder usw.) können noch nicht getroffen werden. Sind hier ebenfalls starke Beeinträchtigungen in deren Lebensweise zu erwarten?</p> <p>Unsere Ausführungen verstehen sich als Ergänzung der durchgeführten faunistischen Gutachten.</p>	<p>In Einklang mit den Anforderungen des Niedersächsischen Artenschutzleitfadens findet auf Flächennutzungsplanebene keine Kartierung von Gastvögeln statt. Dies ist insbesondere aus dem Grund nicht sinnvoll, da es noch keine konkrete Kenntnis zu Anlagenanzahl, -typen und -standorten gibt. Stattdessen findet eine Auswertung vorhandener Daten zu bedeutsamen Gastvogelvorkommen statt. Vorliegend bezieht sich das insbesondere auf den Kranich.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Eine Beeinträchtigung des großräumigen Vogelzuges ist aufgrund der im Regelfall hohen Flughöhen nicht zu erwarten.</p> <p>Kranich, Gänse, Schwarzschorle, Graureiher, Kormoran, Eisvogel, Rauhfußbussard, Silberreiher, Stare und Schwalben gelten gemäß Anlage 1 zu § 45b BNatSchG nicht als kollisionsgefährdete Arten.</p> <p>Der Schwarzmilan wurden nach den vorliegenden Untersuchungen nicht als Brutvogel festgestellt. Der Rotmilan wurde beim Teilbereich 1 im 1.200 m Radius nachgewiesen. Zur Einhaltung des artenschutzrechtes können hier auf der nachgeordneten Genehmigungsplanung Abschaltzeiten notwendig werden.</p> <p>Eine Unzulässigkeit des Vorhabens gegenüber den genannten Vorkommen ist nicht ableitbar.</p> <p>Eine Beeinträchtigung des großräumigen Vogelzuges ist aufgrund der im Regelfall hohen Flughöhen nicht zu erwarten.</p> <p>Die derzeitige Studienlage deutet darauf hin, dass sich für Landsäugetiere überwiegend keine erheblichen Beeinträchtigungen durch Windenergieanlagen ergeben. Meidungseffekte entstehen dabei überwiegend durch bauzeitlich bedingte Störungen. Gemäß einer Studie der Tierärztlichen Hochschule Hannover (2001), bei der die Raumnutzung von Reh, Feldhase und Rotfuchs untersucht wurden, konnte keine grundsätzliche Meidung von Windparks (auch nicht innerhalb des Nahbereichs) festgestellt werden.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Bürger 13	<p>Als Anwohner in dieser Region seit über 40 Jahren und aufmerksame Beobachter der Natur, haben wir einen ständigen Blick auf die oben dargestellte Tierwelt. Diese Beobachtungen decken viele Jahrzehnte ab und haben mit Sicherheit eine große Aussagekraft. Deshalb stehen wir gerne für ein Gespräch mit den Verfassern der faunistischen Gutachten zur Verfügung. So kann ein Austausch der Beobachtungen durchgeführt werden.</p> <p>3. Abschlussbemerkungen</p> <p>Als Anwohnerinnen und Anwohner von potentiellen Vorrangflächen für die Windenergienutzung im Rahmen der 51. Flächennutzungsplanänderung bitten wir die Gemeinde Wagenfeld und den Rat der Gemeinde den zur Zeit geltenden Ratsbeschluss von 3H (z. B. 600m Abstand zu Wohngebäuden bei einer Windkraftanlage von 200m Höhe) im Rahmen des Planungsverfahrens und des Feststellungsbeschlusses beizubehalten.</p> <p>Wir haben - wie oben dargestellt - mit den größten Einschränkungen durch Windkraftanlagen (u. a. Schall- u. Schattenimmissionen, Beeinträchtigung des Landschaftsbildes, mögliche Einschränkungen u. Schäden im Rahmen der Bautätigkeiten) zu leben. Deshalb bitten wir eindringlich darum unsere ganz persönlichen Belange zur Kenntnis zu nehmen und zu berücksichtigen.</p>	<p>Die Gemeinde Wagenfeld berücksichtigt in ihrem Standortkonzept eine Referenzanlage von 200 m und eine harte Tabuzone von 400 m (2H) und eine zusätzliche weiche Tabuzone von 200 m (Gesamttabuzone 600 m – 3H).</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>
14	Einwender 14 49419 Wagenfeld 17.04.2023	Bezugnehmend auf die geplanten Windenergieanlagen in Wagenfeld-Süd teile ich Ihnen mit, dass ich, XX, nicht beabsichtige, mein Wohnhaus, X, auf dem Flurstück XX in Wagenfeld aufzugeben/zu verkaufen.	Die Anregung wird berücksichtigt. Das Standortkonzept wird zur Entwurfsfassung korrigiert. Die entsprechenden harten und weichen Tabuzonen werden zu dem angesprochenen Wohnhaus im Standortkonzept berücksichtigt.
15	Einwender 15 49419 Wagenfeld 16.04.2023	<p>Einwendung</p> <p>gegen das Standortkonzept Windenergie in Wagenfeld (grüne Flächen) links- und rechtsseitig der Straße Bollweg - Gebiet zwischen den Straßen Uferhusloh (rechtsseitig) und Auf der Dalge (linksseitig) - südlich zur Landesgrenze NRW</p> <p>Hiermit erklären wir ausdrücklich, dass wir uns durch die Errichtung und den Betrieb von WKA auf den o. g. Flächen links- und rechtsseitig der Straße Bollweg persönlich betroffen fühlen.</p> <p>In dem Abwägungsprozess sind sowohl öffentliche wie auch private Belange zu berücksichtigen. Dies sehen wir nicht gewahrt. Wir geben somit folgende Einwände ab:</p>	Zu den einzelnen Punkten siehe nachstehend.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 15	<p>Gesundheit</p> <p>Windkraftanlagen verursachen hörbaren Lärm, Infraschall sowie Schattenschlag, die in der derzeitigen Genehmigungspraxis nicht ausreichend berücksichtigt werden. Wir befürchten negative Auswirkungen auf unsere Gesundheit, wie sie im Umfeld von WKA bereits nachgewiesen wurden, darunter Schlafstörungen, Schwindel, Übelkeit, Kopfschmerzen, Konzentrationsschwächen, Herzrasen, Tinnitus, Angstzustände, Depressionen, Herz-Kreislaufkrankungen usw.</p> <p>Forschungsergebnisse zeigen, dass bei einer dauerhaften, tief-frequenten Geräuscheinwirkung auf den menschlichen Körper mit gesundheitlichen Folgen zu rechnen ist. Die hier angenommenen Entfernungen von 600 Metern zu Wohngebieten, bzw. Einzelgehöften sind nicht akzeptabel, denn Infraschall ist auch noch in 10 Kilometern Entfernung messbar.</p>	<p>Die Nutzung der Windenergie birgt keine elementaren Gefahren für den Menschen (im Gegensatz beispielsweise zur Atomkraft) und für die Umwelt (im Gegensatz beispielsweise zur Verbrennung von Kohle oder Gas) und sie kann so betrieben werden, dass die Auswirkungen auf den Menschen deutlich minimiert werden können.</p> <p>Die bundesimmissionsschutzrechtlichen Vorgaben sowie die Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) tragen maßgeblich dazu bei, dass sich die Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch in einem angemessenen Rahmen halten lassen. Nach Stand der aktuell am Markt verfügbaren Anlagentechnik gibt es für die Minderung der Immissionen (zur Hinderniskennzeichnung, Abschaltautomatik Schattenwurf, drehzahlvariable Anlagen mit schalloptimiertem Betrieb) mittlerweile bewährte Lösungen, die in der Summe dazu beitragen, dass eine Gesundheitsgefährdung nicht zu befürchten ist. Der Schutz vor und die Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen beim Betrieb von Windenergieanlagen wird zudem durch ein Genehmigungsverfahren gemäß Bundes-Immissionsschutzgesetz geprüft und sichergestellt.</p> <p>Durch den Betrieb von Windenergieanlagen wird neben hörbarem Schall durch Vibrationen in den Rotoren und im Turm auch Infraschall erzeugt. Dieser liegt allerdings deutlich unterhalb der menschlichen Hör- und Wahrnehmungsschwelle. Gesundheitsrelevante Wirkungen von Infraschall wurden bislang nur bei Pegeln oberhalb der Hörschwelle nachgewiesen. Nach aktuellen Erkenntnissen liegen Infraschall-druckpegel in einigen hundert Metern Entfernung zu einer modernen Windenergieanlage in der Größenordnung von 60 dB, und in einem Abstand von etwa 1.000 Meter tragen WEA nicht mehr nennenswert zur Erhöhung des Infraschallpegels der Umgebung bei.²</p> <p>Bisher liegen keine wissenschaftlich abgesicherten Studien vor, die zeigen, dass Infraschall auch unterhalb der Hör- oder Wahrnehmungsschwelle gesundheitliche Wirkungen haben kann. Auch ist eine unbewusste Wahrnehmung von schwachem Infraschall laut Experten und Expertinnen höchst unwahrscheinlich. Gesundheitsschädigende Auswirkungen durch Infraschall, der von WEA ausgeht, lassen sich somit ausschließen.³</p>

² Fachagentur Windenergie an Land: Kompaktwissen: Infraschall und Windenergie, Januar 2022

³ https://redaktion.hessen-agentur.de/publication/2021/3659_20211014_Fakten-Update_WindenergieundInfraschall_Web2.pdf

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Einwender 15	<p>Sämtliche Schlafräume und Kinderzimmer unseres Hauses befinden sich in süd-westlicher Richtung. Da wir hauptsächlich Süd/West-Wind in unserer Region haben, befürchten wir eine massive Zunahme der Lärmbelästigung, insbesondere die Störung unserer Nachtruhe und Einschränkungen aufgrund von Lichteffekten. Auch unsere Terrassen und der Balkon sind nach Süden ausgerichtet und gebaut. WKA bedeuten einen Verlust des Erholungswertes und erzeugen eine bedrohliche und bedrückende Wirkung an den Orten, die uns zur Erholung und Entspannung zur Verfügung stehen.</p> <p>Immobilie</p> <p>Eine Errichtung von WKA führt unweigerlich zur Wertminderung unseres Hauses bzw. Grundstücks. Das betrifft unsere Altersvorsorge, weil bei einem Verkauf unserer Immobilie mit einem geringeren Erlös gerechnet werden muss oder im schlimmsten Fall unverkäuflich bleibt. Außerdem beeinträchtigt eine WKA das Erbe unserer Kinder und Enkel, weil der Wert von Haus und Grundstück gemindert wird.</p> <p>Welche öffentlichen Gründe stehen dafür, dass wir eine Wertminderung unseres Eigentums aufgrund der Errichtung von WKA in Kauf nehmen sollen und persönlichen und finanziellen Schaden dadurch erleiden? Keine! Deshalb ist eine Ausweisung der Gebiete und eine Errichtung zu versagen. Im Falle der Errichtung der WKA durch die Versagung der Würdigung unserer Argumente gegen die Errichtung, erwarten wir Schadenersatz durch den Projektierer/Betreiber der Anlagen.</p>	<p>Ab bestimmten Entfernungen ist der Infraschall, der von Windenergieanlagen ausgeht, nicht mehr vom Hintergrundschall zu unterscheiden. Die deutschlandweite Befragung der Immissionsschutzbehörden über Konflikte mit Infraschall und tieffrequenten Geräuschen im Rahmen der UBA Machbarkeitsstudie⁴ ergab keinen wissenschaftlichen Beleg (z.B. Messbericht) für einen tatsächlich auf Infraschall zurückzuführenden Immissionskonflikt aus dem Umfeld von Bestandswindenergieanlagen. Hinsichtlich der Infraschallpegel macht es keinen Unterschied, ob ein Wohnhaus in 250 m Entfernung von Meeresbrandung oder einem Windrad steht.</p> <p>Siehe vorstehendes.</p> <p>Die Beurteilung, ob eine Windkraftanlage als wertmindernder Faktor gesehen wird, hängt vom Einzelfall ab und beruht sowohl auf objektiven als auch auf subjektiven Kriterien. Bei der objektiven Betrachtungsweise steht die klare Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben im Mittelpunkt. Auf Genehmigungsebene ist gutachterlich nachzuweisen, dass die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden. Dann werden die Windenergieanlagen objektiv keinen wertmindernden Einfluss auf Immobilien haben.</p> <p>Im neuen § 2 Satz 1 EEG heißt es ausdrücklich, dass die Errichtung und der Betrieb von Anlagen für erneuerbare Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen.</p> <p>Mit dieser 51. Änderung trägt die Gemeinde Wagenfeld einerseits dem vorsorgenden Schutz auch von Außenbereichswohnnutzungen durch eine Tabuzone von insgesamt 600 m (3H weiche Tabuzone) Rechnung und sichert Freiräume für die Naherholung. Andererseits wird mit den getroffenen Darstellungen der Windenergienutzung in substantieller Weise Raum gegeben und das überragende öffentliche Interesse an der Errichtung und dem Betrieb von Anlagen für erneuerbare Energien berücksichtigt. Insofern stellt die Planung das Ergebnis eines ausgewogenen Abwägungsprozesses zwischen öffentlichen und privaten Belangen dar.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Einwender 15	<p>Naturschutz</p> <p>Durch die Errichtung der WKA wird das bestehende Landschaftsbild zerstört. WKA sind eine große Gefahr für Vögel, die die Geschwindigkeit der Rotoren nicht einschätzen können und für die ansässigen Fledermäuse, denen durch den Luftdruck die Lungen platzen. Gerade bei uns finden Zugvögel wie Kraniche, Wildenten und Wildgänse reichlich Nahrung auf den angrenzenden Weiden und Äckern. Auch ein Storchpaar hat sich seit einigen Jahren in unmittelbarer Nähe eingefunden und brütet in einem extra dafür erbauten Horst. Wir befürchten, dass auch geschützte Arten Opfer der WKA werden und deren Fortbestand gefährdet sind.</p>	<p>Der Hinweis bezüglich des Landschaftsbildes wird zur Kenntnis genommen. Durch den Bau von WEA entstehende Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sind nach den Maßgaben der Eingriffsregelung zu berücksichtigen. Die Gemeinde Wagenfeld stellt den unveränderten Erhalt des Landschaftsbildes in den Wirkradien der Teilbereiche in ihrer Abwägung hinter die Belange der Windenergienutzung und des Klimaschutzes zurück. Eine unzumutbare Verunstaltung oder Zerstörung des Landschaftsbildes sieht sie nicht gegeben. Dabei ermöglicht es gerade die vorliegende Planung, eine räumliche Steuerung der Windenergienutzung im Gemeindegebiet zu erzielen und dadurch einer Überlastung der Landschaft mit Windenergieanlagen entgegenzuwirken.</p> <p>Die Hinweise bezüglich der Rast- und Brutvögel werden zur Kenntnis genommen. Kraniche, Wildenten und Gänse gelten gemäß Anlage 1 zu § 45b BNatSchG nicht als kollisionsgefährdet.</p> <p>Nach den Ergebnissen der Brutvogeluntersuchungen 2023 brütete der Weißstorch im 1.000m Radius zum Teilbereich 1. Für den Weißstorch können auf der nachgeordneten Ebene zur Einhaltung des Artenschutzrechtes Abschaltzeiten notwendig werden.</p> <p>Bezüglich der Fledermäuse erfolgt im Einklang mit den Anforderungen des Artenschutzleitfadens keine systematische Erfassung, da sich die artenschutzrechtlichen Belange im Rahmen des Genehmigungsverfahrens im Regelfall durch Abschaltscenarien lösen lassen.</p> <p>Bezüglich der Gastvögel erfolgt die Auswertung vorliegender Bestandsdaten. Ein erhöhtes Kollisionsrisiko kann dabei aufgrund der hohen Störfähigkeit ausgeschlossen werden. Beeinträchtigungen durch Scheuch- und Vertreibungswirkungen sind jedoch nicht ausgeschlossen. Ihnen kann jedoch in Form von Ausgleichsmaßnahmen begegnet werden, so dass sich der Erhaltungszustand der lokalen Population nicht verschlechtert.</p> <p>Eine artenschutzrechtliche Unzulässigkeit ist nicht ableitbar.</p> <p>Beeinträchtigungen von Wechselbeziehungen der Gastvögeln mit den umliegenden EU-Vogelschutzgebieten durch die zur Entwurfsfassung dargestellten Sondergebiete für die Windenergienutzung werden nicht prognostiziert.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Einwender 15	<p>Wirtschaftlichkeit</p> <p>Die ausgewiesenen Flächen sind sehr klein und wahrscheinlich nur jeweils für eine WKA ausreichend. Deshalb kann es nicht wirtschaftlich sein, eine komplett neue Infrastruktur für Einzelanlagen zu schaffen und wertvolle Ressourcen zu verschwenden. Eine „Verspargelung“ der Landschaft kann nicht das Ziel der Gemeinde Wagenfeld sein.</p> <p>Daher bitten wir, den aktuellen Entwurf des Flächennutzungsplanes wie folgt weiterzuentwickeln: Für die Ausweisung von neuen Windkraftkonzentrationszonen stellt die Gemeinde Wagenfeld ausschließlich Flächen bereit, die eine Gesamtgröße von über 30 ha aufweisen und der Anlagenstandort Platz für mindestens 3 WKA (Referenzanlagen) bereitstellt. Vereinzelte sog. Splitterflächen werden nur zu der Konzentrationsfläche hinzugerechnet, wenn deren Abstand zueinander keine 500 m überschreitet.</p> <p>Die genannten Einwendungen sind unsere persönlichen und keine gleichförmigen Einwendungen und stehen vorbehaltlich weiterer vertiefender Einwendungen.</p> <p>Aus den genannten Gründen lehnen wir das Standortkonzept für die Errichtung von WKA im Bereich links- und rechtsseitig der Straße Ballweg ausdrücklich ab.</p> <p>Eine evtl. Genehmigung von WKA in diesen Gebieten, stellt für uns eine Verletzung mehrerer öffentlicher und unserer privaten Belange dar.</p>	<p>Im Rahmen der Vorentwurfsfassung waren umfangreichere Sondergebiete für die Windenergienutzung dargestellt worden als erforderlich, um der Windenergienutzung in substanzieller Weise Raum zu geben, auch um zusätzliche Informationen zu den einzelnen Teilbereichen im Zuge der Beteiligungsverfahren nach § 3 (1) BauGB und § 4 (1) BauGB zu gewinnen.</p> <p>Zur Entwurfsfassung erfolgt jedoch eine Reduzierung auf die für die Windenergienutzung geeignetsten Bereiche bzw. auf die Teilbereiche 1a bis 1d, 4a und 6a bis 6c. Bei den Teilbereichen 1 und 6 handelt es sich um Bestandsstandorte (nördlich Wagenfeld und nördlich Ströhen), auf denen bereits Windenergieanlagen vorhanden sind. Auf die Teilbereiche 2, 3, 4b, 5a bis 5e und 7 wird zur Entwurfsfassung verzichtet. Es wurde der Nachweis erbracht, dass der Windenergienutzung mit den zur Entwurfsfassung getroffenen Darstellungen in substanzieller Weise Raum gegeben wird. Mit der Reduzierung der Teilbereiche erfolgt auch eine Entlastung des Landschaftsraumes. Einer Verspargelung der Landschaft wird entgegengewirkt.</p> <p>Der Anregung zur Festlegung wird nicht gefolgt. Zur Entwurfsfassung erfolgt jedoch eine Reduzierung auf die für die Windenergienutzung geeignetsten Bereiche bzw. auf die Teilbereiche 1a bis 1d, 4a und 6a bis 6c.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>
16	Biologische Schutzgemeinschaft Hunte-Weser-Ems e. V. (BSH) 18.04.2023	<p>Die Biologische Schutzgemeinschaft Hunte-Weser nimmt zur geplanten Ausweisung von Sonderflächen für Windenergie im Ortsteil Wagenfeld-Förlingen am Rande des Oppenweher Moores wie folgt Stellung:</p> <p>Die im Rahmen der 51. Änderung des Flächennutzungsplanes angestrebte Einrichtung von Vorranggebieten für Windenergie am Rande des Oppenweher Moores wird abgelehnt.</p>	


Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung BSH	<p>Zur Begründung:</p> <p>Moorgebiete/Klimaschutz:</p> <p>Die Errichtung von Windenergieanlagen mit entsprechenden Fundamenten sowie deren Erschließung durch zusätzliche befestigte Straßen auf moorigen Böden führt zu einer erheblichen Freisetzung von CO₂ und ist daher aus Sicht des Klimaschutzes kontraproduktiv! Der nationalen Moorschutz-Strategie entsprechend ist die Freisetzung von in Moorböden gespeichertem CO₂ zu vermeiden.</p> <p>Die Wiedervernässung von Mooren als Notwendigkeit für den Klimaschutz hat gerade im Landkreis Diepholz einen sehr hohen Stellenwert, denn er zählt zu den Landkreisen, deren entwässerte Moore allein im Jahr 2020 über 500.000 bis 1.000.000 Tonnen CO₂-Äquivalente freigesetzt haben! (Vgl. Mooratlas 2023.)</p> <p>Artenschutz:</p> <p>Ein Vorsorgeabstand von lediglich 75 m zu Naturschutz- und EU-Vogelschutzgebieten widerspricht der Zielsetzung des Artenschutzes! 75 m entsprechen nicht einmal der Rotorlänge einer nach heutigem Stand üblichen WEA. Diese beträgt 80 m. (Vgl. technische Daten Enercon E-160 EP5 E2.) Eine solche Anlage könnte sogar in das Schutzgebiet hineinragen.</p> <p>Vor dem Hintergrund, dass insbesondere Vogel- und Fledermausarten z.B. für die Nahrungssuche die Schutzgebiete verlassen (müssen), ist ein Vorsorgeabstand zu wählen, der die Kollisions- und Verdrängungsgefahr mit hinreichend großer Sicherheit ausschließen kann.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zum Stellenwert des Moorschutzes/Klimaschutz in Verbindung mit der Windkraftplanung sei in diesem Zusammenhang ergänzend auf die Begründung des Landesraumordnungsprogramms zu 3.1.1. Ziffer 07 hingewiesen, dass ein Vorranggebiet Torferhalt einer Windenergienutzung in der Regel nicht entgegensteht. Grundlage dafür sind vorliegende Berechnungen, wonach je nach Größe des Fundaments und des benötigten Ausbaus der Zuwegung – unter Berücksichtigung der Abstandsflächen, bis die nächste WEA errichtet werden kann, ca. 0,5 bis etwas über 2 % des Torfvolumens für die Errichtung der WEA entfernt werden. Dies wird als nicht erhebliche Beschleunigung der Torfzehrung gewertet.</p> <p>Im vorliegenden Fall wird aufgrund der hohen Bedeutung der Flächen für Natur und Landschaft, der Moornähe bzw. der Nähe zu den Schutzgebieten und der Bedeutung für die Vogelwelt auf die Darstellung der Teilbereiche 3a und 3b für die Windenergienutzung zur Entwurfsfassung verzichtet. Der Verzicht erfolgt aus Vorsorgegründen. Dabei wird auch in die Abwägung eingestellt, dass es sich um zwei kleinere, in deutlichem Abstand zueinander befindliche Sondergebiete handelt, die eher schlecht geeignet sind, eine Konzentrationswirkung zu erzielen und dabei vergleichsweise große Auswirkungen auf das Landschaftsbild und das Landschaftserleben haben. Voraussichtlich wäre in den beiden Teilbereichen 3a und 3b nur jeweils eine Windenergieanlage zu errichten. Daher wird trotz des im EEG verankerten übertragenden öffentlichen Interesses der Nutzung der erneuerbaren Energien auf die Teilbereiche 3a und 3b verzichtet. Auch ohne die Darstellung der Teilbereiche 3a und 3b wird der Windenergie in substantieller Weise Raum gegeben. Ein entsprechender Nachweis wird in der Begründung erbracht.</p> <p>Eine weitere Abwägung zu den einzelnen Punkten ist damit entbehrlich.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung BSH	<p>Empfehlungen für aus fachlicher Sicht gebotene Schutzabstände wurden von den Länderarbeitsgemeinschaften der Vogelschutzwarten (LAG VSW) veröffentlicht</p> <p>Darin heißt es auf Seite 7:</p> <p><i>„Die Betroffenheit der einzelnen Arten beruht nicht nur auf dem Kollisionsrisiko, sondern auf verschiedenartigen Wirkungen. Neben dem Risiko, mit den Rotoren von WEA und teils auch mit deren Masten zu kollidieren oder aufgrund von Verwirbelungen abzustürzen, sind auch Störwirkungen durch die Bewegung der Rotoren, durch Geräuschemissionen der WEA oder durch Wartungsarbeiten zu verzeichnen. [...] Auch Erschließungen können Lebensräume verändern, etwa durch neue Wegenetze in vormals unzerschnittenen Landschaften. Dies kann zu dauerhafter Beeinträchtigung der Lebensräume, Aufgabe von Brutplätzen oder auch dauerhaft reduziertem Bruterfolg führen, etwa durch die Begünstigung von Prädatoren. Viele Arten zeigen gegenüber WEA ein deutliches Meideverhalten, zudem können WEA bzw. Windparks Barrierewirkungen zwischen wichtigen Teillebensräumen von Arten entfalten.“</i></p> <p>Vor dem Hintergrund der genannten Gefährdungen wird ein Mindestabstand von mindestens 1200 m zu europäischen Vogelschutzgebieten und allen Schutzgebietskategorien nach nationalem Naturschutzrecht mit WEA sensiblen Arten im Schutzzweck bzw. in den Erhaltungszielen gefordert.</p> <p>Die Errichtung von Windenergieanlagen in unmittelbarer Nähe des Oppenweher Moores ist daher sowohl aus Sicht des Klimas als auch des Artenschutzes weder geboten noch zielführend und wird aufgrund der beschriebenen negativen Auswirkungen abgelehnt.</p>	

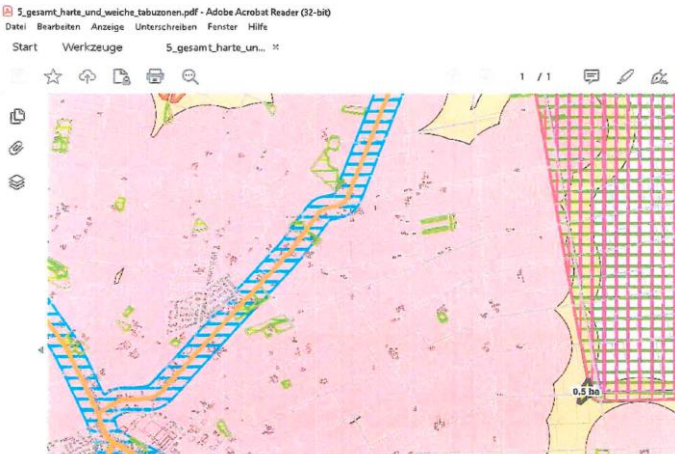
Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
17	<p>RAe Kanzlei Bremen 28217 Bremen</p> <p>18.04.2023</p>	<p>In vorbezeichneter Angelegenheit zeigen wir an, dass uns Herr XX (XX, 49419 Wagenfeld) beauftragt hat. Die Kopie einer uns legitimierenden Vollmacht liegt an.</p> <p>Herr XX ist Sprecher der Eigentümergemeinschaft „XX“. Die Eigentümergemeinschaft besteht aus den weiteren Mitgliedern XX</p> <p>Hiermit möchten wir zum vorliegenden Entwurf Stellung nehmen:</p> <p>Die Mitglieder der Eigentümergemeinschaft „XX“ halten diverse landwirtschaftliche Flächen in der Gemeinde Wagenfeld. Gemeinsam ist die Errichtung von bis zu drei Windenergieanlagen beabsichtigt. In einem der Vorentwürfe zur 51. Änderung des Flächennutzungsplans war der angesprochene Bereich bereits einmal als Potenzialfläche enthalten. Aus dem aktuellen Entwurf wurde die Potenzialfläche allerdings wieder gestrichen, weil einer Ausweisung militärische Belange entgegenstehen sollen (Hubschraubertieffluggebiet).</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es gab keinen weiteren Vorentwurf zur 51. Änderung.</p> <p>Im Standortkonzept Windenergie war in dem angesprochenen Bereich nordöstlich von Wagenfeld zunächst eine 1,4 ha große Potenzialfläche nach Abzug der harten und weichen Tabuzonen erkannt worden. Aufgrund der Betroffenheit der Potenzialfläche von den militärischen Korridoren ist diese Fläche aber nicht weiterverfolgt worden. Die Gemeinde bewertet die in ihrem Gebiet befindlichen Hubschraubertiefflugkorridore, insoweit sich in ihnen keine Bestandsanlagen befinden, wie beschrieben nun als weiches Tabukriterium. Auch dies führt dazu, dass die genannte Fläche von 1,4 ha nicht für die Windenergienutzung zur Verfügung steht.</p> <p>Der Flächenvorschlag des Einwenders (gemäß Karte im Anhang des Einwenderschreibens) stimmt nicht mit den Kriterien der Gemeinde/ des Standortkonzeptes überein und kommt daher zu anderen Abgrenzungen.</p>

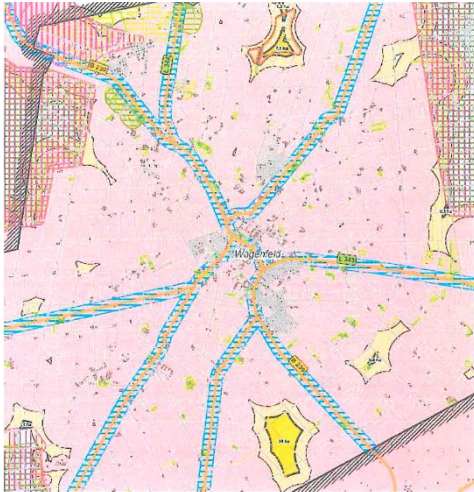
Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 17	<p>Unser Mandant bittet für sich und die Eigentümergemeinschaft „XX“ um Wiederaufnahme des Potenzialgebietes in die weiteren Prüfungen und Überlegungen zur Ausweisung weiterer Windkonzentrationszonen. Die mögliche Abgrenzung der Potenzialfläche entnehmen Sie bitte der als Anlage beigefügten Übersichtskarte vom 13. Januar 2023. Die Potenzialfläche wird darin durch die äußere grüne Linie abgegrenzt und entspricht den weiteren Planungskriterien der Gemeinde (insb. 400 m Mindestabstand zu Wohngebäuden).</p> <p>Zwar liegt der Bereich nach Kenntnis unserer Mandantschaft tatsächlich im Bereich eines militärischen Tiefflugkorridors für Hubschrauber; es ist jedoch nicht das gesamte Gebiet betroffen, insbesondere liegen jedenfalls einzelne der geplanten Anlagenstandorte eher im randlichen Bereich des Tiefflugkorridors. Im Übrigen befinden sich in etwa 800 Metern Entfernung südwestlich der vorgeschlagenen Erweiterung bereits Windenergieanlagen im Bereich des Tieffluggebietes, ohne dass es zu Konflikten mit militärischen Belangen kommt. Dies zeigt, dass nicht jede Windenergienutzung das Tieffluggebiet derart beeinträchtigt, dass die Funktionsfähigkeit entfielen. Zudem hat unsere Mandantschaft aus Gesprächen ihres Kooperationspartners mit der Bundeswehr in Erfahrung gebracht, dass es künftig sehr wahrscheinlich zu Änderungen hinsichtlich des betroffenen Tieffluggebietes (ggfs. Verlegung) kommen wird.</p>	<p>Der Anregung zur Aufnahme der Potenzialfläche wird aus folgenden Gründen nicht gefolgt: Nach den der Gemeinde vorliegenden Unterlagen des Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz (Abfrage zuletzt aus Mai 2023) sind die im Anhang des Einwenderschreibens aufgezeigten Flächen vollständig von militärischen Korridoren betroffen.</p> <p>Zur Entwurfsfassung werden die militärischen Korridore, insoweit sich in ihnen keine Bestandsanlagen befinden, aus Vorsorgegründen als weiche Tabuzone gewertet. Auf den von militärischen Korridoren betroffenen Flächen ist mit Einschränkungen zu rechnen. Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zu dieser 51. Änderung nach § 4 (1) BauGB hat das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr mit Schreiben vom 23.03.2023 mitgeteilt, dass es im Hubschraubertiefflugkorridor zu Ablehnungen von Genehmigungsverfahren kommen wird. Die vom Land Niedersachsen in Auftrag gegebene Windpotenzialstudie, die im Entwurf (Stand Ende Mai 2023) vorliegt, stuft Flächen, die von militärischen Korridoren betroffen sind und auf denen bisher keine Windenergieanlagen stehen, ebenfalls als Ausschlussflächen für die Windenergienutzung ein (siehe auch S. 6 der erläuternden Präsentation zur Flächenpotenzialanalyse Windenergie an Land in NI (Win-NiePot) des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz).</p> <p>Die Gemeinde Wagenfeld sieht sich damit insgesamt mit der Einstufung der militärischen Belange als weiche Tabuzone aus Vorsorgegründen richtig aufgestellt. Auch ohne diese Flächen in militärischen Korridoren hat die Berechnung ergeben, dass der Windenergienutzung in substantieller Weise Raum gegeben wird.</p> <p>Der Umgang mit dem Bestandwindpark ist nachvollziehbar und wird beibehalten: Denn auf der Fläche des Bestandwindparks kam und kommt es zu keinen Konflikten mit Nutzungen der Bundeswehr. Es kann somit für diese Fläche die sichere Annahme getroffen werden, dass diese Fläche nicht von der Nutzung durch Windenergie freigehalten werden muss. Rückschlüsse auf andere Flächen, die sich in Hubschraubertiefflugkorridoren befinden, können daraus jedoch nicht gezogen werden. Dass dem Bestandwindpark nördlich von Wagenfeld ein besonderes Gewicht beigemessen wird, entspricht auch der Rechtsprechung des OVG Lüneburg, wonach errichtete Windenergieanlagen einen besonderen Abwägungsbelang darstellen (OVG Lüneburg, Ur. v. 7.2.2020 – 12 KN 75/18). Grund dafür sind insbesondere das Interesse der Anlagenbetreiber an einem Repowering zusammen mit vorhandenen Gewöhnungseffekten bei Anwohnern und benachbarter Fauna sowie eine weiterverwendbare Infrastruktur (mit ihren vorhandenen Flächenversiegelungen) (Rn. 66 der o.g. Entscheidung).</p> <p>Zudem war die nach Abzug der harten und weichen Tabuzonen erkannten Potenzialflächen nur 1,4 ha groß. Der überwiegende Teil der vom Einwender angesprochenen Flächen ist auch von weichen Tabuzonen zu Außenbereichswohnnutzungen betroffen. Die weichen Tabuzonen hat die Gemeinde Wagenfeld aus Vorsorgegründen zum Schutz der Anwohner vor einer erdrückenden Wirkung getroffen.</p>

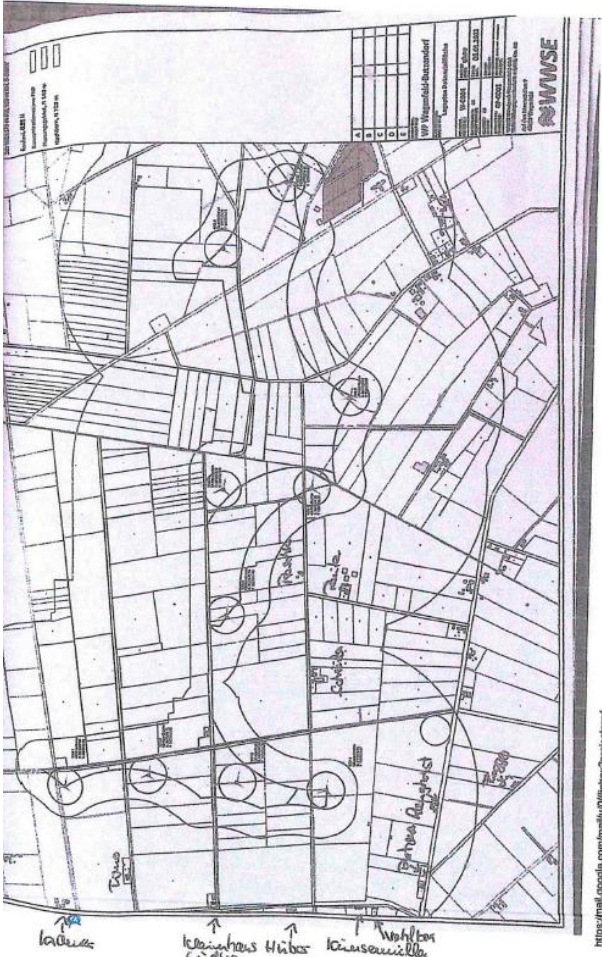
Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Einwender 17	<p>Auch sei an dieser Stelle auf die besondere Bedeutung der erneuerbaren Energien und insbesondere der Windenergienutzung hingewiesen. Im neuen § 2 Satz 1 EEG heißt es ausdrücklich, dass die Errichtung und der Betrieb von Anlagen für erneuerbare Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Auch wenn diese Belange gemäß § 2 Sätze 2 und 3 EEG keinen Vorrang gegenüber belangen der Landes- und Bündnisverteidigungen haben, stehen sie diesen Belangen jedoch jedenfalls gleichrangig gegenüber. Vor dem Hintergrund, dass an anderer Stelle bereits Windenergieanlagen ohne Beeinträchtigung des Tieffluggebietes betrieben werden, auch hier teilweise nur Randbereiche des Korridors betroffen sind und die Bundeswehr bereits Änderungen bezüglich des Tieffluggebietes angedacht hat, bitten wir namens unserer Mandatschaft nochmals darum, die Möglichkeit der Ausweisung der vorgeschlagenen Potenzialfläche - oder ggf. auch Teilflächen davon - in Abstimmung mit der Bundeswehr zu prüfen und den Bereich nicht von vornherein für die Windenergienutzung auszuschließen. Das würde der Bedeutung der erneuerbaren Energien nicht gerecht werden.</p> <p>Sofern ein verträgliches Miteinander der Nutzungen darstellbar ist oder der Tiefflugkorridor künftig ganz entfallen sollte, sollte die Fläche ausgewiesen werden. Der Zusammenschluss der diversen Flächeneigentümer in dem Bereich der hier vorgeschlagenen Erweiterungsfläche zeigt, dass die Windenergienutzung in diesem Bereich gewünscht ist und auf große Akzeptanz stoßen würde.</p>	<p>Die Gemeinde Wagenfeld hat im Mai 2023 die militärischen Belange erneut beim Ministerium abgefragt. Gegenüber der bisherigen - im Vorentwurf der 51. Flächennutzungsplanänderung - zugrunde gelegten Trasse haben sich in dem vom Einwender angesprochenen Bereich keine Änderungen ergeben.</p> <p>Die Bewertung der Hubschraubertiefflugkorridore als weiches Tabukriterium beruht auf einer umfassenden und aktuellen Informationsgrundlage. Es erfolgten zum einen zwei Abfragen beim niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz hinsichtlich der militärischen Belange, die letzte im Mai 2023. Zum anderen wurde das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr beteiligt. Das Bundesamt hat dann mit Schreiben vom 21.03.2023 Stellung genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Das „überragende öffentliche Interesse“ i.S. d. § 2 Satz 1 und 2 EEG an der Förderung und dem Ausbau der Windenergie wird in der Abwägung zur Entwurfsfassung ausführlicher thematisiert.</p> <p>Die Gemeinde verkennt das in § 2 Satz 1 EEG formulierte überragende öffentliche Interesse für erneuerbare Energien in keinsten Weise. Gleichwohl sind im Zuge der Planung auch die militärischen Belange in die Abwägung einzustellen. Diese überwiegen aus Sicht der Gemeinde hier aus den beschriebenen Gründen das öffentliche Interesse für erneuerbare Energien: Auf den von militärischen Korridoren betroffenen Flächen ist mit Einschränkungen zu rechnen. Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zu dieser 51. Änderung nach § 4 (1) BauGB hat das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr mit Schreiben vom 23.03.2023 mitgeteilt, dass es im Hubschraubertiefflugkorridor zu Ablehnungen von Genehmigungsverfahren kommen wird. Die vom Land Niedersachsen in Auftrag gegebene Windpotenzialstudie, die im Entwurf (Stand Ende Mai 2023) vorliegt, stuft Flächen, die von militärischen Korridoren betroffen sind und auf denen bisher keine Windenergieanlagen stehen, ebenfalls als Ausschlussflächen für die Windenergienutzung ein (siehe auch S. 6 der erläuternden Präsentation zur Flächenpotenzialanalyse Windenergie an Land in NI (WinNiePot) des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz).</p> <p>Der Gemeinde Wagenfeld liegen keine Informationen über einen Entfall der militärischen Belange vor. Soweit sich dieser Sachverhalt ändern sollte, wird die Gemeinde die nebenstehende Anregung in eine erneute Abwägung einstellen.</p>



Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Einwender 17	<p>Die mündlichen Auskünfte der Bundeswehr gegenüber dem Kooperationspartner unserer Mandantschaft zeigen, dass die Betroffenheit militärischer Belange hier noch nicht abschließend geklärt ist und weitere Abstimmungen erforderlich und zweckmäßig sind; es besteht kein Grund die hier vorgeschlagene Potenzialfläche bereits zum jetzigen Zeitpunkt aus der weiteren Betrachtung auszuschließen. Zu überlegen wäre auch, ob die Frage der Vereinbarkeit der Windkraftnutzung mit den militärischen Belangen vor diesem Hintergrund nicht zur abschließenden Klärung auf das Zulassungsverfahren nach BImSchG verlagert werden kann.</p> <p>Herr XX wird Sie auch außerhalb des Beteiligungsverfahrens weiter über die Entwicklungen bzgl. dieser Fläche informiert halten.</p> <p>Wir bitten um Berücksichtigung der Stellungnahme im weiteren Verfahren.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> 

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
18	Einwender 18 18.04.2023	<p>Zunächst einmal möchten wir klarstellen, dass wir grundsätzlich für die Energiewende, auch durch den Einsatz von Windenergie, sind. Wir begrüßen es daher sehr, dass sich die Gemeindeverwaltung erneut dieses Themas angenommen und einen Planentwurf erarbeitet hat, um eine sogenannte „Verspargelung“ der Landschaft mit Windkraftanlagen zu verhindern. Wir bitten jedoch darum, dass die Gemeinde Wagenfeld für die Ausweisung von neuen Windkraftkonzentrationszonen ausschließlich Flächen bereitstellt, die eine Gesamtgröße von über 30 ha aufweisen und dass der Anlagenstandort Platz für mindestens 3 WEA (Referenzanlagen) aufweist.</p> <p>Uns ist bewusst, dass der Planentwurf mit einem großen Kosten- und Arbeitsaufwand verbunden ist und wir möchten uns hierfür bedanken.</p> <p>Wir wohnen am Flöthweg im Bereich zwischen Maschweg und Mindener Straße sowie an den jeweiligen Stichstraßen. Aufgrund des vorgestellten Planes mit den ausgewiesenen harten und weichen Tabuzonen waren wir zunächst nicht beunruhigt, da das Gebiet am „Neustädter Moor“ als „grüne Fläche“ eingezeichnet ist und es sich somit um eine weiche Tabuzone handelt, also für die Planung von Windkraftanlagen nicht in Frage kommt.</p> <p>Rein zufällig haben wir dann erfahren, dass die Windpark XX Entwicklungsgesellschaft bereits seit längerem die Flächeneigentümer innerhalb der „grünen Flächen“ kontaktiert und versucht, mit diesen Nutzungsverträge abzuschließen. Wir können uns nicht vorstellen, dass dieses in Abstimmung mit der Gemeindeverwaltung geschieht.</p> <p>Für uns würde es bedeuten, dass vier Windkraftanlagen unmittelbar am Rande des Naturschutzgebietes „Neustädter Moor“ errichtet werden würden. Ob der Abstand zu unseren Wohnhäusern 600 m betragen würde, ist derzeit fraglich.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Anregung zur Festlegung einer Mindestgröße wird nicht gefolgt. Zur Entwurfsfassung erfolgt jedoch eine Reduzierung auf die für die Windenergienutzung geeignetsten Bereiche bzw. auf die Teilbereiche 1a bis 1d, 4a und 6a bis 6c. Bei den Teilbereichen 1 und 6 handelt es sich um Bestandsstandorte (nördlich Wagenfeld und nördlich Ströhen), auf denen bereits Windenergieanlagen vorhanden sind. Auf die Teilbereiche 2, 3, 4b, 5a bis 5e und 7 wird zur Entwurfsfassung verzichtet. Es wurde der Nachweis erbracht, dass der Windenergienutzung mit den zur Entwurfsfassung getroffenen Darstellungen in substantieller Weise Raum gegeben wird. Mit der Reduzierung der Teilbereiche erfolgt auch eine Entlastung des Landschaftsraumes. Einer Verspargelung der Landschaft wird entgegen gewirkt.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Gemeinde stellt zunächst im Rahmen dieser 51. Änderung die für die Windenergienutzung geeignetsten Flächen heraus. Es bleibt im Unklaren, was mit „grüner Fläche“ gemeint ist. In Teilbereich 1 sind bereits Windenergieanlagen. Der Gesetzgeber hat die Voraussetzungen für ein Repowering vereinfacht. Ein Repowering der vorhandenen Windenergieanlagen wäre auf der Grundlage von § 16b BImSchG voraussichtlich ohne diese Flächennutzungsplanänderung genehmigungsfähig.</p> <p>Eine Darstellung von Sondergebietsflächen für die Windenergienutzung am Randbereich des Neustädter Moors ist nicht beabsichtigt.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Einwender 18	<p>Wir wohnen und leben hier im Zusammenspiel mit der Landwirtschaft und in großer Nähe zur Natur. Das NSG „Neustädter Moor“ liegt in unmittelbarer Nachbarschaft - es ist zum größten Teil Bestandteil des gleichnamigen FFH-Gebietes, des EU-Vogelschutzgebietes „Diepholzer Moorniederung“ und europaweit bedeutsam als Rastplatz für Kraniche. Zudem dient es vielen weiteren Zugvögeln als Rastgebiet und vielen Standvögeln als Lebensraum. Darunter befinden sich vom Aussterben bedrohte Limikolen wie der Große Brachvogel und die ebenfalls sehr selten gewordene Waldschnepfe, die im Bereich des Schnepfenwegs ein Habitat hat.</p> <p>Wir appellieren daher an Sie, die „grünen Flächen“ nicht zur Bebauung freizugeben und würden es sehr begrüßen, wenn in unserer Gemeinde nur eine größere Fläche - diese aber konzentriert - mit Windkraftanlagen bebaut würde.</p> <p>Uns ist klar, dass das Scheitern des Planes der Gemeindeverwaltung für uns alle die denkbar schlechteste Lösung ist und wir danken Ihnen für Ihren Einsatz und Ihre Bemühungen.</p> 	<p>Eine Darstellung von Sondergebietsflächen für die Windenergienutzung am Randbereich des Neustädter Moors ist nicht beabsichtigt. Bei dem Neustädter Moor handelt es sich um ein Feuchtgebiet internationaler Bedeutung, welches als EU-Vogelschutzgebiet, FFH-Gebiet und Naturschutzgebiet gesichert ist. Aufgrund der räumlichen Nähe können erhebliche Beeinträchtigungen der Schutzziele durch den Bau und Betrieb von WEA nicht ausgeschlossen werden.</p> <p>Die vorliegende Planung entfaltet eine Ausschlusswirkung von Windenergieanlagen im gesamten Gemeindegebiet, mit Ausnahme der als Sondergebiete für die Windenergienutzung dargestellten Flächen. Eine Darstellung von Sondergebietsflächen für die Windenergienutzung im Neustädter Moor ist nicht beabsichtigt.</p> <p>Als Ergebnis des Abwägungsprozesses werden zum Entwurfstand die bereits bestehenden Windparks (Teilbereiche 1 und 6) sowie der Teilbereich 4a als Sondergebiete für die Windenergienutzung dargestellt. Auf eine Darstellung der übrigen Teilbereiche wird verzichtet.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Einwender 18	 <div data-bbox="544 810 965 1342"> <p>LEGENDE</p> <p>Harte Tabuzonen</p> <ul style="list-style-type: none"> Siedlung harte Tabuzone Infrastruktur, RROP harte Tabuzone Natur und Landschaft harte Tabuzone Regionales Raumordnungsprogramm harte Tabuzone <p>Weiche Tabuzonen</p> <ul style="list-style-type: none"> Siedlung weiche Tabuzone Infrastruktur weiche Tabuzone Natur und Landschaft weiche Tabuzone Regionales Raumordnungsprogramm weiche Tabuzone <p>verbleibende Flächen</p> <ul style="list-style-type: none"> verbleibende Fläche mit Flächengröße in ha nach harten und weichen Tabuzonen <p>Sonstige Informationen</p> <ul style="list-style-type: none"> Bahn (FNP) Straßenverkehrsflächen (NLSIBV) Gemeindegebiet umliegende Gemeinden Vorrangzone für Windenergie </div>	

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Einwender 18		


Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Einwender 18	 <p style="text-align: center;">Windkraft ja, aber am richtigen Platz!</p> <p>Randgebiete des Naturschutzgebietes „Neustädter Moor“ sind ungeeignet.</p> <p>Die schwerwiegenden Folgen eines weiteren Verlustes an Biodiversität werden von Wissenschaftlern mit denen des Klimawandels gleichgesetzt. Deutschland hat sich daher verpflichtet, degenerative Ökosysteme zu revitalisieren und unter Schutz zu stellen.</p> <p>Die Realisierung von Windkraftanlagen am Neustädter Moor widerspricht eindeutig den vereinbarten Zielen aus der Biodiversitätskonferenz in Montreal 2022:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Flächen befinden sich in ausgewiesenen Brut- und Gastvögel-Gebieten mit europäischer Bedeutung, die dadurch massiv gestört werden. - Das Neustädter Moor ist zum größten Teil Bestandteil des gleichnamigen <u>FFH-Gebietes</u> und des <u>EU-Vogelschutzgebietes</u> „Diepholzer Moorniederung“ und europaweit bedeutsam als Kranich-Rastplatz. Eine Bebauung mit Windkraft unmittelbar an der Grenze zu NSG würde zu einer massiven Störung der Kranich- und weiteren Zugvogelbestände führen. <p>Die Bundesregierung hat im Jahr 2022 die „Nationale Moorschutzstrategie“ erlassen, dessen Ziel u.a. die Wiedervernässung der Moore ist. Degenerierte Moore sind für ca. 7,5% der gesamten deutschen CO₂-Emissionen verantwortlich – intakte Moore hingegen speichern sechsmal so viel CO₂ wie Wälder.</p> <p>Die Realisierung von Windkraftanlagen am unmittelbaren Rande des Neustädter Moores widerspricht der Moor- und Vogelschutzstrategie:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Durch die Bebauung mit Windkraftanlagen würde dieser besonders klimarelevante Bereich dauerhaft zerstört. Der Boden würde für Zuwegungen, Kranstellplätze und Fundamente erneut verdichtet. - Seit fünf Jahrzehnten wird das Neustädter Moor mit hohem finanziellen Aufwand wieder vernässt. Bis zu 30 m tiefe Fundamente und Grundwasserabsenkungen für die Windkraftanlagenerrichtung in unmittelbarer Nähe (75 m Abstand zum NSG) sind damit unvereinbar. - Seit 1989 durchgeführte Naturschutzbemühungen würden durch die Errichtung von Windkraftanlagen – einhergehend mit Vogelschlag, Schlagschatten und Rotorenlärm – konterkariert. <p>Ganz geringe Entfernung Windkraft zum EFMK</p> <p>Die Gemeinde Wagenfeld ist Mehrheitsgesellschafter des „Europäischen Fachzentrums Moor und Klima“ (EFMK) und beteiligt sich aktuell mit zusätzlichen 125.000 € am Erhalt der Einrichtung. Damit sind der Gemeinde das Thema Moor, Kranich und Klima ein ökologisches und touristisches Kernanliegen.</p> <p>Durch die Realisierung von Windkraftanlagen am Neustädter Moor würde sich die Gemeinde Wagenfeld selbst widersprechen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - hat doch das Neustädter Moor neben seiner Naturschutzfunktion eine große Bedeutung als Naherholungsgebiet für Einheimische und Touristen. Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe würden nicht nur das Landschaftsbild zerstören, sondern sich auch negativ auf die Erholung der Menschen und den Tourismus auswirken. <p style="text-align: center;">Die Gemeinde Wagenfeld wird aufgerufen, keine Flächen für Windkraftanlagen am Neustädter Moor auszuweisen und sich auf sinnvollere Potenzialgebiete zu konzentrieren</p>  <p>Unterschriftenlisten (11 Seiten) mit insgesamt 93 Unterschriften!</p>	

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
19	Anwohner des Teilbereichs 4b 06.04.2023	<p>Als Anlieger des in der 51. Änderung des Flächennutzungsplans ausgewiesenen Teilbereichs 4b (Windkraftkonzentrationszone), möchten wir nach § 3 Abs. 1 BauGB unserem Recht auf öffentliche Beteiligung und Stellungnahme im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung nutzen.</p> <p>Wir erkennen die Notwendigkeit des Ausbaus und der Investition in erneuerbare Energien an und sehen hier auch in der Gemeinde Wagenfeld Handlungsoptionen. Der für diese Zwecke angestrebten 51. Änderung des Flächennutzungsplans stehen wir folglich primär positiv entgegen. Nichtsdestotrotz möchten wir zu der als Teilbereich 4b gekennzeichneten Windkraftkonzentrationszone unsere Einwände und Bedenken zum Ausdruck bringen.</p> <p>Das Energiemonitoring der Stadtwerke Diepholz für die Gemeinde Wagenfeld zeigt, dass es mit 272 % (Stand 26.03.23; rückwirkend auf 30 Tage) zu einer deutlichen Überproduktion des Stroms kommt. Dies besteht aktuell aus 100 % erneuerbaren Energien, zu über 50 % bereits aus Windkraft. Zu 100 % kann Wagenfeld den eigenen Strombedarf abdecken. Aufgrund dessen möchten wir die Notwendigkeit zusätzlicher Stromproduktion in Frage stellen, da Wagenfeld bereits einen beeindruckenden Anteil des im Landkreis Diepholz benötigten Stroms produziert.</p> <p>Die vorgesehene Fläche Teilbereich 4b befindet sich in der unmittelbaren Nähe zu einer potenziell möglichen Erweiterungsfläche des Neubaugebietes „Jettsfeld“. Die Festsetzung des Teilbereichs 4b würde bedeuten, dass eine Erweiterung des Wohngebiets langfristig nur eingeschränkt bzw. mit erheblichen Wertverlust möglich wäre.</p>	<p>Auf den Teilbereich 4b wird zur Entwurfsfassung verzichtet. Der Teilbereich 4a wird weiterhin als Fläche für die Windenergienutzung dargestellt. Der Teilbereich 4a ist mit gut 41 ha relativ groß, so dass hier voraussichtlich mehrere Windenergieanlagen errichtet werden können.</p> <p>Der Teilbereich 4b ist im Vergleich zu Teilbereich 4a klein und würde nur eine Windenergieanlagen ermöglichen und ist daher vergleichsweise weniger geeignet eine Konzentrationswirkung zu erzielen. Daher wird dem Teilbereich 4a gegenüber dem Teilbereich 4b Priorität eingeräumt. Auf den Teilbereich 4b wird zur Entwurfsfassung verzichtet, um die Wohnnutzungen an der Bundesstraße 239 nicht von zwei Seiten durch Windenergieanlagen zu belasten. Bei Realisierung der Teilbereiche 4a und 4b würden sich sowohl nordöstlich als auch südwestlich der Wohnnutzungen an der Bundesstraße Windenergieanlagen befinden. Der Teilbereich 4b befindet sich zudem südöstlich der Siedlungslage von Wagenfeld. Die Siedlungsentwicklung der Gemeinde hat in den letzten Jahren am südöstlichen Rand der Gemeinde stattgefunden. In diesem Bereich wurden die Wohngebiete Jettsfeld entwickelt. Eine Darstellung des Teilbereiches 4 b würde perspektivisch eine weitere Siedlungsentwicklung in diesem Bereich erschweren. Eine weitere Abwägung der vorgebrachten Bedenken zu Teilbereich 4b ist damit entbehrlich.</p> <p>Mit der 51. Änderung des Flächennutzungsplans möchte die Gemeinde Wagenfeld die Voraussetzungen für eine gezielte Errichtung von Windenergieanlagen auf verträglichen Standorten schaffen, Nachbarschaftskonflikten vorbeugen und damit ihren kommunalen Beitrag zur Energiewende auch vor dem Hintergrund der aktuellen bundes- und landespolitischen Ziele und der neuen Gesetzesgrundlagen, insbesondere des Wind-an-Land Gesetzes erhöhen. Mit der 51. Änderung macht sie von ihren kommunalen Einflussmöglichkeiten auf die Windenergiestandorte Gebrauch. Der Anteil einzelner Gemeinden an der Stromproduktion im Landkreis ist kein Kriterium, dass für oder gegen die zusätzliche Ausweisung von Sondergebieten spricht. Die Gemeinde ist vielmehr verpflichtet, der Windenergie in substanzieller Weise Raum zu geben – siehe dazu die Ausführungen in der Begründung. Einen entsprechenden Nachweis hat die Gemeinde erbracht.</p> <p>Auf den Teilbereich 4b wird zur Entwurfsfassung verzichtet (s.o.). Eine weitere Abwägung der vorgebrachten Bedenken zu Teilbereich 4b ist damit entbehrlich.</p>


Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Anwohner des Teilbereichs 4b	<p>Der Gemeinde ist es im Rahmen der Überplanung des Gemeindegebietes möglich, Wohngebietserweiterungsflächen sowie entsprechende Abstände als Tabuzonen vorzusehen, um sich ins Auge gefasste Entwicklungsmöglichkeiten nicht von vorneherein abzuschneiden.</p> <p>Das zulässigerweise verfolgbare Ziel, einen vorhandenen Ortsteil fortzuentwickeln (§ 1 Abs. 5 S. 2 Nr. 4 BauGB), kann es rechtfertigen, sich bei der Planung nicht am überkommenen, sondern an dem Baubestand auszurichten, der sich für die Zukunft abzeichnet. Eine Grenze ist einer derartigen Zukunftsprojektion lediglich durch das Verbot des „Etikettenschwindels“ gezogen, nach dem Veränderungen der baulichen Struktur, die nicht ernsthaft beabsichtigt, sondern nur vorgeschoben sind, nicht als entgegenstehende Belange herhalten dürfen.</p> <p>Darüber hinaus betrifft der Wertverlust auch insbesondere unsere Bestandsimmobilien und Grundstücke in unmittelbarer Nähe. Da diese Immobilien und Grundstücke auch als unsere Existenzsicherung und Vorsorge dienen, sehen wir hier deutliche finanzielle Einschränkungen bedingt durch diese Windkraftkonzentrationszone.</p> <p>Neben dem Wertverlust unserer Immobilien haben wir auch gesundheitliche Bedenken. Die erhöhten Emissionen, insbesondere bedingt durch Lärm und den Schattenschlag, führt zu einer erheblichen Einschränkung und Minderung, wenn nicht Gefährdung unserer Lebensqualität und Gesundheit.</p> <p>Zusätzlich beobachten wir täglich viele Fußgänger, Radfahrer und Freizeitsportler, die die umliegenden Flächen und Wege als Naherholungsgebiet nutzen. Die Errichtung von Windkraftanlagen würde dies durch eine Lärmentwicklung und den Schattenschlag deutlich einschränken. Da es sich bei den angesprochenen Personengruppen vorrangig um Wagenfelder Bürger handelt, würde sich dies auf die Bewohner der Gemeinde über unsere Flächen und Immobilien hinaus auswirken.</p>	<p>Die Gemeinde hat die im wirksamen Flächennutzungsplan dargestellten Wohnbauflächen zuzüglich eines Abstandes von 600 m als weiche Tabuzone in ihrem Standortkonzept angesetzt.</p> <p>Auf den Teilbereich 4b wird zur Entwurfsfassung aus den oben genannten Gründen verzichtet. Eine weitere Abwägung der vorgebrachten Bedenken zu Teilbereich 4b ist damit entbehrlich.</p> <p>Auf den Teilbereich 4b wird zur Entwurfsfassung aus den oben genannten Gründen verzichtet. Eine weitere Abwägung der vorgebrachten Bedenken zu Teilbereich 4b ist damit entbehrlich.</p>

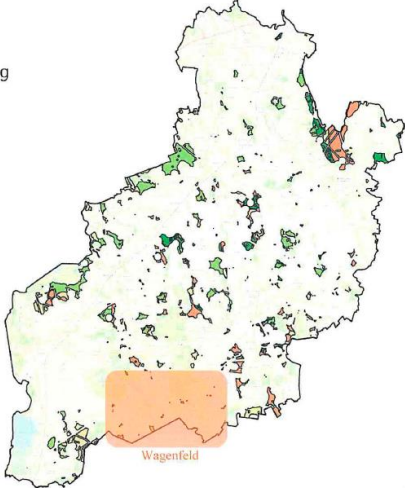
Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Anwohner des Teilbereichs 4b	<p>Der Bau und die Instandhaltung von vorgesehenen Windkraftanlagen in den Windkraftkonzentrationszonen erfordert eine ausreichende Verkehrsinfrastruktur. Für den Teilbereich 4b bedeutet dies, dass die Zufahrtswege/die für die Anfahrt in Betracht kommenden Straßen eine zusätzliche Versiegelung erfordern sowie die Erweiterung der bestehenden Straßen. Darüber hinaus sind die Zufahrtswege nicht für entsprechend schwerer Kräne und Gerätschaften ausgelegt. Die zukünftig benötigten Instandsetzungen der Straßen müssten durch uns als Steuerzahler mitgetragen werden. Da es sich bei dem Teilbereich nur um eine Fläche von 0,8 ha handelt, bedeutet dies zukünftig eine zusätzliche finanzielle Belastung der Allgemeinheit für ein einzelnes Windkraftträd.</p> <p>Die vergleichsweise kleine Fläche des Teilbereichs 4b ist räumlich deutlich vom größeren Teilbereich 4a getrennt. Der Teilbereich 4b bietet bedingt durch die kleine Fläche nur Raum für eine Windkraftanlage. Durch die deutliche räumliche Entfernung des Bereichs 4a zu 4b, würde die Errichtung einer Anlage in 4b zu einem Eingriff in das Landschaftsbild durch die Errichtung hoher Bauwerke führen.</p> <p>Eine Konzentrierung auf die Fläche 4a würde dies zentrieren und eine verminderte „Verspargelung“ bedeuten. Die benachbarten Kommunen Barnstorf und Lernförde definieren ein Windkraftkonzentrationsgebiet bereits als ein Gebiet mit mindestens 3 beieinanderliegenden Windkraftanlagen. Eine Verspargelung der Landschaft zu verhindern, ist ein städtebaulicher Belang, welcher zulässiger Weise mit einer Konzentrationsplanung verfolgt werden kann. Dieser sollte insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Windenergie auch ohne die kleineren, vorgesehenen Zonen substanzieller Raum verschafft wird und eine Erreichung der Flächenbeitragswerte ist, nochmals Berücksichtigung finden.</p>	Der Anregung wird entsprochen.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Anwohner des Teilbereichs 4b	<p>Eine Herausnahme der Teilfläche 4 b sollte zudem aufgrund der Ausweisung als Fläche der Zielkategorie S/V im Landschaftsrahmenplan erfolgen (Sicherung und Verbesserung von Gebieten mit überwiegend hoher Bedeutung für Arten und Biotope und hoher bis sehr hoher Bedeutung für Landschaftsbild, Boden/Wasser, Klima/Luft). Flächen dieser Zielkategorie beschreibt der Landschaftsrahmenplan als überwiegend wenig beeinträchtigt und schreibt ihnen daher eine hohe Bedeutung für Naturschutz und Landschaftspflege zu. Die mit der Errichtung von Windenergieanlagen innerhalb derartiger Flächen verbundenen Beeinträchtigungen lassen sich im Rahmen der erforderlichen Abwägung mit dem Interesse am Ausbau der erneuerbaren Energien überzeugender begründen, sofern die Realisierung einer Mehrzahl an Windenergieanlagen ermöglicht wird.</p> <p>Unserer Meinung nach, steht die Festsetzung des kleinen Teilbereichs 4b nicht im Verhältnis zu den von uns oben aufgeführten Punkten. Die Errichtung einer einzelnen Windkraftanlage, die von den größeren Potenzialgebieten räumlich deutlich getrennt ist, betrifft nicht nur uns als unmittelbar betroffene Anlieger, sondern die Gemeinde Wagenfeld im Allgemeinen. Die Folgen wären sowohl wirtschaftlich, als auch hinsichtlich des Gemeinwohls gravierend. Wir bitten daher die aufgeführten Punkte bei der Entscheidungsfindung/Festsetzung zur 51. Änderung des Flächennutzungsplans zu berücksichtigen und die Verhältnismäßigkeit einer Ausweisung des kleinen Teilbereichs 4b auf den Prüfstand zu stellen.</p> <p>Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme im weiterführenden Prozess und hoffen auf Ihr Verständnis unserer Situation.</p> <p>Unterschriftenlisten (3 Seiten) Mit insgesamt 30 Unterschriften!</p>	Teilbereich 4b wird zur Entwurfsfassung nicht mehr dargestellt.
20	Interessengruppe 16.04.2023	Hinweis von Herrn XX vom 19.04.2023 per Mail an die Gemeinde: In unserer Ausarbeitung habe ich nicht das „Helgoländer Papier“ eingearbeitet. Daher per Mail nochmal der Hinweis, dass wir als Interessengruppe inhaltlich zu 100 % hinter der Eingabe von Herrn XX (BSH - Biologische Schutzstation Hunte-Weser) stehen. Auch wenn die aktuellen Artenschutzgesetze etwas anderes vermitteln, sollte die Gemeinde im Rahmen ihre weichen Tabuzonen den Eingaben des BSH entsprechen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	<p>Fortsetzung Interessengruppe Oppenweher Moor</p> <p>Hinweis: Die Seitenzahlen beziehen sich auf das Original der Einwendung.</p>	<p>„Alternative Energiegewinnung ist unsinnig, wenn sie genau das zerstört, was man eigentlich durch sie bewahren will.“ – <i>Reinhold Messner</i></p>  <p>Aufstellung von Ausführungen der Interessengruppe Oppenweher Moor</p> <p>Windkraft JA, aber alles am richtigen Platz!</p> <p>Gegen eine Ausweisung von Windkraftgebieten im Ortsteil Wagenfeld-Förlingen am Rande des Oppenweher Moores</p> <p>Inhaltsverzeichnis</p> <p>Inhaltsverzeichnis..... I</p> <p>Abbildungsverzeichnis.....II</p> <p>1 Wer wir sind1</p> <p>2 Was ist unser Ziel.....1</p> <p>3 Flächenziel Landkreis Diepholz.....2</p> <p>4 Situation der Gemeinde Wagenfeld.....4</p> <p>4.1 Erneuerbare Energien.....4</p> <p>4.2 Substanzieller Raum für die Windenergie.....5</p> <p>5 Moorschutz6</p> <p>6 Vogelschutz10</p> <p>7 Tourismus15</p> <p>8 Konzentration von Windkraftanlagen16</p> <p>9 Gesamtsituation der WEA-Planungen am Moor17</p> <p>10 Fazit19</p>	

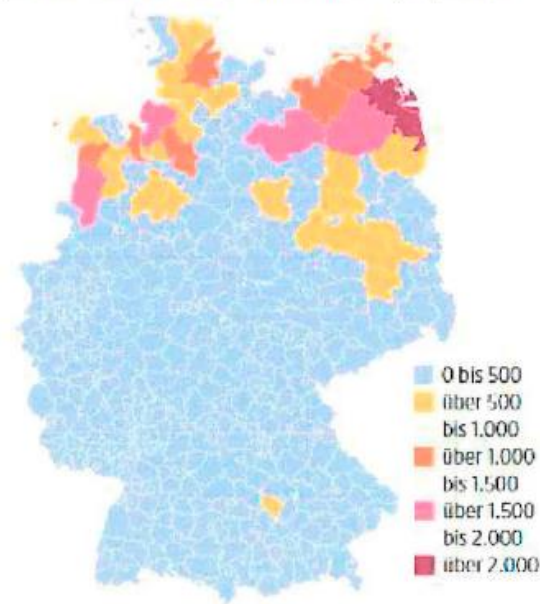
Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Interessengruppe Oppenweher Moor	<p>Abbildungsverzeichnis</p> <p>Abbildung 1: Auszug aus Karte 7: Positivflächen; Standortkonzept Windenergie Wagenfeld 2</p> <p>Abbildung 2: Windflächenpotenzialanalyse Landkreis Diepholz 3</p> <p>Abbildung 3: Regional erzeugter Strommix; Energiemonitor Gemeinde Wagenfeld 4</p> <p>Abbildung 4: Freisetzung entwässerte Moore auf Kreisebene 6</p> <p>Abbildung 5: Kohlenstoffreiche Böden und Moorbiotope 9</p> <p>Abbildung 6: Rote Liste gefährdeter Arten Quelle: IUCN/Statista 11</p> <p>Abbildung 7: NLWKN; Brutvögel – wertvolle Bereiche 13</p> <p>Abbildung 8: Auszug aus der öffentlichen Bekanntmachung für die FNP Änderung Windkraft der Gemeinde Lemförde 14</p> <p>Abbildung 9: Aussagen zu Konzentrationsplanungen 16</p> <p>Abbildung 10: WEA-Planungen am Oppenweher Moor 18</p> <p>1 Wer wir sind</p> <p>Wir sind eine Interessengruppe am Rande des Oppenweher Moores, im Gebiet Wagenfeld-Förlingen. Aus unserer Interessengruppe haben wir zwei Ansprechpartner bevollmächtigt, uns in allen erforderlichen Belangen zu vertreten. Bevollmächtigt sind die Herren X und X.</p> <p>2 Was ist unser Ziel</p> <p>Wir haben uns zusammengeschlossen mit dem Ziel, die aktuelle Planung der Gemeinde Wagenfeld für die Ausweisung von Flächen für die Windkraft aktiv zu unterstützen und uns entsprechend einzubringen. Der Ausbau soll sinnhaft in Konzentrationszonen gesteuert und eine Verspargelung der Landschaft vermieden werden. Wir halten es zum aktuellen Planungsstand für nicht zielführend, Randgebiete am Oppenweher Moor auszuweisen. Die Gründe dafür werden im Folgenden in dieser Ausarbeitung behandelt. Nachstehend ist ein Auszug aus der Karte angefügt, in der sich im rot umrandeten Bereich das bei uns ausgewiesene Plangebiet Nr. 3 ergibt. Zur Orientierung sei anzumerken, dass es sich bei der gelben Straße um die Oppenweher Straße handelt.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Aufgrund der hohen Bedeutung der Flächen für Natur und Landschaft, der Moornähe bzw. der Nähe zu den Schutzgebieten, wird auf die Darstellung der Teilbereiche 3a und 3b für die Windenergienutzung zur Entwurfsfassung verzichtet. Der Verzicht erfolgt aus Vorsorgegründen, um Konflikten vorzubeugen. Dabei wird auch in die Abwägung eingestellt, dass es sich um zwei kleinere, in deutlichem Abstand zueinander befindliche Sondergebiete handelt, die eher schlecht geeignet sind, eine Konzentrationswirkung zu erzielen und dabei vergleichsweise große Auswirkungen auf das Landschaftsbild und das Landschaftserleben haben. Voraussichtlich wäre in den beiden Teilbereichen 3a und 3b nur jeweils eine Windenergieanlage zu errichten. Daher wird trotz des im EEG verankerten überragenden öffentlichen Interesses der Nutzung der erneuerbaren Energien auf die Teilbereiche 3a und 3b verzichtet. Auch ohne die Darstellung der Teilbereiche 3a und 3b wird der Windenergie in substantieller Weise Raum gegeben. Ein entsprechender Nachweis wird in der Begründung erbracht.</p> <p>Unterstützt wird dieses Abwägungsergebnis durch die Ergebnisse der Brutvogeluntersuchungen 2023, wodurch durch den Ausschluss des Teilbereichs 3 Konflikte sowohl gegenüber kollisionsgefährdeten Arten als auch gegenüber störempfindlichen Wiesenvögel vermieden werden.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Interessengruppe Oppenweher Moor	 <p>Abbildung 1: Auszug aus Karte 7: Positivflächen; Standortkonzept Windenergie Wagenfeld¹</p> <p>¹ Frühzeitige Beteiligung: 51. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Ausweisung von Windkraftkonzentrationszonen</p> <h3>3 Flächenziel Landkreis Diepholz</h3> <p>Der Landkreis Diepholz hat ein Flächenziel zum Ausbau der Windkraft in Höhe von 1,78 % erhalten. Nach Austausch mit dem Landkreis Diepholz sowie den einzelnen Kommunen sind wir als Interessengemeinschaft sehr optimistisch, dass dieses Ziel auf Kreisebene erreicht wird. Das sehen wir auch so, trotz der derzeit noch bestehenden Unsicherheitsfaktoren aus den Berechnungsvorgaben zum Rotor out bzw. Rotor in, sowie der Tatsache, dass einige Kommunen derzeit keinen rechtssicheren Plan für den Ausbau der Windkraft haben. Als Beispiel sei die Gemeinde Schwaförden genannt, auf deren Flächen sich seit Jahren umfassend viele Windkraftanlagen befinden und sich daran in Zukunft durch zeitnah anstehende Repoweringvorhaben wenig verändern wird. Deren Flächen werden aber bisher nur zu einem Bruchteil auf die politischen Flächenvorgaben angerechnet.</p> <p>Wir sind überzeugt, dass die Gemeinde Wagenfeld proaktiv Flächen zum Landkreisziel beisteuern möchte. Jedoch ist dieses nur in einem überschaubaren Maße möglich, aufgrund der zersplitterten Strukturen im Außenbereich, sowie der Tatsache, dass sich mit dem Rehdeener Geestmoor, dem Neustädter Moor sowie dem Oppenweher Moor, drei große umfassend streng geschützte Bereiche befinden.</p>	<p>Das auf Landesebene geplante Gesetz zur Umsetzung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (NWindG) wird die Träger der Regionalplanung als zuständige Stellen für die Ausweisung von Windenergiegebieten bestimmen. Grundlage für das NWindG ist u.a. die vom Land Niedersachsen in Auftrag gegebene Windpotenzialstudie, die im Entwurf (Stand Ende Mai 2023) vorliegt und für den Landkreis Diepholz ein Teilflächenziel von 2,20 % der Landkreisfläche benennt.</p> <p>Der Landkreis Diepholz arbeitet derzeit an einer eigenen Flächenkulisse. Der Kreistag hat die Kreisverwaltung mit Beschluss vom 01.11.2021 beauftragt die erforderlichen Schritte zur Neubearbeitung des Kapitels 4.2.1 „Windenergie“ des RROP (2016) einzuleiten. Diesen Ergebnissen kann nicht vorgegriffen werden.</p> <p>Mit der 51. Änderung des Flächennutzungsplans möchte die Gemeinde Wagenfeld die Voraussetzungen für eine gezielte Errichtung von Windenergieanlagen auf verträglichen Standorten schaffen, Nachbarschaftskonflikten vorbeugen und damit ihren kommunalen Beitrag zur Energiewende auch vor dem Hintergrund der aktuellen bundes- und landespolitischen Ziele und der neuen Gesetzesgrundlagen, insbesondere des Wind-an-Land Gesetzes erhöhen. Mit der 51. Änderung macht sie von ihren kommunalen Einflussmöglichkeiten auf die Windenergiestandorte Gebrauch.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Interessengruppe Oppenweher Moor	<p>Andere Kommunen haben teilweise deutlich mehr nominale Windpotentialflächen als Wagenfeld und werden somit wesentlich zum Flächenziel des Landkreises Diepholz beitragen. Dies zeigt auch die Ergebniskarte der Windflächenpotenzialanalyse des Nds. Ministerium für Umwelt Energie und Klimaschutz.</p> <p>Diepholz</p> <p>Flächenbewertung</p> <ul style="list-style-type: none"> KRW 1 KRW 2 KRW 3 KRW 4 KRW 5 KRW 6  <p>Abbildung 2: Windflächenpotenzialanalyse Landkreis Diepholz²</p> <p>²https://www.umwelt.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/ergebniskarten-der-windflächenpotenzialanalyse-downloadmöglichkeit-220485.html</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

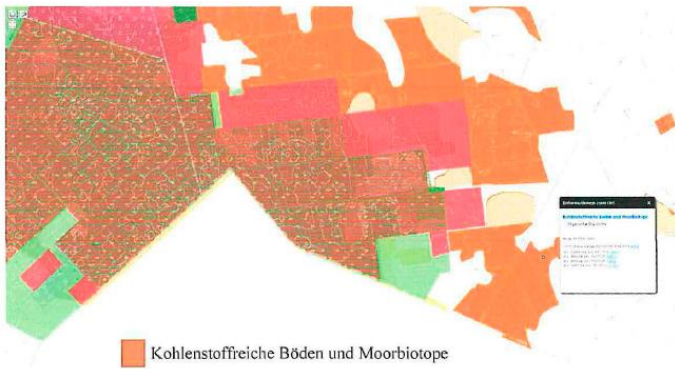
Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Interessengruppe Oppenweher Moor	<p>4 Situation der Gemeinde Wagenfeld</p> <p>4.1 Erneuerbare Energien</p> <p>Wie „grün“ ist die Gemeinde Wagenfeld schon heute? Erste Tendenzen sind anhand des nachstehenden Energiebarometers unseres Energieversorgers Stadtwerke EVB Huntetal GmbH in Diepholz ablesbar. Mit über 320 % leisten wir bereits einen erheblichen Beitrag. Dazu ist zu berücksichtigen, dass das Energiebarometer erst seit einigen Monaten aktiv ist und insbesondere die sonnigen Frühjahrs- und Sommermonate noch fehlen, welche den Balken für den Bereich PV größer werden lassen. Im Ortsteil Wagenfeld-Ströhen ist derzeit der Neubau einer weiteren Biogasanlage in der Umsetzung³. Hinzukommt das genehmigte Repowering im bestehenden Windpark in Wagenfeld-Neustadt⁴. Dies wird dazu führen, dass sich der Anteil von bisher über 320 % nochmals weiter erhöhen wird.</p> <p>Durch die aktuelle Windkraftplanung und den sich daraus ergebenden Zubau von weiteren Windkraftanlagen wird die Gemeinde ihren „grünen Strom“ zusätzlich steigern.</p>  <p>Abbildung 3: Regional erzeugter Strommix; Energiemonitor Gemeinde Wagenfeld⁵</p> <p>³ Prokon-Biogasanlage Wagenfeld-Ströhen ⁴ Wagenfeld: Ausschuss macht Weg frei für Repowering in Neustadt ⁵ Energiemonitor Wagenfeld</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Anteil einzelner Gemeinden an der Stromproduktion im Landkreis ist kein Kriterium, dass für oder gegen die zusätzliche Ausweisung von Sondergebieten spricht. Die Gemeinde ist vielmehr verpflichtet, der Windenergie in substanzieller Weise Raum zu geben – siehe dazu die Ausführungen in der Begründung. Einen entsprechenden Nachweis hat die Gemeinde erbracht.</p>


Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Interessengruppe Oppenweher Moor	<p>4.2 Substanzieller Raum für die Windenergie</p> <p>Bisher hat die Gemeinde Wagenfeld der Windkraft ca. 10 % substanziell Raum gegeben. Im aktuellen Planentwurf befinden sich Flächenbereiche, in denen sich keine Windkraftanlagen befinden. Wenn die Gemeinde aus diesem Entwurf die größte zusammenhängende Fläche von 34 ha im angrenzenden Ortsteil Wagenfeld-Hasslingen ausweist, welche weit außerhalb eines Naturschutzgebietes liegt, generiert die Gemeinde einen Satz von ca. 17 % substanziellen Raum.⁶ Alle Gemeinden im Landkreis Diepholz, mit FNP-Aktualisierung der letzten Jahre, weisen bei weitem keinen so hohen Wert auf. Man kann davon ausgehen, dass die Gemeinde Wagenfeld damit einen Spitzenplatz im Landkreis Diepholz einnehmen wird. Sie würde somit den Landkreis Diepholz bei der Erreichung seines Flächenziels, anhand ihrer relativen Möglichkeiten (Potenzialfläche nach Abzug der harten Tabuzonen), mit deutlich mehr Engagement unterstützen als andere Gemeinden.</p> <p><small>⁶ Frühzeitige Beteiligung: 51. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Ausweisung von Windkraftkonzentrationszonen</small></p> <p>5 Moorschutz</p> <p>In seiner Dimension kann der nötige Paradigmenwechsel im Moorschutz mit dem Kohleausstieg verglichen werden. Die Wiedervernässung von Mooren als Notwendigkeit für den Klimaschutz hat auch im Landkreis Diepholz einen sehr hohen Stellenwert. So ist der Landkreis Diepholz einer der wenigen Kreise, deren entwässerte Moore im Jahr 2020 über 500.000 bis 1.000.000 Tonnen CO₂-Äquivalente freisetzen.</p> <p>Sicherlich ist diese immense Freisetzung von Treibhausgasen darin begründet, dass der Landkreis Diepholz einen größeren Flächenanteil an Mooren aufweist, als andere Kreise in Deutschland. Positiv betrachtet kann er durch die Reaktivierung von CO₂-Senken effektiver zum Klimaschutz beitragen. Als Interessengemeinschaft sind wir der Meinung, dass der Landkreis Diepholz die Wiedervernässung von degenerierten Moorböden, sowie deren Ausweitung und Unterschutzstellung fokussieren muss.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Berechnungen zum substanziellen Raum werden zur Entwurfsfassung aktualisiert.</p> <p>Im Rahmen der Vorentwurfsfassung waren umfangreichere Sondergebiete für die Windenergienutzung dargestellt worden als erforderlich, um der Windenergienutzung in substanzieller Weise Raum zu geben, auch um zusätzliche Informationen zu den einzelnen Teilbereichen im Zuge der Beteiligungsverfahren nach § 3 (1) BauGB und § 4 (1) BauGB zu gewinnen. Zur Entwurfsfassung erfolgt jedoch eine Reduzierung auf die für die Windenergienutzung geeignetsten Bereiche bzw. auf die Teilbereiche 1a bis 1d, 4a und 6a bis 6c. Bei den Teilbereichen 1 und 6 handelt es sich um Bestandsstandorte (nördlich Wagenfeld und nördlich Ströhen), auf denen bereits Windenergieanlagen vorhanden sind. Auf die Teilbereiche 2, 3, 4b, 5a bis 5e und 7 wird zur Entwurfsfassung verzichtet. Es wurde der Nachweis erbracht, dass der Windenergienutzung mit den zur Entwurfsfassung getroffenen Darstellungen in substanzieller Weise Raum gegeben wird.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung												
	Fortsetzung Interessengruppe Oppenweher Moor	<p>FREIGESETZT! Gesamte Emissionen aus entwässerten Mooren je Landkreis im Jahr 2020, in 1.000 Tonnen CO₂-Äquivalente</p>  <p>Abbildung 4: Freisetzung entwässerte Moore auf Kreisebene⁷</p> <p>Mooratlas 2023, S.40</p> <p>Den Empfängern dieser Ausführungen sind die Einstufungen des bedeutenden Oppenweher Moores bekannt, informationshalber führen wir diese nachstehend nochmals gebündelt auf:</p> <table><tr><td>FFH-Gebiet 066⁸</td><td>Oppenweher Moor</td></tr><tr><td>FFH-Gebiet DE-3417-301⁹</td><td>Oppenweher Moor (NRW)</td></tr><tr><td>EU-Vogelschutzgebiet V 74¹⁰</td><td>Oppenweher Moor</td></tr><tr><td>EU-Vogelschutzgebiet DE-3417.471¹¹ (NRW)</td><td>Oppenweher Moor</td></tr><tr><td>Naturschutzgebiet NSG HA 043¹²</td><td>Oppenweher Moor</td></tr><tr><td>Naturschutzgebiet NSG MI-001¹³ (NRW)</td><td>Oppenweher Moorlandschaft</td></tr></table>	FFH-Gebiet 066 ⁸	Oppenweher Moor	FFH-Gebiet DE-3417-301 ⁹	Oppenweher Moor (NRW)	EU-Vogelschutzgebiet V 74 ¹⁰	Oppenweher Moor	EU-Vogelschutzgebiet DE-3417.471 ¹¹ (NRW)	Oppenweher Moor	Naturschutzgebiet NSG HA 043 ¹²	Oppenweher Moor	Naturschutzgebiet NSG MI-001 ¹³ (NRW)	Oppenweher Moorlandschaft	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.
FFH-Gebiet 066 ⁸	Oppenweher Moor														
FFH-Gebiet DE-3417-301 ⁹	Oppenweher Moor (NRW)														
EU-Vogelschutzgebiet V 74 ¹⁰	Oppenweher Moor														
EU-Vogelschutzgebiet DE-3417.471 ¹¹ (NRW)	Oppenweher Moor														
Naturschutzgebiet NSG HA 043 ¹²	Oppenweher Moor														
Naturschutzgebiet NSG MI-001 ¹³ (NRW)	Oppenweher Moorlandschaft														

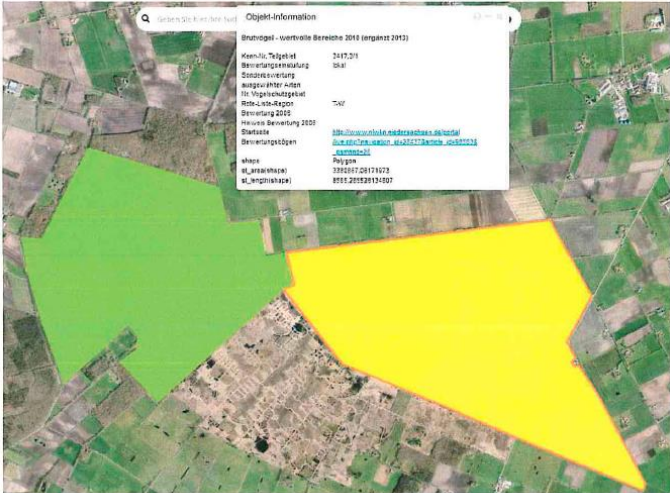
Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Interessengruppe Oppenweher Moor	<p>Im Gebiet Wagenfeld-Förlingen befindet sich in unmittelbarer Nähe ein Teil des Oppenweher Moores. Dieses liegt im Wesentlichen im Bundesland NRW, Landkreis Minden-Lübbecke und zum Teil von rd. 380 ha auf der niedersächsischen Seite in Wagenfeld und Brockum. Die Gesamtgröße des Naturschutzgebietes liegt derzeit bei rd. 870 ha.</p> <p>Der Moorschutz soll ausgeweitet werden. Leider gibt es in Deutschland noch kein MoorKataster, wo Gelder und Maßnahmen zum Moorschutz gebraucht werden. Es befindet sich jedoch einiges intensiv im Aufbau auf Seiten der Politik.¹⁴</p> <p>Da das Oppenweher Moor in zwei Bundesländern liegt, kann es herausfordernd sein, gemeinsame (vom Bund bzw. der EU geförderte) Projekte auf den Weg zu bringen, um Verbesserungen des Moorschutzes zu erreichen. Insbesondere im Bereich Wiedervernässung und CO2 Einsparungen. Aktuell finden Wiedervernässungsmaßnahmen im Oppenweher Moor statt. Dieses wird u.a. durch das Projekt „IP-Life Atlantische Sandlandschaften“ finanziell unterstützt.¹⁵</p> <p>Damit könnten z.B. weitere Flächen in unmittelbarer Nähe angekauft oder getauscht werden.</p> <p>⁸ FFH-Gebiet 066 ⁹ FFH-Gebiet DE-3417-301 ¹⁰ EU-Vogelschutzgebiet V 74 ¹¹ EU-Vogelschutzgebiet DE-3417.47 ¹² Naturschutzgebiet NSG HA 043 ¹³ Naturschutzgebiet NSG MI-001 ¹⁴ Nationale Moorschutzstrategie ¹⁵ Wiedervernässung und Renaturierung von LRT 7120 im FFH-Gebiet Oppenweher Moor (Stemwede, Kreis Minden-Lübbecke)</p> <p>Aus diesem Grund geben wir hiermit an alle relevanten Beteiligten diese Impulse, um gemeinsam die oben dargestellte Region noch intensiver auf die Watchlist zu nehmen als besonders schützenswerte und zu erhaltende sowie auszubauende Region in Sachen Moorschutz.</p> <p>Die Voraussetzungen für künftige Moorschutzprojekte sind für diese Region günstig:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Es findet kein Torfabbau mehr statt. • Auch findet in unmittelbarer Nähe kein Anbau von Sonderkulturen wie etwa Heidelbeeren statt, was vielerorts durch Bewässerungsmaßnahmen nicht den Zielen der Wiedervernässung des Moores entsprechen. 	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.</p>











































Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Interessengruppe Oppenweher Moor	<ul style="list-style-type: none"> • Grundstückseigentümer der Oppenweher Moorflächen in NRW sowie auf Niedersächsischer Seite ist der Landkreis Minden-Lübbecke, wodurch Moorprojekte deutlich einfacher umsetzbar sein sollten. • Da es mit dem Landkreis Minden-Lübbecke einen großen Flächeneigentümer auf den Flächen in den beiden Bundesländern gibt, hat dieser jeweils angemeldete Eigenjagden auf diesen Flächen. Die Eigenjagden werden mit sehr eingeschränkten Jagdzeiten ausgeübt. Die zusammenhängenden Flächen als Rast- und Futterfläche für die Habitate sind von großer Bedeutung für die Artenvielfalt. Die Rückzugsmöglichkeiten für die Tiere wurden und werden durch die Einschränkung der Jagdzeiten verbessert. <p>Zudem hat man durch Flurbereinigungen großes Potential, erworbene Randbereiche wieder zu vernässen und unter Schutz zu stellen. Auch durch entsprechendes Wassermanagement lassen sich Verbesserungen erreichen. Der oberflächige Abfluss von Niederschlägen ist weiter zu reduzieren. Der Rückhalt des Niederschlagswassers in den Gebieten kann z.B. durch Verwaltungen begünstigt werden.</p> <p>Die Bundesregierung hat im Jahr 2022 die „Nationale Moorschutzstrategie“ erlassen. Ziel ist u.a. die Wiedervernässung von Moorböden. Denn degenerierte Moore sind für 7,5 % der gesamten deutschen CO₂-Emissionen verantwortlich! Nasse Moore speichern hingegen 6-mal so viel CO₂ wie Wälder!</p> <p>Die Realisierung von Windkraftanlagen am Oppenweher Moor widerspricht der Moorschutzstrategie:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Durch die Bebauung mit Windkraftanlagen wird dieser klimarelevante Boden dauerhaft zerstört und kann nicht mehr vernässt werden. Der Boden wird für Zuwegungen, Kranstellplätze und Fundamente verdichtet. • Das Oppenweher Moor wird mit hohem finanziellem Aufwand wiedervernässt. Bis zu 30 Meter tiefe Fundamente und Grundwasserabsenkungen für die Windkraftanlagenerrichtung in unmittelbarer Nähe sind damit unvereinbar. 	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Interessengruppe Oppenweher Moor	<p>Zudem ist noch anzuführen, dass sich genau in unseren Planbereich für Windkraftanlagen am Oppenweher Moor stark kohlenstoffreiche Böden befinden. Eine Übersichtskarte ist nachstehend beigelegt. Aus dieser ist abzuleiten, dass somit ein Bau von Windkraftanlagen genau auf diesen Gebieten der kohlenstoffreichen Böden aus den ganzen oben genannten Gründen unbedingt zu vermeiden ist. Vielmehr sollten diese Böden, im Sinne der Moorschutzstrategie und dem funktionalen Zusammenhang mit den angrenzenden Hochmoorflächen (Stichwort: Grundwasserbildung) unter Schutz gestellt werden.</p>  <p>Abbildung 5: Kohlenstoffreiche Böden und Moorbiotope¹⁶</p> <p>¹⁶ https://mooris-niedersachsen.de/?pId=1306</p> <p>Aufgrund der aufgeführten Argumente dieses Kapitels bitten wir den Flächennutzungsplan mit folgenden „weichen Tabuzonen“ wie folgt weiterzuentwickeln:</p> <p>Die kohlenstoffreichen Böden und Moorbiotope am Oppenweher Moor werden als Fläche (siehe Abbildung 5) für die Bebauung von Windkraftanlagen ausgeschlossen.</p> <p>6 Vogelschutz</p> <p>Beim Weltnaturgipfel in Montreal in Kanada haben im Dezember 2022 mehr als 200 Staaten erklärt, dass bis zum Jahr 2030 mindestens 30 % der weltweiten Land- und Meeresflächen unter Schutz zu stellen sind. Speziell für Deutschland soll laut BMUV: „ein klarer Schwerpunkt auf die qualitative Fortentwicklung der bestehenden Schutzgebiete liegen“. ¹⁷</p>	<p>Aufgrund der hohen Bedeutung der Flächen für Natur und Landschaft, der Moornähe bzw. der Nähe zu den Schutzgebieten, wird auf die Darstellung der Teilbereiche 3a und 3b für die Windenergienutzung zur Entwurfsfassung verzichtet.</p> <p>Die Darstellung der Teilbereiche 3a und 3b entfällt zur Entwurfsfassung.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Interessengruppe Oppenweher Moor	<p>Im vergangenen Sommer hat die EU-Kommission den Entwurf für das Renaturierungsgesetz auf den Weg gebracht. Die Leitplanken zur weiteren Umsetzung sind fixiert und die umfassenden Maßnahmen klar beschrieben.¹⁷</p> <p>Auf EU-Ebene möchte man das gesetzte Ziel bis 2030 erreichen. Es stehen bisher 26 % der Flächen an Land in der EU unter Schutz. Es fehlen 4 %.</p> <p>Unsere Region um das Oppenweher Moor kann mit den verschiedenen Maßnahmen auf den bestehenden Moorflächen, sowie die umfassende Ausweitung auf die Randbereiche, seinen Betrag dazu leisten, das Ziel von Montreal zu erreichen. Es gilt 30 % der zerstörten Ökosysteme zu renaturieren, so dass Tier- und Pflanzenarten sich in den Lebensräumen wieder ansiedeln können. Mit dem Bau von Windkraftanlagen in den Randbereichen des Moores können diese Ziele nicht erreicht werden.</p> <p>Der nachstehenden Grafik ist zu entnehmen, dass sich die Notwendigkeit ergibt, die Maßnahmen, wie die weitere Unterschutzstellung der Brutvogelhabitate am EU-Vogelschutzgebiet, sehr zeitnah anzugehen, bevor noch mehr Tierarten und Organismen vom Aussterben bedroht werden.</p> <p>¹⁷ https://www.bmuv.de/pressemitteilung/montreal-moment-fuer-die-natur ¹⁸ https://www.dnr.de/sites/default/files/2022-10/steckbrief-eu-renaturierungsgesetz221019.pdf</p> <p>Rote Liste gefährdeter Arten</p> <p>Anzahl der vom Aussterben bedrohten Tierarten und Organismen von 2000 bis 2022</p>  <p>Abbildung 6: Rote Liste gefährdeter Arten Quelle: IUCN/Statista</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Interessengruppe Oppenweher Moor	<p>Das Oppenweher Moor steht in funktionalem Zusammenhang mit der als überregional bedeutsamen Kranichrastplatz bekannten „Diepholzer Moorniederung“. Eine Bebauung mit Windkraftanlagen würde zu einer massiven Vergrämung der Kranichbestände führen. Zu dieser Einschätzung ist auch die Bezirksregierung Detmold bzgl. der Windkraftplanungen der Gemeinde Stemwede (NRW) im „Oppendorfer Fledder“ gekommen.¹⁹</p> <p>Die Randflächen des Oppenweher Moores auf der niedersächsischen Seite befinden sich in ausgewiesenen „Brut- u. Gastvögel“-Gebieten mit lokaler Bedeutung, die dadurch zerstört werden.</p> <p>¹⁹https://stemwede.ratsinformanagement.net/sdneirim/UGhVM0hpd2NXXNFdF-cExjZcWY-qxcY27pBPXVJraGbLuc7QgHhZGRE_w2kQCMruo/2023-01-25_Stemwede_57_A-end_FNP.pdf</p> <p>Dieses Gebiet hat eine besondere Wertigkeit. Informationen von Ornithologen sowie die regelmäßigen Beobachtungen der Anwohner zeigen auf, dass das „Oppenweher Moor“ auch ein Schlafplatz für die Kraniche ist. Die Kranichansammlungen während der Wintermonate nehmen weiterhin zu. Dieses ist offenbar vorrangig auf die Zunahme der milden Winter zurückzuführen. Wiederholte Ringablesungen belegen, dass ein Teil der in der Diepholzer Moorniederung brütenden Kraniche während der Winterhalbjahre dort auch verbleibt. Auch in Ostdeutschland oder in Skandinavien beringte Kraniche verbleiben zunehmend in der Diepholzer Moorniederung und weichen im Einzelfall nur bis zur Schneefallgrenze aus. Beobachtungen zeigen, dass etwa 40 % der Kraniche der jeweiligen Monatshöchststände in der Diepholzer Moorniederung anzutreffen sind. Der Großraum Oppenwehe in NRW und Niedersachsen zählt dabei in der Diepholzer Moorniederung zu den bedeutenden Nahrungsplätzen. Das Gebiet umfasst den Schlafplatz Oppenwehe (Bereich des NSG „Oppenweher Moor“).²⁰</p> <p>Zunehmend ist dieses Gebiet in unserem Oppenweher Moor aber auch ein Vorsammelplatz, von dem es zu anderen Schlafplätzen wie z.B. das benachbarte Rehdener Geestmoor geht.</p> <p>Das Geestmoor wächst aufgrund unzureichender Pflege verstärkt mit Birken zu, daher fliegen die Kraniche stärker in Richtung Neustädter Moor und Freistätter Wietingsmoor.</p> <p>Der Bau von Windkraftanlagen auf der niedersächsischen Seite des Oppenweher Moores würde den Abendflug der Kraniche in unzumutbarer Weise beeinträchtigen.</p>	<p>Die Darstellung der Teilbereiche 3a und 3b entfällt zur Entwurfsfassung. Eine weitere Abwägung der vorgebrachten Anmerkungen ist damit entbehrlich.</p> <p>Die Darstellung der Teilbereiche 3a und 3b entfällt zur Entwurfsfassung. Eine weitere Abwägung der vorgebrachten Anmerkungen ist damit entbehrlich.</p> <p>Die Darstellung der Teilbereiche 3a und 3b entfällt zur Entwurfsfassung. Eine weitere Abwägung der vorgebrachten Anmerkungen ist damit entbehrlich.</p>

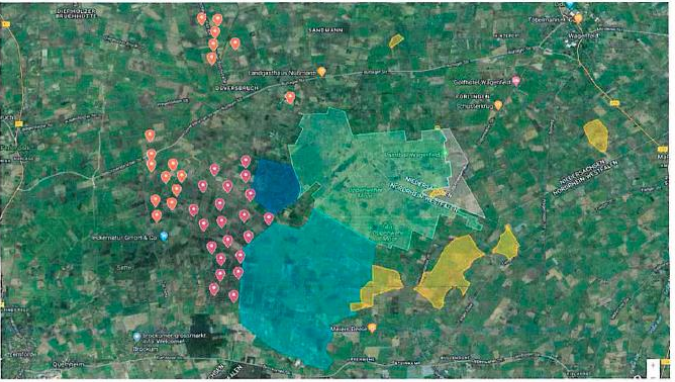
Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Interessengruppe Oppenweher Moor	<p>Der Bau von Windkraftanlagen auf der niedersächsischen Seite des Oppenweher Moores würde den Abendflug der Kraniche in unzumutbarer Weise beeinträchtigen. Ferner sind bei uns die Wiesen und die Bereiche des Randmoores wichtig für die Nahrungsaufnahme der dortigen Brutvögel und auch der Kranich-Wintergäste. Diese Gebiete sind zwingend naturschutzrechtlich zu sichern, da das Oppenweher Moor Brutvögel beheimatet, die auf der Roten Liste verzeichnet sind.²¹ Diese nutzen verstärkt auch die Randbereiche des Moores und machen an der Vogelschutzgrenze nicht halt.</p> <p>²⁰ Siehe Hülsmann u. Brinkschröder, Kranich-Beobachtungen im südwestlichen Niedersachsen in den Winterhalbjahren 2018/19 bis 2020/21</p> <p>²¹ https://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/voegel/artenschutz/rote-listen/roteliste-2021.html</p> <p>Nachstehend ist einer Grafik zu entnehmen, welche Gebiete auf der niedersächsischen Seite laut NL WKN als wertvolle Bereiche für die Brutvögel klassifiziert werden.</p>  <p>Abbildung 7: NLWKN; Brutvögel – wertvolle Bereiche²²</p> <p>Derzeit laufen die Kartierungen für Brutvögel im Teilbereiches 3. Aus unserer Sicht sind diese kurzen Beobachtungszeiträume in diesen begrenzten Flächen nur bedingt geeignet, die vorstehend geschilderten Vogelzüge in Gänze beurteilen zu können.</p>	<p>Die Darstellung der Teilbereiche 3a und 3b entfällt zur Entwurfsfassung. Eine weitere Abwägung der vorgebrachten Anmerkungen ist damit entbehrlich.</p> <p>Nach den Ergebnissen der Brutvogeluntersuchungen 2023 werden durch Verzicht des Teilbereiches 3 insbesondere Konflikte sowohl gegenüber kollisionsgefährdeten Arten als auch gegenüber stöempfindlichen Wiesenvögel vermieden.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung																						
	Fortsetzung Interessengruppe Oppenweher Moor	<p>Aus diesem Grund sollten entsprechend weiterer und längerer Beobachtungen von Dritten mit einfließen, sowie eine Ausweitung auf sämtliche Flächen um das Oppenweher Moor. Einen ersten Ansatz dazu bietet der Kartierungsbogen des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW.²³</p> <p>Wie oben bereits erläutert, erfolgt die Planung auf der Wagenfelder Seite derzeit mit nur 75 Meter Abstand zum EU-Vogelschutzgebiet. Der Flächennutzungsplan für die Samtgemeinde Lernförde sieht dagegen einen Vorsorgeabstand zu EU-Vogelschutzgebieten von 500 Metern vor (Abbildung 8).</p> <p>²² Brutvögel - wertvolle Bereiche ²³http://natura2000-melddok.naturschutzinformationen.nrw.de/natura2000-melddok/web/babel/media/sdb/s3417-471.pdf</p> <div><p>Natur und Landschaft, Umwelt</p><table><tr><th>Harte Tabuzonen</th><th>Weiche Tabuzonen</th></tr><tr><td> EU-Vogelschutzgebiete</td><td> Biotopverbund (VA bis 50 m)</td></tr><tr><td> FFH - Gebiete</td><td> EU-Vogelschutzgebiete (VA bis 500 m)</td></tr><tr><td> Naturschutzgebiete</td><td> FFH-Gebiete (VA bis 200 m)</td></tr><tr><td> Landschaftsschutzgebiete (LSG)</td><td> Naturschutzgebiete (VA bis 200 m)</td></tr><tr><td> Stillgewässer > 1 ha</td><td></td></tr><tr><td> Stillgewässer (SA 50 m)</td><td></td></tr><tr><td> Wasserschutzgebiet (Zone 1)</td><td></td></tr><tr><td> Wasserschutzgebiet (Zone 2)</td><td></td></tr><tr><td> VG Biotopverbund (LROP und RROP)</td><td></td></tr><tr><td> VG Natur und Landschaft (RROP)</td><td></td></tr></table></div> <p>Abbildung 8: Auszug aus der öffentlichen Bekanntmachung für die FNP Änderung Windkraft der Gemeinde Lernförde</p> <p>Wir sehen den Abstand von 75 Metern als viel zu gering an und wünschen uns auch zu diesem Bereich eine abgestimmte Vorgehensweise der Anrainer-Kommunen rund um das Oppenweher Moor.</p> <p>Aufgrund der aufgeführten Argumente dieses Kapitels bitten wir den Flächennutzungsplan mit folgenden „weichen Tabuzonen“ wie folgt weiterzuentwickeln:</p>	Harte Tabuzonen	Weiche Tabuzonen	 EU-Vogelschutzgebiete	 Biotopverbund (VA bis 50 m)	 FFH - Gebiete	 EU-Vogelschutzgebiete (VA bis 500 m)	 Naturschutzgebiete	 FFH-Gebiete (VA bis 200 m)	 Landschaftsschutzgebiete (LSG)	 Naturschutzgebiete (VA bis 200 m)	 Stillgewässer > 1 ha		 Stillgewässer (SA 50 m)		 Wasserschutzgebiet (Zone 1)		 Wasserschutzgebiet (Zone 2)		 VG Biotopverbund (LROP und RROP)		 VG Natur und Landschaft (RROP)		<p>Die Darstellung der Teilbereiche 3a und 3b entfällt zur Entwurfsfassung. Eine weitere Abwägung der vorgebrachten Anmerkungen ist damit entbehrlich.</p>
Harte Tabuzonen	Weiche Tabuzonen																								
 EU-Vogelschutzgebiete	 Biotopverbund (VA bis 50 m)																								
 FFH - Gebiete	 EU-Vogelschutzgebiete (VA bis 500 m)																								
 Naturschutzgebiete	 FFH-Gebiete (VA bis 200 m)																								
 Landschaftsschutzgebiete (LSG)	 Naturschutzgebiete (VA bis 200 m)																								
 Stillgewässer > 1 ha																									
 Stillgewässer (SA 50 m)																									
 Wasserschutzgebiet (Zone 1)																									
 Wasserschutzgebiet (Zone 2)																									
 VG Biotopverbund (LROP und RROP)																									
 VG Natur und Landschaft (RROP)																									

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Interessengruppe Oppenweher Moor	<p>1. Aufnahme eines Pufferabstandes zum EU-Vogelschutzgebiet V74 und DE-3417.47 von mindestens 800 m.</p> <p>2. Die Naturschutzgebiete NSG HA 43 und NSG MI-001, sowie die FFH-Gebiete 066 und DE-3417-301 werden um eine Pufferzone mindestens 200 m vergrößert.</p> <p>7 Tourismus</p> <p>Die zunehmende Bedeutung der Moore mit ihrer Tier- und Pflanzenwelt für den Tourismus in der Region ist spürbar. Insbesondere auch damit begründet, da die öffentliche Wahrnehmung der Moore mit ihren Möglichkeiten für den Klimaschutz in jüngster Vergangenheit eine ganz andere geworden ist.</p> <p>Die Voraussetzungen für die Entwicklung des Tourismus sind derzeit noch gut. Es gibt verschiedene Rundwanderwege sowie einen Beobachtungsturm und einen Infopavillon, wo die Geschichte des Moores und Infos über dessen Entstehung und Bedeutung dargestellt wird.</p> <p>Die Gemeinde hat sich maßgeblich am Bau und der Finanzierung der MOORwelten in Ströhen engagiert. Sie ist Mehrheitsgesellschafter der MOORwelten und hat in 2022 mit einem Zuschuss von 125.000,00 EUR zum Erhalt dieser Einrichtung beigetragen.</p> <p>Weiter hat die Gemeinde Wagenfeld den Bau und die Finanzierung des/r MOORpadd I Moorbahn auf den Weg gebracht.</p> <p>Die MOORwelten sind auch noch besser unter dem Begriff „Kranichzentrum“ bekannt. Alleine das Gebäude ist in Form eines Kranichs gestaltet und der Ausbau des Tourismus mit seiner Werbung ist sehr dominiert vom Kranich.</p> <p>Der Gemeinde Wagenfeld sind das Thema Moor, Klima und Kranich ein touristisches Kernanliegen.</p> <p>Durch die Realisierung von Windkraftanlagen am Oppenweher Moor würde sich die Gemeinde selbst widersprechen: Gilt das Oppenweher Moor doch als naturgeschütztes Naherholungsgebiet für Einheimische und Touristen. Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe würden nicht nur das Landschaftsbild zerstören, sondern sich negativ auf die Erholung der Menschen und den Tourismus auswirken.</p>	<p>Zur Entwurfsfassung erfolgt jedoch eine Reduzierung auf die für die Windenergienutzung geeignetsten Bereiche bzw. auf die Teilbereiche 1a bis 1d, 4a und 6a bis 6c. Bei den Teilbereichen 1 und 6 handelt es sich um Bestandsstandorte (nördlich Wagenfeld und nördlich Ströhen), auf denen bereits Windenergieanlagen vorhanden sind.</p> <p>Auf die Teilbereiche 2, 3, 4b, 5a bis 5e und 7 wird zur Entwurfsfassung verzichtet. Mit der Reduzierung der Teilbereiche erfolgt auch eine Entlastung des Landschaftsraumes und des Landschaftsbildes. Einer Verspargelung der Landschaft wird entgegen gewirkt. Dies kommt auch der Nutzung der Landschaft für touristische Zwecke zugute.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Darstellung der Teilbereiche 3a und 3b entfällt zur Entwurfsfassung.</p>


Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung												
	Fortsetzung Interessengruppe Oppenweher Moor	<p>8 Konzentration von Windkraftanlagen</p> <p>Die Gemeinde Wagenfeld übertitelt ihre frühzeitige Bürgerbeteiligung u.a. mit dem Passus „zur Ausweisung von Windkraftkonzentrationszonen.“²⁴ Aus unserer Sicht fehlt im aktuellen Planungsentwurf ein passendes Kapitel, was die angestrebte Konzentrationswirkung definiert. Vergleicht man den Wagenfelder Vorentwurf mit anderen Kommunen im Landkreis Diepholz ergibt sich folgende Situation (Abbildung 9).</p> <table><tr><td>Lemförde</td><td>Nur Flächen >30 ha als Konzentrationszone für WEA geeignet; Mindestens 3 WEA</td></tr><tr><td>Syke</td><td>Mindestens 3 WEA</td></tr><tr><td>Barnstorf</td><td>Mindestens 3 WEA. Anlagenstandorte nicht weiter als 1000m Entfernung.</td></tr><tr><td>Bruchhausen-Vilsen</td><td>Streichen von Splitterflächen: 4,3 ha bis 7,9 ha</td></tr><tr><td>Kirchdorf</td><td>Streichen von Splitterflächen ca. alles unter 8 ha</td></tr><tr><td>Wagenfeld</td><td>Keine Planung im Vorentwurf....</td></tr></table> <p>Abbildung 9: Aussagen zu Konzentrationsplanungen²⁵</p> <p>Daher bitten wir, den aktuellen Entwurf des Flächennutzungsplanes wie folgt weiterzuentwickeln:</p> <p>Für die Ausweisung von neuen Windkraftkonzentrationszonen stellt die Gemeinde Wagenfeld ausschließlich Flächen bereit, die eine Gesamtgröße von über 30 ha aufweisen und der Anlagenstandort Platz für mindestens 3 WEA (Referenzanlagen) bereitstellt. Vereinzelte sog. Splitterflächen werden nur zu der Konzentrationsfläche hinzugerechnet, wenn deren Abstand zueinander keine 500 m überschreiten.</p> <p>²⁴ https://www.wagenfeld.de/portal/bekanntmachungen/fruehzeitige-beteiligung-51-aenderung-des-flaechennutzungsplanes-zur-ausweisung-von-windkraftkonzentrationszonen-mit-der-steuerungswirkung-des-35-abs-3-satz-3-baugesetzbuch-baugb-im-aussenbereich-auf-dem-gebiet-der-gemeinde-wagenfeld-900001549-21840.html?rubrik=8000008</p> <p>²⁵ siehe Flächennutzungspläne bzw. Entwürfe der jeweiligen Kommunen</p>	Lemförde	Nur Flächen >30 ha als Konzentrationszone für WEA geeignet; Mindestens 3 WEA	Syke	Mindestens 3 WEA	Barnstorf	Mindestens 3 WEA. Anlagenstandorte nicht weiter als 1000m Entfernung.	Bruchhausen-Vilsen	Streichen von Splitterflächen: 4,3 ha bis 7,9 ha	Kirchdorf	Streichen von Splitterflächen ca. alles unter 8 ha	Wagenfeld	Keine Planung im Vorentwurf....	<p>Im Rahmen der Vorentwurfsfassung waren umfangreichere Sondergebiete für die Windenergienutzung dargestellt worden als erforderlich, um der Windenergienutzung in substanzieller Weise Raum zu geben, auch um zusätzliche Informationen zu den einzelnen Teilbereichen im Zuge der Beteiligungsverfahren nach § 3 (1) BauGB und § 4 (1) BauGB zu gewinnen. Zur Entwurfsfassung erfolgt jedoch eine Reduzierung auf die für die Windenergienutzung geeignetsten Bereiche bzw. auf die Teilbereiche 1a bis 1d, 4a und 6a bis 6c.</p> <p>Der Anregung zur Festlegung einer Mindestgröße wird nicht gefolgt. Zur Entwurfsfassung erfolgt jedoch eine Reduzierung auf die für die Windenergienutzung geeignetsten Bereiche bzw. auf die Teilbereiche 1a bis 1d, 4a und 6a bis 6c. Bei den Teilbereichen 1 und 6 handelt es sich um Bestandsstandorte (nördlich Wagenfeld und nördlich Ströhen), auf denen bereits Windenergieanlagen vorhanden sind. Mit der Reduzierung der Teilbereiche erfolgt auch eine Entlastung des Landschaftsraumes. Einer Verspargelung der Landschaft wird entgegengewirkt.</p>
Lemförde	Nur Flächen >30 ha als Konzentrationszone für WEA geeignet; Mindestens 3 WEA														
Syke	Mindestens 3 WEA														
Barnstorf	Mindestens 3 WEA. Anlagenstandorte nicht weiter als 1000m Entfernung.														
Bruchhausen-Vilsen	Streichen von Splitterflächen: 4,3 ha bis 7,9 ha														
Kirchdorf	Streichen von Splitterflächen ca. alles unter 8 ha														
Wagenfeld	Keine Planung im Vorentwurf....														

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Interessengruppe Oppenweher Moor	<p>9 Gesamtsituation der WEA-Planungen am Moor</p> <p>Die Gemeinden Wagenfeld und Lemförde befinden sich derzeit in der Aufstellung ihrer neuen Flächennutzungspläne zur Steuerung der Windenergie. Die Gemeinde Stemwede hat ihre Planung²⁶ bzgl. eines neuen Flächennutzungsplanes verworfen.²⁷ Somit können überall im Gemeindegebiet Windkraftanlagen entstehen. Die Kommune Stemwede plant in ihrer nächsten Bauausschusssitzung am 19.04.23 ihr Einvernehmen für die Bebauung mit 8 WEA zu erteilen.²⁸ Sollte das BSN Gebiet „Oppendorfer Fledder“ (siehe Abbildung 10 Farbe Petrol) in naher Zukunft doch mit WEA bebaut werden, könnte es nicht nur bei den 8 WEA bleiben. Laut Pressebericht sind in diesem Gebiet deutlich mehr Windkraftanlagen geplant. Daher besteht die Möglichkeit, abweichend zu der Abbildung 10, dass nochmal mehr als 20 WEA auf der Petrol-Fläche entstehen.²⁹</p> <p>²⁶ https://stemwede.ratsinformanagement.net/sdnetrim/U/GhVM0hpd2NXXNFdFcExjZdsQeGu0lxw2Z3ESeuN-Wh38iqMVqWxIk2udLrJxz6a/PowerPoint-Prasentation.pdf</p> <p>²⁷ https://www.westfalen-blatt.de/owl/kreis-minden-luebbecke/stemwede/windkraft-stemwede-steigt-ab-vom-toeten-pferd-2708332?pid=true&npg</p> <p>²⁸ https://stemwede.ratsinformanagement.net/sdnetrim/U/GhVM0hpd2NXXNFdFcExjZdsQeGu0lxw2Z3ESeuN-Wh38iqMVqWxIk2udLrJxz6a/PowerPoint-Prasentation.pdf</p> <p>²⁹ https://www.westfalen-blatt.de/owl/kreis-minden-luebbecke/stemwede/stemwede-investoren-planen-mega-windpark-2628547?pid=true</p> <p>Als Interessengemeinschaft stellen wir fest, dass jede Gemeinde für sich plant und es keinen abgestimmten Weg im Sinne des EU-Vogelschutzgebietes gibt.</p> <p>Wenn die Planungen in den Nachbarkommunen rund um das Oppenweher Moor umgesetzt und dazu auch auf Wagenfelder Seite Windkraftanlagen am Oppenweher Moor gebaut werden sollten, dann ist das gesamte Moor von Windkraftanlagen umstellt. Damit sind die Erreichung aller unter 5. und 6. dargestellten Ziele und Entwicklungen beim Moor- und Vogelschutz gefährdet.</p> <p>Anhand der nachfolgenden Abbildung 10 kann sich ein Überblick über die Gesamtsituation zu den WEA-Planungen am Oppenweher Moor gemacht werden.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die 51. Flächennutzungsplanänderung der Gemeinde Wagenfeld bezieht sich auf ihr Gemeindegebiet. Etwaige Planungen der Gemeinde Stemwede führen aus Sicht der Gemeinde zu keinen abweichenden Einschätzungen hinsichtlich ihres eigenen Plankonzeptes im Rahmen der 51. Flächennutzungsplanänderung. Es ist kommunal der Nachweis zu erbringen, dass der Windenergie in substanzieller Weise Raum gegeben wird.</p> <p>Das ist vom Gesetzgeber durch die kommunale Planungshoheit auch so vorgesehen. In Bezug auf die Windenergienutzung arbeitet der Landkreis Diepholz derzeit an einer eigenen Flächenkulisse. Der Kreistag hat die Kreisverwaltung mit Beschluss vom 01.11.2021 beauftragt, die erforderlichen Schritte zur Neubearbeitung des Kapitels 4.2.1 „Windenergie“ des RROP (2016) einzuleiten. Das auf Landesebene geplante Gesetz zur Umsetzung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (NWindG) wird die Träger der Regionalplanung als zuständige Stellen für die Ausweisung von Windenergiegebieten bestimmen.</p> <p>Die Darstellung der Teilbereiche 3a und 3b als Sondergebiete für die Windenergienutzung entfällt zur Entwurfsfassung.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Interessengruppe Oppenweher Moor	 <p>Abbildung 10: WEA-Planungen am Oppenweher Moor³⁰</p> <p>(leider ist uns eine 100%ige Einzeichnung der Gebiete nicht möglich.)</p> <p><u>Legende zur Karte:</u></p> <p>Gelb: mögliche Potenzialflächen für WEA</p> <p>Orange Punkte: gebaute WEA</p> <p>Lila Punkte: WEA in Planung durch Projektierer³¹</p> <p>Grün: NSG Oppenweher Moor</p> <p>Petrol: BSN Oppendorfer Fledder (Ausschluss derzeit ungewiss)</p> <p>Blau: LSG Thielmanns Horst</p> <p>Weiß: Ausgewiesene Brut- und Rastvogelgebiete</p> <p>Aus unserer Sicht würde die Gemeinde Wagenfeld bei der Ausweisung der Flächen im Teilbereich 3 sich aktiv an einer Verschlechterung seines Natura 2000 (FFH-Gebiet inkl. EU-Vogelschutzgebiet) Gebietes und seiner Funktionsräume beteiligen. Dieses ist laut dem OVG NRW, Urteil vom 3.8.2010, 8 A 4062/04 nicht zulässig. Es gilt „eine Versiegelung des Gebietes und eine Barrierewirkung bei Flugbewegungen zu vermeiden.“³²</p> <p>³⁰ https://www.google.com/maps/d/edit?mid=1iVYsBJEtVcpY1UfEsAZiMZ53gKswGI8</p> <p>³¹ https://www.kreiszeitung.de/lokales/diepholz/tenfoerde-ort48637/westwind-windkraftanlagen-windpark-brockum-90109783.html</p> <p>³² https://dejure.org/dienste/vernetzung/rechtsprechung?Gericht=OVG%20Nordrhein-Westfalen&Datum=03.08.2010&Aktenzeichen=8%20A%204062/04</p>	Die Darstellung der Teilbereiche 3a und 3b als Sondergebiete für die Windenergienutzung entfällt zur Entwurfsfassung

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Interessengruppe Oppenweher Moor	<p>10 Fazit</p> <p>Der Bau von Windkraftanlagen steht den vorgenannten Zielen beim Moor- und Vogelschutz klar entgegen. Wagenfeld hat mit seiner einzigartigen Struktur der Moore stattdessen die Möglichkeit sich auf andere Weise gewinnbringend für den Klimaschutz einzusetzen.</p> <p>Auch für die Versorgung von sicherer, bezahlbarer und nachhaltiger Energie möchte die Gemeinde Wagenfeld, trotz ihrer begrenzten Möglichkeiten, durch die Bereitstellung von entsprechenden Planflächen einen ausreichenden Beitrag leisten.</p> <p>Für eine sinnvollere Weiterentwicklung des Oppenweher Moores geben wir die Anregung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die einzelnen geplanten Kleinstflächen im Teilbereich 3. an der Seite des Oppenweher Moores aus der Planung der Gemeinde Wagenfeld zu streichen. • Kriterien für eine echte Konzentrationsplanung aufzustellen und keine „geplante Verspargelung“ der Gemeinde Wagenfeld vorzunehmen. • Sich am Oppenweher Moor verstärkt auf die Weiterentwicklung und Vergrößerung des Moores, in seiner Funktion als CO2-Senke, zu konzentrieren. • Eine strategische Weiterentwicklung der Randbereiche um das Oppenweher Moor, im Sinne der Ziele der Biodiversitätskonferenz 2022, für Brut- und Gastvögel. <p>Wir bitten die Gemeinde unseren skizzierten Anregungen zu folgen und folgende konkrete Punkte in die Änderung des Flächennutzungsplanes mit aufzunehmen (siehe auch vorherige Kapitel):</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Aufnahme eines Pufferabstandes zum EU-Vogelschutzgebiet V74 und DE-3417.47 von mindestens 800 m. 2. Die Naturschutzgebiete NSG HA 43 und NSG MI-001, sowie die FFH-Gebiete 066 und DE-3417-301 werden um eine Pufferzone von mindestens 200 m vergrößert. 	<p>Die Gemeinde Wagenfeld sieht von einer weiteren Darstellung der Teilbereiche 3a und 3b als Sondergebiet für die Windenergienutzung ab. Eine weitere Abwägung der vorgebrachten Anmerkungen ist damit entbehrlich.</p> <p>Die Teilbereiche halten Abstände zu den nächsten Natura 2000- Gebieten von 650 m (Teilbereich 6), 2.000 m (Teilbereich 1) und 3,6 km (Teilbereich 4) ein. Nach den vorliegenden Hinweisen seitens der Naturschutzbehörde und sonstigen Hinweisen sowie nach den Ergebnissen der Brutvogeluntersuchungen 2023 können somit Beeinträchtigungen der Ziele der Natura 2000-Gebietskulissen mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden.</p> <p>Die in die Entwurfsfassung überführten Teilbereiche weisen zu den nächsten Naturschutzgebieten Abstände von 650 m (Teilbereich 6 zum NSG HA 00158 Bleckriede), 2.000 m (Teilbereich 1 zu NSG HA 00250 Neustädter Moor) und 3,8 km (Teilbereich 4 zu NSG MI 001 Oppenweher Moorlandschaft) auf.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Interessengruppe Oppenweher Moor	<p>3. Für die Ausweisung von neuen Windkraftkonzentrationszonen stellt die Gemeinde Wagenfeld ausschließlich Flächen bereit; die eine Gesamtgröße von über 30 ha aufweisen und der Anlagenstandort Platz für mindestens 3 WEA (Referenzanlagen) bereitstellt. Vereinzelte sog. Splitterflächen werden nur zu der Konzentrationsfläche hinzugerechnet, wenn deren Abstand zueinander keine 500 m überschreitet.</p> <p>4. Die kohlenstoffreichen Böden und Moorbiotope am Oppenweher Moor werden als Fläche (siehe Abbildung 5) für die Bebauung von Windkraftanlagen ausgeschlossen.</p> <p>Wir danken für die Auseinandersetzung mit unserer Eingabe und verweisen an dieser Stelle gerne auf unsere zusätzliche Unterschriftenaktion „Windkraft Ja, aber alles am richtigen Platz!“</p>	<p>Siehe vorstehend.</p> <p>Die Gemeinde Wagenfeld sieht von einer weiteren Darstellung der Teilbereiche 3a und 3b als Sondergebiet für die Windenergienutzung ab.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
		<p><i>„Alternative Energiegewinnung ist unsinnig, wenn sie genau das zerstört was man eigentlich durch sie bewahren will.“ - Reinhold Messner</i></p>  <p>Windkraft Ja, aber alles am richtigen Platz!</p> <p>Randgebiete am Oppenweher Moor sind ungeeignet weil:</p> <p>Die schwerwiegenden Folgen von weiterem Verlust der Biodiversität werden von Wissenschaftlern mit denen des Klimawandel gleichgesetzt. Deutschland hat sich daher verpflichtet, degenerative Ökosysteme wieder aufzubauen und entsprechend unter Schutz zu stellen.</p> <p>Die Realisierung von Windkraftanlagen am Oppenweher Moor widerspricht den vereinbarten Zielen aus der Biodiversitätskonferenz 2022:</p> <ul style="list-style-type: none"> ⚠ Die Flächen befinden sich in ausgewiesenen „Brut- u. Gastvögel“-Gebieten mit lokaler Bedeutung, die dadurch zerstört werden. ⚠ Das Oppenweher Moor steht im funktionalem Zusammenhang mit der als überregional bedeutsamen Kranichrastplatz bekannten „Diepholzer Moorniederung“. Eine Bebauung mit Windkraftanlagen würde zu einer massiven Vergrämung der Kranichbestände führen. <p>Die Bundesregierung hat im Jahr 2022 die „Nationale Moorschutzstrategie“ erlassen. Ziel ist u.a. die Wiedervernässung von Moorböden. Denn degenerierte Moore sind für 7,5% der gesamten deutschen CO2-Emissionen verantwortlich! Nasse Moore speichern hingegen 6-mal soviel CO2 wie Wälder!</p> <p>Die Realisierung von Windkraftanlagen am Oppenweher Moor widerspricht der Moorschutzstrategie:</p> <ul style="list-style-type: none"> ⚠ Durch die Bebauung mit Windkraftanlagen wird dieser klimarelevante Boden dauerhaft zerstört und kann nicht mehr vernässt werden. Der Boden wird für Zuwegungen, Kranstellplätze und Fundamente verdichtet. ⚠ Das Oppenweher Moor wird mit hohem finanziellen Aufwand wiedervernässt. Bis zu 30m tiefe Fundamente und Grundwasserabsenkungen für die Windkraftanlagenerrichtung in unmittelbarer Nähe sind damit unvereinbar. <p>Die Gemeinde Wagenfeld ist Mehrheitsgesellschafter der MOORWELTEN und beteiligt sich aktuell mit zusätzlichen 125.000 € am Erhalt der Einrichtung. Damit sind der Gemeinde das Thema Moor, Klima und Kranich ein touristisches Kernanliegen.</p> <p>Durch die Realisierung von Windkraftanlagen am Oppenweher Moor würde sich die Gemeinde Wagenfeld selbst widersprechen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ⚠ Gilt das Oppenweher Moor doch als naturngeschütztes Naherholungsgebiet für Einheimische und Touristen. Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe würden nicht nur das Landschaftsbild zerstören, sondern sich negativ auf die Erholung der Menschen und den Tourismus auswirken. <p>Die Gemeinde Wagenfeld wird aufgerufen keine Flächen für Windkraftanlagen am Oppenweher Moor auszuweisen und sich auf sinnvollere Potenzialgebiete zu konzentrieren.</p> <p>Unterschriftenlisten (29 Seiten) mit Insgesamt 326 Unterschriften</p>	

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung																																		
21	<p>.. RA</p> <p>09.04.2023</p> <p>Hinweis: Die Seitenzahlen beziehen sich auf das Original der Einwendung.</p>	<p>Stellungnahme und Ergänzungen zu den Ausführungen der Interessengruppe Oppenweher Moor Windkraft JA, aber alles am richtigen Platz! Gegen eine Ausweisung von Windkraftgebieten im Ortsteil Wagenfeld-Förlingen am Rande des Oppenweher Moores</p> <p>Gliederung</p> <table><tr><td></td><td>Seite</td></tr><tr><td>Gliederung</td><td>2</td></tr><tr><td>Überblick und Einführung</td><td>2</td></tr><tr><td>Aktuelle Vorüberlegungen</td><td></td></tr><tr><td colspan="2"> </td></tr><tr><td>A. Die Situation vor Ort</td><td>19</td></tr><tr><td>B. Allgemeine Einwendungen</td><td></td></tr><tr><td>1. Klimarelevanz von Windanlagen</td><td>19</td></tr><tr><td>2. BVerfG-Beschluss März 2021</td><td>37</td></tr><tr><td>3. Green Deal der EU</td><td>36</td></tr><tr><td>C. Externe Kosten und Folgen</td><td>50</td></tr><tr><td>1. Rotorblätter</td><td></td></tr><tr><td>2. Mikropartikel</td><td>56</td></tr><tr><td>3. Balsaholz</td><td>62</td></tr><tr><td>4. Umweltbelange</td><td>67</td></tr><tr><td>D. Tourismus</td><td>70</td></tr><tr><td>E. Ergebnis</td><td>72</td></tr></table> <p>Überblick und Einführung</p> <p>Aktuelle Vorüberlegungen</p> <p>Die IPBES-Konferenz im Dezember 2022 in Montreal, die Selbstverpflichtung Deutschlands, 30 % Landflächen als Schutzgebiete auszuweisen, zu sichern und zu entwickeln und ihre Folgen für die vorliegenden Anträge:</p> <p>Bis zu 240 m hohe Anlagen könnten vor Ort realisiert werden. Das sind großindustrielle Anlagen. Das führt zu einem völlig veränderten und weit schwerwiegenderen Eingriff in die Landschaft, als die bisher üblichen Anlagen.</p> <p>Es handelt sich um großindustrielle Anlagen mit fast doppelter Höhe des Kölner Doms. Der Eingriff in die Landschaft und aller damit verbundenen Güter ist angesichts solcher Größen und Höhen nicht grösser und gravierender vorstellbar.</p>		Seite	Gliederung	2	Überblick und Einführung	2	Aktuelle Vorüberlegungen				A. Die Situation vor Ort	19	B. Allgemeine Einwendungen		1. Klimarelevanz von Windanlagen	19	2. BVerfG-Beschluss März 2021	37	3. Green Deal der EU	36	C. Externe Kosten und Folgen	50	1. Rotorblätter		2. Mikropartikel	56	3. Balsaholz	62	4. Umweltbelange	67	D. Tourismus	70	E. Ergebnis	72	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.</p>
	Seite																																				
Gliederung	2																																				
Überblick und Einführung	2																																				
Aktuelle Vorüberlegungen																																					
A. Die Situation vor Ort	19																																				
B. Allgemeine Einwendungen																																					
1. Klimarelevanz von Windanlagen	19																																				
2. BVerfG-Beschluss März 2021	37																																				
3. Green Deal der EU	36																																				
C. Externe Kosten und Folgen	50																																				
1. Rotorblätter																																					
2. Mikropartikel	56																																				
3. Balsaholz	62																																				
4. Umweltbelange	67																																				
D. Tourismus	70																																				
E. Ergebnis	72																																				

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
-	Fortsetzung Einwender 21	<p>Aufgrund der physikalischen Kräfte dieser Anlagen und der bekannten dann sehr viel stärkeren Wirbelschleppen stehen die Anlagen womöglich auch zu dicht. Die Abstände müssen untereinander den achtfachen Rotordurchmesser einhalten, um den Wind überhaupt möglichst effizient nutzen zu können.</p> <p>Nicht effizient zueinanderstehende Anlagen sind im Rahmen der neuen Effizienzrichtlinien nicht genehmigungsfähig.</p> <p>Grundsätzlich sind die Standorte durch die hohen EEG-Subventionen wirtschaftlich, weil durch die Höhe der Anlagen und der dort stärkere und stetigere Wind die Stromausbeute sich in der 3. Potenz erhöht (siehe gutachterliche Stellungnahme des Unterzeichners an den Landtag NRW MMST17-4866 Anhörung vom 09.03.22, sowie MMST18-292 vom 08.02.23, beide gutachterlichen Stellungnahmen werden vollinhaltlich zum Gegenstand dieser Stellungnahme gemacht).</p> <p>Ob die Beachtung der Regionalplanung und Nichtbeachtung des Grundsatzes der grenzüberschreitenden Abstimmungen des Regionalplans vorliegen, muss hier dahinstehen.</p> <p>Der Rotordurchmesser beträgt bei den geplanten Anlagen ca. 20.000 qm, was fast 3 Fußball- Bundesliga- großen Fußballfeldern entspricht!</p> <p>Darüber hinaus geht es darum, dass die Planung mit WKA in Höhe von bis 240 Metern eine völlig beherrschendere Wirkung auf das Landschaftsbild haben wird (Nichtbeachtung sensibler Reliefstrukturen = Beeinträchtigung öffentlicher Belange, da Orts- und Landschaftsbild verunstaltet wird), die an industrieller Überformung nur durch noch mehr solcher Großanlagen zu überbieten wäre.</p> <p>Weiterhin fehlen die erheblichen Eingriffe der Stromleitungen/Infrastruktur, sowohl der Leitungen im Gebiet wie auch die Überlandleitungen zu diesem dann Industrie-Gebiet. Außerdem gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, den benötigten Strom auf andere ökologische Weise zu produzieren. Dazu findet sich bisher kein Wort. Auch die verharmlosenden Ausführungen zu den beiden betroffenen Landschaftsschutzgebieten (UVP -Bericht Seite 54 ff.) werden vollinhaltlich zurückgewiesen. So sind nur als Beispiel die Landstraße keine "Zerschneidung" dahingehend, dass sie die Zerstörung und Zerschneidung von 240 m hohen Industrieanlagen in irgendeiner Weise als Vorbelastung rechtfertigen könnte.</p>	<p>Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung. In der 51. Flächennutzungsplanänderung werden keine konkreten Anlagenhöhen, Anlagentypen oder Anlagenstandorte festgelegt.</p> <p>Es handelt sich um eine Flächennutzungsplanänderung und nicht um die Aufstellung eines Regionalplanes.</p> <p>In der 51. Flächennutzungsplanänderung werden keine konkreten Anlagenhöhen, Anlagentypen oder Anlagenstandorte festgelegt.</p> <p>Die Abführung der erzeugten Energie ist Gegenstand nachfolgender Genehmigungsverfahren.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Besonders betroffen macht aber der Umstand, dass es sich um ein Mooregebiet handelt mit einer Vielzahl vor Ort anzutreffender geschützter Vogelarten (z.B. Kiebitz, Rotmilan), sowie das Gebiet als nachvollziehbares Kranichüberfluggebiet, das deshalb in den bekannten Zeiträumen einem besonderen Schutz unterliegt.</p> <p>Am 09.11.22 hat das Bundeskabinett die nationale Moorschutzstrategie beschlossen. https://www.bmu.de/pressemitteilung/kabinett-beschliesst-nationalemoorschutzstrategie Näheres ergibt sich aus der Pressemitteilung</p> <p>Maßnahmen dienen dem Klimaschutz und der Erhaltung der Biodiversität</p> <p>Das Bundeskabinett hat heute die von Bundesumweltministerin Steffi Lemke vorgelegte Nationale Moorschutzstrategie beschlossen, die Teil des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz ist. Damit soll ein Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung geleistet sowie die für Mooregebiete typische Artenvielfalt besser geschützt und wiederhergestellt werden. Mit diesen Maßnahmen wirkt die Nationale Moorschutzstrategie auch den Folgen der Klimakrise entgegen und sie unterstützt eine nachhaltige Bewirtschaftung von Moorböden. Hierzu gibt sie den politischen Rahmen für alle Aspekte des Moorschutzes in Deutschland auf Bundesebene vor. Im Zentrum der Strategie stehen anspruchsvolle Ziele und Maßnahmen, um entwässerte Moorböden, die eine bedeutende Quelle von Treibhausgasemissionen darstellen, wiederzuvernässen. In Deutschland stammen gegenwärtig 7,5 Prozent (circa 53 Millionen Tonnen Kohlendioxid-Äquivalente) der Treibhausgasemissionen aus der Zersetzung von Moorböden infolge von Entwässerungsmaßnahmen und Torfnutzung.</p>	<p>Aufgrund der hohen Bedeutung der Flächen für Natur und Landschaft, der Moornähe bzw. der Nähe zu den Schutzgebieten, wird auf die Darstellung der Teilbereiche 3a und 3b für die Windenergienutzung zur Entwurfsfassung verzichtet. Der Verzicht erfolgt aus Vorsorgegründen, um Konflikten vorzubeugen. Dabei wird auch in die Abwägung eingestellt, dass es sich um zwei kleinere, in deutlichem Abstand zueinander befindliche Sondergebiete handelt, die eher schlecht geeignet sind, eine Konzentrationswirkung zu erzielen und dabei vergleichsweise große Auswirkungen auf das Landschaftsbild und das Landschaftserleben haben.</p> <p>Voraussichtlich wäre in den beiden Teilbereichen 3a und 3b nur jeweils eine Windenergieanlage zu errichten. Daher wird trotz des im EEG verankerten überragenden öffentlichen Interesses der Nutzung der erneuerbaren Energien auf die Teilbereiche 3a und 3b verzichtet. Auch ohne die Darstellung der Teilbereiche 3a und 3b wird der Windenergie in substantieller Weise Raum gegeben. Ein entsprechender Nachweis wird in der Begründung erbracht.</p> <p>Die Darstellung der Teilbereiche 3a und 3b als Sondergebiete für die Windenergienutzung entfällt zur Entwurfsfassung.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Bundesumweltministerin Steffi Lemke: "Intakte Moore und Moorböden helfen dabei, unsere Klimaschutzziele zu erreichen und bieten außerdem einen einzigartigen Lebensraum für Pflanzen und Tiere. Sie halten Wasser in der Landschaft und beugen so Dürren vor. Trockengelegte Moore setzen große Mengen Treibhausgase frei und tragen so zur Klimakrise bei, daher müssen wir sie wiedervernässen. In Mooren in Deutschland ist genauso viel Kohlenstoff gespeichert wie in allen deutschen Wäldern zusammen. Deshalb sind Moore so bedeutsam für den natürlichen Klimaschutz. Heute haben wir mit der Nationalen Moorschutzstrategie alle notwendigen Schritte beschlossen, um Moore zu schützen, sie langfristig wiederherzustellen und insbesondere ihre nachhaltige Nutzung zu fördern."</p> <p>Die Nationale Moorschutzstrategie der Bundesregierung ist Teil des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz, das Ökosysteme stärken soll, damit sie gleichzeitig Klimaschützer und Lebensraum für Pflanzen und Tiere bleiben. Der Beschluss der Nationalen Moorschutzstrategie setzt einen Auftrag aus der Koalitionsvereinbarung um. Die Strategie dient der Erreichung der Ziele des Bundes-Klimaschutzgesetzes, in dem das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2045 verankert wurde.</p> <p>Die Nationale Moorschutzstrategie knüpft an die gemeinsam vom Bund und den Ländern im Herbst 2021 beschlossene Bund-Länder-Zielvereinbarung zum Klimaschutz durch Moorbodenschutz an und bildet die dortigen Ziele und Maßnahmen für die Bereiche der Land- und Forstwirtschaft ab. Wie die Bund-Länder-Zielvereinbarung baut die Strategie auf eine enge Kooperation mit den Landnutzer*innen und setzt stark auf finanzielle Anreize für Wiedervernässungsmaßnahmen und angepasste Bewirtschaftungsformen sowie den Aufbau von Wertschöpfungsketten.</p> <p>Durch Wiedervernässungsmaßnahmen sollen die jährlichen Treibhausgasemissionen aus Moorböden bis zum Jahr 2030 um mindestens fünf Millionen Tonnen Kohlendioxidäquivalent reduziert werden. Der Bund will mit Wiedervernässungsmaßnahmen auf eigenen Flächen beispielhaft vorangehen. Die Strategie verfolgt weiterhin den konsequenten Schutz noch naturnah erhaltener Moore, verstärkte Forschung und Bildung zum Moorschutz sowie eine Stärkung der internationalen Zusammenarbeit.</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>In der Moorschutzstrategie steht die langfristige Perspektive der klimaverträglichen Nutzung der Moorböden in Deutschland im Mittelpunkt. Von entscheidender Bedeutung ist hier die Wiedervernässung der in der Vergangenheit entwässerten und intensiv genutzten Moorböden. Dies wird ein generationsübergreifender Weg werden. Die Strategie versucht eine ausgewogene Balance zwischen den Bedürfnissen der Menschen in den Moor-Regionen und unseren Verpflichtungen gegenüber zukünftigen Generationen zu formulieren.</p> <p>Näheres ergibt sich aus der Nationale Moorschutzstrategie 19. Oktober 2022 https://www.bmuv.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Naturschutz/nationale_moorschutz-strategiebf.pdf</p> <p>Die weitere Planung ist deshalb im lichte dieser Moorstrategie und der daraus sich ergebenden Entwicklungspflichten zu beachten.</p> <p>30 % Schutzgebiete im Kreis sind gemäß EU-Vorgabe auszuweisen bevor Standorte für Windanlagen in Betracht kommen. Schutzgebiete sind als Schutzgebiete zu erhalten da alternativlos und im Sinne der internationalen Verpflichtungen zu erweitern.</p> <p>Entsprechend des EU-Beschlusses von 2020 gem. EU-Green-Deal sind 30 % der Landflächen unter Schutz zu stellen und gemäß der am 19.12.22 verkündeten Verpflichtungen zu COP 15 des IPBES (Weltbiodiversitätskonferenz) in Montreal, den Ministerin Lemke ausdrücklich unterstützt und auch Deutschland, wie gegenüber der EU, verpflichtet 30 % der landesweiten Flächen unter Schutz zu stellen.</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>So berichtete die FAZ am 19.12.22: 30 Prozent der Erdoberfläche sollen unter Schutz gestellt werden Weltnaturgipfel nimmt Kernforderungen der EU auf/Kritik von Umweltschützern in. MONTREAL Um die Zerstörung der Natur zu stoppen, sollen 30 Prozent der Erde und des Meeres bis 2030 unter Schutz gestellt werden. Damit wurde auf der Weltnaturkonferenz in Montreal eine Kernforderung Deutschlands und der EU in den Vorschlag für das globale Rahmenwerk aufgenommen, das bis diesen Dienstag verabschiedet werden soll. Allerdings sah EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevicius zunächst noch Nachschärfungsbedarf. Man wünsche sich „mehr Klarheit und mehr Ehrgeiz“. Vorgelegt wurde der Entwurf am Sonntag von der chinesischen Präsidentschaft. Der Gipfel sollte ursprünglich in China stattfinden. Wegen der dortigen Corona-Politik wurde er aber nach Montreal verlegt, wo das Sekretariat der Biodiversitätskonvention seinen Sitz hat. Mit der Übereinkunft wollen die 196 Vertragsstaaten bis zum Jahr 2030 die Verarmung und Übernutzung der Natur stoppen und dann bis 2050 die Transformation für ein Leben „in Harmonie mit der Natur“ schaffen, wie es in dem Entwurf heißt.</p> <p>Damit das gelingt, sollen die Industriestaaten sowie Länder, die freiwillig mitmachen, bis zum Jahr 2025 jährlich 20 Milliarden Dollar für den internationalen Naturschutz bereitstellen, doppelt so viel wie bislang. Bis 2030 soll der Betrag auf 30 Milliarden Dollar jährlich wachsen. Die Länder des globalen Südens hatten jährlich 100 Milliarden Dollar verlangt.</p> <p>Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne) nannte den Entwurf Chinas „mutig“. Er enthalte viele Punkte, „die in die richtige Richtung weisen“. Sie werde sich nun in der „entscheidenden Phase“ weiter dafür einsetzen, dass die Weltgemeinschaft das Artensterben entschlossen bekämpft.</p> <p>Zu Beginn der Konferenz am 7. Dezember waren - trotz jahrelanger Verhandlungen - praktisch alle 22 Ziele umstritten gewesen, mit deren Hilfe die Naturzerstörung bis 2030 gestoppt werden soll. Georg Schwede, Europavertreter der Initiative „Campaign for Nature“, sagte der F.A.Z. „der chinesische Vorschlag sei „in vielen Bereichen besser als gedacht“. Umweltschützer und Wissenschaftler äußerten sich gleichwohl enttäuscht. Die Vorschläge reichten nicht, um die Zerstörung der Natur und damit der menschlichen Lebensgrundlagen aufzuhalten.</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Das hieße konkret, dass die erst kürzliche Öffnung großflächiger Schutzgebiete, wie Landschaftsschutzgebiete und Naturparks usw. nicht mehr angewendet werden dürfen, um dieses Flächenziel noch zu erreichen bzw. zu sichern. Denn je mehr es zugelassen wird, dass Schutzgebiete Ihre artenschützende Funktion durch großindustrielle Windindustrieanlagen von hier bis ca. 240 m Höhe verlieren, umso weniger kann dieses verpflichtende Flächen-Ziel „sehenden Auges“ erreicht werden. Denn schon 2019 standen etwa 25 % aller Windanlagen in Schutzgebieten aufgrund von Befreiungen und Teilgebietsaufhebungen. Einer kompletten Öffnung von Schutzgebieten hätte es also schon aus fachlicher Sicht nicht bedurft und steht den Zielen und Verpflichtungen von Montreal entgegen. Das wird noch überlagert durch die örtliche Moorsituation und den sich daraus ergebenden Pflichten.</p> <p>Da dieses Ziel des Artenschutzes höherrangig als das Klimaziel ist, wegen der Grundlagenfunktion der Arten und der Biodiversität für das menschliche Leben, sind diese Ziele von „überragendem globalen Interesse“ (so die hiesige Definition im Lichte der vorrangigen Bedeutung des Art 20a GG) während die Klimaziele durch Windanlagen in § 2 7 EEG „nur“ von „überragendem öffentlichen Interesse“ sind, und diese zudem schwerwiegenden Bedenken begegnen, da durch keinerlei wissenschaftliche Expertise gestützt, sondern dem politisch-lobbyseitigen Wünschen des Großkapitals (Banken, Versicherungen, Fonds und Energiegesellschaften) folgt, das damit und auf diese Weise weiterhin zweistellige Milliarden Gewinne pro Jahr nur in Deutschland erwartet. In 2022 sind diese Werte weit übertroffen worden. Die Artenschutzziele aber sind wissenschaftlich als Minimum prioritär einzustufen und werden vielfach wissenschaftlich gestützt, was Montreal noch einmal unterstrich.</p> <p>Dazu schreibt die Ministerin des BMUV in ihrer PM vom 19.12.22: Um den Zustand der biologischen Vielfalt zu verbessern, wurde auf nationaler Ebene in Deutschland bereits damit begonnen, die Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt, kurz NBS, zu überarbeiten und zu aktualisieren. In der NBS werden die globalen Ziele - und auch die Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie 2030 - mit konkreten nationalen Zielen und Maßnahmen unterfüttert.</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p><u>In Deutschland sind bereits große Flächenanteile an Land und im Meer geschützt. Bund und Länder arbeiten gemeinsam daran, dass die geschützten Lebensräume sowie die wichtigen Beiträge dieser Gebiete zum natürlichen Klimaschutz gesichert beziehungsweise gestärkt und bei Bedarf wiederhergestellt werden. Dafür soll ein Aktionsplan Schutzgebiete aufgelegt werden. Dabei soll ein klarer Schwerpunkt auf die qualitative Fortentwicklung der bestehenden Schutzgebiete legen.</u> (Unterstreichungen vom Unterzeichner).</p> <p>Das unterstreicht, dass auch das vorliegende Gebiet nicht für Windanlagen zur Verfügung gestellt oder genutzt werden darf, da es gerade im Hinblick auf das Moor und seinen Funktionen industriellen Nutzungen vorgeht und entgegensteht. Es steht deshalb Genehmigungen für Windanlagen klar und eindeutig entgegen.</p> <p>Dafür steht auch der Beschluss des BVerfG vom 24.03.21: Gemeinde und Kreis sind aufgefordert sich im Sinne des Arten- und Moorschutzes im Rahmen dieser Planung klar und eindeutig zu positionieren und diese 30 %-Verpflichtungen ernst zu nehmen im Sinne des Beschlusses des BVerfG vom 24.03.21. Hierzu sei an einige Leitsätze erinnert:</p> <p>1. Art. 20a GG genießt keinen unbedingten Vorrang gegenüber anderen Belangen, sondern ist im Konfliktfall in einen Ausgleich mit anderen Verfassungsrechtsgütern und Verfassungsprinzipien zu bringen. Dabei nimmt das relative Gewicht des Klimaschutzgebots in der Abwägung bei fortschreitendem Klimawandel weiter zu. Hier ergänzt: Art 20a GG lautet:</p> <p>„Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“</p> <p>Der Beschluss befasste sich nur mit den Klimazielen. In gleicher Weise sind aber die Artenschutzziele gleichrangig relevant, worauf Art 20a GG ausdrücklich hinweist.</p> <p>Deshalb ist folgende Analogie zwingend: Dabei nimmt das relative Gewicht des ARTENSCHUTZGEBOTS in der Abwägung bei fortschreitendem ARTENSCHUTZVERLUST weiter zu.</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>2. Besteht wissenschaftliche Ungewissheit über umweltrelevante Ursachenzusammenhänge, schließt die durch Art. 20a GG dem Gesetzgeber auch zugunsten künftiger Generationen aufgebene besondere Sorgfaltspflicht ein, bereits belastbare Hinweise auf die Möglichkeit gravierender oder irreversibler Beeinträchtigungen zu berücksichtigen.</p> <p>3. Als Klimaschutzgebot (Artenschutzgebot, der Verf.) hat Art. 20a GG eine internationale Dimension. Der nationalen Klimaschutzverpflichtung (Artenschutzverpflichtung, der Verf. „siehe Montreal aaO.“) steht nicht entgegen, dass der globale Charakter von Klima und Erderwärmung (Arten und Biodiversität, der Verf.) eine Lösung der Probleme des Klimawandels (Artenverluste, der Verf.) durch einen Staat allein ausschließt. Das Klimaschutzgebot (Artenschutzgebot, der Verf.) verlangt vom Staat international ausgerichtetes Handeln zum globalen Schutz des Klimas (der Arten) und verpflichtet, im Rahmen internationaler Abstimmung auf Klimaschutz (Artenschutz, siehe PM vom 19.12.22 aaO. der Verf.) hinzuwirken. Der Staat kann sich seiner Verantwortung nicht durch den Hinweis auf die Treibhausgasemissionen in anderen Staaten entziehen.</p> <p>4. In Wahrnehmung seines Konkretisierungsauftrags und seiner Konkretisierungsprärogative hat der Gesetzgeber das Klimaschutzziel (Artenschutzziel, der Verf.) des Art. 20a GG aktuell verfassungsrechtlich zulässig dahingehend bestimmt, dass der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2 °C und möglichst auf 1,5 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen ist (dass 30 % der Landflächen zu Schutzgebieten bestimmt sind, der Verf.).</p> <p>5. Art. 20a GG ist eine justiziable Rechtsnorm, die den politischen Prozess zugunsten ökologischer Belange auch mit Blick auf die künftigen Generationen binden soll. Die Vereinbarkeit mit Art. 20a GG ist Voraussetzung für die verfassungsrechtliche Rechtfertigung staatlicher Eingriffe in Grundrechte.</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Deshalb müssen im Rahmen dieser Planung erst einmal diese 30 % Schutzflächen ausgewiesen werden. Daran fehlt es, was einen relevanten Mangel der Planung darstellt. Denn diese 30 % Flächen sind schon seit 2020 verbindlich, insoweit die EU im Rahmen ihres Green-Deal die Ausweisung dieser Flächen verbindlich gemacht hat.</p> <p>So wie das BVerfG die Erreichung des 1,5-°C-Grad-Ziels zur Leitschnur der Planungen gemacht hat, so sind gleichrangig die Ausweisung und verbindliche Schutz dieser 30 % Landflächen vorzunehmen, bevor Industriegebiete geplant werden, da Art 20a GG der Ausgangspunkt des Beschlusses des BVerfG war, nämlich den Schutz der Lebensgrundlagen.</p> <p>Folgende weitere Gründe werden zur vorliegenden Entwurfsplanung zunächst summarisch vorgetragen:</p> <p>1. 1000 m Mindestabstand zur Wohnbebauung ist vorliegend aufgrund der Anlagen-Dimensionen naheliegend.</p> <p>2. Vorsorgepflicht</p> <p>Die Fürsorge und Vorsorgepflicht der zuständigen Behörden zugunsten der Ihnen anvertrauten Bürger (§ 5 BImSchG) bedingt ausreichende Abstände gegen die Immissionen von Windanlagen. Neuere Untersuchungen (Interimsverfahren) zeigen, dass die bisher verwendeten Prognosen häufig unzureichend sind, insbesondere bei Abständen von ca. 600-2000 m.</p>	<p>Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.</p> <p>Die Bedenken werden nicht geteilt.</p> <p>Die Nutzung der freien Landschaft zur Erzeugung von Windstrom führt zu einer weit- hin sichtbaren technischen Überformung und damit einer Veränderung des Landschaftsbildes. Im Umfeld von wohngenutzten Bereichen bzw. Gebäuden bedeutet dies angesichts des Anlagenwachstums eine Qualitätsänderung, die von Einzelnen auch als Belästigung empfunden wird. Um dem entgegenzuwirken und ein übermäßiges Heranrücken an Wohnnutzungen zu vermeiden, wird in der Vorsorge gegenüber optischen Beeinträchtigungen zugunsten von Wohnnutzungen zusätzlich zu den harten Tabuzonen von 400 m ein Vorsorgeabstand von 200 m berücksichtigt, der einer Anlagenhöhe entspricht. Insgesamt ergibt sich damit eine Tabuzone von 600 m:</p> <p>Um das Konfliktpotenzial zwischen Siedlungsbereichen und der Windenergienutzung möglichst gering zu halten, sollen diese Nutzungen vorsorgend Abstände zueinander einhalten. Dementsprechend wird aus Gründen des vorsorgenden Immissionsschutzes und zur Minderung von Konfliktpotenzialen zwischen Windenergiegebieten und der Siedlungsentwicklung bzw. solchen Siedlungsbereichen ein Vorsorgeabstand von zusätzlich 200 m eingestellt. Weiche Tabuzonen sind daher aus immissionsschutzrechtlichen Gründen auch aus dem vorbeugenden Immissionsschutz heraus begründbar und lassen mehr zu als das absolut Notwendige der gesetzlichen Vorgaben.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>3. Schallimmissionen/Schallprognosen</p> <p>Es handelt sich wahrscheinlich um Anlagen mit einem Schallleistungspegel von über 106 dB(A), also um sehr laute Anlagen. Gerade deshalb ist die Vorlage der Schallvermessungsberichte zwingend erforderlich. Diese fehlen bisher und sind umgehend nachzureichen. In der Regel kommen nicht unerhebliche Zusatzbelastungen durch verschiedenste Schallreflexionen zur normalen Schallbelastung hinzu. Diese können sich durch im Winkel stehende und dadurch den Schall verstärkende Gebäude um bis zu 3 dB(A) erhöhen.</p> <p>In den Schallunterlagen von Windanlagen sind angegeben, dass die Schallwerte nur bei Temperaturen von plus 15 Grad gelten und nicht bei Schnee oder Eis oder niedrigeren Temperaturen als 15 Grad.</p> <p>Deshalb sind die Besonderheiten eines lärmtechnischen „Thermofensters“ zu prüfen, nämlich dass Windanlagen üblicherweise bei plus 10 Grad (hier 15 Grad s.o.) schalltechnisch vermessen werden, hier aber aufgrund der kalten Nachttemperaturen sowie des höchsten Lärmschutzes in der Nacht Vermessungen bei plus 10 Grad den tatsächlichen Lärmbelastungen nicht entsprechen. Denn kalte Luft ist sehr viel dichter. Das führt zu einer anderen Leistungskurve der Anlagen und in deren Folge zu einer in etwa parallel erhöhten Schallleistungskurve.</p> <p>Ähnliches gilt für die ggfls. geplanten Serrations an den Rotoren. Auch diese werden nur bei 10/15 Grad vermessen, so dass ihre angebliche Lärminderung bei oben beschriebenen örtlichen Merkmalen nicht realisiert werden kann. Es fehlen alle hierzu notwendigen Messberichte.</p>	<p>Mit der weichen Tabuzone wird zudem sichergestellt, dass der besonders sensible Übergangsbereich zwischen Siedlung und Landschaft, der gemeinhin zum Wohnumfeld zählt (optisches Erleben, Möglichkeit der Naherholung) nicht durch Windenergieanlagen unmittelbar technisch überprägt wird. Die Gemeinde Wagenfeld hält die getroffenen Abstände für ausreichend. Änderungen sind daher nicht erforderlich.</p> <p>Es werden keine Anlagentypen festgelegt. Daher können auch keine Aussagen zu Schallleistungspegeln getroffen werden. Entsprechende Gutachten werden auf Genehmigungsebene erstellt. Der Schutz vor und die Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen beim Betrieb von Windenergieanlagen wird zudem durch ein Genehmigungsverfahren gemäß Bundes-Immissionsschutzgesetz geprüft und sichergestellt.</p> <p>Die nebenstehenden Hinweise beziehen sich auf das Genehmigungsverfahren.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>4. Technische Gründe für erhöhte Immissionen</p> <p>Auch der Verschleiß durch den volatilen Betrieb kann im Laufe der Zeit erheblich sein mit der Folge kontinuierlich/schleichend sich erhöhender Immissionen durch solche Windanlagen ohne zureichenden (angepassten) Schutz für die Anwohner. Eine angemessene Überwachung ist vom Kreis als Überwachungsbehörde zu garantieren. Dazu ist ggfls. der Personalbestand zu erhöhen sowie das neueste technische Equipment anzuschaffen.</p> <p>5.</p> <p>Es fehlt eine Prognose zum Körperschall, der von den Anlagen in die Böden ausstrahlt sowie eine Prognose zum tieffrequenten Schall. Die enorme Größe und Leistungsstärke einer Windanlage, einzeln wie in der Summe, macht das zwingend erforderlich.</p> <p>Es fehlen bisher Ausführungen hierzu. Solche sind von besonderer Relevanz, weil hohe Grundwasserspiegel die Übertragung von Körperschall im Boden sehr begünstigen. Wie Frau Dr. Blumendeller pp, Uni Stuttgart, in ihrer Stellungnahme vom 09.11.22 zur Untersuchung gezeigt hat, kann Infraschall von Windanlagen über den Boden (Körperschall) noch in über 10 km Entfernung gemessen werden.</p> <p>Dementsprechend können bei Anwohnern, je nach den Einzelumständen bei einer Dauerbelastung auch durch solchen Körperschall von Windanlagen (summarische Wirkung von mehreren Anlagen) erhebliche gesundheitliche Nachteile eintreten. Deshalb ist für die Situation vor Ort, insbesondere wenn mehrere Anlagen betrieben werden sollen, eine Infraschall-Prognose vorzulegen, wie dies inzwischen in einigen Bundesländern üblich ist. Die bisherigen rudimentären Ausführungen zu Infraschall, stehen deshalb dem Plangebiet und der dadurch betroffenen Bevölkerung wie auch späteren Genehmigungen entgegen.</p> <p>Die Untersuchung von Dr. Blumendeller wird vorgelegt.</p>	<p>Die nebenstehenden Hinweise beziehen sich auf das Genehmigungsverfahren bzw. auf den laufenden Betrieb von Windenergieanlagen und ihre Überwachung und nicht auf das Flächennutzungsplanverfahren.</p> <p>Die nebenstehenden Hinweise beziehen sich auf das Genehmigungsverfahren.</p> <p>Die Nutzung der Windenergie birgt keine elementaren Gefahren für den Menschen (im Gegensatz beispielsweise zur Atomkraft) und für die Umwelt (im Gegensatz beispielsweise zur Verbrennung von Kohle oder Gas) und sie kann so betrieben werden, dass die Auswirkungen auf den Menschen deutlich miniert werden können.</p> <p>Die bundesimmissionsschutzrechtlichen Vorgaben sowie die Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) tragen maßgeblich dazu bei, dass sich die Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch in einem angemessenen Rahmen halten lassen. Nach Stand der aktuell am Markt verfügbaren Anlagentechnik gibt es für die Minderung der Immissionen (zur Hinderniskennzeichnung, Abschaltautomatik Schattenwurf, drehzahlvariable Anlagen mit schalloptimiertem Betrieb) mittlerweile bewährte Lösungen, die in der Summe dazu beitragen, dass eine Gesundheitsgefährdung nicht zu befürchten ist. Der Schutz vor und die Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen beim Betrieb von Windenergieanlagen wird zudem durch ein Genehmigungsverfahren gemäß Bundes-Immissionsschutzgesetz geprüft und sichergestellt.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>6. Visualisierung der Landschaft - optisch bedrängende Wirkung</p> <p>Die bis 240 m hohen Anlagen werden, aufgrund ihrer Lage wegen der damit verbundenen finanziellen Interessen, die Landschaft und das Landschaftsbild zu einem industriellen Gebiet prägen bzw. überformen. Eine hiermit und den Folgen angemessen abwiegende Untersuchung fehlt bisher und ist auch deshalb umfassend beizubringen, da es sich sowohl um ein Schutzgebiet(e) handelt, wie um Eingriffe und Vernichtung von Moor.</p> <p>7. Antrag auf Befreiung vom Landschaftsschutz ist abzulehnen</p> <p>Im Sinne der Unterschutzstellung von 30 % der Landflächen (aaO) steht dies einer ggfls. beantragten Befreiung entgegen.</p> <p>8. Moorböden</p> <p>Der Eingriff der großindustriellen Windanlagen in die Landschaft und das Moor ist zerstörerisch und nicht auszugleichen.</p> <p>Moor steht für und Fördern von</p> <ul style="list-style-type: none"> • Artenschutz, Artenvielfalt, Biodiversität • Erholung • Wasserspeicher • Wasserspender • CO₂-Speicher • Kühlung • Bildung • Luftreinigung <p>Das alles können Windanlagen nicht.</p> <p>Angeblich mindern sie CO₂, aber nur außerhalb des EU-ETS in sehr geringem Umfang durch Unterstützung der Marktstabilitätsreserve und sehr zweifelhafter "Umrechnungen" produzierter kWh in CO₂-Minderung durch das Umweltbundesamt.</p>	<p>In der 51. Flächennutzungsplanänderung werden keine konkreten Anlagenhöhen oder Anlagenstandorte festgelegt.</p> <p>Es ist keine Befreiung vom Landschaftsschutz erforderlich.</p> <p>Es erfolgt kein Eingriff in die Moore oder in Moornähe durch die 51. Flächennutzungsplanänderung. Auf die Teilbereiche 2, 3, 4b, 5a-e und 7 wird zur Entwurfsfassung verzichtet.</p> <p>Zum Stellenwert des Moorschutzes/Klimaschutz in Verbindung mit der Windkraftplanung sei in diesem Zusammenhang ergänzend auf die Begründung des Landesraumordnungsprogramm zu 3.1.1. Ziffer 07 hingewiesen, dass ein Vorranggebiet Torferhalt einer Windenergienutzung in der Regel nicht entgegensteht. Grundlage dafür sind vorliegende Berechnungen, wonach je nach Größe des Fundaments und des benötigten Ausbaus der Zuwegung – unter Berücksichtigung der Abstandsflächen, bis die nächste WEA errichtet werden kann, ca. 0,5 bis etwas über 2 % des Torfvolumens für die Errichtung der WEA entfernt werden. Dies wird als nicht erhebliche Beschleunigung der Torfzehrung gewertet.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Technisch zudem zweifelhafte Minderungen von CO₂ durch den zudem sehr volatilen Betrieb einer Windanlage haben nichts zu tun mit exzellenter Bindung von CO₂ durch Moor. Ein solcher Vergleich ist unzulässig und widerspricht wissenschaftlichen Kriterien. Das zeigt schon die einfache Gegenüberstellung, wenn man das Moor und seine klimarelevante Einflussnahme bzw. Speicherkapazität durch Windanlagen ersetzen würde! Die bessere Klimarelevanz findet sich auf Seiten des Moores.</p> <p>Hingegen stehen Windanlagen für massive Belastungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • der Umwelt • der Menschen • der Arten und der Biodiversität • für Immobilienwertverlust • einem extrem hohen Energiebedarf bei der Produktion einer Windanlage • dem ungelösten Entsorgungsproblem der Rotoren mit Carbon/GFK/CFK • dem unmittelbaren Eingriff in den Regenwald durch Verwendung von wertvollem Balsaholz zur Innenkonstruktion der Rotoren • die zunehmenden Emissionen von Mikropartikel/Mikroplastik durch die Rotoren und deren immer größeren Oberflächen mit anschließender Kontamination der Böden • Verlust von Moor durch die Fundamentstandorte, Reparaturflächen und lange Infrastruktur wie Wege usw. • Verdichtung der (Moor)böden und -strukturen, die nicht rückgängig zu machen sind • Ggfls. Verlust von Wasseraustausch in oberen Bodenschichten usw. <p>Es gibt anderweit genug Flächen für Windanlagen. Dazu ist weniger als 1 % der Landesfläche erforderlich. So in der Konsequenz die Untersuchung aus 2021 im Auftrag der Windindustrie: https://www.lee-nrw.de/presse/mitteilungen/klimaziel-erreichen-mit-nur-20-prozent-mehr-windenergieanlagen/ich</p>	<p>Es erfolgt weder in der Vorentwurfsfassung noch in der Entwurfsfassung der 51. Flächennutzungsplanänderung eine Darstellung von Sondergebieten für die Windenergienutzung auf Moorflächen.</p> <p>Der nebenstehend angesprochene Vergleich wird in den Planunterlagen zur 51. Änderung nicht getroffen.</p> <p>Die konkreten Eingriffe und Auswirkungen auf die Umwelt und das Schutzgut Mensch werden im Zuge der Genehmigungsverfahren ermittelt. In zwei der drei zur Entwurfsfassung dargestellten Teilbereiche sind bereits Windenergieanlagen und damit eine gewisse Vorbelastung vorhanden.</p> <p>Die Beurteilung, ob eine Windkraftanlage als wertmindernder Faktor gesehen wird, hängt vom Einzelfall ab und beruht sowohl auf objektiven als auch auf subjektiven Kriterien. Bei der objektiven Betrachtungsweise steht die klare Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben im Mittelpunkt. Auf Genehmigungsebene ist gutachterlich nachzuweisen, dass die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden. Dann werden die Windenergieanlagen objektiv keinen wertmindernden Einfluss auf Immobilien haben.</p> <p>Eine Grundsatzdiskussion für und wider die Windkraft ist nicht Gegenstand dieser Abwägung. Die Gemeinde Wagenfeld muss der Windenergienutzung in substantieller Weise Raum geben. Im neuen § 2 Satz 1 EEG heißt es ausdrücklich, dass die Errichtung und der Betrieb von Anlagen für erneuerbare Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden.</p> <p>Das auf Landesebene geplante Gesetz zur Umsetzung des auf Bundesebene beschlossenen Windenergieflächenbedarfsgesetzes (NWindG) wird die Träger der Regionalplanung als zuständige Stellen für die Ausweisung von Windenergiegebieten bestimmen. Grundlage für das NWindG ist u.a. die vom Land Niedersachsen in Auftrag gegebene Windpotenzialstudie, die im Entwurf (Stand Ende Mai 2023) vorliegt und für den Landkreis Diepholz ein Teilflächenziel von 2,20 % der Landkreisfläche benennt. Das sind die gesetzlichen Grundlagen, an die die Planungsträger gebunden sind.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Deshalb sind Standorte am Moor und erst recht in Schutzgebieten ausgeschlossen, da nicht erforderlich. Die drängende Klimasorge kann auf kein Moor verzichten. Moore sind originärer Klimaschutz. Moorböden binden CO₂, Windanlagen verdrängen CO₂ lediglich und als solches ist „mindern“ höchst minderwertig gegenüber der Bindung von CO₂. Auch dieser Unterschied ist wichtig und zu differenzieren.</p> <p>9. Immobilienwertverluste</p> <p>Zu knappe Abstände, insbesondere bei Unterschreiten der Regelabstände (1.500 m) führen zudem zu wertungsmäßigen Abschlägen beim Wert umliegender Immobilien (z.B. Bankbewertungsbogen). Selbst ein „nur“ 10 %iger Abschlag kann schon erhebliche Konsequenzen vielfältiger Art haben. Dies greift dadurch auch in soziale Besitzstände ein, die zum Nachteil der betroffenen Anwohner zu willkürlichen nicht ausgleichbaren Nachteilen gegenüber der restlichen Bevölkerung der Gemeinde Wagenfeld führt. Durch die Immobilienabwertungen von Anwohnern in der Nähe solcher Windanlagen wird auch unmittelbar die Diskrepanz von „arm“ und „reich“ zusätzlich gefördert und befeuert. Ihrer Fürsorge und Vorsorgepflicht wird die Gemeinde Wagenfeld allenfalls gerecht, wenn zu jedem Wohnhaus diskriminierungsfrei identische Abstände eingehalten werden. Neben der Untersuchung des RWI von 2019 bestätigt die Ergebnisse zu den z.T. hohen Immobilienwertverlusten eine breit angelegte Untersuchung der Universität Brandenburg aus 2022.</p> <p>10. Artenschutz und Biodiversität EuGH C-473/19 und C-474/19, vom 05.03.2021</p> <p>Angeichts der dramatisch sich verschlechternden Arten- und Biodiversitätssituation in NRW/Niedersachsen (Als "lauten Weckruf" bezeichnet Umweltministerin Ursula Heinen-Esser aus NRW den am 6. Mai 2019 vom Weltbiodiversitätsrat vorgelegten globalen Biodiversitäts-Check, www.umwelt.nrw.de) steht das betroffene Gebiet (geschützte Arten pp.) einem Gebiet für Windanlagen entgegen, insbesondere wegen div. örtlicher Habitate geschützter Arten (rote Liste) wie im Artenschutz-Bericht.</p>	<p>Es erfolgt keine Darstellung von Sondergebieten für die Windenergienutzung auf Moorflächen und in Schutzgebieten im Rahmen dieser 51. Flächennutzungsplanänderung.</p> <p>Zum Wertverlust siehe vorstehend.</p> <p>Die Darstellung der Teilbereiche 3a und 3b als Sondergebiete für die Windenergienutzung entfällt zur Entwurfsfassung. Eine weitere Abwägung der vorgebrachten Anmerkungen ist damit entbehrlich.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Durch das Artenschutz-Urteil des OVG NRW vom 18.05.17 - 8 A 973/15 (ähnlich OVG Niedersachsen) sind Gebiete rund um Horste geschützter Arten und deren Umfeld auf Basis des Helgoländer-Papier generell ausgeschlossen. Hier sind in vielfacher Weise Horste mehrerer geschützter Arten betroffen, was als Ausschlusskriterium den geplanten Flächen aus Artenschutzgründen entgegensteht. Daran ändert auch nichts die aktuelle politische Debatte, siehe oben und nachfolgend.</p> <p>11. EU Green Deal: EU-Kommission veröffentlicht EU-Biodiversitätsstrategie 2030</p> <p>Die EU-Kommission hat am 20. Mai 2020 - als Teil des Green Deal - ihre neue Biodiversitätsstrategie für die Zeit bis zum Jahr 2030 veröffentlicht.</p> <p>Die Strategie dient dem Schutz der Natur und der Umkehr der Verschlechterung der Ökosysteme. Kernanliegen ist die Erholung der biologischen Vielfalt in Europa bis 2030. Sie ist verpflichtend für alle Mitglieder. Um das zu erreichen, ist vorgesehen, dass mindestens 30 Prozent der europäischen Land- und Meeresgebiete in wirksam bewirtschaftete Schutzgebiete umgewandelt werden - davon 10 Prozent der EU-Landflächen und 10 Prozent der EU-Meeresgebiete mit strengen Schutzvorgaben.</p> <p>Die EU-Kommission sieht bei der Renaturierung in den Mitgliedstaaten noch erhebliche Umsetzungs- und Regulierungslücken und will deshalb rechtsverbindliche EU-Ziele zur Wiederherstellung der Natur vorlegen. All das ist nicht berücksichtigt. Denn zunächst müssen diese 30 % Flächen im Rahmen des Verfahrens als harte Tabukriterien ausgewiesen werden. Erst anschließend können Flächen für Windindustrieanlagen definiert werden.</p> <p>12. Kein Klimabeitrag durch Windanlagen</p> <p>Aufgrund des EU-ETS sind EE-Anlagen systemisch nicht in der Lage CO2 zu mindern. Siehe Gutachten Prof. CCv Weizsäcker aus 2004 auf der Homepage des BMWK, Dokument Nr. 534. https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Ministerium-Neroeffentlichung-Wissenschaftlicher-Beirat/wissenschaftlicher-beirat-erneuerbare-energien-534.html</p> <p>Es ist unverändert gültig. Auch die ergänzende MSR von 2018 hat an den Aussagen nur wenig geändert.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.</p> <p>Eine Grundsatzdiskussion für und wider die Windkraft ist nicht Gegenstand dieser Abwägung. Die Gemeinde Wagenfeld muss der Windenergienutzung in substantieller Weise Raum geben.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Selten hat sich ein so zeitloses kurzes Gutachten trotz hunderter anderer "Energiewende-Gutachten" und zwischenzeitlich unzähliger gesetzlicher Änderungen so bewahrt und ist aktuell geblieben. Die aktuelle und zukünftige LNG-Gas-Politik des BMWK verschlimmert den Einsatz von Windanlagen gegen das Klima nun zusätzlich.</p> <p>Windanlagen können systemisch kein CO₂ mindern und erst recht kein CO₂ binden, verursachen vielmehr selbst eine signifikante Erhöhung der Klimagase durch die Notwendigkeit ihre extrem hohe Volatilität durch flexible Gaskraftwerke auszugleichen bzw. zu ersetzen (hochmoderne BoA-Kohlekraftwerke könnten das auch).</p> <p>Dieses Gas verursacht in der Produktions- und Lieferkette erhebliche Methanemissionen. Diese sind in ihrer aktiven Wirkungs-Zeitspanne von 15 Jahren etwa 100 mal klimawirksamer als CO₂ (siehe Studie DUH, Homepage https://www.duh.de/methanproblem/).</p> <p>In der Summe von emittiertem Methan bis zum abschließenden Verbrennen des CO₂ wird durch Nutzung von LNG-Gas die klimaschädliche Gesamtbelastung signifikant erhöht. Das hat zur Folge, dass das 1,5-Grad-Ziel durch diese Politik besonders schnell erreicht und überschritten wird und damit verfassungswidrig ist, weil es dem Beschluss des BVerfG vom 24.03.21 eindeutig entgegensteht.</p> <p>13. LieferkettensorgfaltspflichtenG</p> <p>Seit dem 01.01.23 ist es notwendig eine vollständige Prüfung des LieferkettenG mit Scope 1 bis Scope 3 (alle deutschen Anlagenhersteller fallen unter das Gesetz) durchzuführen und vorzulegen, also z.B. die CO₂-Emissionen offenzulegen, die bei der Rohstoffgewinnung in Drittländern entstehen. Ebenso Kinderarbeit usw. Hierbei spielen auch die „ESG“-Kriterien eine Rolle.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>14. SF 6</p> <p>Die Anwendung von SF 6 in Windanlagen und Umspannwerken/Schaltanlagen ist nicht mehr zulässig. Mit dem Jahr 2020 hat sich die Windindustrie verpflichtet Alternativen zu verwenden. Der Hersteller Siemens stellt bereits Windanlagen ohne die Nutzung von SF 6 her. Die Klimakrise ist derart gewachsen, dass ein solch hochgefährliches und toxisches Klimagas wie das SF6, das gefährlichste Klimagas der Welt, nicht mehr genehmigt werden darf, da es für weitere 30 Jahre genutzt und teils oder vollständig in die Atmosphäre austreten und so die Klimaziele nicht mehr erreicht werden können. Außerdem entweicht das SF 6 regelmäßig aus den Behältnissen, da eine 100 %ige Dichte technisch nicht möglich ist. Deshalb ist es vorgeschrieben, dass die Anlagen alle 2 Jahre hierzu überprüft werden müssen, siehe auch Stellungnahme/Antwort des BMWK dazu vom Dezember 2022, unterschrieben von StS Giegold. Von all dem steht in den Unterlagen nichts, weswegen diese Stellungnahme inhaltlich dem FNP/ einer Genehmigung entgegensteht.</p> <p>15. Neues zu Mikropartikelerosionen, Nicht-Recyclbarkeit der Rotoren und weitere Folgen</p> <p>Als eindeutige und an Deutlichkeit nicht zu übertreffende Bestätigung der bisherigen Ausführungen im Hinblick auf konkrete Kontaminationen der unmittelbar neben der Windanlage liegenden geschützten Grundstücke durch die Windrotoren zum Nachteil der Natur und ggfls. auch der Anwohner wird auf den Fachbeitrag von Liersch/Sundermann verwiesen. https://www.windindustrie-in-deutschland.de/fachartikel/leistungsminderung-und-ertragsausfall-durch-vorderkantenerosion-an-rotorblaettern</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Diese über Jahrzehnte sich anreichernden und nicht wieder zu beseitigenden Kontaminationen mit Mikropartikel, durch Erosionen der Rotorblätter, werden im Fachbeitrag sehr klar beschrieben, auch wenn prioritär die signifikanten finanziellen Nachteile der Anlagenbetreiber durch diese Erosionen im Blickwinkel der Autoren liegen. Sie unterstreichen auch die aktuellen Ziele nach der Weltbiodiversitätskonferenz in Montreal, 30 % der Landflächen unter Schutz zu stellen (hier ist ein Schutzgebiet betroffen), nämlich auch aus Gründen des Schutzes vor einer Kontamination des Bodens und Grundwassers durch diese Partikel, weil sie u.a. das toxische Bisphenol-B enthalten. Den Schutz des Bodens wie des Grundwassers betrifft die geschützten Flächen unmittelbar und mittelbar auch die Anwohner.</p> <p>Weiterhin wird auf den als Anlage beiliegenden Bericht im Spiegel vom 22.12.22 verwiesen, der ebenfalls die Probleme des Materials der Rotoren klar benennt und indirekt, im Rahmen einer UVP, auf das Problem der Nicht-Recycelbarkeit der Rotoren hinweist unter Bezug auf eine aktuelle allerdings schon vom August stammende Untersuchung des UBA https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/entwicklung-von-rueckbaurecyclingstandards-fuer die hätte vorliegen müssen und auf die ebenfalls verwiesen wird. Nichts davon zeigen die Unterlagen entgegen der Pflicht zur Beachtung der technischen Standards und Entwicklungen. Es wird auf den verlinkten Bericht verwiesen.</p> <p>Es wird beantragt, dass zunächst eine flächenhafte Bodenuntersuchung vor Ort vorzunehmen ist, um den Zustand der Böden vor Inbetriebnahme zu objektivieren. Sodann ist alle 3 Jahre eine Untersuchung des Bodens und des Grundwassers auf Mikropartikel und Bisphenol-A durch ein unabhängiges chemisches Institut auf Kosten des Betreibers durchzuführen. Im Falle von signifikanten Anreicherungen und Kontaminationen mit Mikropartikeln der Böden ist die Betriebserlaubnis zu entziehen.</p> <p>Es wird beantragt, dass an anderen „Windparks“ im Kreis jüngeren Datums mit ähnlich langen Rotoren eine analoge Untersuchung durchgeführt wird. Der Betrieb der Anlagen ist insoweit zwingend unter Vorbehalt zu stellen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.</p> <p>Für die Untersuchung der Böden wird keine Notwendigkeit gesehen. Es handelt sich bei den zur Entwurfsfassung dargestellten Teilbereichen nicht um besonders schutzwürdige Böden. Die weiteren Hinweise beziehen sich auf das Genehmigungsverfahren.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>16. Kein substanzieller Raum für Windanlagen erforderlich</p> <p>Der achtfach höhere Stromertrag in über 200 m Höhe, bei dort doppelt starkem Wind zeigt, dass erheblich weniger Flächen erforderlich sind, um die Stromproduktionszahlen zu erreichen. Die dazu bisher übliche Rechtsprechung hat sich durch die Höhen von über 200 m und den dort wegen des stärkeren Windes in der 3. Potenz steigenden Stromerträge überholt durch die physikalischen Konsequenzen. Folglich geht spiegelbildlich wegen nicht notwendigen Flächenbedarfs der Schutz der Bevölkerung vor, auch gegenüber FNP usw.</p> <p>Folgerung:</p> <p>Der vermehrte Einsatz von volatilen Windanlagen mindert selbst kein CO₂, erhöht aber durch die Angewiesenheit auf Gaskraftwerke zum flexiblen Ausgleich die Klimagase in exponentieller Weise und erhöht damit kausal die Klimaerwärmung in historisch noch nicht dagewesener Weise.</p> <p>Deshalb steht der weitere Bau und Betrieb von Windanlagen dem Klimaschutzziel Deutschlands, konkretisiert durch den Beschluss des BVerfG, entgegen. (Hinweis: Der Unterzeichner ist Gründungsmitglied der im Jahre 2000 gegründeten AGE = Arbeitsgemeinschaft Emissionshandel im BMWK und hierzu Sachverständiger).</p> <p>Im Einzelnen:</p> <p>A. Die Situation vor Ort</p> <p>Die Betroffenen werden aufgrund der geplanten Nähe zu den Wohnhäusern von z.T. knapp 600 m zu einem Sonderopfer gezwungen, das aufgrund der vielfachen Grundrechtsverletzungen in jeder Hinsicht unverhältnismäßig ist.</p> <p>In der nachfolgenden Ausarbeitung werden die Belastungen und Probleme ausführlich dargestellt. Sie stehen jedenfalls der Planung vor Ort entgegen.</p> <p>B. Allgemeine Einwendungen</p> <p>Klimarelevanz von Windanlagen</p> <p>Windanlagen leisten keinen klimapolitischen Beitrag, da sie aufgrund der EU-weiten Regelung des CO₂-Emissionshandels von jeglichen CO₂-Minderungen ausgeschlossen sind. Bau und Betrieb von Windanlagen stellen keinen zwingenden Grund öffentlichen Wohls oder Interesses dar.</p>	<p>Die Gemeinde ist an die vorliegende Rechtsprechung gebunden.</p> <p>Eine Grundsatzdiskussion für und wider die Windkraft ist nicht Gegenstand dieser Abwägung.</p> <p>Um das Konfliktpotenzial zwischen Siedlungsbereichen und der Windenergienutzung möglichst gering zu halten, werden vorsorgend Abstände zueinander einhalten. Dementsprechend wird aus Gründen des vorsorgenden Immissionsschutzes und zur Minderung von Konfliktpotenzialen zwischen Windenergiegebieten und der Siedlungsentwicklung zusätzlich zur harten Tabuzone von 400 m ein Vorsorgeabstand von 200 m eingestellt. Mit der weichen Tabuzone wird zudem sichergestellt, dass der besonders sensible Übergangsbereich zwischen Siedlung und Landschaft, der gemeinhin zum Wohnumfeld zählt (optisches Erleben, Möglichkeit der Naherholung) nicht durch Windenergieanlagen unmittelbar technisch überprägt wird. Insgesamt ergibt sich eine Tabuzone von 600 m. Die Gemeinde Wagenfeld hält die getroffenen Abstände für ausreichend. Änderungen sind daher nicht erforderlich.</p> <p>Eine Grundsatzdiskussion für und wider die Windkraft ist nicht Gegenstand dieser Abwägung.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Dem Belang des Aufbaus einer Energieversorgung unter Nutzung erneuerbarer Energien ist von Gesetzes wegen, ein gewisser Rang zugedacht. Dieser ist aber an die Erreichung von Zielen und Zwecken gebunden. Diese Ziele und Zwecke anderweit ausschließende Regelungen lassen den gesetzlichen Rang entfallen.</p> <p>Die Bundesregierung entspricht folglich mit diesem Aus- bzw. Zubau nicht den klimapolitischen Zielen, da systemisch keine (relevanten) CO₂-Minderungen erreicht werden. Dies gilt analog für Planungen wie vorliegend. Jedwede Privilegierungen entfallen da die unterstellten Ziele nicht erreicht werden können.</p> <p>I. Windanlagen erbringen keinen Vorteil durch angebliche klimarelevante CO₂-Minderungen, da diese durch das EU-ETS ausgeschlossen sind.</p> <p>Die Minderung von CO₂ ist nicht nur Voraussetzung der Privilegierung gem. § 35 Abs. 3 Nr. 3 BauGB gemäß gesetzlicher Regelung in 1996 (Änderungsgesetz zum Baugesetzbuch 1996, Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hatte in seiner Beschlussempfehlung vom 19. Juni 1996, BTDrucks 13/4978) sondern auch des EEG per se (als Voraussetzung des Umlagesystems) wie auch des regionalen Raumordnungsplans i.V.m. dem Windenergieerlass und den landespolitischen Zielen beim Ausbau der Windanlagenkapazitäten.</p> <p>Das kann jedenfalls nur im Verbund mit den (Bundes-)Nachbarnländern bzw. Europa erreicht werden. Der in der ersten Juni-Woche vorgestellte Bericht der IEA (Internationale Energieagentur) machte nochmal deutlich, in welchem erheblichen Umfang in den nächsten Jahrzehnten konventionelle Kraftwerke benötigt werden, um der Versorgungssicherheit zu entsprechen und die Netze und Frequenzen zu sichern. Die demgegenüber nur auf Menge (unkonditionierte Vorrang einspeisung) ausgerichtete Produktion erneuerbarer Energien ist ohne ausreichende Netze oder Speicher (alle relevanten Pumpspeicherkraftwerke in Deutschland, Österreich und der Schweiz sind durch die Folgen des EEG inzwischen unwirtschaftlich geworden, wie auch alle Planungen für neue Speicher abgebrochen wurden, zuletzt durch Trianel, siehe deren Homepage) zunehmend unproduktiv und insoweit mit „Geld verbrennen“ gleichzusetzen sind, von Nachhaltigkeit und ökologischen Zielen gar nicht erst zu sprechen.</p>	<p>Im neuen § 2 Satz 1 EEG heißt es ausdrücklich, dass die Errichtung und der Betrieb von Anlagen für erneuerbare Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen.</p> <p>Die Gemeinde ist an die vorliegenden Gesetze auf Bundesebene und Landesebene gebunden.</p> <p>Eine Grundsatzdiskussion für und wider die Windkraft ist nicht Gegenstand dieser Abwägung.</p> <p>Die Privilegierung ist in § 35 Abs. 13 Nr. 53 BauGB geregelt. Eine Verknüpfung an einer Minderung von CO₂ ist vom Gesetzgeber nicht vorgesehen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>II. Tatsächlich wird durch den Betrieb von Windanlagen kein Gramm CO₂ gemindert.</p> <p>1. Gemäß dem am 01.01.2005 EU-weit einheitlich eingeführten Emissionshandelssystem („cap-and-trade-system“) ist allein das einheitliche EU-weite CO₂-cap für CO₂-Minderungen bzw. der gesetzlich festgelegte CO₂-Minderungspfad maßgebend (Gesetzeslage seit dem 18.12.08, Beschluss des EU-Parlaments zum EU-Emissionshandel 2013-2020 - siehe Homepage des EU-Parlaments und der EU-Kommission). Am 05.06.09 hat die EU-Kommission diese Richtlinien nun auch im EU-Amtsblatt (L 140) veröffentlicht. Mithin stellt sich die Frage, ob und wie die Produktion von Strom (FN: im Bereich der Wärme liegt dies anders, siehe u.a. Wärme-EEG) durch EEG-Anlagen (Sonnen-, Windanlagen usw.) in Deutschland CO₂ zu mindern vermag.</p> <p>Denn die CO₂-Minderungsziele, das einheitliche EU-CO₂-cap und der EU-weite CO₂-Minderungspfad sind gesetzlich festgeschrieben, egal ob und wie viel Strom EEG-Anlagen in Deutschland produzieren oder inwieweit dieser so produzierte Strom elektrische Arbeit leistet und CO₂-lastigen Strom verdrängt. Denn erst im letzten Fall - so die Theorie - würde CO₂ gemindert. Diese Mengen sind auch nicht implizit im CO₂-Minderungspfad enthalten. Das ist systemimmanent, da das EEG - unabhängig davon, wie und wann auch immer der EEG-Strom produziert und genutzt wird - den unmittelbar durch die jeweilige EEG-Anlage produzierten EEG-Strom vergütet und weil wegen erheblichen Widerstandes der EEG-Interessengruppen, das EEG bis heute nicht mit dem maßgeblichen EU-ETS-System verlinkt ist.</p> <p>2. Der Mechanismus des EU-cap-Systems führt dazu, dass die durch die Produktion von Strom durch EEG-Anlagen vermeintlich vermiedene CO₂-Menge ad hoc von den anderen CO₂-Emittenten innerhalb des EU-caps - also von anderen Emittenten innerhalb Deutschlands aber vor allem von allen Emittenten in den anderen 26 EU-Mitgliedstaaten, auf die sich das EU-cap erstreckt - dazu genutzt werden kann und auch zwangsläufig wird, im gleichen Umfang mehr CO₂ zu emittieren.</p>	<p>Eine Grundsatzdiskussion für und wider die Windkraft ist nicht Gegenstand dieser Abwägung. Eine weitere Abwägung ist entbehrlich.</p> <p>Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.</p> <p>Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Alle virtuell durch EEG-Anlagen geminderten Mengen an CO₂ werden also systembedingt durch Mehremissionen anderer Anlagen innerhalb des caps zeitgleich ausgeglichen bzw. neutralisiert. Denn das einheitliche EU-cap bleibt ja identisch wie auch die CO₂-Ziele. Ob dabei die durch EEG-Anlagen produzierte Menge Strom überhaupt geeignet und in der Lage ist, wie und in welchem Umfang CO₂ virtuell zu mindern, sei hier dahingestellt.</p> <p>Schon die erste Begutachtung Anfang 2004 zu den Konsequenzen der Einführung des ETS-Systems für Inhalt und Ziele des EEG zum 01.01.2005 durch den wissenschaftlichen Beirat des BMWi unter der Federführung von Prof. v. Weizsäcker kam dementsprechend zu folgendem Ergebnis (Seite 8 Mitte und Seite 17): "Mit anderen Worten: das EEG dient der Subventionierung von CO₂-Emissionen in Europa außerhalb des deutschen Kraftwerkssektors. Der Netto-Effekt des EEG auf die europäischen CO₂-Emissionen ist Null." "Mit dem Beginn eines funktionierenden Marktes für CO₂-Emissions-Lizenzen in Europa verändert sich die Wirkung des EEG. Hat es bisher, wenn auch mit sehr hohen volkswirtschaftlichen Kosten, zur Reduktion von CO₂-Emissionen beigetragen, so wird sein Gesamteffekt auf die Reduktion von CO₂-Emissionen nach der Implementierung dieses Lizenzmarktes gleich Null sein. Es wird dann zu einem ökologisch nutzlosen, aber volkswirtschaftlich teuren Instrument und müsste konsequenterweise abgeschafft werden."</p> <p>3. Mit dem Inhalt und der Schlussfolgerung dieser bemerkenswerten wissenschaftlichen Arbeit haben sich zwischenzeitlich eine Vielzahl von Professoren beschäftigt (siehe u.a. v. Weizsäcker in CICERO 12-2008: „Die Energie-Lüge“ Seite 94 f., zur Abschaffung des EEG; siehe auch den Aufsatz v. Weizsäcker in FAZ vom 02.01.09). Ausführlich haben sich dieser Schlussfolgerung mit vertiefenden Gründen Ende 2008 Herr Prof. Hans-Werner Sinn (Präsident des IFO-Instituts, München) in seinem Buch "Das grüne Paradoxon" wie auch Prof. Joachim Weimar mit seiner Publikation „Die Klimapolitikkatastrophe" angeschlossen. Wissenschaftliche Gegenstimmen sind nicht bekannt geworden bzw. haben sich allenfalls auf die angeblich weiteren Vorteile des EEG (wie z.B. Schaffung von Arbeitsplätzen, Technologieförderung usw.) beschränkt.</p>	<p>Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.</p> <p>Eine Grundsatzdiskussion für und wider die Windkraft ist nicht Gegenstand dieser Abwägung. Die Gemeinde Wagenfeld muss der Windenergienutzung in substantieller Weise Raum geben.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>4. Gemäß einem Bericht des SPIEGEL-online vom 10.02.09 teilen angeblich sogar Mitarbeiter des Bundesministeriums für Umwelt (BMU) - zumindest intern - die zuvor dargestellte Auffassung. Die Ausführungen des BMU z.B. in Sachen „Roadmap Energiepolitik 2020“ vom Februar 2009, wonach mit Stromerzeugung aus Anlagen erneuerbarer Energien/EEG-Anlagen „2007 alleine ca. 110 Millionen Tonnen CO₂ vermieden“ (Seite 12) würden, erscheinen deshalb wissenschaftlich nicht haltbar, auch wenn für EEG-Anlagen nur die Hälfte dieser Summe unterstellt wird.</p> <p>Daran änderte auch eine Pressekonferenz des BMU mit dem DIW am 11.03.09 nichts. So hat dort beispielsweise ein Vertreter des BMU eingeräumt, dass z.B. Photovoltaik kaum aus Gründen der CO₂-Minderung gefördert würde (Bericht des Deutschlandfunks 11.03.09 mit Interviews, gesendet zwischen 11.30 - 12.00 Uhr). Gerade das aber ist gesetzliche und steuersystematische Bedingung, um über das EEG gefördert zu werden, § 1 EEG zum sogenannten Umlagesystem. Die Vertreterin des DIW räumte geminderte 57 Mio. Tonnen CO₂ (Presseerklärung des BMU vom 11.03.09: „Im Jahr 2007 lagen diese bei über 50 Mio. Tonnen.“) durch EEG Anlagen in Deutschland ein und bestätigte auf Nachfragen indirekt die Schlussfolgerungen obiger Studien, insoweit sie darauf verwies, dass EEG-Anlagen ja auch andere Vorteile böten, wie</p> <ul style="list-style-type: none"> - Industrie- und technologiepolitische Attraktivität, - Exportpotentiale, - Versorgungssicherheit, - Wirtschaftlichkeit, - Umweltverträglichkeit und es gäbe den - Anreiz der degressiven Vergütungsgestaltung, <p>wenn man die CO₂-Thematik nicht betrachtet (siehe auch Claudia Kemfert und Jochen Diekmann „Förderung erneuerbarer Energien und Emissionshandel - wir brauchen beides“ in Wochenbericht des DIW vom 11.03.09 Seite 169 ff., 170 linke Spalte): Toralf Staud wiederum versucht, das EEG so zu rechtfertigen, dass es innerhalb des EU-Handelssystems - z.B. durch Zubau von Windrädern - dabei helfe, dass der Preis für die zunehmend knapper werdenden Verschmutzungsrechte in vertretbarem Rahmen bleibe - und Strom nicht astronomisch teuer werde (CICERO 10/2009).</p>	<p>Eine Grundsatzdiskussion für und wider die Windkraft ist nicht Gegenstand dieser Abwägung. Der nebenstehende Einwand ist deutlich überholt. Die heutige Bundesregierung hat bereits mehrere Gesetzespakete auf den Weg gebracht, um die Energiewende voranzubringen und umzusetzen.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Selbst das erscheint zu kurz gesprungen, da gerade EEG-Anlagen durch die immens hohen Vergütungen (das Mehrfache des EEX-Börsenpreises bei Sonnen-, aber auch für Windanlagen pp.) selbst wesentliche Treiber der Strompreise sind und der von Staud in Erinnerung gebrachte „Dämpfungsfaktor“ für den steigenden Zertifikate- bzw. Strompreis in Summe und im Verhältnis zu den EEG-bedingten Kosten marginal ist.</p> <p>5. Mehrere weitere gutachterliche Stellungnahmen anerkannter Professoren/Institute bestätigen die dargestellten Diskussionen und Erkenntnisse, dass EEG-Anlagen kein CO2 mindern (können).</p> <p>a. Zunächst hat die Monopolkommission ein Sondergutachten vom 04.08.09 (Gutachten Monopolkommission, August 2009, www.monopolkommission.de) vorgelegt, dass im Wesentlichen den fehlenden Wettbewerb im Strommarkt behandelt. Sie setzt sich aber aus Gründen der erheblichen Einflüsse des EEG auf Wettbewerb und Kosten pp. auch mit dem Verhältnis EEG/ETS auseinander (Seiten 39 ff., RN. 62-64; Einführung/Kurzfassung Seite 3 RN 4). Dort weist die Monopolkommission ausdrücklich darauf hin, dass systemisch bedingt das EEG - da nicht mit dem Emissionshandel verlinkt - seit Beginn des ETS am 01.01.2005 keine Tonne CO2 mindern kann und nicht gemindert hat und bis 2020 nicht mindern wird. Insbesondere deshalb (sie) seien die Kosten mit erheblichen Auswirkungen auf den Strompreis verbunden!</p> <p>b. Auch das IW-Köln hat im Juli 2009 im Auftrag des DIHK ein Gutachten mit dem Thema "Grundzüge einer effizienten Klimapolitik - weist die ökologische Industriepolitik den Weg?" vorgelegt (Gutachten IW Köln, Juli 2009, www.dihk.de).</p> <p>Im Gutachten wird die Ausrichtung der "ökologischen Industriepolitik" kritisiert, da die Politik sich anmaßt, zukunftsfähige Industriezweige zu definieren und gezielt zu fördern (S. 13-19). Eine solche Politik übersehe in der Regel die komplexen Materialströme und Wertschöpfungsketten. Gerade die Instrumente der Klimapolitik seien dafür ein Beispiel.</p>	<p>Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.</p> <p>Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Berechnungen der Industrie aufgreifend benennt das Gutachten die Kosten des Emissionshandels (ETS, S. 33-35) und erkennt einen Abstimmungsbedarf im Instrumentenmix der Klimapolitik (S. 43-45). Unter dem Dach des ETS hätten EEG und KWKG keinen Beitrag zur Reduktion der CO₂-Emissionen geleistet. Beide Gesetze könnten sogar die Entwicklung CO₂-armer Technik behindern, da die Förderung nur auf heute bereits bekannte Technologien beschränkt sei (S. 49-51).</p> <p>c.</p> <p>Weiterhin legte auch der "Kronberger Kreis" (Professoren Donges, Eekhoff, Feld, Möschel, Neumann) im Auftrag der "Stiftung Marktwirtschaft" ein Gutachten mit dem Titel "Für einen wirksamen Klimaschutz" vor (Gutachten Kronberger Kreis, August 2009, www.kronberger-kreis.de), in dem er sich sehr kritisch, aber dezidiert und wohl begründet mit dem EEG in aller Breite und Tiefe sowie mit den angeblich neben den CO₂-Minderungen existenten, für das EEG sprechenden Gründen auseinandersetzt. Er gelangt hier zu ähnlichen Ergebnissen wie die Monopolkommission und frühere Gutachten anderer Institute, nämlich insbesondere, dass auch diese weiteren Gründe widerlegbar seien und das EEG-Umlagesystem nicht begründen könnten.</p> <p>So stellen die Autoren zum Verhältnis EEG und Treibhausgas-minderungen u.a. fest: "Selbst wenn die erneuerbare Energie aufgrund der Subventionen einen höheren Anteil der Energieerzeugung gewinnt, ist die Subvention schädlich. Der im Erneuerbare-Energien-Gesetz formulierte Anspruch, die volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung zu verringern, wird verfehlt, auch der umweltpolitische Zweck wird nicht erreicht. Die gesamtwirtschaftlichen Kosten, zu denen auch die Subventionen gehören, steigen, und die Emission von Treibhausgasen wird nicht verringert, sondern nimmt aufgrund des höheren Energieverbrauchs tendenziell zu.</p> <p>Das Gesetz ist somit falsch konzipiert: Ziel kann nicht sein, den Anteil erneuerbarer Energieträger kräftig zu erhöhen, sondern die gesellschaftlich gewünschte Begrenzung der Emission von Treibhausgasen im Interesse des Klimaschutzes zu erreichen (Seite 20 NR 16) und schließen sich im Hinblick auf die klimapolitische Wirkungslosigkeit des EEG dem Gutachten des wissenschaftlichen Beirates beim BMWi „Zur Förderung erneuerbarer Energien" vom 16.01.2004 mit der Schlussfolgerung an:</p>	<p>Das nebenstehend zitierte Gutachten von 2009 ist zeitlich deutlich überholt. Das EEG wurde zwischenzeitlich mehrfach novelliert.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>"Die Förderung der Erzeugung erneuerbarer Energie und die Verpflichtung, einen bestimmten Anteil an erneuerbarer Energie zu verwenden, haben keinen Einfluss auf den Klimaschutz. Eine Förderung der Erzeugung erneuerbarer Energie ist klimapolitisch überflüssig und eine Verschwendung von Ressourcen" (Seite 25 f. RN 21, S. 26) und "Das ist kein Grund, die übrigen Kosten der Erzeugung von erneuerbarer Energie auf Kosten der Allgemeinheit massiv zu subventionieren, zumal kein zusätzlicher Beitrag zum Klimaschutz geleistet wird" (Seite 36 RN 28) und "Die Klimaschutzpolitik sollte konsequent auf das Zertifikatesystem konzentriert werden. Das bedeutet, dass die gesamte Förderung der Erzeugung erneuerbarer Energie einzustellen wäre" (Seite 42).</p> <p>d. Sodann zeigt die im September 2009 erschienene Studie „Wind Energy - The case of Denmark" (www.cepos.dk, 39 Seiten), dass gerade die große Anzahl der Windanlagen in Dänemark - analog zu obigen Studien wegen des EU-cap-and-trade-System weder eine Tonne CO₂ - zu mindern, noch sonstige behauptete Vorteile zu erbringen vermag: „The wind power that is exported from Denmark saves neither fossil fuel consumption nor CO₂ emissions in Denmark, where it is all paid for. By, necessity, wind power exported to Norway and Sweden supplants largely carbon neutral electricity in the Nordic countries. No coal is used nor are there power-related CO₂-emissions in Sweden and Norway" (Auszug aus der Executive Summary)</p> <p>e. Weiterhin überließ die FAZ („Wie man Milliarden fürs Klima verbrennt", Ausgabe vom 14.09.09, Seite 12) als Zusammenfassung der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik (VfS) Anfang September in Magdeburg einer Reihe von Ökonomen hierzu das Wort. Herr Prof. Ronnie Schöb meinte: „Durch die Solar- und Windenergieförderung mit dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz wird keine einzige Tonne CO₂ eingespart." Wenn wegen des subventionierten Ausbaus der Erneuerbaren Energien für die Stromproduktion die Nachfrage nach Zertifikaten zurückgeht, sinkt deren Preis. "Dann kaufen andere mehr Zertifikate und emittieren mehr CO₂."</p>	<p>Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.</p> <p>Eine Grundsatzdiskussion für und wider die Windkraft ist nicht Gegenstand dieser Abwägung.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Prof. Christoph Böhringer geht sogar noch einen Schritt weiter: „Wenn wir die Erneuerbaren Energien zu viel subventionieren, sinkt der CO2-Preis so stark, dass davon die schmutzigsten Technologien profitieren.“ Die richtige Maßnahme zur Minderung von CO2. und ein wegweisendes Klimainstrument sei der EU-Emissionshandel. Dieses Instrument müsste durch Beteiligung aller Wirtschaftsbereiche gestärkt werden, nicht das EEG. Prof. Schöb wird schließlich mit dem folgeschweren Satz zitiert: "Der effizienteste Klimaschutz ist da, wo die Grenzvermeidungskosten am geringsten sind", und brachte sofort das Beispiel „Wir könnten Regenwälder kaufen, eine Armee zum Schutz bezahlen und die Bauern der Gegend entschädigen.“</p> <p>f.</p> <p>EFI-Gutachten vom 26.04.14: EEG fördert weder Klimaschutz noch Innovationen Die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) sieht keine Rechtfertigung für die Fortführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Das EEG mache den Strom teurer, trage aber weder zu mehr Klimaschutz bei noch habe es zu Innovationen geführt, so das Fazit der Experten in ihrem aktuellen Jahresgutachten. Das EEG habe als zentrales Instrument der deutschen Klima- und Energiepolitik versagt, schreiben die Regierungsberater. Zwar konnte der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung seit der Einführung des Gesetzes im Jahr 2000 von 7 auf 23 Prozent erhöht werden, das aber zu enormen Kosten. Die EEG-Vergütungszahlungen an die Anlagenbetreiber stiegen nämlich von 883 Millionen Euro im Jahr 2000 auf 23 Milliarden Euro im Jahr 2013. Mittlerweile macht der EEG-Umlagebeitrag rund ein Fünftel des durchschnittlichen Strompreises für die Verbraucher aus.</p> <p>Diese Kostenexplosion ist aus Sicht der Kommission vor allem deshalb kritisch, weil „das Argument Klimaschutz, welches häufig als Rechtfertigung für das EEG angeführt wird, nicht trägt“. Da die CO2-Emissionen für energieintensive Branchen durch das Emissionshandelssystem der EU gedeckelt sind, reduziert der verstärkte Ausbau der erneuerbaren Energien in der deutschen Stromversorgung europaweit keine CO2-Emissionen. Diese verlagern sich lediglich in andere Sektoren und ins europäische Ausland. Das EEG sorgt nicht für mehr Klimaschutz, zudem erhöht es die Kosten, kritisieren die Experten.</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Hinzu kommt, dass es durch das EEG keinen messbaren Innovationsschub gibt. Die festen Einspeisevergütungen des EEG bieten keinen Anreiz zur Entwicklung neuartiger Technologien. Da sich die Vergütung nach den Durchschnittskosten richtet, verdient ein Innovator an einer neuartigen Technologie nicht mehr als an einer schon bestehenden, jedoch ist die Investition in die neuartige Technologie mit mehr Risiko verbunden. Die technologische Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Anbieter hat sich daher nach Einführung des EEG nicht verbessert.</p> <p>Die Expertenkommission kommt zu dem Schluss: Das EEG ist weder ein kosteneffizientes Instrument für Klimaschutz noch scheint es eine messbare Innovationswirkung zu entfalten. Mit diesen beiden Gründen lässt sich daher eine Fortführung des EEG nicht rechtfertigen. Im Vorjahresgutachten hatte die Kommission bei den erneuerbaren Energien bereits ein massives Missverhältnis zwischen Nachfrageförderung und FuE-Förderung konstatiert und sich dafür ausgesprochen, dieses Verhältnis zugunsten der FuE-Förderung zu korrigieren.</p> <p>Die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) leistet wissenschaftliche Politikberatung für die Bundesregierung und legt regelmäßig Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands vor. Wesentliche Aufgabe der EFI ist es dabei, die Stärken und Schwächen des deutschen Innovationssystems im internationalen und zeitlichen Vergleich zu analysieren und die Perspektiven des Forschungs- und Innovationsstandorts Deutschland zu bewerten. Auf dieser Basis entwickelt die EFI Vorschläge für die nationale Forschungs- und Innovationspolitik.</p> <p>g. Schließlich legt Prof Weimann, Universität Magdeburg, in der FAZ vom 02.06.14, Seite 10, „Nutzlose Ökostromförderung: Der verschwiegene Klimapolitik-Skandal“ (http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/bundesregierung-interpretiert-klimabericht-um-12967222.html), auf Basis und nach Auswertung des neuesten IPPC-Klimaberichts dar, dass aufgrund oben dargestellten wissenschaftlicher Grundlagen und systemimmanenten Konsequenzen und Folgen auch die weltweit führenden Klimaforscher Anlagen nach dem deutschen EEG als „Geldverbrennen“ einstufen, dass dem Klima nichts bringt.</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>h. Ähnlich äußerte sich Prof. em. Gonde Dittmer (FH Kiel) in der WirtschaftsWoche am 04.09.14 in einem Interview „Das wahre Ziel der Energiewende ist nicht der Umweltschutz“ (http://www.wiwo.de/politik/deutschland/zweifel-an-der-klimapolitik-derregierung-das-wahre-ziel-der-energiewende-ist-nicht-der-umweltschutz/10647292.html), dass noch kein Kilogramm CO₂-Emissionen durch Erneuerbare nach dem EEG vermieden worden sei.</p> <p>i. Auch der Bundesrechnungshof griff gemäß Bericht in der Süddeutschen Zeitung vom 20.08.2014, Seite 1, „Michael Bauchmüller - Miese Noten für Merkels Energiewende“ in einer Studie oben geschilderte Probleme auf und kritisiert das EEG bzw. die Energiewende scharf, so dass dem kaum noch etwas hinzuzufügen ist.</p> <p>Der Präsident des Bundesrechnungshofes, Dieter Engels, hatte die jetzt vorliegenden Untersuchungen in einem Interview mit der WirtschaftsWoche angekündigt: „Es geht um die Frage, wohin die milliardenschweren Subventionen fließen, wie effizient sie sind, wer davon profitiert - und welche Risiken für den Bundeshaushalt das Fördersystem für regenerative Energien birgt.“ Die Risiken sind enorm. Die Mitarbeiter von Engels fanden „konzeptionelle und organisatorische Mängel von strategischen Zielen“ bis hinunter zu Einzelmaßnahmen.</p> <p>Zwar gebe es bei der Umweltverträglichkeit eine Reihe von nachgeordneten Zielen, aber die Bundesregierung definiere nicht, wie Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit bestimmt seien, so dass es zu Zielkonflikten kommen müsse: „So ergibt sich ein Zielkonflikt zwischen Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit beispielsweise daraus, dass bislang allein mit erneuerbaren Energien noch nicht die Versorgungssicherheit gewährleistet werden kann, die mit konventionellen Kraftwerken möglich ist. Ein Zielkonflikt zwischen Umweltverträglichkeit und Bezahlbarkeit ergibt sich daraus, dass durch die Förderung erneuerbarer Energien im Wege des EEG die Strompreise für den Endverbraucher gestiegen sind.“</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>j. Am 30.01.15 hat sich nun in der FAZ S 20, "Warum das Grüne Paradox kein Irrtum ist" auch Prof. Ottmar Edenhofer, Director des Mercator Research Institute on Global Commons And Climate Change in Berlin, Chef-Ökonom am Potsdam Institut für Klimafolgenforschung und Professor für die Ökonomie des Klimawandels an der TU Berlin den Ausführungen von Prof. Sinn (aaO) angeschlossen, u.a. dass Windanlagen als nicht im Emissionshandel enthalten nicht in der Lage sind, CO₂ zu mindern und deshalb dringend in das CO₂-System eingeschlossen werden müssten, wogegen die Lobby sich aber seit vielen Jahren aus anderen Gründen wehrt.</p> <p>k. Mit einem Vortrag am 01.12.16 bei enreg/Berlin hat Prof. J. Haucap, Dice Düsseldorf, ehem. Vorsitzender der Monopolkommission, „Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Energiewende: gelingt die Aussöhnung von Ökologie und Ökonomie?“ erneut unterstrichen, dass das EEG kein CO₂ mindern kann. „Klimapolitisches Versagen des EEG: Gesamtmenge an CO₂-Ausstoß aber durch Gesamtmenge an Zertifikaten gedeckelt, nicht durch Menge an EEG-Strom berührt, d.h. der Klimateffekt des EEG = Null - Tragödie!!“ (siehe Präsentation vom 01.12.17, insb. Chart 7). Siehe dazu auch sein kürzlich vorgelegtes Gutachten zum EEG, Homepage DICE. Es sei auch den dies vertiefenden Vortrag von Prof Sinn verwiesen dem vollinhaltlich gefolgt wird, ca. 60 Min. https://youtu.be/j_m9hOMJ_2swo.</p> <p>l. Diese wissenschaftliche Auffassung unterstrich zuletzt auch Prof. Murswiek in der FAZ vom 13.09.19 „Klimaschutz gegen Umweltschutz“</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>m</p> <p>Wenn in der Wissenschaft unstreitig ist, dass EEG-Anlagen kein CO₂ mindern können, können dann zumindest die anderen vielfältig diskutierten Vorteile das EEG rechtfertigen?</p> <p>Hier nun ist zunächst strikt zu unterscheiden zwischen der Förderung erneuerbarer Energien als solche und einer Förderung erneuerbarer Energien durch ein Umlagesystem in Form eines EEG. Die Förderung und der Ausbau erneuerbarer Energie (EE) sind grundsätzlich unstreitig und sollen und werden Teil eines Energiemixes sein. Doch der Weg und insbesondere die Voraussetzung einer angemessenen Subventionierung und die sich daraus ergebenden Anteile am Energiemix sind letztlich abhängig vom jeweiligen EU-Mitgliedsstaat und seinen jeweils regionalen Standort-Vorteilen für die jeweilige Art von EE. So sind die Anforderungen an die Effizienz des Betriebes solcher Anlagen z.B. abhängig von der Windhöflichkeit und dem Sonnenreichtum der jeweils geeignetsten Standorte, um somit geringstmöglichen Subventionserfordernissen zugleich sich steigende Erträge bzw. hohe Effizienz zu erreichen. Nur unter solchen Bedingungen werden EE eine Zukunft haben. In Deutschland sind diese Voraussetzungen nur an wenigen Standorten gegeben. Hier ist unterstellt, dass EE-Anlagen in der Regel solche unter das EEG fallende Anlagen sind.</p> <p>6.</p> <p>Zunächst steht dieses Ergebnis im Einvernehmen mit der EU-Gesetzgebung vom 18.12.08. An demselben Tag veröffentlichte das EU-Parlament im Hinblick auf den EU-Emissionshandel 2013-2020 zeitgleich die Rahmenregelung für den Ausbau EE, woraus sich auch weiterhin keinerlei Verlinkung mit dem deutschen EEG und damit systemimmanent keine CO₂-Minderung durch EEG-Anlagen ergab bzw. eben dieses festgeschrieben wurde. Dass mit dieser Richtlinie auch Ausbauziele für Erneuerbare Energien (EE) verbunden sind, widerspricht dem nicht. Denn dieser Ausbau betrifft generell EE-Anlagen aller Art (Strom und Wärme) und es ist kein Finanzierungssystem vorgeschrieben.</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Zwar wurde das EEG früher durch die EU-Kommission gelobt, doch mit Einführung des Emissionshandelssystems ist der Klimaeffekt nicht mehr vorhanden und die Bezeichnung des EEG-Degressionssystems als Herz des EEG jeweils abnehmende Vergütung der je neuen EEG-Anlagen im nachfolgenden Kalenderjahr und damit verbundene Anreize an Kostenreduktionen, Skaleneffekte und Technologieverbesserungen) verschwand durch die beispiellosen ad-hoc-Erhöhungen im EEG-2009, z.B. die Vergütungen für wind-onshore von ca. 30 % (ohne Gesetzesbegründung!) und wind-offshore von ca. 70 %. Angesichts der zuvor dargelegten offensichtlich in der Wissenschaft vorherrschenden Meinung, stellt sich die Frage nach der weiteren Berechtigung des EEG-Umlagesystems und dessen gesetzlicher Grundlage.</p> <p>7.</p> <p>Damit stellt sich die Frage, ob es bei Wegfall der Minderung von CO₂ durch EEG-Anlagen überhaupt darauf ankommt, ob das EEG neben oder anstelle der Minderung von CO₂ auch andere Vorteile bietet bzw. bieten könnte, wie "industriepolitische Attraktivität", Exportpotentiale, Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit, den Anreiz einer degressiven Vergütungsgestaltung, Minderung von CO₂-Zertifikatenkosten und ggfs. sogar eine Abschwächung der Strompreisentwicklung an der Strombörse EEX.</p> <p>Voraussetzung für die Existenz des Umlagesystems EEG ist überhaupt und wesentlich allein die Minderung von CO₂. Auf alle anderen Vorteile - selbst, wenn sie vorlägen - kommt es für ein solches Umlagesystem nicht an. Das ergibt sich u.a. aus den maßgebenden Entscheidungen des</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. EuGH, Urt vom 13.3.2001 - Rs C-379/98 in NVwZ 2001, 665 ff. und 2. BVerwG, Urt vom 13.03.2003 - 4 C 4/02 in NVwZ 2003, 738 ff. 	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Im Rahmen der Ausführungen zu Art. 30 EGV führt der EuGH u.a. (Rn 73) aus, dass die Nutzung erneuerbarer Energiequellen dem „Umweltschutz dient, da sie zur Verringerung der Emissionen von Treibhausgasen beiträgt, die zu den Hauptursachen der Klimaänderungen zählen, zu deren Bekämpfung sich die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten verpflichtet haben“. Das wird sodann nachfolgend vertieft (Rn 74, 75), insoweit „diese Politik ... zugleich den Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen, Tieren und Pflanzen“ bezwecke und folglich (Rn 76) in „die Erfordernisse des Umweltschutzes „einbezogen werden“ müsse. Zudem seien „die Mitgliedstaaten aus Gründen des Umweltschutzes in den Art 8 III und 11 III ermächtigt worden, der Elektrizitätserzeugung auf der Grundlage der erneuerbaren Energien Vorrang einzuräumen“. Die Entscheidung hatte das StromeinspeiseG von 1991 zum Gegenstand. Sie wird allgemein für das EEG analog herangezogen.</p> <p>Die Minderung von CO₂ und der nur dadurch eintretende Umweltschutzaspekt ist damit „conditio sine qua non“ für die Existenz des EEG. Alle diese rechtlichen Voraussetzungen für das EEG sind jedoch seit Einführung des Emissionshandels mit dem 01.01.2005 hinfällig geworden. Andere vermeintliche Vorteile von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien haben in diesem Zusammenhang keinerlei Bedeutung und vermögen das EEG allein weder zu begründen noch zu rechtfertigen.</p> <p>Unterstrichen wird das soeben dargestellte Ergebnis nochmals durch ein Urteil des BVerwG (aaO). Das Gericht führt u. a. aus: „Die Privilegierung von Windenergieanlagen in § 35 Abs 3 Nr. 3 BauGB verfolgt zwar den Zweck, den Anteil erneuerbarer Energien ... aus klimaschutz-, energie- und umweltpolitischen Gründen zu steigern und den Ausstoß von Kohlendioxid zu senken (vgl. BT-Dr. 1314978, Seite 1, 6) und dient insoweit auch den Reduzierungszielen des Protokolls von Kyoto.“ Auch hieraus ergibt sich die zwingende Konsequenz, dass nun seit dem 01.01.2005 die wesentlichen Rechtsgründe des EEG entfallen sind. Denn die Minderung von CO₂ ist Voraussetzung für die Privilegierung von EEG-Anlagen im Außenbereich. Dazu das BVerwG: „Der Planungsvorbehalt des § 35 III 3 BauGB trägt dem Klimaschutz Rechnung, indem er Windenergieanlagen im Außenbereich zulässt, ohne auf den gebotenen Schutz des Außenbereichs zu verzichten (vgl. BT-Dr 1314978, Seite 7).“</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Schließlich hat auch der Bundesgesetzgeber unterstellt, dass durch das EEG- 2009 CO₂ gemindert wird, § 1 EEG. Das BMU schreibt: „Sowohl das EEG wie auch der Emissionshandel haben als zentrales Ziel den Klimaschutz“ (BMUPM vom 11.03.09). Das aber ist beim EEG in der Praxis nicht der Fall.</p> <p>Unter das EEG fallende Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien sind aufgrund des parallelen, EU-weiten, einheitlichen Emissionshandelssystems in Verbindung mit dem einheitlichen CO₂-cap systembedingt nicht in der Lage, eine einzige Tonne CO₂ zu mindern und können deshalb für die Klimaschutz-Ziele der Länder und des Bundes keinerlei Beitrag liefern.</p> <p>Andererseits werden jedenfalls Windanlagen nur und ausschließlich aufgrund der Förderung/Subventionierung durch das EEG errichtet und betrieben.</p> <p>Selbst wenn dem Belang des Aufbaus einer Energieversorgung unter Nutzung erneuerbarer Energien von Gesetzes wegen ein hoher Rang zu kommen sollte, so werden doch alle damit vorausgesetzten Ziele CO₂ zu mindern nicht erreicht.</p> <p>Schließlich hat der Bundestag den im EEG 2021 von der Windlobby hineingebrachten Vorschlag in § 1 Abs. 5 EEG, wonach solche Anlagen im besonderen öffentlichen Interesse seien, nicht angenommen. Allerdings ist in 2022 wiederum der neue § 2 EEG als im „überragenden öffentlichen Interesse“ definiert worden. Das aber stünde im Gegensatz zu Art 20 a GG, wenn damit der Arten- und Biodiversitätsschutz relativiert würde. Denn dieser ist in Art. 20a GG zumindest gleichrangig geschützt. Unterstrichen wird das durch die Selbstverpflichtung Deutschlands (BMUV PM 19.12.22) 30 % der Landflächen spätestens bis 2030 einen effektiven Schutz vor jedwedem Zubau/Drittnutzung zu schützen.</p> <p>Mithin fehlt es für die massiv die bisherige moorgeprägte Landschaft in unübersehbarer die Landschaft überprägenden und heute bei bis 240 m+ eindeutig großindustriellen Anlagen der Planung wie für den Bau und Betrieb von Windindustrieanlagen durchgreifend an zwingenden Gründen gegen die Moor- und Schutzgebietspflichten. Diese ist Grundvoraussetzung für eine derart einschneidende Planung. Damit fehlt es aber bereits an den einschlägigen Grundlagen für die Ausweisung der Flächen für Windindustriegebiete des Plangebietes.</p>	<p>Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung. Die Ausführungen sind zudem überholt. Das EEG wurde seit 2009 mehrfach novelliert und der Bundesgesetzgeber hat zwischenzeitlich mehrere Gesetzespakete beschlossen, um den Ausbau der erneuerbaren Energien voran zu bringen.</p> <p>Die Kommune ist an die vorliegenden Bundesgesetze gebunden.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Ergänzt sei, dass Windanlagen keinerlei CO₂ speichern, ihr Betrieb insoweit fragwürdig ist, und ihr Betrieb im Hinblick auf Vermeidung und Verdrängung klimabelasteten Strom in vielen Momenten sehr fragwürdig ist. Wald und Waldboden hingegen speichert CO₂ nicht nur im Rahmen der 20 Jahren des Betriebs einer Windindustrieanlage, sondern ggfls. über Jahrhunderte, je nach Alter des Baumes oder der Nachnutzung.</p> <p>Die drängenden Klimafragen aber führen zu einem Wettrennen um die Speicherung von CO₂. Moor ist der CO₂-Speicher Nr. 1. Nicht nur der Regenwald. Jedes Moor das jetzt große Mengen CO₂ speichert, ist zu schützen, weil z.B. eine neue Wald-Anpflanzung erst jetzt oder in den nächsten Jahren mindestens eine Generation braucht, um wieder eine ähnliche CO₂-Speicherkapazität aufzubauen. Denn angesichts der fortschreitenden Klimaveränderungen und des Ziels einer Klimaneutralität in 2050 kann auf schon kleine Moorflächen nicht verzichtet werden.</p> <p>Vielmehr ist eine Aufforstung gem. LULUCF umgehend zu starten. Eine CO₂-Speicherung durch Moor und Moorboden ist deshalb mit der geringwertigen Verdrängung von - in welchem Umfang auch immer - klimarelevanten Strom durch Windindustrieanlagen nicht nur nicht zu vergleichen, sondern eben um ein Vielfaches wertvoller und deshalb weder vergleichbar noch gleich zu setzen. Hinzu kommt die sehr hohe Bedeutung des Moores für die Trinkwasserversorgung und -sicherung. Weitere Faktoren sind sodann der Artenreichtum und die Erholungsfunktion.</p> <p>2. Der Beschluss des BVerG vom 24. März 2021 zum KlimaschutzG und seine Folgen für den Schutz der Biodiversität und die vorliegende Planung im Lichte des „EU-Green Deal“</p> <p>Die EU hat im Rahmen des Green Deal beschlossen, dass mindestens 30 % der Landflächen jedes Mitglieds der EU für die Natur von jedwedem industriellen Einfluss frei zu halten ist, um dem Schutz der bedrohten Biodiversität und des Artenschutzes endlich mehr Durchsetzungskraft zu verleihen.</p> <p>Unzureichende UVP im Hinblick auf die Anzahl und Größe der Anlagen und die Ursachen und Folgen unter Einbezug der Wertschöpfungs-, Lieferketten- und Scope.3-Emissionen-Verantwortung im Sinne von Art 2, 3, 14, 20a GG. i.V. m. Anlage 2 des UVPG Nr. 1.3, 1.4, 1.5 i.V. m. 1.5.1, 2, 2.3.4, 3.2 und 3.3, 3.4 und 3.5.</p>	<p>Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung. Die Gemeinde stellt die Bedeutung des Moores für die CO₂ Speicherung nicht in Abrede.</p> <p>Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>In der Randnummer 37 zum Beschluss des BVerfG vom 24.03.21 stellt das Gericht fest, „aber auch die Errichtung einer Windkraftanlage benötigen ihrerseits Energie und verursachen so Treibhausgase“. Dieser knappe Hinweis kann nur stellvertretend verstanden werden für die vielfältigen externen Kosten, wie zuvor zusammengefasst, die insbesondere heutige großtechnische Windindustrieanlagen zum Nachteil der Schutzgüter in Art 20a GG und zum Nachteil der Zukunft und Freiheit der Gesellschaft und zukünftigen Generation verursachen.</p> <p>Ausgehend von der zur Grundlage der Entscheidung gemachten Art 20a GG ergibt sich zwangsläufig, dass man die "Biodiversität" und den „Artenschutz“ mitlesen kann und muss. Für sie gilt Art 20a GG in gleicher Weise und es darf im Verhältnis zum Klima nichts zu ihrem Nachteil abgewogen werden. Das „Klima“ ist allenfalls gleichrangig aber nicht zum Nachteil der Arten pp abzuwägen.</p> <p>Wenn zudem dem BVerfG das Pariser Abkommen genügt, um Art. 20a GG „aufzuladen“, sollte das auch auf die Biodiversitätskonvention, der Berner Konvention, der Bonner Konvention (nebst „Seehunde“, Fledermäuse, Kleinwale, afrikanisch-eurasische Wasservögel) Folgeabkommen), der Ramsarer Konvention (Feuchtgebiete) und der Alpenkonvention, dem Pariser Biodiversitätsabkommen des IPBES von 2019 und der Indikatorenberichte Deutschlands wie von Niedersachsen zutreffen. Dass insbesondere diese Indikatorenberichte niederschmetternd sind hinsichtlich des Zustandes der Biodiversität und des Artenschutzes in Niedersachsen ist unstrittig. Die selbst auferlegten Ziele zur Verbesserung des Zustandes der Biodiversität sind in beispielloser Weise verfehlt worden und machen Angst um die Zukunft der Biodiversität in Deutschland und in Niedersachsen. Und dass der Biodiversitätsschutz wie Artenschutz (sechstes Artensterben) dringlicher als der Klimaschutz ist, dürfte wohl zumindest aus wissenschaftlicher Sicht außer Frage stehen.</p>	Eine Grundsatzdiskussion für und wider die Windkraft ist nicht Gegenstand dieser Abwägung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Und die Biodiversität ist die eigentliche und viel unmittelbarere Lebensgrundlage jedes Menschen. Das „Klima“ in all seiner Wandlungsfähigkeit über die Zeit der Entwicklung des Menschen über die letzten ca. 2 Millionen Jahre ist dagegen immer nur die sekundäre Hülle. Folglich ist auch die gern. UMK vom Dezember geplante Relativierung des Artenschutzes (entgegen des EuGH, Urteil vom 4. März 2021 - C-473/19, C-474/19) zugunsten von Windanlagen durch die Entscheidung des BVerfG in ein neues schärferes Licht und steht relativem Artenschutzrecht eindeutig entgegen. Das gilt auch für die Anwendung von Aarhus Art 9 Abs. 3.</p> <p>Artikel 9 Abs. 3 AK bezieht sich auf „Mitglieder der Öffentlichkeit“ - nicht nur der „betroffenen Öffentlichkeit“ wie Artikel 9 Abs. 2 AK - und erlaubt diesen, Verstöße von sowohl „Privatpersonen“ als auch „Behörden“ anzufechten. Artikel 2 Abs. 4 AK definiert die „Öffentlichkeit“ als „eine oder mehrere natürliche oder juristische Personen und, in Übereinstimmung mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften oder der innerstaatlichen Praxis, deren Vereinigungen, Organisationen oder Gruppen“. Während die Bestimmung „etwaige in ihrem innerstaatlichen Recht festgelegte Kriterien“ den Vertragsparteien einen gewissen Gestaltungsspielraum bei der Ausgestaltung der Klagebefugnis überlässt, kann eine Partei die Bestimmungen unter keinen Umständen so auslegen, dass faktisch alle oder fast alle Mitglieder der Öffentlichkeit davon ausgeschlossen sind. Hilfreich ist hierzu die Entscheidung über die Mitteilung ACCC/C/ 2008/31 (Germany): „die Vertragsparteien dürfen die Bestimmung „sofern sie etwaige in ihrem innerstaatlichen Recht festgelegte Kriterien erfüllen“ nicht als Vorwand verwenden, um so strenge Voraussetzungen einzuführen oder beizubehalten, dass es faktisch allen oder fast allen Mitgliedern der Öffentlichkeit, einschließlich Umweltorganisationen, verwehrt ist, Handlungen oder Unterlassungen, die gegen nationales umweltbezogenes Recht verstoßen, anzufechten“.</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Dieses Recht ist zunächst dadurch weiter eingeschränkt worden, dass die Betroffenen eine Jahrzehnte übliche Instanz durch das InvestitionsbeschlG genommen wurde. Erschwerend kommt hinzu, dass diese eine und einzige Instanz nicht mehr von Betroffenen unmittelbar angerufen werden kann, sondern nur noch über einen Rechtsanwalt. Zudem wäre die komplette Öffentlichkeit ausgeschlossen, wenn nur Umweltverbände wegen Umweltbelangen klagen dürften. Diese wiederum sind seit geraumer Zeit einem allgemeinen politischen Druck ausgesetzt (kann ggfls. vertieft werden, siehe Vereinbarung NABU und die „grüne“ Partei, hier also eine im Bundestag vertretene politische Partei als Stellvertreter und Auftragnehmer einer Windlobby, nicht (mehr) gegen Windanlagen zu klagen.)</p> <p>Im Lichte der Entscheidung des BVerfG vom 29.04.21/24.03.21 ist dies nun so auszulegen, dass zumindest vor Ort subjektiv Betroffene auch Artenschutzbelange oder Verletzungen der Biodiversität geltend machen und einklagen können müssen. Denn gerade das BVerfG hat dargelegt, dass im Hinblick auf Art 20a GG gerade nicht Umweltverbände klagebefugt sind, sondern ausschließlich natürliche Personen, also die Kläger, hier die Betroffenen als Träger subjektiver Rechte. Da auch hier Art 2 und Art 14 GG betroffen sind, ist das Klagerecht der Betroffenen nicht auf den subjektiven Bereich beschränkt, sondern auch für Rechte und Klagen zum Schutz der in Art 20a GG geschützten Güter eröffnet. Das gilt rückschließend auch beim vorliegenden Flächennutzungsplan.</p> <p>Zur weiteren Einordnung der Entscheidung des BVerfG vom 29.04.21/24.03.21: Das Bundesverfassungsgericht hat mit großer Selbstverständlichkeit für Deutschland festgestellt, dass das Paris-Abkommen verpflichtender ist, als in den bis dahin wohl überwiegenden Kommentaren angenommen wurde. Es ist also keine revidierbare politische Selbstverpflichtung, sondern eine grundgesetzlich abgesicherte Aufgabe.</p> <p>Zweitens scheint das Gericht davon auszugehen, dass man gemäß dem CO2-Budget-Ansatz im Bereich von Minderungen durch CO2 tatsächlich die erklärten Klimaziele von weniger als 2 Grad Erwärmung bis 2050 durch eine (vielfältig umkämpfte) Klimaneutralität (Siehe Speckmann- „Die Chimäre der Klimaneutralität“ in Blätter für dt und int Politik März 2021) erreichen kann. Dass die aktuelle Wissenschaft ein solches Ziel als nicht erreichbar einschätzt (Spiegel-online vom 03.05.21) sei hier nur angemerkt.</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Drittens hat das Gericht zur großen Überraschung sehr grundsätzlich mit den Freiheitsrechten der Klagenden argumentiert und folgende „Leitsätze“ formuliert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • „Das Grundgesetz verpflichtet unter bestimmten Voraussetzungen zur Sicherung grundrechtsgeschützter Freiheit über die Zeit und zur verhältnismäßigen Verteilung von Freiheitschancen über die Generationen.“ • „Die Schonung künftiger Freiheit verlangt auch, den Übergang zu Klimaneutralität rechtzeitig einzuleiten. Konkret erfordert dies, dass frühzeitig transparente Maßgaben für die weitere Ausgestaltung der Treibhausgasreduktion formuliert werden.“ • „Zwar können selbst gravierende Freiheitseinbußen künftig zum Schutz des Klimas verhältnismäßig und gerechtfertigt sein; gerade aus dieser zukünftigen Rechtfertigbarkeit droht ja die Gefahr, erhebliche Freiheitseinbußen hinnehmen zu müssen. Weil die Weichen für künftige Freiheitsbelastungen aber bereits durch die aktuelle Regelung zulässiger Emissionsmengen gestellt werden, muss deren Auswirkung auf künftige Freiheit aus heutiger Sicht und zum jetzigen Zeitpunkt - in dem die Weichen noch umgestellt werden können - verhältnismäßig sein“ (Rn 192 der Entscheidung). <p>Damit erkennt das Bundesverfassungsgericht eine äußerst unangenehme, aber unbestreitbare Tatsache an: Freiheit wird unter den Bedingungen der Klimakrise zu einem knappen Gut. Oder sogar relativ?</p> <p>Das Gericht hat aber insbesondere Art 20a GG mit erheblicher Bedeutung „aufgeladen“ Neben den ausdrücklichen Schutz der „Tiere“ und der „natürlichen Lebensgrundlagen“ hat es als weiteren oder Teil dieser Kriterien das des Klimas gesetzt, aber nicht vorrangig, sondern gleichrangig. Die Entscheidung mag gegenüber der Politik eine Kompetenzüberschreitung des Gerichts darstellen, weil die politischen Spielräume beschränkt werden, das aber muss die Wissenschaft zum Staatsrecht ausfechten (siehe u.a. Calliess - Verfassungsänderung durch die Hintertür in FAZ 20.05.21 Seite 6).</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Es ist eben nicht nur eine „Klima-Entscheidung“, sondern auch eine Entscheidung für die Natur und Tiere, insbesondere die die - unabhängig vom Klima - in ihrem Bestand gefährdet sind, sogenanntes sechstes Artensterben. „Ein unbegrenztes Fortschreiben von Erderwärmung und Klimawandel stünde aber nicht im Einklang mit dem Grundgesetz“ (Rn 120 der Entscheidung). Diesen Leitsatz kann und muss man auch wie folgt lesen: „Ein unbegrenztes Fortschreiben von Artenschwund und Rückgang der Biodiversität stünde aber nicht im Einklang mit dem Grundgesetz“. Das muss man mitlesen, wenn man die 130-seitige Entscheidung liest. Es hat weitreichende Folgen. Eine erst ist der am 06.05.21 bekannt gewordene neu in das Gesetz eingefügte § 3a Satz 1 KSG lautet folgerichtig:</p> <p>„§ 3a Beitrag natürlicher Ökosysteme Der Beitrag natürlicher Ökosysteme zum Klimaschutz soll im Einklang mit der Erhaltung der biologischen Vielfalt kontinuierlich gestärkt werden.“</p> <p>Der in Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG verankerte Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit schließe auch den Schutz vor Beeinträchtigungen durch Umweltbelastungen ein. Aus der Norm folge eine Schutzpflicht des Staates. Sie verpflichte dazu, Leben und Gesundheit einzelner Menschen vor den Gefahren des Klimawandels zu schützen. Diese Schutzpflicht bestehe auch gegenüber künftigen Generationen, so das Bundesverfassungsgericht.</p> <p>Das Staatsziel in Art. 20a GG, nach dem der Staat auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere schütze, verpflichte die Bundesrepublik Deutschland zum Klimaschutz. Aber naturgemäß weder nur noch nachrangig zu den anderen Schutzgütern gem. Art 20a GG. Dies erfasse auch die Herstellung der Klimaneutralität. Das Klimaschutzziel des Art. 20a GG sei dahingehend konkretisiert worden, dass der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2 °C und möglichst auf 1,5 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen sei.</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Diese Schutzpflichten sind nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts nicht durch das Klimaschutzgesetz verletzt. Dem Gesetzgeber komme ein weiter Entscheidungsspielraum bei den Regelungen zu. Nur wenn überhaupt keine oder offensichtlich unzureichende Regelungen getroffen würden, liege eine Verletzung der staatlichen Schutzpflichten vor. Dies sei jedoch nicht der Fall.</p> <p>Angesichts der niederschmetternden Indikatorenberichte für Niedersachsen, aber auch den Bund, erscheint das völlige Versagen beim Schutz der Biodiversität und des Artenschutzes allerdings demgegenüber in einem anderen Lichte, da die offensichtlich unzureichenden Regelungen zum kontinuierlichen weiteren Verlust an Biodiversität und Verlust an Arten Vorschub leisteten, jedenfalls entgegen der verpflichtenden Ziele. Diese wurden nicht erreicht, nicht einmal eine Umkehr ist in den letzten 10 Jahren festzustellen, sondern der Zustand verschlechtert sich unaufhörlich.</p> <p>Die Grundrechte der Beschwerdeführer der Verfassungsklage seien aber dadurch verletzt, dass die bis zum Jahr 2030 zugelassenen Emissionsmengen die nach 2030 noch verbleibenden Emissionsmöglichkeiten erheblich reduzierten. Noch nahezu alle Bereiche menschlichen Lebens seien mit der Emission von Treibhausgasen verbunden und damit nach 2030 von umso drastischeren Einschränkungen bedroht. Vorschriften, die jetzt CO₂-Emissionen zuließen, begründeten eine rechtliche Gefährdung künftiger Freiheit, weil sich mit jeder heute noch zugelassenen CO₂-Emissionsmenge die in Einklang mit Art. 20a GG verbleibenden Emissionsmöglichkeiten verringerten. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit erfordere es, die nach Art. 20a GG verfassungsrechtlich notwendigen Reduktionen von CO₂-Emissionen bis hin zur Klimaneutralität vorausschauend in grundrechtsschonender Weise über die Zeit zu verteilen. Diesem Erfordernis werde das Klimaschutzgesetz nicht gerecht.</p> <p>Und auch hier: Gleiches gilt für den mindestens gleichrangigen Artenschutz und die Biodiversität noch viel mehr. Denn die Grundrechte der Betroffenen im hiesigen Verfahren sind analog auch dadurch verletzt, dass das bis zum Jahr 2030 prognostizierte Artensterben und Verlust an Biodiversität die nach 2030 noch verbleibenden Arten und Biodiversität erheblich reduzierten. Ja, dass selbst die Ziele bis 2020 (aaO) bereits völlig verfehlt wurden.</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Noch nahezu alle Bereiche menschlichen Lebens sind mit der Biodiversität und dem Schutz der Arten verbunden und damit nach 2030 aber schon jetzt nach 2020 von umso drastischeren Konsequenzen, Einschränkungen und Verlusten bedroht. Verlusten die für immer eintreten, weil die Arten für immer aussterben, während Emissionen immerhin durch geeignete (internationale) Maßnahmen wieder (hoffentlich) eingeholt werden können/sollen.:</p> <p>Vorschriften, die jetzt den weiteren Verlust von Arten und Biodiversität zuließen, begründeten eine rechtliche Gefährdung künftiger Freiheit, weil sich mit jeder heute noch zugelassenen Tötung geschützter Arten die in Einklang mit Art. 20a GG verbleibenden Artenvielfalt als natürliche Lebensgrundlage des Menschen für immer - ohne jede Chance einer Verbesserung - verringerten.</p> <p>Problematisch ist damit aus Sicht des Bundesverfassungsgerichts, dass es durch die im Klimaschutzgesetz vorgesehenen Emissionsmengen zu erheblichen CO2-Einsparungen in der Zukunft kommen wird, um die Klimaschutzziele zu erreichen, genauso wie mitzulesen ist, dass es durch die in der Pariser Vereinbarung der IPBES von 2017/2019 und der Indikatorenberichte der letzten Jahre im BUND und in Niedersachsen vorgesehenen dringenden Mechanismen zu einer erheblichen Verringerung des Verlustes an Biodiversität und Artenschutz in der Zukunft kommen sollte aber nicht kam, um die Artenschutzziele zu erreichen, die folglich in beunruhigender Weise weit verfehlt wurden. Diese Maßnahmen zur Rettung der Biodiversität und Arten stehen nun umso dringender auf der Schutzgüter-Agenda des Art 20a GG im Sinne des Beschlusses vom 24.03.21 und bringen (ebenfalls) Einschränkungen der grundrechtlich garantierten Freiheiten mit sich.</p> <p>Dazu in Kontrast stand schon die erste Begutachtung Anfang 2004 zu den Konsequenzen der Einführung des ETS-Systems in der EU für Inhalt und Ziele des EEG zum 01.01.2005 durch den wissenschaftlichen Beirat des BMWi unter der Federführung von Prof. v. Weizsäcker kam dementsprechend zu folgendem Ergebnis (Seite 8 Mitte und Seite 17): "Mit anderen Worten: das EEG dient der Subventionierung von CO2-Emissionen in Europa außerhalb des deutschen Kraftwerkssektors.</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Der Netto-Effekt des EEG auf die europäischen CO₂-Emissionen ist Null" und "Mit dem Beginn eines funktionierenden Marktes für CO₂-Emissions-Lizenzen in Europa verändert sich die Wirkung des EEG. Hat es bisher, wenn auch mit sehr hohen volkswirtschaftlichen Kosten, zur Reduktion von CO₂-Emissionen beigetragen, so wird sein Gesamteffekt auf die Reduktion von CO₂-Emissionen nach der Implementierung dieses Lizenzmarktes gleich Null sein. Es wird dann zu einem ökologisch nutzlosen, aber volkswirtschaftlich teuren Instrument und müsste konsequenterweise abgeschafft werden.“</p> <p>https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/MinisteriumNeroeffentlichungWissenschaftlicher-Beirat/wissenschaftlicher-beirat-erneuerbare-energien-534.html</p> <p>Da gerade die heutigen Anlagen der Klasse 250 m+ durch ihre Größe, den teppichartig großflächigen Lärm, die überstrichenen Flächen durch die immer längeren Rotoren von heute schon 20.000 qm überstrichener Fläche pro Windanlage usw. erhebliche Eingriffe in den Bestand von Arten, Habitate und natürliche Lebensgrundlagen in nicht dagewesener technischer Weise eingreifen, sind jedenfalls Windanlagen gerade kein Mittel im Sinne von Art 20a GG, weder um CO₂ zu mindern, noch um den anderen Schutzgütern des Art 20a GG in irgendeiner Weise zu entsprechen, im Gegenteil!</p> <p>All dies ist nicht abgewogen worden bzw. einseitig zu Lasten der Biodiversität und Einwohner weggewogen worden, dass die vorliegende Planung keinerlei strengen Maßstäben genügen kann und die dargestellten fachlichen Grundlagen dieser Planung eindeutig entgegenstehen.</p> <p>3. Green Deal der EU und die Gleichrangigkeit von IPCC und IPBES</p> <p>Expertinnen und Experten des Weltbiodiversitätsrates IPBES und des Weltklimarates IPCC haben erstmals gemeinsam einen Bericht erarbeitet, der gestern vorgestellt wurde (https://idw-online.de/de/news770339).</p>	<p>Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.</p> <p>Eine Grundsatzdiskussion für und wider die Windkraft ist nicht Gegenstand dieser Abwägung. Die grundsätzliche Entscheidung für die Windenergienutzung als eine wichtige Säule der Energiewende ist auf Bundes- und Landesebene bereits getroffen worden und auch in mehreren Gesetzespaketen rechtlich fixiert worden. An die vorliegenden Gesetze ist die Gemeinde Wagenfeld gebunden.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Dieser hat sogar in der New York Times Erwähnung gefunden, und man kann sich nur wünschen, dass unsere Politiker wie auch die zuständigen R-Planer in Arnsberg diesen auch zur Kenntnis nehmen: „Our Response to Climate Change Is Missing Something Big, Scientists Say Yes, planting new trees can help. But intact wild areas are much better. The world needs to treat warming and biodiversity loss as two parts of the same problem, a new report warns.“ "The two groups have operated largely in their own silos. But their subjects are connected by something elemental, literally: carbon itself. The same element that makes up heat-trapping carbon dioxide, methane and soot is also a fundamental building block of the natural world. It helps form the very tissue of plants and animals on earth. It's stored in forests, wetlands, grasslands and on the ocean floor. In fact, land and water ecosystems are already stashing away half of human-generated emissions."</p> <p>Und wir reden von Dekarbonisierung https://www.nytimes.com/2021/06/10/climate/biodiversity-collapse-climate-change.html</p> <p>Deutschland muss endlich den Schutz der Schutzgebiete ernst nehmen. Wenn Deutschland Vorbild sein will dürfen Ausnahmen von Schutzgebieten nicht zulässig sein. Ausnahmen (Befreiungen aller Art) sind die Tür zur Willkür. Und Befreiungen sind die Lizenz zum Geld drucken. überall in der Welt kommen Schutzgebiete unter Druck. Deren Schutz ist nur durchzusetzen, wenn der Schutz der Schutzgebiete auch in Deutschland konsequent durchgesetzt wird. Ausnahmen sind endlich zu beenden, der bereits entstandene Flickenteppich in den Schutzgebieten und Schutzsystemen durch massenhafte Befreiungen ist beängstigend. So stehen zum Beispiel heute schon ca. 25 % aller Windanlagen in Schutzgebieten. Und die Windlobby drängt auf sehr viel mehr. Eine solche Industrialisierung mit vielfachen Nebenwirkungen ist umgehend zu beenden.</p> <p>Es darf auch kein Unterschied mehr zwischen den verschiedenen Arten und Schutzgebieten erfolgen. Bauverbote sind ohne Ausnahme einzuhalten und eine Industrialisierung von Schutzgebieten verbietet sich. Windindustrieanlagen in ihren heute üblichen Dimensionen von 250 m+ fallen zu allererst unter ein solches Verbot in allen Arten von Schutzgebieten.</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Dies gilt natürlich ebenso für den Artenschutz. Eine Relativierung des Artenschutzes, wie ihn auf Druck der Windlobby ausgerechnet die UMK plant, ist generell abzulehnen. Deutschland ist aber nicht nur für den Artenschutz auf dem eigenen Staatsgebiet verantwortlich. Die Lebensweise vieler Deutscher ist eine Bedrohung des Artenschutzes weltweit. Palmöl, Soja, Kaffee, Kakao, Balsaholz usw. sind tägliche Güter die in Deutschland massenhaft angeboten oder nachgefragt werden. Diese Nachfrage aber zerstört unmittelbar Schutzgebiete und diverse (geschützte) Arten weltweit. Das Lieferkettengesetz ist hoffentlich der erste Schritt für einen Schutz auch hierdurch, weshalb das Gesetz uneingeschränkte Unterstützung verdient und in seiner Bedeutung das KlimaschutzG als nur nationales Gesetz in den Schatten stellt.</p> <p>Schließlich gilt das auch für den Wald. Hier ist maßgeblich die irreführenden Vergleiche des Teams Windlobby/Grüne zurückzuweisen, worauf ich schon wiederholt hingewiesen habe. Wald und Waldboden speichern CO₂. Ebenso der Regenwald der für Windanlagen (Balsaholz) zerstört wird. Windanlagen können heute und in Zukunft kein CO₂ speichern. Sie sind insoweit für die Veränderung des Klimas in keiner Weise hilfreich.</p> <p>Denn Windanlagen können zunächst - wenn überhaupt - nur anderweitig produzierten Strom verdrängen, wie CO₂-lastig dieser auch ist. Wird Strom aus PV oder Kernkraft verdrängt ist der Effekt Null. Wird mehr CO₂-freier Strom produziert als nachgefragt, ist der Effekt ebenfalls Null. Windanlagen haben deshalb die fatale Eigenschaft den heute üblichen bzw. benötigten Strom zu ersetzen aber gerade dadurch ökologisch nicht zu verantwortbaren CO₂-lastigen Lebensstil fortzusetzen, ja zu unterstützen, statt ihn dringend zu verändern. So sind insbesondere die Anstrengungen weniger Strom zu nutzen oder massiv effizienter zu nutzen kläglich gescheitert. Im Gegenteil verführen Wind & PV wegen der angedichteten nicht belastbare "Narrative" dazu, dass sich Wirtschaftswachstum zum Nachteil von Arten- und Klimaschutz & Co. fortsetzt und damit verschlimmert. Mithin sind Windanlagen selbst ein das Klima vielfältig anheizender Rebound-Effekt.</p>	<p>Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.</p> <p>Mit den in der 51. Änderung dargestellten Sondergebieten für die Windenergienutzung werden keine Waldflächen in Anspruch genommen.</p> <p>Eine Grundsatzdiskussion für und wider die Windkraft ist nicht Gegenstand dieser Abwägung.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Insbesondere aber sind CO₂-Mengen die im Holz gespeichert werden können, ggfls. über Jahrhunderte Oe nachdem was mit dem Holz nach dem Fällen passiert), nicht gleichzusetzen oder gegen die Mengen anzuführen, die durch den Betrieb einer Windanlage vielleicht verdrängt oder "gemindert" bzw. als angeblich CO₂-frei produziert werden. Solche Vergleiche sind die wie Äpfel mit Birnen und haben mit Wissenschaft nichts zu tun. Vielmehr sind es vorsätzliche Irreführungen (falsche "Narrative" bzw. "fakes") die zu beenden sind.</p> <p>Wer die Stromproduktion einer Windanlage in CO₂-Minderungen per produzierter kWh (mit allen den Unsicherheiten, wie oben geschildert) mit CO₂ vergleicht, das im Holz gespeichert wird, ggfls. über Jahrhunderte, stellt sich außerhalb eines wissenschaftlichen Diskurses.</p> <p>Folglich schrieb die Neue Zürcher Zeitung am 10.06.21: Klima und Artenvielfalt gemeinsam schützen Zwei hochrangige Umweltgremien der Uno spannen zusammen und stellen erstmals einen gemeinsamen Bericht vor Sven Titz Der Schwund von Arten und Lebensräumen wird wie der Klimawandel durch menschliche Aktivitäten verursacht. Weil sich beide Prozesse außerdem gegenseitig verstärken, sollten sie auch gemeinsam bekämpft werden. Das ist die salomonische Botschaft eines wissenschaftlichen Workshop-Berichts, der am Donnerstag vorgestellt wurde.</p> <p>Er ist das Ergebnis einer Elefantenhochzeit. An der Veranstaltung, die im Dezember 2020 virtuell stattfand, wirkten fünfzig Fachleute mit, die von zwei großen Gremien ausgewählt worden waren: Der Uno-Klimarat IPCC fasst den Wissensstand zum menschengemachten Klimawandel zusammen. Der Uno-Biodiversitätsrat IPBES tut das Gleiche in Bezug auf die Vielfalt von Arten und Lebensräumen. Dass IPCC und IPBES sich zusammenschließen, ist eine Premiere. «Wir haben eine gemeinsame Sprache gefunden, das ist nicht selbstverständlich», sagt Markus Fischer von der Universität Bern, ein Mitglied des wissenschaftlichen Lenkungsgrremiums für den Workshop.</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.


Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Wo es doppelt nützt Der Bericht rät, den Verlust von Öko-systemen zu stoppen oder rückgängig zu machen, aber er differenziert: Die Maßnahme sei vor allem bei Ökosystemen sinnvoll, die sowohl artenreich als auch reich an gespeichertem Kohlenstoff seien. Dann nützt es der Biodiversität ebenso wie dem Klima. Zu diesen Ökosystemen zählen neben Wäldern auch Moore, Salzsümpfe und Savannen; im Meer außerdem Seegraswiesen und Lebensräume von Seetang. Der nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft wird ebenfalls ein Doppelnutzen zugeschrieben.</p> <p>In dem Bericht wird auch Kritik an manchen Maßnahmen gegen den Klimawandel geübt, die bedenkliche ökologische Folgen haben. Probleme bereitet demnach vor allem das unbedachte Pflanzen von Bäumen. Zurzeit werde die Wiederaufforstung mit Monokulturen ortsfremder Arten finanziell gefördert, zum Beispiel in Brasilien und Äthiopien, schreiben die Autoren. Einerseits hilft das beim Klimaschutz, weil die Bäume Kohlendioxid aufnehmen. Andererseits wirken sich Monokulturen negativ auf die biologische Vielfalt aus. In Afrika hat die Wiederaufforstung von Trockengebieten - etwa mit Akazien - teilweise zu einer Verbuschung geführt, wie die Autoren berichten. Das beeinträchtigt neben der Biodiversität auch die Versorgung mit Wasser und Brennholz sowie mit Futtermitteln für Nutztiere.</p> <p>„Eine klimaschonende Landnutzung ist machbar, wenn wir bei unseren Entscheidungen beachten, wie viel der jeweilige Naturraum zu leisten vermag und durch welche Nutzungsformen möglichst viele Menschen von der Natur profitieren“, sagte Josef Settele vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung in Halle, der für den IPBES am Workshop teilnahm. Als deutsches Negativbeispiel nennt er das Pflanzen von Maisfeldern für die Nutzung in Biogasanlagen.</p> <p>Ein weiter Weg Der Bericht warnt auch vor bestimmten Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel: Wegen der Zunahme von Dürren werde oft die landwirtschaftliche Bewässerung ausgebaut. Das könne zu politischen Konflikten um Wasser und zur Versalzung der Böden führen. Viel ist bei der Vorstellung des Berichts von Synergien die Rede, die es nun zu nutzen gelte, von Kompromissen, die man schließen müsse, und von grenzüberschreitender Zusammenarbeit, die man anstreben müsse. Doch von den salbungsvollen Worten bei der Elefantenhochzeit zwischen IPCC und IPBES bis zur konkreten Anwendung in der Provinz ist es ein weiter Weg.</p> <p>Aus dem E-Paper vom 11.06.2021</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Und in der Süddeutsche Zeitung kommentierte Tina Baier am 10.06.21: „Warum Klimawandel und Artensterben gemeinsam bekämpft werden müssen. Artensterben: Die Zwillingsskrise Der rasante Schwund von Tieren und Pflanzen hat mindestens das-selbe Potential, die Erde zu einem unwirtlichen Ort zu machen wie die Klimakrise. Warum aber arbeiten dann Arten- und Klimaschützer oftmals gegeneinander statt miteinander? ...“</p> <p>Schließlich wird auch an den beschwörenden Appell der Bundeskanzlerin vom 17.06.21 für den Artenschutz erinnert:</p> <p>„Konferenz zur Biodiversität</p> <p>Merkel warnt vor Katastrophe durch Artensterben</p> <p>Nicht nur beim Klimaschutz gibt es weltweiten Handlungsbedarf. Auch beim Arten- und Naturschutz sind die Aufgaben groß. Im Herbst wollen sich Fachleute aus aller Welt erstmals seit Corona wieder beraten.</p> <p>Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat eine "Trendwende hin zu einem nachhaltigen Schutz der Natur" und für mehr Artenschutz gefordert. "Der rasante Verlust an biologischer Vielfalt hat katastrophale Auswirkungen für uns alle weltweit", sagte Merkel zum Auftakt der Nationalen Vorbereitungskonferenz für die 15. Weltbiodiversitätskonferenz (CBD) im Herbst im chinesischen Kunming.</p> <p>Merkel bekräftigte das deutsche und internationale Ziel, bis 2030 den weltweiten Biodiversitäts-Verlust zu stoppen. Dazu sollten bis dahin "mindestens 30 Prozent der Erdoberfläche und 30 Prozent der Meere" unter Schutz gestellt werden. Die Kanzlerin wies darauf hin, dass sich auch die G7-Staaten bei ihrem Gipfeltreffen einmütig zu diesen Zielen bekannt haben. Wichtig sei, dabei "Klima- und Naturschutz gleichermaßen in den Blick zu nehmen".</p> <p>Deutschland stockt Klimahilfen auf</p> <p>Merkel verwies auch auf notwendige finanzielle Anstrengungen, sowohl mit öffentlichen wie auch mit privaten Mitteln. Bei allen Investitionen müssten Vorkehrungen dafür getroffen werden, dass diese "die biologische Vielfalt nicht nur nicht schädigen, sondern im Gegenteil ihr möglichst zugutekommen".</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Die Kanzlerin erinnerte daran, dass Deutschland seit 2013 jährlich international 500 Millionen Euro zum Schutz von Wäldern und anderen Ökosystemen beisteuere. Aktuell seien zudem 14 Millionen Euro im Rahmen der UN-Dekade zum Schutz der biologischen Vielfalt für einen Treuhandfonds bereitgestellt worden. Dazu kämen die Mittel zur weltweiten Finanzierung von Klimaschutz und Klimaanpassung. Hier hat Deutschland eine Aufstockung von vier auf sechs Milliarden Euro jährlich zugesagt.</p> <p>Eine Million Tier- und Pflanzenarten könnten verschwinden</p> <p>Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth sieht noch viel Handlungsbedarf bei dem Ziel, das weltweite Artensterben zu stoppen. Die Weltgemeinschaft sei "daran gescheitert, den Verlust an biologischer Vielfalt tatsächlich aufzuhalten", erklärte Flasbarth bei der Videokonferenz. Er räumte ein, dass selbst die 30-Prozent-Marke nicht reichen würde. Insgesamt müsse die Staatengemeinschaft noch ambitionierter werden. Vor allem die Landnutzung müsse nachhaltiger werden, um das Artensterben zu stoppen, erklärte Flasbarth. Nach Erkenntnissen des Weltbiodiversitätsrats könnten bis Ende des Jahrhunderts weltweit eine Million Tier- und Pflanzenarten verschwinden."</p> <p>Und die EU begründet den verpflichtenden Green Deal zur Biodiversität wie folgt:</p> <p>Die Biodiversitätsstrategie für 2030</p> <p>Die EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 ist ein umfassender, ehrgeiziger und langfristiger Plan zum Schutz der Natur und zur Umkehrung der Schädigung der Ökosysteme. Die Strategie zielt darauf ab, die Biodiversität in Europa bis 2030 auf den Weg der Erholung zu bringen. Dazu sieht sie eine Reihe konkreter Maßnahmen und Verpflichtungen vor.</p> <p>Sie soll der Beitrag der EU zu den bevorstehenden internationalen Verhandlungen über den weltweiten Rahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt für die Zeit nach 2020 sein. Als Kernstück des europäischen Grünen Deals wird sie auch zu einer grünen Erholung nach der COVID-19-Pandemie beitragen.</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Ziele: Mit Hilfe der Biodiversitätsstrategie soll Europas Biodiversität bis 2030 auf den Weg der Erholung gebracht werden - zum Wohle der Menschen, des Klimas und des Planeten. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der COVI D-19-Krise zielt die Strategie darauf ab, die Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaften gegenüber künftigen Bedrohungen zu stärken. Dazu zählen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Auswirkungen des Klimawandels • Waldbrände • Ernährungsunsicherheit • Seuchenausbrüche - unter anderem durch den Schutz von Wildtieren und -pflanzen und die • Bekämpfung des illegalen Artenhandels <p>Maßnahmen: Die Strategie sieht eine Reihe konkreter Verpflichtungen und Maßnahmen vor, die bis 2030 umzusetzen sind.</p> <p>Einrichtung eines größeren EU-weiten Netzes der Schutzgebiete an Land und auf See</p> <p>Die EU wird auf den bestehenden Natura-2000-Gebieten aufbauen und dabei einen strengen Schutz von Gebieten mit sehr hohem Biodiversitäts- und Klimawert sicherstellen.</p> <p>Aufstellung eines EU-Plans zur Wiederherstellung der Natur</p> <p>Durch eine Reihe konkreter Verpflichtungen und Maßnahmen will die EU geschädigte Ökosysteme bis 2030 wiederherstellen und nachhaltig bewirtschaften und dabei die Hauptursachen des Verlusts an biologischer Vielfalt angehen.</p> <p>Im Rahmen dieses Plans wird die Kommission bis Ende 2021 verbindliche Ziele für die Wiederherstellung der Natur vorschlagen.</p> <p>Einleitung von Maßnahmen zur Ermöglichung des nötigen tiefgreifenden Wandels: Zu den Eckpfeilern der Strategie zählt die Mobilisierung von Finanzmitteln für die Biodiversität und der Aufbau eines neuen gestärkten Governance-Rahmens im Hinblick auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> • eine bessere Umsetzung und die Überwachung von Fortschritten • vertieftes Wissen, bessere Finanzierung und bessere Investitionen • mehr Respekt für die Natur in den Entscheidungsprozessen der Öffentlichkeit und der Wirtschaft 	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Einleitung von Maßnahmen zur Bewältigung der weltweiten Herausforderungen in Bezug auf die Biodiversität</p> <p>Diese Maßnahmen werden zeigen, dass die EU bereit ist, bei der Bewältigung der weltweiten Biodiversitätskrise mit gutem Beispiel voranzugehen. Insbesondere wird die EU auf die Annahme eines ehrgeizigen weltweiten Rahmens zum Schutz der biologischen Vielfalt im Rahmen des Übereinkommens über die biologische Vielfalt hinarbeiten. https://ec.europa.eu/environment/strategy/biodiversity-strategy-2030_de</p> <p>E. Externe Kosten und Folgen, LieferkettenG und Scope 1 - Scope 3</p> <p>1. Rotorblätter</p> <p>Das nicht gelöste Entsorgungsproblem der CFK/GFK/Carbon-Materialien der Rotorblätter steht inzwischen einer Genehmigung der Windräder von Anfang an entgegen.</p> <p>Die Dramatik des Problems hat sich in jüngster Zeit verschärft insoweit auch das UBA in einer Untersuchung (PM Nr. 40/19 vom 01.11.19 https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/zu-geringere-recycling-kosten-fuer-rueckbau-von) auf dieses seit Jahren schwärende und ungelöste Problem hinweist. https://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/umweltbundesamt-deutschland-ist-auf-recycling-alter-windraeder-nicht-vorbereitet-a-1294496.html wie auch der LAGA-Bericht an die Umweltministerkonferenz (UMK) vom November 2019, siehe auch beispielhaft FAZ vom 02.11.19 - A. Mihm - Der Abriss alter Windräder wird zum Problem, ZEIT vom 14.02.19 - Georg Etscheit - Neunzig Meter Schrott, Die WELT vom 06.11.19 D. Wetzel - Das 70.000-Tonnen-Problem der Energiewende Rotorblätter als hochlaufendes Umweltproblem - als notwendiger Teil einer vollständigen UVP-Vorprüfung</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Rotorblätter von Windanlagen sind grundsätzlich nicht recyclingfähig (GFK/CFK- Verbund-Materialien), sie stellen aufgrund der ungelösten Regelung nach Betriebsende eine Gefahr für die Umwelt dar, es werden generell wie auch hier völlig unzureichende Rückstellungen gebildet, wiewohl dieses Problem der Genehmigung von Anfang an entgegenstand, insbesondere schon den Vorbescheiden. Nachdem Windanlagen seit fast 30 Jahren mit den gefährlichen Verbundwerkstoffen produziert werden und das Entsorgungsproblem massiv wird, fängt die Windindustrie erst jetzt an sich mit Überlegungen für eine Entsorgung zu beschäftigen. Das ist ein Skandal und steht per se jeder und auch dieser Genehmigung entgegen. In Zeiten zwingender Nachhaltigkeit können solche gravierenden Probleme nicht mehr in die Zukunft, verbunden mit dem „Prinzip Hoffnung“, zu Lasten der zukünftigen Generation verlagert werden.</p> <p>Siehe dazu der Bericht im Spiegel vom 15.02.20:</p> <p>Bild der Woche</p>  <p>Zur Richtigkeit/Überprüfung obigen Photos</p> <p>https://correctiv.org/fakteneheck/2020/12/09/ja-diese-fotos-zeigen-rotorblaetter-vonwindkraftanlagen-die-in-wyoming-lagern/</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>„Ausgerechnet die umweltfreundliche Windenergie stellt die Menschheit vor ein neues Müllproblem. Nahe der texanischen Stadt Abilene werden Tausende ausrangierte Rotorblätter aus glasfaserverstärktem Kunststoff zerlegt und recycelt. Das Verfahren ist jedoch sehr aufwendig und nicht massentauglich. Anderswo entstehen daher Friedhöfe für Windmühlen - die Rotoren werden einfach im Boden vergraben.“</p> <p>Hierauf hat der klare Beitrag im heute journal vom 29.07.19 die Lösung vorgegeben. Solange es keine Entsorgungslösung gibt, sind Windanlagen nicht (mehr) genehmigungsfähig. Denn sie sind ein „Brandbeschleuniger“ der Umwelt- und Klimaprobleme. Siehe (Zeit ca. 3 Min) https://www.zdf.de/nachrichten/heute-journal/wohin-mit-dem-wind-muell-100.html</p> <p>Die Aussagen eines der größten Recycler in Deutschland (Remondis, mit Verweis auf die bekannte Studie von Fraunhofer aus 2017) spricht für sich. Hinzu kommt, dass diese Verbundwerkstoffe - soweit überhaupt möglich und vom Ofenbesitzer gewollt - nicht nur bei immensen Temperaturen von 2.000 °C in Zementöfen verbrannt werden können, sondern dass dazu bis zu 70 % Braunkohlestaub verwendet wird und die Reste sowohl die Anlagen schädigen können wie auch toxische (asbest-affine) Rückstände ein Problem darstellen.</p> <p>Aufgrund des seit 2005 geltenden Verbots, große faserverstärkte Kunststoffbauteile zu deponieren und entsprechend der Depo- nieVO von 2009 dürfen diese Abfälle gerade nicht thermisch ver- wertet werden. (DepV, § 7 vom 27.04.2009). Mithin ist völlig un- geklärt was mit Rotorblättern nach Außerbetriebnahme passiert. In den vorliegenden Genehmigungen des Kreises ist dazu bisher nirgends etwas offenkundig Notwendiges definiert. Man kann sich nur wundern, dass ein derart gefährlicher Werkstoff in die- sen Mengen von nun 30 .000 Windanlagen und ihren 90.000 Ro- torblättern verwendet wird, ohne dass Behörden oder Gerichte das Problem zur Kenntnis nehmen. Alle Genehmigungsanträge sind angesichts der Bedeutung dieser Tatsachen insoweit unvoll- ständig. Hier bräut sich eine Umweltgefährdung erheblichen Aus- maßes an, das aber durch die Untersuchungen des UBA und der LAGA endlich mit Fakten versachlicht wird.</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<ol style="list-style-type: none"> 1. Ressourceneffizienz von Windenergieanlagen, August 2014, VDI ZRE Publikationen Kurzanalyse 9, 61 Seiten 2. Prof. Dr.-Ing. Eckhard Weidner, Studie zur Circular Economy im Hinblick auf die chemische Industrie, Fraunhofer Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik Umsicht, Oberhausen, März 2017, insbesondere Seiten 47-72 (Analyse und Einfluss der Circular Economy für Rotorblätter von Windenergieanlagen), 3. USA-Umweltbundesamt (November 2019) - Entwicklung eines Konzepts und Maßnahmen für einen ressourcensicheren Rückbau von Windenergieanlagen, Texte 117/19 Abschlussbericht, siehe https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/entwicklung-eines-konzepts-massnahmen-fuer-einen <p>Für die Rotoren aus den Materialien CFK/GFK/Carbon gibt es laut UBA keine Rückbaukonzeption oder Recyclingoption. Mithin sind Windanlagen aufgrund der Gefährlichkeit des Werkstoffes nach Ende des LCF solange nicht genehmigungsfähig wie es dazu keine belastbaren Lösungen gibt.</p> <p>Unabhängig davon stellt das UBA fest, dass die Rückstellungen hierfür in den Genehmigungen in der Vergangenheit viel zu niedrig waren bzw. völlig unzureichend und dass in den Genehmigungen keine rechtlich ordnungsgemäßen und belastbare Rückbauregelungen und -auflagen (finanzielle Regelungen) festgelegt wurden. Vor dem Hintergrund dieser wissenschaftlichen Erkenntnisse kann es nicht den leisesten Zweifel geben, dass die Anlagen aufgrund ihrer Toxi[zit]ät und anderweitigen Gefährlichkeit nicht nur nicht einmal auf eine Deponie verbracht werden dürfen, sondern erst recht im Falle einer Entsorgung keinerlei Regeln existieren und in den bisher vor Ort erteilten Genehmigungen dazu nichts geregelt ist. Sollen am Ende die Kinder in Ghana sich mit solchen Resten aus Deutschland beschäftigen, wie es seit Jahrzehnten unter den Augen der Öffentlichkeit erfolgt? Allein damit verlieren Windanlagen jeden Anspruch auf Genehmigung.</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Hieraus ergibt sich, dass u.a. die Darstellung hinsichtlich der Problematik der Entsorgung der Rotorblätter nicht nur evident ist, sondern schon von Anfang an umfassend zu prüfen ist. Ob das noch nachholbar ist, weil die Materialien mit denen die Rotorblätter hergestellt werden weder deponiert werden, noch recycelt, noch verbrannt werden können (da nur mit erheblichen toxischen Rückständen), kann hier dahinstehen. Jedenfalls stand und steht der Genehmigung von Anfang an ein maßgeblicher Punkt entgegen der nicht überwindbar war und ist.</p> <p>Es ist aber völlig auszuschließen, dass die Allgemeinheit für solche Kosten nach Betriebsende aufkommen muss. Schon allein deshalb sind die bisher definierten finanziellen Rückstellungen um ein Vielfaches zu erhöhen und nur gegen eine Bürgschaft auf ersten Zuruf zu gewähren, wiewohl sich eine solche Regelung aus obigen Gründen allemal erübrigt. Das ist übrigens im Rahmen des § 17 BImSchG nachträglich bei allen schon genehmigten Anlagen nachzuholen.</p> <p>Dass das seit geraumer Zeit von Behörden und Gerichten entgegen des wissenschaftlichen Stands missachtet wird, sei hier dahingestellt. Auch die „Hoffnung“, dass sich irgendwann eine Lösung findet, ist im Lichte des Beschlusses des BVerfG vom 24.03.21 gerade keine Antwort und kann entgegenstehende Gründe nicht überwinden. Ähnliches gilt hinsichtlich der Fundamententsorgung, siehe FAZ 28.05.18, Alte Windräder entpuppen sich als Umweltrisiko,</p> <p>Zudem müssen im Rahmen einer UVP (siehe Anhänge zum Gesetz, insb. Anhang 2, aaO) sowohl die Infrastruktur (Wege und Stromver- und Entsorgungsleitungen) einer UVP unterzogen werden, wie auch das oben geschilderte akute Problem, dass es nach wie vor keine wirtschaftliche Möglichkeit zur Entsorgung/Recycling von Rotorblättern von Windanlagen gibt (siehe CAPITAL vom Februar 2017, Interview mit dem CEO von Remondis und weitere Studien; FAZ vom 02.11.19 Seite 25). Wenn aber zum Zeitpunkt der Genehmigung eine solche Option fehlt, sind solche Anlagen nicht genehmigungsfähig, siehe u.a. Anlage 2, 1.3 UVPg und auch Umweltschadensgesetz.</p> <p>Siehe nun auch aktuell EUWID: „UMK will Gefährlichkeit von Carbonfasern prüfen lassen“, EUWID vom 26.11.19. Siehe zudem auch Auszug aus Präsentation der HSB zur Verwertung von Rotorblättern, HSB-Chart 11 und 12. Erläuterungen der Charts:</p>	<p>Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.</p> <p>Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Der Heizwert von > 11 MJ/kg stammt aus der Vollzugshilfe des BMU:</p> <p>Vollzugshilfe</p> <p>Gefährliche Abfälle aus industriellen Prozessen, deren energetische Verwertung gegenüber den stofflichen Verwertungsverfahren nach § 8 Abs. 1 Satz 2 i.V. m. § 6 Abs. 2 KrWG als gleichrangig gilt</p> <p>Stand: 25.09.2017</p> <p>Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit</p> <p>dort Ziffer 2 -> Ein Gleichrang gemäß § 8 Abs. 1 Satz 2 i.V. m. § 6 Abs. 2 KrWG zwischen den stofflichen Verwertungsverfahren und der energetischen Verwertung kann für die unter Ziffer 1 aufgelisteten Abfälle nur angenommen werden, wenn der Heizwert des einzelnen Abfalls. ohne Vermischung mit anderen Stoffen. mindestens 11. 000 Kilojoule pro Kilogramm (kJ/kg) beträgt.</p> <p>Der Wert > 0,65 für die Energieeffizienz stammt aus Anlage 2 KrWG, siehe Fußnote für Verwertungsverfahren R 1 -></p> <p>R1 Hauptverwendung als Brennstoff oder als anderes Mittel der Energieerzeugung</p> <p>Hierunter fallen Verbrennungsanlagen, deren Zweck in der Behandlung fester Siedlungsabfälle besteht, nur dann, wenn deren Energieeffizienz mindestens folgende Werte hat:</p> <p>aa) 0,60 für in Betrieb befindliche Anlagen, die bis zum 31. Dezember 2008 genehmigt worden sind,</p> <p>bb) 0,65 für Anlagen, die nach dem 31. Dezember 2008 genehmigt worden sind oder genehmigt werden.</p> <p>Das alles ist beim Material der Rotoren nicht der Fall.</p> <p>Auch das VOM-Magazin (Recycling) Nr. 695 (November 2019) bestätigt obige Mängel und unterstreicht auf Seite 19, dass auch alternative Materialien für Rotorblätter zur Verfügung stehen die erheblich weniger Nachteile haben, aber aus Missachtung obiger Nachteile und Umstände nicht weiterentwickelt wurden, was die Hersteller und Projektierer (Beigeladene) sich nun entgegen halten lassen müssen.</p> <p>VOM-Magazin (Recycling) Nr. 695 (November 2019), Seite 19</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Selbst wenn man sich die Behauptungen über angebliches Recyclen dieser Materialien durch eine Art Pyrolyse näher anschaut, also ein Verfahren wodurch das Material in seine Grundbestandteile aufgelöst wird, um anschließend damit wieder ein (ähnliches) recyceltes Material wiederherzustellen, so ergeben sich daraus folgende Erkenntnisse: Einen solches Versuchsverfahren gab es in nur einem kleinen Pilotverfahren. Die Kosten sind immens und ca. 100 mal höher als neu produziertes Material zu verwenden. Das aus der Pyrolyse gewonnene Material hat in keiner Weise die notwendig-identischen Eigenschaften, wie sie für Rotorblätter benötigt werden, sondern erreicht allenfalls etwa 60 % der Eigenschaften das erforderlich ist, um wiederum Rotorblätter daraus herzustellen. Mit anderen Worten, es ist wertloser Schrott. Denn benötigt werden 100 % identische Eigenschaften. Und das zu annähernd ähnlichen Kosten wie neues Ausgangsmaterial. Alles andere ist unwirtschaftlich und hat keine Chance.</p> <p>Aufgrund all dieser ungeklärten Fragen ist es geradezu abenteuerlich auch nur eine einzige weitere Windanlage zu genehmigen. Schon der aktuelle Bestand von 90.000 Rotoren und deren anstehenden allmählicher Abbau ist hinsichtlich des Umgangs wie Verbleibs völlig unklar (siehe Bericht im Spiegel vom 15.02.20 aaO) und stellt die gesamte Industrie wie Umwelt vor ein nicht gelöstes aber mit jeder weiteren Windanlage vor ein wachsendes Problem, wiewohl für eine Lösung dreißig Jahre Zeit war. Diese Zeit ist nicht genutzt worden.</p> <p>Dass es ganz anders gehen kann bzw. hätte gehen können zeigt VW (FAZ 29.01.21, VW beginnt mit Recycling von Batterien). Hiernach beginnt VW parallel zum Bau von Batterien für E-Autos auch bereits mit den ersten Versuchen des Recyclings. Trotz immenser Gewinne über Jahrzehnte hat die Windindustrie dazu bis heute nichts Relevantes vorzulegen. Es kann aber nicht erneut die Allgemeinheit sein, die trotz riesiger Subventionen auch dieses wieder leisten soll.</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>2. Zur Erosion von Mikropartikeln von Rotorblättern von Windanlagen und deren Verteilung in die Landschaft rund um den Standort einer Windanlage</p> <p>Bezug: BT-Drucksache WO 8 - 3000-077120 (08.12.20) Wissenschaftliche Dienste; Kurzinformation zu einem Einzelaspekt der Erosion von Rotorblättern von Windrädern. https://www.bundestag.de/resource/blob/817020/27cf214cfbeaac330d3b731cbbd861Ob/WD-8-077-20-pdf-data.pdf</p> <p>Siehe allgemeiner Überblick zu Mikroplastik: https://www.bundestag.de/resource/blob/645194/9ff58eaefc3834a9803233baeb6668dS/WD-8-023-19-pdf-data.pdf</p> <p>Aufgrund der Umwelteinflüsse wie UV-Strahlung, Wind, Temperaturwechsel (insbesondere im Winterhalbjahr), Blitzeinschläge und großflächigen Insektenverklebungen an der Oberfläche im Sommer sind Rotorblätter von Windkraftanlagen anfällig für Erosion. Infolge dessen kommt es regelmäßig zu Abnutzungen und Rissbildung an den Oberflächen. Hierdurch verschlechtern sich u.a. die aerodynamischen Eigenschaften der Flügel. Aus diesem Grund müssen die Rotoren regelmäßig gewartet werden. Das Fraunhofer Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (!WES) entwickelt derzeit ein Testverfahren, mittels dessen die Beständigkeit verschiedener Beschichtungsmethoden evaluiert werden kann. Siehe hierzu: https://www.windbranche.de/news/nachrichten/artikel-25242-fraunhoferiwes-sagt-erosion-vonwindkraftanlagen-den-kampf-an und https://www.iwes.fraunhofer.de/de/presse_medien/archiv-2017/regenerosion-anrotorblaettern-effektiv-vorbeugen.html. 2 Blade Care, DWT, Fraunhofer !WES (Koordinator) Fraunhofer IZFP, Freilacke, Jadewind, Nordex, Ocean Breeze, Senvion.</p> <p>So betreibt z.B. das Fraunhofer-Institut einen Prüfstand zur Lebensdauerprüfung von Beschichtungssystemen für Rotorblätter. https://www.iwes.fraunhofer.de/de/forschungsprojekte/aktuelle-projekte/beleb.html. Eine bislang offene Frage ist, welcher Mechanismus im Detail zur Schädigung und zum Materialabtrag an Rotorblättern führt. Unstreitig ist allerdings die Erosion als solche und die Folgewirkungen der Erosion zum Nachteil der Umwelt.</p>	<p>Der Schutz vor und die Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen beim Betrieb von Windenergieanlagen wird zudem durch ein Genehmigungsverfahren gemäß Bundes-Immissionsschutzgesetz geprüft und sichergestellt.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Die Rotorblätter von Windkraftanlagen selbst bestehen aus einem Verbund aus Kunstharzen (Epoxid oder Polyesterharze) und Fasern (Glas- oder Carbonfasern). Diese diversen Materialien (Carbon, Glasfaserverstärkter Kunststoff GFK und Carbonfaserverstärkter Kunststoff CFK) werden in der Regel in einem auch für das UBA in seiner Studie kaum transparent zu machenden Weise in einem MATERIAL-Mix für die Außenhaut von Rotorblättern verwendet. Dabei wird für die heute immer größeren und längeren Rotorblätter aufgrund seiner Eigenschaften immer häufiger das allerdings problematischere CFK eingesetzt. https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/entwicklung-eines-konzeptsmassnahmen-fuer-einen Siehe dort insbesondere die Seiten 76-79 und 164, 169f.</p> <p>Diese Fasern können krebserregend sein: Das UBA führt in seiner Studie (2019 aaO, Seite 79) dazu aus: „Energetische Verwertung Die energetische Verwertung von Carbonfasern in Müllverbrennungsanlagen verläuft unvollständig (Pehlken 2015). Bei der Verbrennung von CFK (wie auch GFK) in einer MVA bleiben bis zu 60 % des Materials als Asche zurück (Milchert 2017, 41), welche letztlich auf Deponien entsorgt werden müssen. Neben dieser Problematik ist die konventionelle energetische Verwertung von faserverstärktem Kunststoff insbesondere im Hinblick auf CFK mit weiteren Herausforderungen konfrontiert. Zum einen können durch CFK-Fasern technische Defekte an den Anlagen ausgelöst werden, insbesondere sind negative Auswirkungen auf elektrostatische Partikelabscheider durch CFK zu erwarten. Zum anderen wird vermutet, „dass Carbonfasern unter Sauerstoffeinfluss ab einer Temperatur von 650°C lungengängige Teilchen bilden, die nach Einatmung- ähnlich wie bei Asbestfasern - das Lungenkrebsrisiko erhöhen.“ (Ressource 2016). Festzuhalten ist also, dass die Hausmüllverbrennung für CFK-Abfälle nicht geeignet sind (Bifa 2012).“</p> <p>Folgerungen: Daraus ergibt sich, dass sich durch Temperaturen von ca. 650 Grad lungengängige Teilchen bilden, die krebserregend sein können. Aufgrund des nicht zufälligen Vergleichs mit Asbest dürfte dieses Risiko exponentiell hoch sein. Deshalb ist nach regelmäßig auftretenden Bränden von Windanlagen bzw. Rotorblättern extreme Vorsicht im Umfeld geboten und die bekannten Schutzmaßnahmen zu ergreifen.</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Die erheblich größeren Gefahren gehen allerdings durch die in ähnlicher Weise durch natürliche und unvermeidliche Erosion sich ablösenden Mikropartikel aus, die in ähnlicher Weise aufgrund ihrer Winzigkeit lungengänglich sind und konkludent in gleicher Weise krebbsauslösend sein können.</p> <p>Die Bedeutung dieser Thematik wird dadurch unterstrichen, dass dieses Mikroplastik sich unabhängig von der Lungengänglichkeit rund um Windanlagen verteilt und sich über die Lebenszeit einer Windanlage im Erdreich anreichert.</p> <p>Dass Mikropartikel inzwischen zu einem weltweiten Problem geworden sind und überall schon an der Quelle Abhilfe geschaffen werden muss, ist erneut berichtet worden in FAZ 14.04.21 „Wie das Plastik um die Welt geht“ mit Verweis auf den neuesten Bericht in der „PNAS“ „Constraining the atmospheric limb of the plastic cycle“ https://www.pnas.org/search/microplastics %20content_type %3Ajournal?facet %5Bpublication-date %5D %5B0 %5D=2021</p> <p>Deshalb sei ein spezifischer Aspekt der Erosion das Freisetzen von Mikroplastik an den Rotorblättern. Laut Auskunft des IWES seien bislang keine wissenschaftlichen Untersuchungen zu der https://www.ict.fraunhofer.de/content/dam/ict/de/documents/media/ue/UE_klw_Poster_Recycling_von_Windkraftanlagen.pdf. Siehe hierzu beispielsweise: https://www.hbm.com/de/4802/windenergie-fraunhofer/ Frage bekannt, ob und in welchem Umfang Mikroplastik freigesetzt wird. Dass das Material, welches sich durch Erosion löse, in der Umwelt lande, ließe sich allerdings nicht bestreiten. Insbesondere (bei Offshore-Anlagen) würden die Blätter erst dann getauscht oder repariert, wenn es sich gar nicht mehr vermeiden ließe, d.h. der Erosionsschaden schon erheblich sei. Zu den genauen Mengen gebe es aber keine systematischen Untersuchungen.</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>In der Kurzinformation des wiss. Dienstes des Bundestags (aaO) wird dazu ausgeführt: „Als grobe Abschätzung geben die Wissenschaftler des IWES zu bedenken, dass ein Erosionsschaden grob vereinfacht den äußeren Teil eines Rotorblattes beträfe. Nehme man weiterhin zur Vereinfachung an, dass das Rotorblatt linear und nicht spitz zulaufe, komme man auf eine maximal betroffene Oberfläche von ca. 10 m². Würde man nach vier Jahren die komplette Beschichtung im betroffenen Bereich erodiert vorfinden, ergebe sich ein maximaler Materialabtrag von 1.395 t/a für alle rund 31.000 Windkraftanlagen in Deutschland. Das sei als sehr grobe obere Abschätzung anzusehen, das heißt durch die vereinfachten Annahmen liegt der tatsächliche Wert mit hoher Wahrscheinlichkeit deutlich darunter. Im Vergleich dazu werden vom Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik (UMSICHT) jährliche Abriebwerte von Reifen mit 102.090 t/a und von Schuhsohlen mit 9.047 t/a angegeben.“</p> <p>Diese Ausführungen haben mit der Realität nichts zu tun, stellen eine nicht belastbare Vereinfachung dar und werden sachlich wie folgt widerlegt bzw. eingeordnet.</p> <p>Die Rotorblätter heute üblich gewordener Windindustrieanlagen der Generation 250 m+ haben inzwischen Längen von über 100 m Länge erreicht. Die Breite erreicht dabei 3-4 m. Die Rotorblätter laufen zwar in der Spitze spitz zu, aber nur in den letzten Metern sind sie so schmal, dass die Fläche geringer wird. Allerdings sind heutige Rotorblätter aufgrund ihrer Konstruktion mit großem Hohlkörper auf Basis von Balsaholz aus dem Regenwald unter zum Teil zweifelhaften Umständen, nicht plan, sondern eher dreidimensional also mit drei Seiten, ähnlich einem Flügel eines Flugzeugs mit Ober- und Unterfläche und dem dicken vorderen Wulst, der quasi dritten Seite, der nach hinten spitz zuläuft. Es kann deshalb vereinfacht auf Ober- und Unterfläche unterstellt werden, dass Rotoren mit heute üblicher Länge von 90 m² etwa 60 m x 3 m und 30 x 1 m Fläche aufweisen. Und das (vereinfacht) jeweils für zwei Seiten. Das sind dann 150 m² x 2 = 300 m². Die tatsächliche Gesamtoberfläche liegt aus obigen Gründen höher.</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Da eine Windanlage drei Rotoren aufweist betragen die Flächen pro Windanlage bei solchen Rotoren also auf Basis obiger Annahmen bei insgesamt etwa 900 m². Da die Oberflächen der Rotoren nicht plan, sondern aus aerodynamischen Gründen geschwungen gestaltet sind dürfte die Gesamtfläche noch höher sein. Dies ist ein Verhältnis von knapp 1: 100 höherer Fläche als die 1 m² die vereinfacht vom IWES angenommen werden, und zeigt schon so frappierende Mängel bzw. „Vereinfachungen“ der Überlegungen des „wissenschaftlichen Dienstes“ (aaO) „Es ist angesichts dieser Diskrepanz sachlich offensichtlich, dass die Verharmlosungen des wissenschaftlichen Dienstes selbst eher einem Lobbyismus im Parlament unter dem Deckmantel eines „wissenschaftlichen Dienstes“ sehr nahe kommt. Wenn man dann die Lebenszeit von 25 Jahren zugrunde legt ergibt sich bei 10.000 großen Anlagen mit je 1 OOm langen Rotoren eine aus den Zahlen des wiss. Dienst abgeleitete Summe von theoretisch >2000 Tonnen. (10.000 x 4(25) Jahre x 300 m² x 1,4 t), natürlich als „worst-case“.</p> <p>Diese Menge wird sich nie einstellen, weil natürlich nicht die gesamte Oberflächenbeschichtung als Mikropartikel erodiert. Es zeigt aber wie unterschiedlich eine Betroffenheit am Maßstab heutiger Windanlagen bzw. Rotoren, der Einbezug der gesamten Oberfläche über die Lebenszeit von 25 Jahren aussehen könnte. Aber schon sehr viel weniger Erosion und ggfls. weniger Flächen führen zu erheblichen Mengen von Mikropartikelemission und Kontamination des Bodens.</p> <p>Entscheidend ist nun, dass diese Mikropartikel im Gegensatz zum verwendeten Beispiel des wissenschaftlichen Dienstes toxisch und erhebliche Nachteile für den Menschen und die Tierwelt haben können, das UBA spricht bei lungengänglichen Partikeln durch diese Rotoren von krebserregenden Eigenschaften (aaO) und beklagt die fehlende wissenschaftliche Forschung, weswegen von einer „wort-case-Gefahr“ durch dieses Material ausgegangen werden muss. Durch die Verteilung dieser Mikropartikel rund um eine Windanlage über den Lebenszeitraum von etwa 25 Jahren ergibt sich vor allem dann eine konkludente Gefahr durch die Mikropartikel-Kontamination für die umliegend wohnenden Menschen wie die Natur, wenn insbesondere landwirtschaftliche Betriebe Nahrungsmittel, also Obst oder Gemüse zum menschlichen Verzehr anbauen.</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Denn diese Mikropartikel sind im Umfeld einer Windanlage weder auffindbar noch wieder zu beseitigen, reichern sich vielmehr von Jahr zu Jahr an und erhöhen so die Gefahr die von ihnen ausgeht kontinuierlich. Sie verbleiben für immer im Boden und damit in unmittelbarer Nähe zu angebauten Lebensmitteln, bzw. werden unvermeidlich Teil der Lebensmittel. Dabei dürfte ein Abstand bzw. Einflussbereich von etwa 1500 m hinlänglich relevant sein, damit durch den Wind der Eintrag solcher Mikropartikel in diesem Umfeld weniger signifikant stattfindet. Dieser Abstand zugunsten der Menschen ist hier erforderlich, weil die Anlagen nicht nur selbst sehr hoch, sondern erheblich höher oberhalb der Wohnbebauung stehen sollen, was es dem Wind sehr leicht macht solche Mikropartikel über größere Entfernungen zu tragen. Zudem sind es besonders große Rotoren mit erheblichen Flächen von ja fast 18000 m². Erschwerend stehen diese außerordentlich nah zueinander, was die physikalischen Kräfte erheblich beanspruchen wird und unweigerlich auch zu erhöhtem Materialstress und in dessen Folge zu erhöhter Partikelbildung führen wird. Dass dürfte denklogisch nachvollziehbar sein, dennoch wird hierzu Beweis beantragt.</p> <p>Beweis: Sachverständigengutachten</p> <p>Konsequenz</p> <p>Zunächst ist es höchst ärgerlich, dass hierzu seit Jahrzehnten fast keine Forschung stattfindet und keine ausreichenden finanziellen Mittel für Forschung auf diesem Gebiet zur Verfügung gestellt werden, insbesondere im Hinblick auf die Folgenforschung für die Gesundheit der Anwohner und Menschen. Da sich nun seit über 30 Jahren inzwischen bei fast 30 .000 Anlagen 90.000 Rotoren im zum Teil unmittelbaren Umfeld von Menschen drehen, sind Untersuchungen auf das Ausstreuen von erodierenden Mikropartikel von den immer flächigeren Oberflächen der Rotoren dringendst erforderlich. Denn das Belastungspotenzial erhöht sich täglich. Und es ist wenig glaubwürdig, sich über Mikropartikel am Himalaya, der Arktis und in den Weltmeeren zu beklagen, aber an den Quellen nichts zu tun, auch wenn solche Quellen dann eben konsequent untersagt werden müssen. Insbesondere gibt es keinerlei Bodenuntersuchungen über den Eintrag von Mikropartikeln rund um solche Anlagen.</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Solange das so ist, ist besondere Vorsicht und ausreichender Abstand nicht nur zu beachten, sondern steht Standorten von solch großen und hohen Windanlagen näher als 1500 m eindeutig entgegen. Das Wissen um diese Emission ist jahrzehntealt und das vorsätzliche Unterlassen der Forschung hierzu und der Mangel an Kenntnissen der unstreitig grundsätzlich gesundheitsschädlichen Kontaminationen rechtfertigt erst recht keine Genehmigung, jedenfalls keine unter Abständen von 1500 m. Denn die Höhe der Anlagen und die Leichtigkeit der Mikropartikel lässt die Annahme der Verteilung durch den Wind von etwa 1500 m rund um eine Windanlage als belastbare Annahme erscheinen.</p> <p>Aufgrund der inzwischen wissenschaftlich unstreitig erkannten Gefahren (FAZ, PNAS aaü) die grundsätzlich von Mikropartikeln ausgehen, hätte deshalb der Betrieb solcher Anlagen auch unter diesem Gesichtspunkt im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung usw. hinsichtlich aller örtlichen Belange untersucht werden müssen und steht wegen Unterlassens einer solchen Untersuchung der Betrieb der Windindustrieanlagen entgegen. Im Übrigen unterstreichen diese Überlegungen und Ergebnisse auch für die Einhaltung eines pauschalen Abstandes aus gesundheitlicher Vorsorge zu jedweden Anwohnern von 1500m.</p> <p>Zusammenfassung</p> <p>Es versteht sich angesichts der gesundheitlichen Gefahren, die von Mikropartikeln durch Windrotoren ausgehen von selbst, dass in Gebieten wie hier der Betrieb von Windanlagen aufgrund des natürlichen und unvermeidlichen Abriebs/Erosion von toxischen Mikropartikeln dies einer Genehmigung entgegensteht, da die Gefahr von signifikanten Gesundheitsschäden durch solche durchaus toxischen und schädlichen Partikeleinträgen unverhältnismäßig und unzumutbar ist, Art. 2, 20 a GG. Dabei ist angesichts der großen Flächen heutiger Rotoren und eines üblichen durchschnittlichen Abriebs und der Lebenszeit von Rotoren bereits von einer signifikanten Menge an Mikropartikeln auszugehen, die aufgrund ihrer Winzigkeit auch dann schon in die Hunderttausende, wenn nicht Millionen Partikel reichen. Ein vorsorglicher Abstand zu solch hohen und hoch gelegenen Windanlagen zu jedem Wohnhaus von 1500 m ist auch und gerade aufgrund der Jahrzehnte unterlassenen Forschung und mithin fehlenden Forschungsergebnissen zwingend.</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>3. Gewinnung von Balsaholz für den Rotorblattkörper als Verstoß gegen Art 20a GG, UVPG Anlage 2, Nr. 1.3, 1.4, 1.5 i.V.m. 1.5.1, 2., 2.3.4., 3.2 und 3.3., 3.4 und 3.5</p> <p>Im Lichte des BVerfG vom 29.04.21/24.03.21 werden sodann weitere indirekte Eingriffe durch Windanlagen und seine Folgen aufgezeigt, die nicht Gegenstand des bisherigen Verfahrens waren. Verstoß gegen die Lieferketten-Verantwortung wie auch Verletzung der damit einhergehenden Sorgfaltspflichtverletzungen und Scope-3-Emissionen und weiterer Umweltbelange und -verstöße</p> <p>Unzureichende Umweltverträglichkeitsprüfung, entgegenstehende Eingriffe in die natürlichen Lebensgrundlagen und den Schutz von (geschützten) Tieren</p> <p>Bei der Herstellung von Windradrotoren wird überwiegend das tropische Balsaholz verwandt. Dadurch gibt es den direkten Einfluss auf den Regenwald durch jede Windindustrieanlage und jedes Rotorblatt. Das dabei verwendete Balsaholz stammt von dem <u>Balsabaum</u> (<i>Ochroma pyramidale</i>) aus der Familie der Malvengewächse. Er wird hauptsächlich auf großen Kahlschlag- und Brandrodungsflächen in den Tropen angebaut. Sein Holz zeichnet sich durch eine extrem geringe Dichte aus, ist äußerst robust und schnellwüchsig. Die Speicherung von CO₂ ist durchschnittlich.</p> <p>Das übliche Muster: Kahlschlag und Brandrodung</p> <p>Die Tropenwaldzerstörung folgt meist folgendem Muster: Zuerst werden die wirtschaftlich wertvollsten und stärksten Bäume, wie beispielsweise Mahagoni, Bangkirai und Meranti, z.T. illegal entnommen. Weniger wertvolle Baumarten und der Unterwuchs werden anschließend verbrannt mit katastrophalen Folgen für die Biodiversität und das globale Klima. Auf den entstandenen riesigen Kahlfeldern weiden für einige Jahre Rinder oder es werden Sojapflanzungen angelegt bis die empfindlichen Tropenböden weitgehend ausgelaugt sind.</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Agroforstplantagen statt Regenwälder</p> <p>Anschließend bieten Investmentfirmen aus Europa, Asien und Nordamerika, unter hohen Renditeversprechungen die Wiederaufforstung der Kahlfächen mit Forstplantagen als lohnende <u>Kapitalanlage</u> an. Die Tausende Hektar großen Monokulturen aus meist anspruchslosen Balsa- und anderen schnellwüchsigen Pionierbaumarten werden nach relativ kurzer Zeit wiederum im Großkahlschlag rücksichtslos gerodet, da ja kein originärer Regenwald mehr, und das Holz nach Übersee gewinnbringend exportiert. Die ehemals sehr fruchtbaren Tropenböden sind dann kaum noch nutzbar, bestenfalls für Sekundärwald, da deren Nährstoffe verbraucht sind. Nicht selten bleibt dann nur noch verwüstetes, ökologisch wertloses Brachland zurück</p> <p>Balsaholz für Windräder zerstört Regenwald und Klima</p> <p>Jährlich werden auf diese Weise rund 13 Millionen Hektar tropische <u>Regenwälder</u> dauerhaft zerstört. An den Produkten der Agroforstplantagen, wie beispielsweise Balsaholz für den Bau von Windradrotorenkörper, wird gut verdient, ganz besonders in 2020, dazu Economist vom 30.01.21.</p> <p>Im Gegenzug gehen die global effektivsten Speicher für das schädliche Klimagas CO2 verloren, die tropischen Regenwälder. So schädigt die Erzeugung von Strom durch Windanlagen nicht nur wertvolle Kultur- und Waldlandschaften in Deutschland nachhaltig (ca. 25 % aller Windanlagen stehen bereits in Schutzgebieten in Deutschland, FAZ 19.03.19, die Projektierer wollen massiv in Wäldern Windanlagen errichten), sondern auch durch die beschriebene Ausbeutung die tropischen Regenwälder (Umwelt-Watchblog, April 2017, Economist 31.01.2021).</p> <p>Deshalb ist die Diskussion um Abstände immer auch und nicht nur eine um solche zu Wohnhäusern, sondern auch zu Habitaten von geschützten Arten und Schutzgebieten. Denn nicht nur die der allgemeinen Nutzung ausgesetzten Flächen, sondern sogar Schutzgebiete leiden überraschenderweise bereits massiv unter dem zivilisatorischen Druck an Schwund von Biodiversität, obwohl gerade und nur solche Gebiete eine dringende Erholung der Biodiversität gewährleisten können. (siehe die letzten Indikatorenberichte auf Landes- und Bundesebene).</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Und am 12.11.2019 titelte die Financial Times einen kritischen Bericht „Balsa shortage threatens wind power rollout - Strong yet lightweight tropical wood is key component in core of turbine blades“ https://www.ft.com/content/315455ac-021f-11ea-be59-e49b2a136b8d Balsa shortage threatens wind power rollout Strong yet lightweight tropical wood is key component in core of turbine blades Suppliers are warning that the balsa shortage threatens a bottleneck in new wind farm developments next year © Bloomberg Save Harry Dempsey in London and Gideon Long in Quito NOVEMBER 12 2019 32 The roll out of new wind power projects could be delayed by a shortage of balsa wood. Better known for its use in model aircraft, table-tennis bats and surfboards, balsa is a key component of many wind turbine blade cores because it is both strong and lightweight. Prices have almost doubled in the past 12 months and suppliers are warning that the balsa shortage threatens a bottleneck in new wind farm developments next year. "Balsa has one of the biggest shortages" among materials used in wind turbines, said Tobias 65 Hahn, chief executive of Diab Group, one of three leading material suppliers for wind turbine blades. The wood is grown almost exclusively in Ecuador, Indonesia and Papua New Guinea. Producers in the Latin American country have benefited from the shortage, saying prices are likely to keep rising next year. Windturbine manufacturers are racing to prepare for a bumper year in 2020, when a surge in newly installed wind capacity is expected in the world's two biggest economies. Next year "is going to be big for wind power in the US and China", said Shashi Barla, a wind energy analyst at Wood Mackenzie. The consultancy predicts 75 gigawatts of wind power capacity will be added globally next year, up from 67GW in 2019, and expects a demand spike in China ahead of the lapsing of subsidies in 2021. The plastic material PET has increasingly been used as a substitute for balsa in turbine blades, accounting for about 30 per cent of the market. But a boom in demand on the back of the balsa problems has also created a shortage of PET. PVC is another alternative. A long and heavy wet season in Ecuador this year has not helped, hampering both the harvesting of the wood and its transportation to Ecuador's main port of Guayaquil for export.</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>And production is set to take another hit soon when the rainy season begins again. "It's difficult to see a Solution any time in the next two years," said Ricardo Ortiz, the owner of Lumber Industries, an Ecuadorean balsa producer. Feng Zhao, strategy director at the Global Wind Energy Council, said the balsa shortage would have a "negative impact on global installation", particularly in China. The potential lack of supplies of the wood, which takes four years from plantation to harvest, comes as the US and China plan to roll out 14.5GW and 29GW of wind power capacity next year respectively, compared with roughly 8GW and 21 GW in 2018. As with other commodities, China's growing presence has added another layer of complexity to the balsa market. "The problem is that [Ecuador] is full of Chinese intermediaries, who have deep pockets" and outbid each other to procure raw balsa, said Mr Ortiz. Additional reporting by Leslie Hook</p> <p>Die Nutzung von Balsaholz für Windanlagen (Windrotoren) aus dem Regenwald unter Inkaufnahme von Missachtung der Rechte von Indigenen und von Kinderarbeit ist eine Realität. Der kritische Bericht im Economist (Economist 30. Januar 2021 - pages 37-39, A worrying windfall - The wind-power boom set off a scramble for balsa wood for turbines-blades) über die Folgen des Balsaholzbooms für Windanlagen, Kinderarbeit und Regenwaldzerstörung findet man in deutschen Medien vergebens. Warum?</p> <ul style="list-style-type: none"> • In Ecuador löste der Windkraftboom einen Kampf mit nicht beabsichtigten Konsequenzen um Balsaholz aus. • The wind-power boom set off a scramble for balsa wood in Ecuador - The Economist 30.01.2021. <p>Nachfolgend eine inhaltlich verkürzte Zusammenfassung ohne Garantie für eine inhaltlich korrekte Übersetzung.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ein Besorgnis erregender Windwurf. • „Der Windkraft-Boom führte zu einer erheblichen Nachfrage nach Balsaholz für die Herstellung von Windanlagenflügel - mit ungeahnten Ausmaßen“. 	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<ul style="list-style-type: none"> • Der Artikel berichtet von Holzfällern im ecuadorianischen Amazonasgebiet, die für eine gute Tagesentlohnung in einem Indianerreservat Balsaholz in erheblichem Umfang fällten. In diesem Gebiet kam es anschließend zu einem Raubbau an Balsaholz, oftmals ohne jegliche Vergütung oder gegen sehr geringe Summen, mit denen die indigene Bevölkerung geködert wurde. Die Vegetation wurde quasi durch den Einschlag getötet. Daraufhin wurden die Vorzüge des Balsaholzes erklärt. • Die Ursachen für den Einschlag werden in der wachsenden Windkraftindustrie der Welt gesehen. Insbesondere in den USA und China entstanden gigantische Windfarmen. Verstärkt wurde der Run, weil derzeit noch Subventionen fließen und spezielle Steuern nicht erhoben werden. Insbesondere bedroht der Hype Ecuador, da sich dort 75 Prozent des weltweit verfügbaren Balsaholzes befinden. Dies führte dazu, dass sich große Konzerne wie Siemens und Vestas große Gebiete mit Balsa-Holz sicherten. • Einher gingen weitere Bedarfe an Flächen für den Anbau sowie steigende Preise. Haupttreiber der Nachfrage sei China, welche durch dessen Pläne noch weiter steigen. 30 Prozent der Kapazitäten an Windkraft liegen weltweit in chinesischer Hand. Der ganze Hype lockte auch weitere Firmen an, die an dem Geschäft mit Balsaholz profitieren wollen. • Berichtet wird wie, ähnlich wie beim Ölboom, die Lage der Indianer ausgenutzt wird, um sich die Hölzer zu sichern, oftmals mit Methoden, die an Sklaverei erinnern. Bezahlte wird mit Spirituosen und Marihuana. Es gab auch Fälle in denen Menschen grausam getötet wurden. • Da Balsaholz keinem besonderen Schutz wie ältere Bäume unterworfen ist, werden hier Fäll-Erlaubnisse großzügig erteilt. Wo es z.B. in Nationalparks verboten ist, wird illegal gefällt. Alles führt zu Überrodung, auch zu junge Bäume werden mittlerweile gefällt, um den begehrten Rohstoff zu erhalten. Die Umweltschäden sind mittlerweile beträchtlich. • Entscheidungen indigener Stämme, die Holzfäller sollten den Wald verlassen, wurden verweigert und es kam zu Sicherstellungen von Holz durch die Indianer. Im Gegenzug wurden Indianer von den Holzfällern als Geiseln genommen. Der Bericht schildert weitere Auswirkungen. 	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<ul style="list-style-type: none"> Mittlerweile wird davon ausgegangen, zukünftig Balsaholz durch synthetische Fasern zu ersetzen. Ist in der Realität aber Zukunftsmusik. Weil es hohe Einnahmen ermöglicht, hoffen die Ecuadorianer weiterhin auf eine Zukunft des Balsaholzes im Zusammenhang mit der Lösung der entstandenen Probleme. Immerhin wurde Balsaholz aus der Liste der schnell wachsenden Bäume, für die es einfache Erlaubnisse gibt, gestrichen. Strengere Regeln über die Fällung wurden festgelegt. Ob es angesichts steigender Nachfrage hilft, bleibt abzuwarten. Man hofft auf eine zukünftig saubere und nachvollziehbare Regulierung des Balsaholzmarktes. <p>Angesichts dieser Umstände scheint jedenfalls klar, dass die hier geplanten und errichteten Windanlagen sehr wahrscheinlich ebenfalls in Sinne obiger Berichterstattung mit „unzertifiziertem“ Balsaholz Millionen Euro Gewinne durch deren Nutzung in Windindustrieanlagen in Deutschland machen wollen. Im Rahmen der UVP usw. müssen sich das die Betreiber entgegenhalten lassen, weil sie durch dieses Handeln die natürlichen Lebensgrundlagen in unzumutbarer Weise (für immer) unwiederbringlich schädigen.</p> <p>Und schon länger fordert auch der damalige Entwicklungsminister Gerd Müller entwaldungsfreie Lieferketten durch höhere Sorgfaltspflichten. Denn „wir können nicht die Augen verschließen vor Ausbeutung von Frauen, Kindern und Umwelt“ in SZ, 23.04.21, "Widerstand gegen Lieferkettengesetz".</p> <p>Es wäre geradezu absurd die Probleme der Biodiversität ins Ausland zu verlagern, um sie hier nicht prüfen zu müssen, hier eine vermeintlich reine Weste vorzuzeigen, dadurch aber gerade den Regenwald schwer zu schädigen der für den Erhalt der Arten, der Biodiversität und der CO2-Bindung für die heutige wie zukünftige Generation völlig unerlässlich ist. Das BVerfG hat durch die Zulassung und Begründetheit der Klage mit Beschluss vom 24.03.21 gerade auch ausländischer Jugendlicher deutlich gemacht, dass eine solche nationale Beschränkung der Prüfung und des Prüfungsmaßstabs dem Anspruch des Art 20a GG nicht entspricht.</p>	<p>Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.</p> <p>Es werden im Zuge dieser 51. Flächennutzungsplanänderung keine Anlagentypen festgelegt.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Zusammenfassung</p> <p>Angesichts der dramatischen Situation des Regenwaldes in Ecuador durch den Raubbau zwecks Gewinnung von Balsaholz unter Missachtung von Schutzgebieten, der Rechte von Indigenen, ggfls. Ue nach Berichten) Sklavenarbeit und Verstoß gegen Kinderrechte ist die R-Planung von Windanlagen (und deren Genehmigung sowieso) umgehend einzustellen. Jedenfalls solange wie diese Zustände in Kenntnis hingenommen und dadurch unterstützt werden.</p> <p>F. Umweltbelange</p> <p>Das nicht gelöste Entsorgungsproblem der CFK/GFK/Carbon-Materialien der Rotorblätter steht der Planung wie einer Genehmigung von Windrädern entgegen. Siehe schon oben Seite 50 ff. (Anmerkung NWP: gemeint ist die Seitenzahl des Originals).</p> <p>Die Dramatik des Problems hat sich in jüngster Zeit verschärft insoweit auch das UBA in einer Untersuchung (PM Nr. 40/19 vom 01.11.19 https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/zu-geringere-recyclingkapazitaeten-fuer-rueckbau-von) auf dieses seit Jahren schwärende und ungelöste Problem hinweist. https://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/umweltbundesamt-deutschland-ist-auf-recycling-alter-windraeder-nicht-vorbereitet-a-1294496.html</p> <p>siehe auch beispielhaft FAZ vom 02.11.19 - A. Mihm - Der Abriss alter Windräder wird zum Problem ZEIT vom 14.02.19 - Georg Etscheit - Neunzig Meter Schrott Die WELT vom 06.11.19 D. Wetzei - Das 70.000-Tonnen-Problem der Energiewende</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Rotorblätter als hochlaufendes Umweltproblem - als notwendiger Teil einer vollständigen UVP-Vorprüfung Rotorblätter von Windanlagen sind nicht recyclingfähig (GFK/CFK-Verbund-Materialien), sie stellen aufgrund der ungelösten Regelung nach Betriebsende eine Gefahr für die Umwelt dar, es werden generell wie auch hier völlig unzureichende Rückstellungen gebildet, obwohl dieses Problem der Genehmigung von Anfang an entgegenstand, insbesondere schon den Vorbescheiden. Nachdem Windanlagen seit fast 30 Jahren mit den gefährlichen Verbundwerkstoffen produziert werden und das Entsorgungsproblem massiv wird, fängt die Windindustrie erst jetzt an sich mit Überlegungen für eine Entsorgung zu beschäftigen. Das ist ein Skandal und steht per se jeder und auch dieser Genehmigung entgegen. In Zeiten der Nachhaltigkeit können solche gravierenden Probleme nicht mehr in die Zukunft verbunden mit dem „Prinzip Hoffnung“ zu Lasten der zukünftigen Generation verlagert werden.</p> <p>Hierauf hat der klare Beitrag im heute journal vom 29.07.19 die Lösung vorgegeben. Solange es keine Entsorgungslösung gibt sind Windanlagen nicht (mehr) genehmigungsfähig. Denn sie sind ein „Brandbeschleuniger“ der Umwelt- und Klimaprobleme. Siehe (Zeit ca 3 Min) https://www.zdf.de/nachrichten/heute-journal/wohin-mit-dem-wind-müll-100.html</p> <p>Die Aussagen eines der größten Recycler in Deutschland (Remondis, mit Verweis auf die bekannte Studie von Fraunhofer aus 2017) spricht für sich. Hinzu kommt, dass diese Verbundwerkstoffe - soweit überhaupt möglich und vom Ofenbesitzer gewollt - nicht nur bei immensen Temperaturen von 2000 °C in Zementöfen verbrannt werden können, sondern dass dazu bis zu 70 % Braunkohlestaub verwendet wird und die Reste sowohl die Anlagen schädigen können wie auch toxische Rückstände ein Problem darstellen.</p> <p>Aufgrund des seit 2005 geltenden Verbots, große faserverstärkte Kunststoffbauteile zu deponieren und entsprechend der DepoVO von 2009 dürfen diese Abfälle auch nicht thermisch verwertet werden. (DepV, § 7 vom 27.04.2009). Mithin ist völlig ungeklärt, was mit Rotorblättern nach Außerbetriebnahme passiert. Man kann sich nur wundern, dass ein derart gefährlicher Werkstoff in diesen Mengen von nun 30000 Windanlagen und ihren Rotorblättern verwendet wird, ohne dass Behörden oder Gerichte das Problem zur Kenntnis nehmen. Hier bräut sich eine Umweltgefährdung erheblichen Ausmaßes an.</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Beweis:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ressourceneffizienz von Windenergieanlagen, August 2014, VDI ZRE Publikationen Kurzanalyse 9, 61 Seiten 1. Prof. Dr.-Ing. Eckhard Weidner, Studie zur Circular Economy im Hinblick auf die chemische Industrie, Fraunhofer Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik Umsicht, Oberhausen, März 2017 insbesondere Seiten 47-72 (Analyse und Einfluss der Circular Economy für Rotorblätter von Windenergieanlagen), 2. UBA-Umweltbundesamt (November 2019) - Entwicklung eines Konzepts und Maßnahmen für einen ressourcensicheren Rückbau von Windenergieanlagen, Texte 117 /19 Abschlussbericht, siehe https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/entwicklung-eines-konzepts-massnahmen-fuer-einen <p>Für die Rotoren aus den Materialien CFK/GFK/Carbon gibt es laut UBA keine Rückbaukonzeption oder Recyclingoption. Mithin sind Windanlagen aufgrund der Gefährlichkeit des Werkstoffes nach Ende des LCF solange nicht genehmigungsfähig wie es dazu keine belastbaren Lösungen gibt.</p> <p>Für die Rotoren aus den Materialien CFK/GFK/Carbon gibt es laut UBA keine Rückbaukonzeption oder Recyclingoption. Mithin sind Windanlagen aufgrund der Gefährlichkeit des Werkstoffes nach Ende des LCF solange nicht genehmigungsfähig wie es dazu keine belastbaren Lösungen gibt. Unabhängig davon stellt das UBA fest, dass die Rückstellungen in der Vergangenheit viel zu niedrig waren bzw. völlig unzureichend und dass in den Genehmigungen keine rechtlich ordnungsgemäßen und belastbare Rückbauregelungen und -auflagen festgelegt wurden.</p> <p>Vor dem Hintergrund dieser wissenschaftlichen Erkenntnisse kann es nicht den leisesten Zweifel geben, dass die Anlagen aufgrund ihrer Toxi[zit]ät und anderweitigen Gefährlichkeit nicht nur nicht einmal auf eine Deponie verbracht werden dürfen, sondern erst recht im Falle einer Entsorgung keinerlei Regeln existieren und in der Genehmigung dazu nichts geregelt ist. Sollen am Ende die Kinder in Ghana sich mit solchen Resten aus Deutschland beschäftigen, wie es seit Jahrzehnten unter den Augen der Öffentlichkeit erfolgt? Allein damit verlieren Windanlagen jeden Anspruch auf Genehmigung.</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Hieraus ergibt sich, dass u.a. die Darstellung hinsichtlich der Problematik der Entsorgung der Rotorblätter nicht nur evident ist, sondern schon von Anfang an hätte umfassend geprüft werden müssen. Das ist auch nicht nachholbar, weil die Materialien mit denen die Rotorblätter hergestellt werden weder deponiert werden noch recycelt noch verbrannt werden können (da nur mit erheblichen toxischen Rückständen). Mithin stand der Genehmigung von Anfang an ein maßgeblicher Punkt entgegen der nicht überwindbar war und ist.</p> <p>Dass das seit geraumer Zeit von Behörden und Gerichten entgegen des wissenschaftlichen Stands missachtet wird, sei hier dahingestellt.</p> <p>Auch die „Hoffnung“, dass sich irgendwann eine Lösung finde, ist keine Antwort und kann entgegenstehende Gründe nicht überwinden.</p> <p>Ähnliches gilt hinsichtlich der Fundamententsorgung, siehe FAZ 28.05.18, Alte Windräder entpuppen sich als Umweltrisiko, Daraus ergibt sich zudem, dass eine Genehmigung ausgeschlossen ist, die Rückstellungen viel zu niedrig und unzureichend sind. Diese führen angesichts der offensichtlichen Probleme zwingend dazu, dass am Ende die Allgemeinheit für die schon heute erkennbaren ungelösten Entsorgungsprobleme aufkommen muss. Auch und gerade das spricht von Anfang an gegen die Erteilung der Genehmigung.</p> <p>F. Tourismus</p> <p>Schließlich wird auf eine relativ neue Dissertation (2020) zu dem Thema Tourismus hingewiesen http://geb.uni-giessen.de/geb/volltexte/2020/15333/ Der Autor Manuel Gardt ist mittlerweile bei dem Projektentwickler Juwi gelandet.</p>	Die Stellungnahme steht in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit der 51. Flächennutzungsplanänderung.

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Er kommt im Hinblick auf die nachteilige Entwicklung des Tourismus durch die immer größeren Windindustrieanlagen zu einer klaren Evidenz: „Hierbei ist der Einfluss der Windenergie auf den Tourismus - insbesondere in Hessen - differenziert zu bewerten. Auf der einen Seite zeigen befragte Tagestouristen kein systematisches Meideverhalten in naturnahen und durch die Windenergie intensiv beanspruchten Gebieten. Auf der anderen Seite legt eine umfassende Zeitreihenanalyse einen erstmals zu beobachteten dynamischen Wandel des Einflusses von Windenergieanlagen auf die Übernachtungszahlen in Hessen offen. Dieser ist insbesondere im letzten Untersuchungsraum von signifikanter und leicht negativer Ausprägung“ (Hervorhebung vom Unterzeichner).</p> <p>Die empirische Relevanz seiner 6-jährigen Forschung deckt sich mit den 28 Jahren Erfahrung des Gutachters. Sein Fazit: Windgegner in Form von Bürgerinitiativen stören. Warum, auf welche Weise und wie soll man dem begegnen? Durch Offenheit! Im Vorwort seiner Dissertation schreibt Herr Gardt:</p> <p>„Die Nutzung erneuerbarer Energien hat sich in den vergangenen Jahren in Anbetracht des globalen Klimaschutzes und der systematischen Ablöse konventioneller Energieträger als eine erfolgversprechende Strategie zur Anpassung und Minderung der Klimaveränderung etabliert. Eine der tragenden Schlüsseltechnologien in diesem Prozess ist die Nutzung der Windenergie, die im System der hier relevanten Energien einen großen Beitrag zur Versorgung mit CO₂-neutralem Strom einnimmt. Der von einem fast uneingeschränkten Konsens der wissenschaftlichen Gemeinschaft getragene Ausbau der Windenergie hat jedoch, zumindest im Pionierstaat Deutschland, ein Akzeptanzproblem. Die systemweite Integration der Variable Wind in die deutsche Energielandschaft legt seit Jahren weitreichende Konfliktkonstellationen offen, die seitdem im Zuge einer nachhaltigen Planungspraxis der kraftwerksgleichen Strukturen abgestimmt werden müssen. Der Fokus der Dissertation liegt auf den essentiellen Schnittstellen zwischen einer überfachlich agierenden raumordnerischen Steuerung von Windenergieanlagen und ihrer Akzeptanz. Die hier zu beobachtende Dynamik wird im Rahmen der vorliegenden Untersuchung analysiert, mit dem Ziel, eine weitere empirische Evidenz der Spannungsfelder zu geben.</p>	<p>In den Teilbereichen und in ihrer Umgebung sind keine bedeutenden touristischen Einrichtungen vorhanden. Die vorhandenen landwirtschaftlichen Wege innerhalb und angrenzend an die Teilbereiche können weiterhin für die Naherholung und durch Touristen genutzt werden. Eine erhebliche Beeinträchtigung für den Tourismus wird daher nicht erwartet. Die Teilbereiche 1 und 6 sind zudem durch Bestandwindparkssk bereits in ihrer Erholungsseignung eingeschränkt.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Die Ergebnisse zeigen, dass Windenergieanlagen durch ein abgestimmtes, historisch gewachsenes Wechselspiel von Rechtsgrundlagen und Planungsinstrumenten einer abschließenden, positivplanerischen Standortzuweisung zugeführt werden können. Obwohl in diesem System akzeptanzfördernde Mechanismen auf allen Planungsebenen zum Tragen kommen, vermögen es diese in letzter Zeit jedoch nicht mehr einem Entstehen von lokalen Oppositionen entgegenzuwirken. Letztere entstehen entsprechend nicht grundlos und zeigen eine klare, sich selbst verstärkende Entwicklungsdynamik im gesamten Bundesgebiet. Getragen von den negativen Begleiterscheinungen der Windenergieanlagen mobilisieren sich Entscheidungsträger und Anwohner gegen neue Projekte zu einer geschlossenen Konfliktlandschaft.</p> <p>Weitergehend zeigt die Untersuchung, dass sich die Windenergie auf die Lebenswirklichkeit der Menschen auswirkt. Hierbei ist der Einfluss der Windenergie auf den Tourismus - insbesondere in Hessen - differenziert zu bewerten. Auf der einen Seite zeigen befragte Tagestouristen kein systematisches Meideverhalten in naturnahen und durch die Windenergie intensiv beanspruchten Gebieten. Auf der anderen Seite legt eine umfassende Zeitreihenanalyse einen erstmals zu beobachteten dynamischen Wandel des Einflusses von Windenergieanlagen auf die Übernachtungszahlen in Hessen offen. Dieser ist insbesondere im letzten Untersuchungsraum von signifikanter und leicht negativer Ausprägung."</p> <p>G. Ergebnis</p> <p>Die Flächen für die geplanten Windanlagen stehen weitgehend mit dem Naturschutz, dem Schutz der Biodiversität, dem Schutz des Moores, dem Wasserschutz und ausgewiesenen und geforderten Schutzgebieten in Konflikt. Angeblicher Klimaschutz von Windanlagen vermag sich aber nicht gegen den mindestens gleichrangigen Schutz der Biodiversität und den Artenschutz durchzusetzen, siehe gemeinsame PM von IPCC und IPBES vom 10.06.21, der IPBES-Konferenz im Dezember 2022 in Montreal mit der Selbstverpflichtung Deutschlands 30 % der Landflächen unter Schutz zu stellen und u.a. der PM des BMUV vom 19.12.22 https://www.pik-potsdam.de/de/aktuelles/nachrichten/biodiversitaets-und-klimakrise-zusammen-angehen-erster-gemeinsamer-bericht-v-n-ipcc-undipbes-mit-pik-beitrag</p>	<p>Im Rahmen der Vorentwurfsfassung waren umfangreichere Sondergebiete für die Windenergienutzung dargestellt worden als erforderlich, um der Windenergienutzung in substanzieller Weise Raum zu geben, auch um zusätzliche Informationen zu den einzelnen Teilbereichen im Zuge der Beteiligungsverfahren nach § 3 (1) BauGB und § 4 (1) BauGB zu gewinnen. Zur Entwurfsfassung erfolgt – unter Berücksichtigung und Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen - eine Reduzierung auf die für die Windenergienutzung geeignetsten Bereiche bzw. auf die Teilbereiche 1a bis 1d, 4a und 6a bis 6c. Die Gemeinde Wagenfeld geht davon aus, dass die transparente Herleitung des Planungsergebnisses auch zu einer breiten Akzeptanz ihrer Planung in der Gemeinde führen wird.</p> <p>Zum Tourismus siehe vorletzten Absatz.</p> <p>Auf die Teilbereiche 2, 3, 4b, 5a bis 5e und 7 wird zur Entwurfsfassung verzichtet. Damit reduziert sich die Darstellung der Sondergebiete für die Windenergienutzung auf die Teilbereiche 1a-d, 4a und 6a-c. Auf diesen Flächen hat sich in der Abwägung die Windenergie durchgesetzt, die anderen Belange wurden entsprechend zurückgestellt. Es handelt sich um einen transparenten Abwägungsprozess, als dessen Ergebnis der Windenergie in substanzieller Weise Raum gegeben wird.</p>

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Einwender 21	<p>Außerdem werden zahlreiche Unterlagen anzufordern sein. LieferkettenG mit Scope 1 bis Scope 3 zum „ESG“, zu der allmählichen Kontamination der Böden/Gegend durch Mikropartikel der großflächigen Rotorblätter, die Verwendung von Balsa-Holz in den Rotoren, deren Menge und Herkunft, zum Rückbau, zum Recycling usw.</p> <p>Es wird beantragt, die Anträge als in diesem höchst sensiblen Gebiet nicht genehmigungsfähig zurückzuweisen.</p>	<p>Die Forderung der nebenstehend aufgeführten Unterlagen entzieht sich dem Regelungsinhalt einer Flächennutzungsplanänderung. Über zusätzliche Unterlagen ist auf nachgelagerter Genehmigungsebene zu entscheiden.</p> <p>Anträge sind nicht Gegenstand dieser Flächennutzungsplanänderung.</p>